

MITTWOCH, 18. FEBRUAR 2009

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING

Präsident

(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Hiermit erkläre ich die am Donnerstag, 5. Februar 2009, unterbrochene Sitzungsperiode für wiederaufgenommen.

2. Erklärungen des Präsidenten

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Wochen wurde ein polnischer Ingenieur, Piotr Stańczak, der seit letzten September von Terroristen in Pakistan als Geisel gehalten wurde, von seinen Geiselnehmern ermordet. Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich meine Empörung über diesen abscheulichen Mord an einem unschuldigen Menschen, polnischen Staatsbürger und Bürger der Europäischen Union zum Ausdruck bringen. Das Europäische Parlament verurteilt dieses Verbrechen aufs Schärfste. Wir möchten der Familie des Verstorbenen und allen seinen Verwandten unser tief empfundenes Beileid und Mitgefühl bekunden.

Terrorismus ist ein direkter Anschlag auf Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Terrorismus ist der Versuch, durch blinde Gewalt Fakten zu schaffen und unsere gemeinsamen Werte zu zerstören. Er stellt eine der größten Gefahren für die Sicherheit und Stabilität der internationalen Gemeinschaft dar. Terrorismus ist ein Verbrechen, das keine Milde kennen darf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in der Muttersprache des ermordeten Ingenieurs sagen: *Niech spoczywa w wiecznym pokoju* [Möge er in ewigem Frieden ruhen].

In Erinnerung an Piotr Stańczak darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben und seiner zu gedenken.

(Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Waldbrände in Australien haben in den letzten Tagen zu tragischen Verlusten von Menschenleben geführt. Bei diesen schlimmsten Buschbränden in der Geschichte Australiens haben viele Menschen auf schreckliche Weise ihr Leben verloren. Wir alle waren entsetzt von der Gewalt dieser Naturkatastrophe und ihren entsetzlichen Auswirkungen. Ich habe dem australischen Premierminister schriftlich das tiefe Mitgefühl des Europäischen Parlaments bekundet. Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich anlässlich der heutigen Plenartagung nochmals unsere Solidarität mit Australien, seinen Menschen und seinen Behörden in dieser Zeit der Trauer bekunden.

Nächste Woche wird eine Delegation unseres Parlaments nach Australien reisen und das Beileid des Europäischen Parlaments persönlich übermitteln. Doch bereits zum heutigen Zeitpunkt möchte ich in unser aller Namen den Familien aller Verstorbenen mein tief empfundenes Beileid und Mitgefühl aussprechen. Wir sind in Gedanken bei ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erhalten in diesen Tagen erneut Besorgnis erregende Meldungen aus der Islamischen Republik von Iran. Sieben Führungsmitglieder der Religionsgemeinschaft der Bahá'í sind seit Mai 2008 inhaftiert. In diesen acht Monaten wurde ihnen jede Möglichkeit eines Rechtsbeistands verweigert. Jetzt sollen die sieben Würdenträger der Religionsgemeinschaft der Bahá'í in dieser Woche in einem Gerichtsverfahren verurteilt werden, das nicht einmal den grundlegendsten Anforderungen der Rechtsstaatlichkeit entspricht. Die Nobelpreisträgerin und iranische Rechtsanwältin Shirin Ebadi, die bereit war, die Verteidigung der verhafteten Führungsmitglieder zu übernehmen, hat selbst Morddrohungen erhalten.

Das Europäische Parlament fordert die iranischen Behörden erneut eindringlich auf, die Menschenrechte und die Rechte religiöser Minderheiten zu respektieren und ihre Anzeige gegen die sieben Führungsmitglieder der Bahá'í – Fariba Kamalabadi, Jamaloddin Khanjani, Afif Naeimi, Saeid Rasaie, Mahvash Sabet,

Behrouz Tavakkoli und Vahid Tizfahm – zu überdenken. Diese Menschen wurden ausschließlich wegen ihres Glaubens inhaftiert und sollten unverzüglich freigelassen werden.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vorigen Freitag, dem 13. Februar 2009, wurde in der venezolanischen Hauptstadt Caracas unser spanischer Kollege Luis Herrero aufgrund von Äußerungen gegenüber den Medien von der venezolanischen Regierung festgenommen und anschließend des Landes verwiesen. Luis Herrero hielt sich im Land als offizielles Mitglied einer EVP-ED-Delegation auf, die anlässlich des Verfassungsreferendums von einer Oppositionspartei eingeladen wurde. Bei seiner Festnahme drang die Polizei in sein Hotelzimmer ein und setzte ihn dann ohne offizielle Erklärung und ohne Möglichkeit, seine persönlichen Gegenstände mitzunehmen, in einen Linienflug nach Brasilien. Dies ist für uns inakzeptabel!

Im Namen des Europäischen Parlaments protestiere ich aufs Schärfste gegen diese Vorgangsweise. Ich verurteile ausdrücklich diesen Vorfall, der gegen die Menschenwürde verstößt und die demokratische Institution des Europäischen Parlaments missachtet.

(Beifall)

Giles Chichester (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich ergreife das Wort als Vorsitzender der Parlamentarischen Delegation für die Beziehungen mit Australien und Neuseeland, um Ihre Erklärung voll und ganz zu unterzeichnen und Ihnen dafür zu danken. Ich werde kommende Woche diese Botschaft in Australien überbringen.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Chichester.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Weiterbehandlung eines Antrags auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll

5. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

6. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll

7. Berichtigung (Artikel 204a der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

8. Hinfällige schriftliche Erklärungen: siehe Protokoll

9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

10. Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

11. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

12. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

13. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er von der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 5. Februar 2009, gemäß Artikel 130 und 131 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Mittwoch:

Die EVP-ED-Fraktion hat beantragt, den Bericht des Kollegen Herbert Reul über Lösungsansätze für die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Ölversorgung auf die nächste Tagung zu verschieben.

Herbert Reul, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – (DE) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Ausschuss über diesen Antrag lange debattiert, wir haben mit großer Mehrheit eine Entscheidung getroffen, aber es hat gestern und heute eine Fülle von Hinweisen und Anregungen gegeben, die sich vor allem auch deshalb ergeben haben, weil andere Ausschüsse noch Beratungsgegenstände hinzugefügt haben.

Es scheint mir sinnvoll zu sein, nicht heute zu entscheiden, sondern noch einmal die Gelegenheit zu haben, eine Lösung zu finden, die dann auch das Parlament tragen kann. Deshalb bitte ich darum, die Verschiebung heute zu beschließen. Danke.

Hannes Swoboda, *im Namen der PSE-Fraktion*. – (DE) Herr Präsident! Wir haben zwei Anträge vorliegen, die beide mit höchster Wahrscheinlichkeit keine breite Mehrheit in diesem Haus finden werden. Deshalb möchte ich diesen Antrag unterstützen.

Herr Präsident, wenn Sie einverstanden sind, beantragen wir auch, den Bericht Thijs Berman zu verschieben. Wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, weil er zu spät gekommen ist, dann möchte ich jetzt mitteilen, dass wir morgen beantragen werden, die Abstimmung über diesen Bericht zu verschieben. Danke.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Swoboda.

Möchte jemand gegen den Antrag sprechen?

Claude Turmes, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – (DE) Herr Präsident! Wir Grünen haben eine Entschließung auf den Weg gebracht, die die Zustimmung der Liberalen und auch von weiten Kreisen der Sozialisten hat. Von daher denke ich, dass Herr Reul eine Verschiebung will, weil er Angst hat, dass seine Position minoritär ist.

Ich finde es ein bisschen komisch, dass wir hier so lange diskutiert haben, und jetzt soll wieder verschoben werden. Wir sind also gegen eine Verschiebung.

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben die politischen Zusammenhänge gehört. Sie haben auch gehört, was Kollege Swoboda gesagt hat. Dazu gibt es dann morgen die Entscheidung.

(Das Parlament nimmt den Antrag von der PPE-DE-Fraktion an.)

Über den Antrag von Herrn Swoboda werden wir morgen abstimmen. Ich bitte darum, dass man sich dann dabei an die heutige Abstimmung erinnert.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)⁽¹⁾

14. Rolle der Europäischen Union im Nahen Osten (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der Kommission über die Rolle der Europäischen Union im Nahen Osten. Ich darf in unserer Mitte sehr herzlich den Hohen Vertreter, Javier Solana, begrüßen und ihn bitten, zu uns zu sprechen.

Javier Solana, *Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*. – Herr Präsident! Heute spreche ich zum ersten Mal in diesem Jahr 2009 zu Ihnen. Es ist für mich eine große Freude hier sein zu dürfen, und ich hoffe, die gute Zusammenarbeit, die wir in der Vergangenheit hatten, wird dieses Jahr fortgesetzt.

Der Gaza-Krieg ging vor einem Monat, am 18. Januar, zu Ende, und ich glaube, Sie können mir zustimmen, dass es vorkommt, als wäre es gestern gewesen. Das Ausmaß an Leid und Zerstörung war enorm und hat bei uns allen einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Die humanitäre Lage ist heute immer noch herzzerreißend. Wir müssen dringend Lösungen finden, um die Hilfe dort hinzubringen und das Leid der Menschen zu mildern.

Gleichzeitig müssen wir alles tun, was in unserer Macht steht, um den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern und zwischen Israel und der arabischen Welt zu beenden. Die Parameter für die Lösung sind

⁽¹⁾ Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung sind dem Protokoll zu entnehmen.

hinlänglich bekannt, und das schon seit geraumer Zeit. Nun ist es eine Frage des politischen Willens, diese unter den Israelis und Palästinensern, unter den Arabern und der größeren internationalen Gemeinschaft umzusetzen.

Die europäische Berufung für den Frieden in Nahost ist gleich stark wie immer schon. Unser Engagement für die Schaffung eines überlebendigen und unabhängigen Palästinenserstaates, der Seite an Seite zu Israel besteht ist total. Das ist der Kern unserer Nahostpolitik. Alle unsere Handlungen werden nach diesem strategischen Ziel ausgeführt. Wir werden entschieden alle unterstützen, die eine friedliche Lösung für die zahlreichen Herausforderungen in der Nahostregion wollen.

Dieses Haus – das Parlament – weiß, wie schwierig und wie hartnäckig die Lage scheinen kann. Zu oft wurde die Region von Zyklen der Gewalt, zunehmendem Extremismus und wirtschaftlichem Elend geplagt. Gleichzeitig sind die Bedingungen für die Zusammenarbeit mit den Europäern und Amerikanern auf der Suche nach dem Frieden in Nahost wahrscheinlich besser denn je. Ich komme gerade aus Washington zurück, wo ich gute Gespräche mit Vertretern der Obama-Administration geführt habe. Ich denke, ich habe ihre Versicherung, dass das starke, angekündigte Engagement eine Realität ist. Wir haben den Willen und die Bereitschaft mit ihnen zu arbeiten, um bei diesem Konflikt erfolgreich zu sein.

Ich denke, die Ernennung von Senator Mitchell zum US-Entsanden hat den Menschen in Nahost und ihren Freunden neue Hoffnungen gebracht. Wir kennen ihn. Wir haben mit ihm zusammengearbeitet. Ich hatte das Privileg, im Jahr 2001 mit ihm am berühmten Bericht zu arbeiten, und vor Kurzem hatte ich die Gelegenheit, mit ihm in der Region zu arbeiten.

Ich hoffe sehr, dass diese Veränderungen zu einem neuen Ansatz führen, einer der den Parteien ein größeres Mitspracherecht verleiht, wie mit ihren Angelegenheiten umgegangen werden soll. Wir wissen, dass die Lösungen und Vorschläge lokal inspiriert sein müssen. Aber gleichzeitig ist ein stärkeres internationales Engagement immer noch notwendig.

Deshalb ist die arabische Friedensinitiative von so wesentlicher Bedeutung. Diese Initiative ist der kollektive Ausdruck der arabischen Welt, wie sie dabei helfen kann, ihren Konflikt mit Israel zu beenden. Es ist ihre Antwort auf das Problem, das ihre Entwicklung und ihre Eingliederung in unsere globale Welt gebremst hat. Sie liegt auf dem Tisch und dort muss sie auch bleiben.

Gerade wurden in Israel wichtige Wahlen abgehalten. Natürlich obliegt es dem Volk Israels und seinen Spitzenpolitikern, die Zusammensetzung ihrer neuen Regierung zu bestimmen. Von unserer Seite hoffen wir, dass der neue Premierminister und Regierung solide Ansprechpartner für Friedensgespräche werden.

Natürlich gilt das Gleiche für die Palästinenser. Auch sie müssen ihr Haus in Ordnung halten, auch über die Versöhnung. Wie alle wissen, fördern wir entschieden die Versöhnung der Palästinenser untereinander hinter Präsident Abbas und alle Bemühungen Ägyptens und der Arabischen Liga in diese Richtung. Das wird ein Schlüssel für den Frieden, die Stabilität und die Entwicklung werden.

Wie gesagt, ich weiß, dass sich dieses Parlament zutiefst um die Krise in Gaza besorgt hat, gleich wie wir alle. Erlauben Sie mir, diese Gelegenheit zu nutzen, um auf einige der wichtigsten internationalen Bemühungen hinzuweisen, die sich darauf konzentrierten, das Ende der Gewalt zu erreichen und die Notlage aller Zivilbevölkerungen zu mildern.

Die Rolle Ägyptens ist für die Lösung der Situation in Gaza und selbst der Palästinenser immer noch von grundlegender Bedeutung. Wir hoffen, dass ihre Bemühungen bald zu einem dauerhaften und nachhaltigen Waffenstillstand führen, zur Öffnung der Grenzübergänge für alle Waren und Personen und zu einer Art Vereinbarung unter den Palästinensern. Ohne das wird es schwer werden – um nicht zu sagen unmöglich – Gaza wiederaufzubauen.

Wir hoffen, bald die positive Ankündigung des Waffenstillstandes begrüßen zu können. Vorgestern gab es gute Besprechungen, von denen wir hoffen, dass sie heute und künftig fortgesetzt werden, damit der Waffenstillstand unverzüglich ausgerufen werden kann. Wie Sie wissen, wird in Ägypten außerdem am 2. März eine wichtige Konferenz über den Wiederaufbau abgehalten, und wir hoffen, dass die gesamte internationale Gemeinschaft dabei Verpflichtungen eingeht. Auch die Europäische Union spielt eine Rolle. Wir erklärten unmittelbar unsere Bereitschaft, konkrete Beiträge zu einem dauerhaften Waffenstillstand zu leisten. Wir erklärten auch unsere Bereitschaft, gemäß der von uns 2005 unterzeichneten Übereinkunft erneut unsere Beobachter an den Grenzübergang in Rafah zu entsenden. Wir sind bereit, in Rafah oder an anderen Grenzübergängen einzugreifen, wenn unsere Hilfe notwendig ist oder angefordert wird.

Mehrere europäische Länder haben auch ihre Bereitschaft erklärt, bei der Unterbindung des Schmuggels, insbesondere des Waffenschmuggels nach Gaza unterstützend einzugreifen. Die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments als Reaktion auf diese Krise waren bedeutend und sind wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Reaktion der Europäischen Union auf die Krise.

Was die Vereinten Nationen betrifft, können wir das UNRWA für seine Arbeit und Beharrlichkeit nur loben und unterstreichen, dass die Europäische Union alle seine Bemühungen weiterhin unterstützen wird.

Es ist aber offensichtlich, dass kein Land oder Organisation in der Lage ist, die Konflikte in Nahost alleine zu beheben. Die Art der Schwierigkeiten an sich macht multilaterale Lösungen erforderlich. Das Quartett wird in den kommenden Monaten eine wesentliche Rolle spielen. Die neue US-Administration hat in Abstimmung mit uns ihre Absicht bestätigt, das Quartett umfassend in Anspruch zunehmen.

Die schrecklichen Ereignisse in Gaza müssen uns auch zwingen, Gaza strategischer und langfristiger zu betrachten. Der Gaza-Streifen ist wesentlicher Bestandteil des 1967 besetzten palästinensischen Territoriums und ohne jeden Zweifel wird er auch Bestandteil eines Palästinenserstaats sein. Gaza muss wirtschaftlich und politisch überlebensfähig werden. Gaza muss Teil einer politischen Lösung werden.

Die unmittelbare Priorität ist immer noch die Gewährleistung eines dauerhaften und umfassend eingehaltenen Waffenstillstands und der Möglichkeit der unbehinderten Lieferung von humanitärer Hilfe. Wir müssen die regelmäßige und vorhersehbare Öffnung der Grenzübergänge für humanitäre Hilfe, für Handelswaren und für Menschen erreichen.

Wie Ihnen bekannt ist, waren die negativen diplomatischen Auswirkungen des Gaza-Konflikts auf die Region im weiteren Umfeld sehr bedeutend: Die indirekten Gespräche zwischen Syrien und Israel wurden ausgesetzt; Mauretanien und Katar brachen ihre Beziehungen zu Israel ab; der Abzug nach der arabischen Friedensinitiative war bedroht.

Die Teilung der Araber untereinander hat sich, wie Sie wissen, verschärft. Ohne Einheit der Araber wird es sehr schwer werden, in Gaza und im weiteren Friedensprozess für Nahost Fortschritte zu erreichen. Der Frieden in Nahost braucht eine vereinte arabische Welt. Der bevorstehende Gipfel der Arabischen Liga wird für die Wiederherstellung der Einheit der Araber, insbesondere nach der arabischen Friedensinitiative, entscheidend sein.

In den kommenden Monaten wird es außerdem Wahlen im Iran und Libanon geben. Am 12. Juni wählen die Iraner einen neuen Präsidenten. Wir haben wiederholt unsere tiefe Achtung für den Iran und unseren Wunsch, eine vollkommen anders geartete Beziehung mit diesem Land aufzubauen erklärt. Das liegt eindeutig im Interesse aller, aber um das zu erreichen, brauchen wir Vertrauen, und dieses Vertrauen muss wieder hergestellt werden.

Lassen Sie mich enden, mit der Aussage, dass 2009 für Nahost ein kritisches Jahr sein wird. Wir befinden uns wahrscheinlich vor einer entscheidenden Schwelle. Wir haben die Wahl, die gleiche Politik auf gleiche Art zu verfolgen, mit dem Wissen, dass diese zu den gleichen Ergebnissen führen wird – den Ergebnissen, die wir heute kennen. Auf der anderen Seite können wir versuchen, mit Kraft, mit Entschlossenheit daran zu arbeiten, unsere Politik, die Art, in der wir versuchen die Ziele zu erreichen, anzupassen.

Wir müssen sowohl am Krisenmanagement als auch an der Konfliktlösung arbeiten – daran gibt es keinen Zweifel. Aber es ist an der Zeit, uns entschieden auf die Konfliktlösung zu konzentrieren. Das ist der einzige Weg, diese endlose Abfolge von Tod und Zerstörung zu beenden.

(Beifall)

Der Präsident. – Herzlichen Dank, Herr Hoher Vertreter Javier Solana. Ich darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber informieren, dass ich am kommenden Sonntag in meiner Eigenschaft als Präsident der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung für zweieinhalb Tage mit einer Delegation, die ich führe, nach Gaza, Ramallah, Sderot und Jerusalem reisen werde. Es sind unter anderem Gespräche in Jerusalem mit Staatspräsident Peres und mit Premierminister Olmert und in Ramallah mit dem Präsidenten der Palästinensischen Behörde Mahmoud Abbas und mit Ministerpräsident Fayyad vorgesehen. In Gaza wird der Besuch von den Vereinten Nationen vorbereitet und durchgeführt.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Wir befinden uns in Nahost an einem Übergangspunkt. Höchstwahrscheinlich wird es bald eine neue Regierung in Israel geben. Es gibt bereits eine neue US-Regierung, die dabei ist, ihre außenpolitischen Prioritäten festzulegen. Und bald können wir vielleicht

einen Wandel im besetzten Palästinenserterritorium erleben. Die sich verändernde Dynamik kann zu Chancen für neues Engagement führen.

Es ist aber unbestritten, dass der jüngste Konflikt zu enormem menschlichen Leid und Zerstörungen geführt hat. So befindet sich der Friedensprozess in Nahost – das müssen wir einräumen – in einem besonders delikaten Zustand. Dieses Haus weiß das nur zu gut, und ich beziehe mich auf die Gespräche und Debatten, die wir hier bereits geführt haben.

Das ist mit Sicherheit nicht der Punkt, an dem wir Anfang 2009 stehen wollten. Soll es aber irgendwann einmal Frieden zwischen den Israelis und den Palästinensern geben, dann ist der einzige Weg dorthin, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um die Gespräche wieder in Gang zu bringen. Diese menschliche Tragödie in Gaza hat die ganze Region stark beeinträchtigt. Gestern Nacht bin ich von einer Reise nach Syrien und in den Libanon zurückgekehrt, und ich werde mit Sicherheit etwas dazu sagen, aber lassen Sie mich insbesondere sagen, dass wir auf jeden Fall allen israelischen Spitzenpolitikern klar machen müssen, dass die EU ein nachhaltiges Engagement für den Friedensprozess und die Zwei-Staaten-Lösung erwartet.

Ebenso verdeutlichen müssen wir die Botschaft an die Palästinenser, dass eine starke Palästinensische Autonomiebehörde mit einer effektiven Führungsrolle im gesamten besetzten Palästinenserterritorium sowohl für die Wiedervereinigung des Westjordanlands mit Gaza als auch für die Reaktivierung des Friedensprozesses von wesentlicher Bedeutung ist. Deshalb unterstützt die Europäische Union die Bemühungen Ägyptens, der Türkei und anderer Länder, um das zu erreichen.

Mit der neuen US-Regierung müssen wir einen gemeinsamen Weg nach vorne vereinbaren. Ich habe mit Außenministerin Clinton vergangene Woche darüber am Telefon gesprochen. Sie stimmte in der Notwendigkeit eines andauernden Waffenstillstands und der Rückkehr zum Friedensprozess als wesentliche Aspekte überein. Wir vereinbarten auch, dass sich das Quartett zu diesen Angelegenheiten vor Ende des Monats genau abstimmen sollte. Ich freue mich, dass die amerikanische Regierung das Quartett als sehr wichtige Institution betrachtet, um Fortschritte für den Frieden zu erreichen.

Zuletzt müssen wir unser eigenes Engagement mit den Ländern der Arabischen Liga festlegen. Der Konsens für den Frieden wird schwächer, nicht nur in Israel und im besetzten Palästinenserterritorium, sondern auch in der Arabischen Liga, in der Besorgnis erregende Spaltungen aufkommen.

In diesem Sinne bin ich, wie bereits besagt, gerade aus Syrien und dem Libanon zurückgekommen, wo ich mich mit Präsident Assad in Syrien, Präsident Sleiman im Libanon und anderen wesentlichen Partner getroffen habe. Der jüngste Konflikt hat nicht nur die Verhandlungen auf Seite der Palästinenser, sondern auch auf der syrischen Seite deutlich beeinträchtigt. Deshalb haben wir uns ausgedehnt über den Friedensprozess ausgetauscht. Ich wiederholte die entschiedene Unterstützung für die arabische Friedensinitiative seitens der Europäischen Union, und forderte die Partner auf, ihr Engagement in diesem Sinne fortzuführen, denn sie bietet einen seriösen Rahmen für regionale Friedensgespräche.

Ich unterstrich auch die wegweisende Entscheidung Syriens und des Libanon diplomatische Beziehungen aufzunehmen, und machte Druck für den Abschluss aller Schritte dieses Prozesses. In beiden Ländern sprachen wir über die praktischen Möglichkeiten der Europäischen Union, diesen Reformprozess zu unterstützen. Im Libanon wiederholte ich unsere prinzipielle Bereitschaft der EU eine Wahlbeobachtermission zu entsenden, und ich habe bereits beschlossen, eine Sondierungsmission unmittelbar in die Region zu entsenden.

Die Europäische Union als Ganzes war in den letzten Wochen sowohl an der praktischen als auch an der politischen Front sehr aktiv. An der politischen Front haben wir seit meinem letzten Bericht an Sie unsere intensiven diplomatischen Tätigkeiten fortgesetzt. Wir waren an erster Linie bei der Forderung eines Waffenstillstands und arbeiteten mit Ägypten und anderen Ländern zusammen, um einen andauernden Waffenstillstand möglich zu machen.

Die Schlussfolgerungen des Rates im Januar besagten, dass die EU einen „Arbeitsplan“ für einen andauernden Waffenstillstand erarbeitet. Dieses Dokument kennzeichnet sechs Aktionsbereiche, darunter die humanitäre Antwort, die Prävention des Schmuggels nach Gaza, die Wiederöffnung der Grenzübergänge in Gaza, den Wiederaufbau, die Versöhnung der Palästinenser untereinander und die Wiederaufnahme des Friedensprozesses.

Darin ist viel sehr heikle Arbeit eingeflossen. Nur damit Sie sich eine Vorstellung des Aufwandes der Arbeiten machen können, an denen wir beteiligt waren: Ich habe zum Beispiel an einem Arbeitsabendessen der Kopräsidenten in Paris am 15. Januar teilgenommen, am Gipfeltreffen in Sharm el-Sheikh und in Jerusalem am 18. Januar und am Treffen der EU-Minister mit Israel am 21. Januar sowie mit einer Gruppe von Vertretern

aus Ägypten, der Palästinensischen Autonomiebehörde, Jordanien und der Türkei am 25. Januar. Daneben besuchte Kommissar Louis Michel, der für humanitäre Hilfe zuständig ist, Gaza am 24. und 25. Januar.

Wir stehen regelmäßig mit den Kollegen des Quartett in Verbindung. Wir hatten ein wichtiges Treffen als Troika in Moskau. Ich habe Telefonate mit Clinton geführt, Javier Solana war in Washington und wir vereinbarten die Notwendigkeit, den Friedensprozess zu erneuern. Wir führen die Arbeiten zur Überwachung der Roadmap fort und bieten Unterstützung für den Aufbau von hoheitlichen Aufgaben, selbst in sensiblen Bereichen wie der Rechtsstaatlichkeit und der Grenzkontrollen.

Die Aktionsstrategie der EU für Nahost sieht auch die Unterstützung bei spezifischen Problemen des Endstatus seitens der EU vor, zum Beispiel für Jerusalem, die Flüchtlinge und Sicherheitsvorkehrungen.

In der Praxis hat die EU der Bereitstellung von humanitärer Hilfe für die Menschen in Gaza Vorrang gewährt. Die Kommission hat bereits 10 Millionen Euro praktisch von einem Tag auf den anderen frei gegeben, und weitere 32 Millionen Euro wurden nun für die kommende Periode zugesagt.

Anfang März veranstaltet die ägyptische Regierung eine internationale Konferenz in Sharm el-Sheikh zur Unterstützung der palästinensischen Wirtschaft für den Wiederaufbau von Gaza. Wir als Kommission sind bei diesem Ereignis Mitschirmherren. Ich freue mich, die Gelegenheit gehabt zu haben, mit dem Vorsitz des Ausschusses für außenpolitische Angelegenheiten und des Haushaltsausschusses frühzeitig hier im Parlament am 2. Februar das Versprechen zu diskutieren, das die Kommission abgeben will. Ich danke Ihnen erneut für Ihre Unterstützung.

Das gegenwärtige Problem ist aber nicht nur die Finanzierung, sondern der Zugang, insbesondere zu Gaza. Wir haben uns sowohl in der Öffentlichkeit als auch privat sehr laut gegen die inakzeptable Schließung der Grenzübergänge in Gaza stark gemacht. Dieses Haus wird mir sicher zustimmen, wenn ich wieder fordere, dass die Grenzübergänge vollständig geöffnet werden.

(Beifall)

Sobald sich der Zugang verbessert – was sicher geschehen wird – werden wir eventuell unsere Finanzplanung überprüfen müssen. Zum gegebenen Zeitpunkt muss ich dann eventuell wieder mit Ihnen darüber sprechen. Ich hoffe, wieder mit Ihrer Unterstützung rechnen zu können.

Sehr geehrte Abgeordnete, Sie können auf das Engagement der Kommission – und auch mein persönliches Engagement – zählen, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um dabei zu helfen, in einem der problematischsten Teilen der Welt Frieden zu schaffen. Wir werden mit Sicherheit sehr eng mit diesem Haus zusammenarbeiten.

(Beifall)

Joseph Daul, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Vondra, Herr Solana, Kommissarin Ferrero-Waldner, meine Damen und Herren! Die Lage in Gaza wird von Tag zu Tag schlechter. Die Bevölkerung leidet schrecklich. Es fehlt an allem.

Das Embargo gegen Gaza bedeutet, dass jede humanitäre Hilfslieferung einen Hindernislauf durchlaufen muss. Selbst wenn die humanitäre Hilfe ankommt, ist sie unzureichend, um die Bedürfnisse vor Ort abzudecken. Die Krankenhäuser können nicht mehr richtig arbeiten. Die Bevölkerung kann nicht mehr versorgt werden. Was heute in Gaza geschieht ist eine humanitäre Katastrophe von großem Ausmaß.

Die Europäische Union spielt in der Region bereits eine bedeutende Rolle. Die den Palästinensern bislang und weiterhin geleistete finanzielle Hilfe ist beachtlich. Sie hat viel getan, um das humanitäre Desaster zu verhindern, das wir heute sehen. Trotz der Hindernisse bietet sie weiterhin humanitäre Hilfe und Unterstützung für die Bevölkerung des Gaza-Streifens. Gerade heute hat die Europäische Union Hilfe in Höhe von 41 Millionen Euro für das UN-Hilfswerk für die Flüchtlinge aus Palästina gewährt. Das ist also nicht der richtige Zeitpunkt für uns, den Mund nicht mehr auf zu machen.

Für mich muss die europäische Botschaft eindeutig sein. Wir dürfen es nicht tolerieren, dass humanitäre Hilfe in diesem Konflikt als Geisel genommen wird. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass diese Hilfe frei und ohne Einschränkungen bewegt werden kann, und dass die Kontrollpunkte geöffnet werden.

Es geht noch weiter, wir senden eine Warnung an Hamas. Zwischenfälle wie die im vergangenen Monat, als Hamas die vom UN-Hilfswerk in der Region verteilte humanitäre Hilfe konfiszierte und nicht wieder herausgab, sind ein Skandal und dürfen sich nicht wiederholen. Alle involvierten Akteure müssen das

Wiederaufbaustadium vorziehen und aktiv vorbereiten, indem sie die Schäden vor Ort bewerten und einen Plan für die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Sanierung des Gaza-Streifens vorbereiten. Diese Sanierung ist von grundlegender Bedeutung für die Stabilität in der Region. Das ist das Ziel der Geberkonferenz in Sharm el-Sheikh am 2. März.

Aber seien wir doch klar. Kein Wiederaufbau – auch kein anderer – kann stattfinden, bevor nicht ein dauerhafter Waffenstillstand ausgerufen ist. Ein Waffenstillstand und das Ende der Militäraktionen, auch seitens Israel, sind eine absolute Voraussetzung für die Wiederherstellung des Friedens in der Region. Er beginnt auch, was Hamas betrifft – und ich sage das mit aller Entschiedenheit – mit der endgültigen Beendigung des Raketenbeschusses von Israel aus Gaza.

Alle möglichen Maßnahmen müssen getroffen werden, um gegen das Einbringen von Waffen und Munition über die Tunnel zwischen Gaza und Ägypten vorzugehen. Die Wiederherstellung des Dialogs aller Sektoren der palästinensischen Gesellschaft untereinander und die Wiederaufnahme des gegenwärtigen Verhandlungsprozesses sind wesentlich. Ägypten, dem auf Grund der Grenzlage zu Gaza eine besondere Verantwortung zukommt, muss bei diesem Verhandlungsprozess eine aktive Rolle spielen. Alle unsere künftigen diplomatischen Bemühungen müssen diese besondere Rolle Ägyptens berücksichtigen.

Wir können nur hoffen, dass wir eine Lösung für den Konflikt finden, indem wir die diplomatischen Wege offen halten. Ich fordere alle involvierten Parteien, einschließlich das Quartett, die Arabische Liga und die Diplomaten der Mitgliedstaaten auf, weiterhin entschieden und mit Entschlossenheit an den Verhandlungen teilzunehmen.

Martin Schulz, im Namen der PSE-Fraktion. – (DE) Vielen Dank, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Botschaft unserer Debatte kann nur eine sein: Es gibt keine gewaltsame Lösung im Nahen Osten! Es gibt keine militärische Lösung! Es gibt keine Lösung über terroristische Gewalt!

Es kann sein, dass man kurzfristig einen militärischen Vorteil erzielt, es kann sein, dass ein terroristischer Akt große Verwirrung stiftet, aber jede Gewalt erzeugt erfahrungsgemäß mehr Gewalt und dreht die Gewaltspirale weiter. Und der Dialog ist im Nahen Osten extrem schwierig, gerade in einer Zeit der Unsicherheit und teilweise der Ungleichzeitigkeit.

Wir haben es auf der anderen Seite mit einer Hoffnung in den Vereinigten Staaten von Amerika zu tun. Barack Obama, Hillary Clinton und ihre Mannschaft haben ein konsens- und dialogorientiertes Konzept und damit ein völlig anderes als die Gott sei Dank abgewählte Vorgängerregierung. Hoffnung also in Washington. Aber was ist mit Jerusalem? Sicher ist das, was Benjamin Netanjahu im Wahlkampf gesagt hat, ein Risiko für den Friedensprozess, und sicher ist Avigor Liebermann eine Gefahr für den Friedensprozess im Nahen Osten. Diese Ungleichzeitigkeit birgt ein Risiko.

Was geschieht im Libanon? Welchen Einfluss hat zukünftig die Hisbollah? Inwieweit ist sie im Libanon zu einem konstruktiven Dialog vor und nach der Wahl bereit? Was ist mit der westlich orientierten Mehrheit? Ist sie in der Lage, das Land nach einem Wahlsieg mit Integration der Hisbollah zu regieren? Ist die Hisbollah bereit, sich integrieren zu lassen? Das hängt in einem entscheidenden Maße davon ab, wer in Teheran regieren wird. Die Frage des Wahlausgangs im Iran ist von zentraler Bedeutung. Übrigens auch für die Haltung der Hamas.

Die Frage, ob wir einen radikalen Präsidenten haben, der das Existenzrecht Israels bestreitet – wie es der amtierende Präsident tut –, oder ob es eine Regierung geben wird, die zum Dialog bereit ist und diese Dialogbereitschaft von Teheran nach Beirut, nach Rafah übergreift, ist eine entscheidende Frage für die Stabilisierung der gesamten Region. Wir sind für eine Regierung der Einheit der Palästinenser. Ohne eine Regierung der palästinensischen Einheit ist der Friedensprozess nicht zu bewältigen. Es ist deshalb an der Hamas, jetzt zu zeigen, ob sie bereit und in der Lage ist, zu einer solchen Regierungsform zu kommen.

Die Grundvoraussetzung dafür ist aber, dass man mit der Hamas redet, dass diejenigen, die im palästinensischen Volk mit der Hamas reden wollen, unterstützt werden und dass sie nicht durch eine Regierung in Jerusalem, die nur eine Politik der Fortsetzung der Siedlungen kennt, in die Defensive gedrängt werden. Nebenbei bemerkt: Wenn es stimmt, dass 163 Hektar jetzt wieder für den Siedlungsbau freigegeben werden, dann ist das ein destabilisierendes Element, und das muss man unseren Freunden in Israel in aller Klarheit sagen.

Alles hängt im Nahen Osten mit allem zusammen. Man kann keine Einzelteile herausnehmen und glauben, man könne ein einzelnes Problem mit militärischen Maßnahmen lösen. Deshalb ist die Grundvoraussetzung für alles die Bereitschaft zum Dialog. Der Plan der Arabischen Liga, der Friedensplan Saudi-Arabiens, sieht

Gewaltverzicht unter Anerkennung des Existenzrechts Israels vor – Welch ambitionierter und mutiger Plan! Darüber muss gesprochen werden! Es ist doch ein Fortschritt, dass es Leute in der Arabischen Liga, im arabischen Lager gibt, die bereit sind, eine solche Debatte zu führen. Die muss man stärken. Die stärkt man nicht durch Bomber. Man stärkt übrigens auch nicht die Arbeit der Europäischen Union, indem das, was wir aufbauen, aus irgendwelchen militärischen Erwägungen wieder zerstört wird. Deshalb kann unsere Botschaft nur lauten: Der Dialog ist die Grundvoraussetzung.

Herr Hoher Vertreter Javier Solana, Sie haben gesagt, dass Sie in diesem Jahr zum ersten Mal hier sind. Sie sind vielleicht in dieser Wahlperiode zum letzten Mal hier. Gerade weil der Dialog *sine qua non* für den Erfolg ist, will ich Ihnen im Namen unserer Fraktion sagen, Sie sind sozusagen der personifizierte Dialog. Ihre Arbeit verdient mehr als Respekt. Sie verdient in einem großen Maße Bewunderung, vor allen Dingen für das ständige Eintreten für den Dialog. Dafür unsere große Anerkennung.

(Beifall)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. Wir hoffen natürlich – dem Dank schließen sich alle an –, dass Javier Solana bis zum Ende der Wahlperiode noch einige Male zu uns kommt.

Graham Watson, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Schweren Herzens debattieren wir wieder einmal darüber, was unsere Union tun kann, um das Leid in Nahost zu mildern.

Betrachtet man den jüngsten Konflikt in Gaza, so werden wieder all die altbekannten Aussagen gültig: Schande auf beiden Seiten; Provokation von Hamas; unverhältnismäßige Reaktion von Israel. Aber angesichts der wiederkehrenden Gewalt haben wir diese abgedroschenen Phrasen so oft wiederverwendet, dass sie jegliche einstige Wirkung verloren haben. Wir dürfen nicht so weitermachen. Natürlich ist es unsere moralische Pflicht, bei dem Wiederaufbau von Gaza zu helfen. Natürlich ist es sinnvoll, Sicherheiten von Israel zu verlangen. Es ist schlimm genug, wenn man mit ansehen muss, wie Flughäfen, Schulen und Kanalisationen in die Luft fliegen; noch schlimmer ist es, sie mit europäischem Geld wieder aufzubauen, in dem Wissen, dass sie wahrscheinlich wieder zerstört werden.

Ist es möglich, ist es glaubwürdig sich vorzustellen, dass Israel uns versichern kann, dass so etwas nicht wieder geschehen wird? Auf jeden Fall werden der Wiederaufbau und die humanitäre Hilfe der Europäischen Union künftige Konflikte nicht verhindern. Wir brauchen einen neuen und positiven Ansatz, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, falls möglich, anderenfalls aber auch ohne sie.

Die Gewalt im letzten Monat und das Ergebnis der Wahlen in diesem Monat haben die Inhalte der Debatte verändert. Hamas ist politisch stärker, ist militärisch intakt, sträubt sich gegen die Anerkennung Israels und die erwartete Koalition in Israel wird eine härtere Linie verfolgen denn je und sich auf ganzer Front gegen die Errichtung eines getrennten Palästinenserstaats wehren. Inzwischen wird die Kluft zwischen dem Westjordanland und Gaza immer größer und es besteht die Gefahr einer permanenten Teilung.

Der Rat und die Kommission haben nicht wirklich gesagt, welche Antwort sie auf diesen Wandel der Ereignisse geben, und die tschechische Präsidentschaft scheint das Thema von der Tagesordnung streichen zu wollen, aber wir dürfen nicht länger warten. Angesichts der sich ändernden Lage und des Umstandes, dass weder Hamas noch die Israelis miteinander sprechen, müssen wir erreichbare Bedingungen vorgeben, über die wir mit beiden sprechen können. Isolierung führt nur zu Verzweiflung.

Nun ist die Zeit für die Diplomatie gekommen, delikat aber entschieden. In welchem Forum? Im Quartett, Herr Solana? Gut, vielleicht, aber wir müssen zuerst anerkennen, dass das politische Versagen, die zerschlagenen Hoffnungen und der schleichende Extremismus der letzten sieben Jahre unter den Augen des Quartetts stattgefunden haben. Sein entsandter, Tony Blair, war noch nicht einmal in Gaza. Wenn er dort hinfahren würde, könnte er den Standort des Industriearbals besuchen, der eines seiner Lieblingsprojekte ist, konzipiert, um Arbeitsplätze zu schaffen, der aber letzten Monat dem Erdboden gleich gemacht wurde.

(Beifall)

Das Quartett muss sich für einen neuen Ansatz öffnen, und wenn unsere Partner diesen Schritt nicht tun können, dann müssen wir Wege finden, um das zu erreichen.

Schließlich können wir nur die Zukunft vorbereiten, wenn wir ehrlich eingestehen, was in der Vergangenheit geschehen ist. Es sollte eine freie und gerechte internationale Aufdeckung der angeführten Kriegsverbrechen im Gaza-Konflikt geben. Das UNRWA und unser eigener Parlamentsausschuss haben beide von erschreckenden Beweisen für Kriegsverbrechen berichtet, und die Vorwürfe waren wirklich schwerwiegend.

Wird Israel fälschlicherweise beschuldigt, muss sein Namen gesäubert werden, aber wenn es diese Verbrechen begangen hat, muss es sich seiner Verantwortung stellen. Unser Ziel muss sein, eine Übereinkunft über eine friedliche und gedeihende Zukunft auf beiden Seiten der Grenze zu erreichen, so dass die Feinde wieder einmal Partner werden können. Das Versagen unseres bislang verfolgten Ansatzes ist aber mit auf der Erde vergossenem Blut geschrieben. Herr Solana, wir müssen Vorreiter auf einem neuen Weg zum Frieden sein, und die Europäische Union muss, falls erforderlich, die Führung übernehmen.

(Beifall)

Brian Crowley, im Namen der UEN-Fraktion. – (GA) Herr Präsident, Herr Hoher Vertreter und Frau Kommissarin Ferrero-Waldner! Ich begrüße herzlich die heutige Klärung, dass dem Gaza-Streifen humanitäre Hilfe zukommt. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung für das Europäische Parlament.

Die gegenwärtige humanitäre Lage in Gaza ist schlecht und die Europäische Union hat die Verantwortung zu helfen.

, im Namen der UEN-Fraktion. – Es wurde viel gesagt zur Notwendigkeit von Frieden, Dialog, Verständigung, Mäßigung – wenn man dieses Wort überhaupt verwenden will – im Zusammenhang mit den Reaktionen und Gegenreaktionen auf verschiedene Ereignisse. Aber drei Dinge stechen unmittelbar hervor, wenn wir über Nahost sprechen.

Erstens, es ist keine Verhandlung auf Augenhöhe. Auf der einen Seite steht die Stärke, auf der anderen Schwäche und Teilung. Zweitens, es ist keine gleichwertige Beteiligung von äußeren Einflüssen und Abdeckung in den externen Medien. Eine Seite erhält positiveren Schutz von den internationalen Medien und Ländern; die andere Seite wird abfällig als „Terrorismus“ oder „reaktionär“ beschrieben.

Drittens, und das ist das Wichtigste, trotz aller politischer Uneinigkeiten, geografischen Uneinigkeiten und historischen Streitigkeiten, sind es immer die gleichen Menschen, die Tag für Tag weiterhin leiden: Frauen, Kinder, unschuldige Zivilisten, Menschen, die nichts mit politischen Gruppen, politischen Organisationen oder mit paramilitärischen Gruppen oder Terroristenorganisationen zu tun haben. Das sind die armen Unschuldigen, die inmitten des Raketenfeuers, der Bomben und der so genannten – und ich muss lachen, wenn ich höre, wie solche Ausdrücke verwendet werden – den gezielten intelligenten Bombardierungen gefangen sind. Es gibt nichts wie „intelligente“ oder „sichere“ Bomben. Wenn sie aufprallen, explodieren sie – und töten Menschen.

Uns liegen umfassende Beweise vor, die belegen, dass nicht nur die Raketen von Hamas gegen Israel unschuldige Menschen getötet haben, sondern einhundert Mal mehr die Bomben und Kugeln der israelischen Streitkräfte innerhalb von Gaza und in den besetzten Gebieten Tausende Menschen getötet und Tausende Menschen verletzt haben. So liegen Beweise eines Iren, John King, vor, der für das UNRWA in Gaza tätig war, die zeigen, dass, als sie von den israelischen Behörden informiert wurden, dass ihre Bomben in der Nähe eines UN-Geländes in Gaza einschlagen würden, bei dem es sich um ein Kraftstoff- und Lebensmittellager handelte und das auch als Zufluchtsort für Kinder verwendet wurde, deren Schule am gleichen Tag schon zerbombt worden war, die Bomben näher kamen; und als sie sie ein zweites Mal anrufen mussten, die Bomben auf dem Kraftstoffdepot innerhalb des UN-Geländes einschlugen.

Vielleicht war das Fahrlässigkeit, Falschinformationen oder ein beabsichtigtes Ziel, aber so oder so ist es eine Handlung – vielleicht nicht gerade in Kriegsverbrechen nach dem Verständnis mancher Menschen – aber eine Angriffshandlung auf die Institutionen des Friedens, der Menschlichkeit und der Freiheit. In Kriegszeiten gibt es fest vorgeschriebene Verhaltensregeln, gibt es bestimmte Dinge, die man nicht tun darf.

Natürlich müssen wir Hilfe und Unterstützung zum palästinensischen Volk bringen, um ihre Region wieder aufzubauen. Natürlich müssen wir sicherstellen und darauf bestehen, dass Gespräche stattfinden, und dass der Friede gedeihen kann, aber dazu müssen auch wir in Europa mutige Schritte unternehmen. Wie Martin Schulz beglückwünsche auch ich Javier Solana dazu, dass er den langen einsamen Weg gegangen ist, zu Menschen zu sprechen, mit denen sonst niemand sprechen würde, dass er dem Dialog die Tore geöffnet hat, denn letztendlich kann man Frieden nur über den Dialog zwischen den Feinden erreichen, und nur über den Frieden kann man die Grundlagen für eine Zwei-Staaten-Lösung errichten, die Frieden, Gleichberechtigung, Sicherheit und Gerechtigkeit in Nahost gewährleistet.

Jill Evans, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich gehörte der Delegation des Europäischen Parlaments an, die letzte Woche nach Gaza reiste, um die Zerstörung zu sehen, und der Schwerpunkt der heutigen Entschließung des Parlaments ist die humanitäre Aktion, die verzweifelt benötigt wird.

Hierbei handelt es sich um eine echte humanitäre Krise, und wie können wir diese dringend beheben? Neunzig Prozent der Menschen in Gaza hängen von der Hilfe der Vereinten Nationen ab. Das steht mit keinen Verhandlungen in Verbindung. Wir müssen sicherstellen, dass die Hilfe durchkommt, und der Schlüssel dafür ist die Aufhebung der Belagerung und die Öffnung der Grenzübergänge. Wie soll eine dicht bevölkerte Region mit 1,5 Millionen Einwohnern, die 22 Tage lang bombardiert wurde und in der über 1 000 Menschen getötet wurden, überhaupt mit dem Wiederaufbau beginnen, wenn nur 15 Kategorien humanitärer Gegenstände hinein dürfen: Lebensmittel, einige Medikamente und Matratzen? Man kann keine Häuser und Büros wieder aufbauen ohne Zement und Glas, die verboten sind. Man kann keine Kinder in Schulen unterrichten, die kein Papier haben, weil es verboten ist. Man kann keine Menschen ernähren, wenn nicht genug Lebensmittel hineingebracht werden dürfen. Es ist nicht so, dass die Hilfe nicht dort wäre, sondern dass sie nicht durchgelassen wird. Wir müssen Druck auf die israelische Regierung ausüben, damit sie die Blockade beendet und die Grenzübergänge öffnet.

Jede Bewertung der in Gaza entstandenen Schäden muss auf den vorsätzlichen Beschuss hinweisen, um die Infrastruktur und die Wirtschaft zu zerstören. Wir sahen wie Schulen, Fabriken, Häuser und Krankenhäuser vorsätzlich angegriffen wurden. Wieder einmal waren wir Zeugen der Zerstörung durch Israel von Projekten, die von der Europäischen Union finanziert worden waren, und statt dagegen etwas zu unternehmen, sprechen wir davon, die Handelsbeziehungen aufzuwerten, wo unter den gültigen Übereinkünften gegenwärtig gegen die Bedingungen der Menschenrechte verstoßen wird.

Herr Solana sprach davon, wie wir mit der Verfolgung der gleichen Politik wieder an die gleiche Stelle zurückgelangen würden. Ja, darin stimme ich zu. 2006 weigerte sich die Europäische Union, die palästinensische Einheitsregierung anzuerkennen, an der Hamas-Mitglieder beteiligt waren, und doch sind wir bereit, eine neue israelische Regierung anzuerkennen, an der Mitglieder beteiligt sind, die eine Zwei-Staaten-Lösung ablehnen, die nicht einen Palästinenserstaat unterstützen.

Jetzt ist von grundlegender Bedeutung, dass die EU bereit ist, eine nationale palästinensische Konsens-Übergangsregierung zu akzeptieren und mit ihr zusammenzuarbeiten, die aus den Kairo-Gesprächen in den kommenden Wochen hervorgehen wird, und wir müssen klare Signale für unsere Absichten an die internationale Gemeinschaft senden. Wir müssen den Versöhnungsprozess in Palästina als Teil einer langfristigen Lösung unterstützen, und das bedeutet, sicher zu stellen, dass wir nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen.

(Beifall)

Francis Wurtz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Solana, Frau Kommissarin! Als ich den Kindern in Gaza zuhörte, wie sie in den Ruinen ihrer Häuser erzählten, wie sie gezittert hatten, als die Bomben fielen, oder ihren Eltern, wie sie die Hölle dieser 22 Tage und Nächte beschrieben, die ihr Leben und die Erinnerung der kommenden Generationen für immer kennzeichnen werden, war ich nicht stolz auf Europa.

Ich dachte an einige Spitzenpolitiker unserer Mitgliedstaaten, an all jene, die sich vor der Geschichte für ihren fehlenden politischen Mut verantworten müssen, an die entgangenen Gelegenheiten, an ihre fehlende Vision. Ich fragte mich selber: Wie weit müssen die israelischen Führungspolitiker ihre Unmenschlichkeit gegen die Palästinenser und ihre Verachtung des Rechts und der grundlegendsten Werte noch treiben, bis die wichtigsten europäischen Spitzenpolitiker es wagen, einen Finger zu heben und endlich sagen „genug ist genug“?

Jene, die sich als Freunde Israels bezeichnen, um die Straffreiheit und grenzenlose Gefälligkeit gegenüber der gegenwärtig herrschenden Klasse zu rechtfertigen, finden sich in diesen Worten des großen israelischen Schriftstellers David Grossman wieder, den ich hier zitieren möchte: „Inmitten der Woge der nationalistischen Hyperbel, die jetzt die Nation überschwemmt, wäre es nicht fehl am Platz, daran zu erinnern, dass in der Endanalyse diese letzte Operation in Gaza nur ein weiterer Zwischenstopp auf einem Pfad von Feuer, Gewalt und Hass ist. Ein Pfad, der gelegentlich von einem Sieg gekennzeichnet ist, dann wieder von einer Niederlage, der uns aber unabwendbar in den Ruin treibt.“

Oder stellen wir ihnen die gleiche Frage wie Shlomo Sand, der berühmte israelische Historiker, den ich auch zitiere: „Wir säten Verwüstung. Wir haben unter Beweis gestellt, dass wir keine moralischen Vorbehalte haben. Haben wir das Friedenslager unter den Palästinensern gestärkt?“ Er fährt fort: „Israel hat die Palästinenser zur Verzweiflung gebracht.“

Zwanzig Jahre lang haben Yasser Arafat und die Palästinensische Autonomiebehörde den Staat Israel anerkannt, aber nichts dafür erhalten. Israel lehnte 2002 das Angebot der Arabischen Liga ab, meine Damen

und Herren. Alle sprechen über die Arabische Liga und über das Friedensprojekt der Arabischen Liga. Es existiert schon seit sieben Jahren. Was hat Europa getan, um diese Chance zu ergreifen?

Deshalb komme ich zurück zu Shlomo Sand: „Israel lehnte 2002 das Angebot der Arabischen Liga einer umfassenden Anerkennung Israels unter den Grenzen von vor 1967 ab.“ Der israelische Historiker kommt somit zu dem Schluss: „Israel wird nur dann Frieden schließen, wenn auf seine Politik Druck ausgeübt wird.“

Das führt zu einer Frage, Herr Solana, da Sie nichts zum Thema des Völkerrechts gesagt haben. Welchen Druck ist die Union bereit, auf Israel wegen Gaza und dem Westjordanland einschließlich Jerusalem auszuüben, um die heutigen und künftigen Verantwortlichen daran zu erinnern, dass die Zugehörigkeit zur internationalen Gemeinschaft allgemein und die bevorzugte Partnerschaft mit der Europäischen Union konkret ein Preis sind, den sie dafür bekommen, dass sie der militärischen Besatzung keinen Platz lassen, oder den Kriegsverbrechen, oder einer Politik, die jeden Tag einer Scheidung zwischen Europa und der arabisch-muslimischen Welt Vorschub leistet?

Als Europäer wünschte ich mir, nicht alleine auf einen Wandel in der Nahostpolitik durch den Bewohner des Weißen Hauses hoffen zu müssen. Ich würde gerne an eine Kehrtwende von Europa glauben.

(Beifall)

Kathy Sinnott, (IND/DEM). – Herr Präsident! Heute debattieren wir über eine Entschließung zur humanitären Hilfe. Vor meinem Beitrag möchte ich unterstreichen, dass ich nicht im Namen der IND/DEM-Fraktion spreche, da diese keine Stellung zu diesem Thema bezieht. Ich spreche also als MdEP in meinem eigenen Namen und in dem meiner Leute.

Die große Mehrheit der Menschen in Gaza muss auf humanitäre Hilfe – Lebensmittel, Wasser, Obdach, Kleidung und insbesondere Medikamente – vertrauen, um überleben zu können. Es ist eine Bevölkerung, die schon sehr lange in einem Belagerungszustand lebt. Alle Grenzübergänge waren 18 Monate lang geschlossen und jetzt, nach dem jüngsten schrecklichen Angriff auf die Menschen in Gaza, sind sie noch verzweifelter. Da der Belagerungszustand immer noch nicht aufgehoben wurde und die Grenzübergänge immer noch geschlossen sind, ist es sehr schwer, die Güter für den täglichen Bedarf bis zu den Menschen zu bringen.

Ich sehe in Erwägungsgrund E dieser Entschließung, dass wir Europäer uns selber für unsere Bemühungen bei der humanitären Hilfe ganz gewaltig auf die Schulter klopfen. Sie, Frau Kommissarin, haben von politischen Bemühungen gesprochen, die Sie unternehmen, aber verdienen wir dieses Lob? Der Handel zwischen Israel und der EU beläuft sich jährlich auf 27 Milliarden Euro. Wenn wir wirklich wollten, dass in Gaza etwas geschieht, könnten wir die Stärke einsetzen, die uns dieser Handel verleiht, und wirtschaftliche Sanktionen auferlegen. Unsere Weigerung das selbst im Fall der Bombardierung im Januar zu tun, zeigt, dass wir den gegenwärtigen Geschäftsstatus wie üblich bevorzugen und unseren Beitrag zur humanitären Hilfe verwenden, um unser Gewissen zu beruhigen. Wir sind nicht nur nicht bereit, einen guten Geschäftsmarkt zu verärgern, um der Ungerechtigkeit in Gaza ein Ende zu setzen, sondern wir sind bislang auch nicht bereit, das Abkommen zwischen der EU und Israel aufzuheben und nicht einmal auszusetzen.

Ich liebe die jüdischen Menschen sehr. In der Schule nutzte ich die Gelegenheit mehrere Jahre lang ihre Geschichte und Literatur mit einem Rabbiner zu lernen. Aber Freundschaft bedeutet nicht Blindheit, sondern den Willen, ehrlich zu sein. In der Tat gibt es, wenn man nach den Demonstrationen urteilt, die in den größeren Städten Israels stattgefunden haben, viele israelische Bürger, die sich öffentlich gegen die Handlungsweise der Regierung stellen.

Ich komme nun zur Dringlichkeit der humanitären Hilfe zurück: Der Wiederaufbau der physischen Infrastruktur ist wichtig, aber es ist unverständlich, dass Agenturen mit dem Wiederaufbau zögern, wo es den Anschein hat, dass ein noch bedrohenderes Regime dabei ist Israel, zu übernehmen. Der Wiederaufbau der Infrastruktur für die Menschen kann aber nicht warten. Wir müssen die Lieferungen hineinbringen. Ich möchte besonders unterstreichen, dass die im Januar eingesetzten, besonders tückischen Waffen vielen Menschen Gliedmaßen abgerissen und schreckliche Verbrennungen zugefügt haben. Ich weiß selber, was es bedeutet, ein gesundes Kind zu haben, das dann behindert wird.

Wir müssen eingreifen – in der Medizin und in der Bildung – für all diese Tausende Menschen, insbesondere Kinder, die seit Neujahr für ihr ganzes Leben behindert sein werden. Während wir ihnen helfen, müssen wir ihre Geschichten aufzeichnen, um mit dem Prozess zu beginnen, Beweise für gezielte Angriffe und mögliche Kriegsverbrechen zu sammeln.

Jean-Marie Le Pen (NI). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Sicherheit ist es nicht Europa und noch weniger der Hohe Vertreter für Außenpolitik, Javier Solana, der frühere NATO-Generalsekretär, wer die Rolle des Vermittlers zwischen Israel und Palästina übernehmen kann. Sie werden höchstens aufgerufen, den Wiederaufbau des Gaza-Streifens zu finanzieren, wie sie es heute im Kosovo, Libanon und Afghanistan tun.

Die USA und Israel bombardieren, während Europa den Wiederaufbau finanziert. So sind die Aufgaben der Alliierten untereinander aufgeteilt. Allerdings sollten auch jene, die den Schaden verursachen, dafür bezahlen. Ägypten steht im Mittelpunkt der Friedensgespräche, bei denen ein ausgedehnter Waffenstillstand mit Hamas diskutiert wird. Die Herausforderung ist aber beachtlich, da die neue israelische, unter dem Druck des dritten Mannes, Herr Liebermann, dem rechtsextremen, dort demokratische akzeptierten Spitzenpolitiker, stehende Regierung Gefahr läuft, dass sich ihre Aufgabe bei dieser Verhandlung außerordentlich erschwert. Herr Netanyahu, der als der künftige Premierminister gehandelt wird, war in der Tat immer dagegen, sich auf einen Waffenstillstand mit Hamas einzulassen.

Eine weitere Schwierigkeit ist, dass die Palästinensische Autonomiebehörde von Mahmoud Abbas im Westjordanland zu einer Art internationalem Protektorat geworden ist, dessen Legitimität unter der Bevölkerung deutlich zurückgegangen ist.

Der letzte zu berücksichtigende Faktor ist, dass die Ausdehnung der israelischen Kolonien, die seit 1967 nicht endet, die Schaffung eines Palästinenserstaates im Westjordanland besonders schwierig gestaltet. Heute liegt der Ball bei Israel, aber werden die Falken in beiden Lagern diesen Gottesfrieden akzeptieren, den beide Seiten fordern, ohne die Mittel bereit zu stellen?

Erlauben Sie mir, eine Überlegung zu Frankreichs Rückkehr in die integrierte Militärstruktur der NATO hinzuzufügen, die im Rahmen des Vatanen-Berichts debattiert wird. Diese Rückkehr wird dazu führen, dass Frankreich große Verpflichtungen übernimmt. Wir schließen uns wieder der NATO an, wengleich der Kalte Krieg seit 1990 vorbei ist. Herr Sarkozy scheint den Fall der Berliner Mauer und die Rückkehr Russlands zur Gruppe der freien Nationen vergessen zu haben. Ist es nötig, die Blockdenkweise zu stärken, jetzt wo wir Multipolarität und die zunehmende Stärke der Schwellenländer auch auf militärischer Ebene sehen?

Dazu kommt noch, dass die Rückkehr Frankreichs in die integrierte Struktur zu einer Erhöhung seines Kontingents in Afghanistan zwingen wird, obwohl dort bereits 3 300 Männer stationiert sind. Welche Mittel wird er für die Finanzierung dieser Operation einsetzen, jetzt, da das Verteidigungsbudget auf weniger als 2 % des BIP fallen wird und über 30 Regimenter aufgelöst werden?

Paradoxerweise werden wir unsere finanzielle Beteiligung erhöhen, um wieder der NATO beizutreten, und gleichzeitig unsere militärische Präsenz in Afrika verringern. Die europäische Verteidigung, die Präsident Sarkozy so sehr lieb ist, wird somit zu einer Säule der atlantischen Allianz. Man muss nur den Lissabon-Vertrag und seine Zusatzprotokolle lesen, um sich davon zu überzeugen.

Gleich ob in der Außenpolitik oder in der gemeinsamen Sicherheit steckt der europäische Weg in einer Sackgasse, die nur zu einer Angleichung an die USA und ihre Alliierten führen kann. Es ist diese Logik der Zurücknahme, die wir ablehnen, im Namen der nationalen Hoheit und Unabhängigkeit, die insbesondere in unserer unabhängigen atomaren Abschreckung liegt.

Der Präsident. – Die anderen Kolleginnen und Kollegen haben auch ein bisschen überzogen, und man muss dann allen das gleiche Recht geben.

Javier Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. – (ES) Herr Präsident! Ich kann in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht auf alle antworten, die bei dieser Debatte das Wort ergriffen haben. Erlauben Sie mir, meinem aufrichtigsten Dank Ausdruck zu verleihen, für das, was Sie über mich persönlich und das, was ich tue gesagt haben. Ich möchte Ihnen versichern, dass ich weiterhin mit der gleichen Entschlossenheit – und wenn möglich sogar noch mehr – arbeiten werden, denn die Lage wird von Tag zu Tag schwieriger.

Ich denke es gibt fünf Themen, bei denen ein Konsens unter allen meinen Vorrednern erreicht werden kann.

Erstens, humanitäre Angelegenheiten: Es kann keinen Zweifel geben, dass die dringendste und wichtigste Frage die humanitäre Lage ist. Die Gewalt der letzten Tage und Wochen hat einige enorme Klüfte verursacht zu dem, was notwendig ist, um das Leiden der Bevölkerung zu mildern, insbesondere bei den Menschen in Gaza. Deshalb werden wir alles tun, was in unserer Macht steht, um die große Not im alltäglichen Leben in

Gaza zu mildern. Die Kommission wird das – ohne das geringste Zögern – tun, gleich wie die Mitgliedstaaten des Rates; die ganze internationale Gemeinschaft wird das tun.

Zweitens, die Öffnung der Grenzübergänge zwischen Gaza und Israel und zwischen Gaza und Ägypten ist dafür absolut wesentlich. Aber das muss auch schnell und unverzüglich geschehen. Von unserem Standpunkt aus wird die gesamte Hilfe dort hin geliefert, wo sie gebraucht wird; und was konkret Rafah betrifft, werden wir für den Einsatz so bald wie möglich bereit sein. Es stehen bereits Beobachter der Europäischen Union bereit, so dass sie eingesetzt werden können, sobald die Grenze in Rafah geöffnet ist.

Drittens, das – sehr wichtige – Thema der Einheit der Palästinenser. Sehr geehrte Abgeordnete! Ich glaube, es ist klar, dass es gegenwärtig keine Lösung geben wird, bevor nicht die Versöhnung der Palästinenser untereinander beginnt. Deshalb unterstützt die Europäische Union, wie die Entschließung des jüngsten Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ besagt, jetzt und künftig die unternommenen Bemühungen, gleich ob von Präsident Abbas oder Präsident Mubarak, um Fortschritte bei der Versöhnung der Palästinenser untereinander zu erreichen.

Viele Redner haben die Verpflichtungen angesprochen, die wir übernehmen, abhängig davon, ob es eine neue palästinensische Konsensregierung geben wird. Mir scheint, sehr geehrte Abgeordnete – und das ist meine persönliche Meinung –, dass, wenn es eine palästinensische Konsensregierung gibt, eine Regierung, deren Ziel die zwei Staaten sind, eine Regierung, deren Ziel der Aufbau dieser zwei Staaten mit friedlichen Mitteln ist, eine Regierung, die ein Wiederaufbauprogramm für Gaza hat, und eine Regierung, die versucht, einen Wahlprozess für 2009 zu erreichen, eine solche Regierung von der Europäischen Union unterstützt werden sollte.

Viertens, zur Frage von Israel: Nach den Wahlen gibt es zwei wichtige Themen. Erstens, dass die aus den Wahlen oder aus der mit den Wahlen geschaffenen Mehrheit hervorgehende Regierung verpflichtet ist, soweit wir sehen können, den Friedensprozess fortzusetzen. Deshalb werden wir, gleich welche Regierung aus den Wahlen hervorgeht, weiterarbeiten und alles tun, was wir können, um sicher zu stellen, dass sie sich etabliert, und dass sie arbeitet und sich für die Fortsetzung des Friedensprozesses einsetzt, indem sie alles tut, was in ihrer Macht steht, um den Prozess so weit wie möglich im Jahr 2009 abzuschließen.

Fünftens, ist unserer Meinung nach die Angelegenheit der Siedlungen von absolut grundlegender Bedeutung. Ich bin überzeugt, dass die jüngsten Daten über den Stand der Siedlungen im Jahr 2008, die von der Regierung Israels veröffentlicht wurden, uns alle verantwortlich fühlen lassen müssen.

Ich möchte Ihnen sagen, dass ich 2001 mit dem damals Senator Mitchell an dem berühmten Bericht gearbeitet habe, der seinen Namen trägt. Ich war eine der vier Personen, die an diesem Programm gearbeitet hat. Ich möchte Sie, sehr geehrte Abgeordnete, bitten, so gut zu sein, den im Jahr 2001 veröffentlichten Bericht erneut zu lesen. Darin nannten wir Dinge, die leider immer noch genannt werden müssen, zum Beispiel das Thema der Siedlungen. Wenn wir in der Europäischen Union nicht in der Lage sind eine Veränderung der Art und Weise zu versuchen, wie diese Siedlungen errichtet werden, hat jede Friedensinitiative wenig Chancen auf Glaubwürdigkeit. Deshalb muss diese Angelegenheit sehr ernst genommen werden. Wir müssen ernsthaft mit unseren Freunden in Israel sprechen, um zu gewährleisten, dass das Thema der Siedlungen komplett anders behandelt wird.

Zuletzt, Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, die Arabische Liga. Die Einheit der arabischen Staaten untereinander ist lebenswichtig. Es ist von wesentlicher Bedeutung, mit allen Ländern der Arabischen Liga zu kooperieren, um sicher zu stellen, dass die von der Arabischen Liga unterzeichnete Friedensinitiative in Kraft bleibt. Von entscheidender Wichtigkeit ist, dass dieser Friedensprozess mit der Versöhnung zwischen den Palästinensern und den Israelis, aber auch zwischen den Arabern und Israel endet. Deshalb werden wir alle unterstützen, die daran arbeiten, dass die Friedensinitiative eine Realität wird.

Wir sehen tiefe Spaltungen innerhalb der Arabischen Liga. Wir werden alles tun müssen, was wir diplomatisch vermögen, um eine Vertiefung dieser Differenzen zu verhindern und vielmehr den Wiederaufbau eines Prozesses der Harmonie und Kooperation innerhalb der großen arabischen Familie zu fördern.

Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Wie ich bereits gesagt habe, wird 2009 ein extrem wichtiges Jahr werden. Wir müssen das Krisenmanagement fortsetzen, humanitäre Hilfe leisten, alles tun, was in unserer Macht steht, um zu gewährleisten, dass es zu einem Waffenstillstand kommt, und alles tun, was in unserer Macht steht, um sicher zu stellen, dass Frieden zwischen Israel und Gaza und zwischen Ägypten und Gaza einkehrt. Aber, sehr geehrte Abgeordnete, wenn wir unsere Denkweise nicht von einer Haltung des

Krisenmanagements in eine tief verwurzelte Konfliktlösung umwandeln, werden wir uns in der gleichen Lage befinden, zu der wir leider Anfang 2009 zurückgekehrt sind.

Herr Präsident! Ich hoffe, dass, wenn wir alle zusammenarbeiten, 2009 letztendlich ein Jahr wird, in dem wir wirklich diesen großen Konflikt lösen können, der uns leider schon zu lange schwer belastet.

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident! Ich möchte nur noch einmal sagen, dass wir letztes Jahr eindeutig gesagt haben, dass ein Versagen keine Option ist. Wir alle waren voller Hoffnung auf Grund des Annapolis-Prozesses und wir waren voller Hoffnung für einen Friedensprozess. Leider hat der militärische Einfall in Gaza, nachdem von Gaza aus Raketen auf Israel abgeschossen wurden, die Lage geändert. Jetzt wissen wir alle, dass es eine Reihe Elemente gibt, die absolut notwendig sind, damit wir wieder zu den Friedensvereinbarungen zurückkommen können. Aber auf jeden Fall ist etwas klar: Eine militärische Lösung ist keine Lösung. Darin stimme ich mit Ihnen allen überein. Deshalb müssen wir alle, unabhängig von den Kosten, arbeiten, um den Frieden zu erreichen.

Es gibt viele Akteure: in der Europäischen Union, in der internationalen Gemeinschaft – sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in den Vereinten Nationen oder Russland – aber es gibt auch viele arabische Freunde und Kollegen. Ich kann nur hoffen, dass alle diese Akteure, sobald eine neue israelische Regierung besteht, den Willen haben werden, sich für den Frieden zusammzusetzen. Unsere logische Überlegung ist eindeutig, aber ob uns die Emotionen auf den richtigen Weg bringen bleibt abzuwarten. Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns dafür einsetzen werden.

(Beifall)

Der Präsident. – Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung ein Entschließungsantrag⁽²⁾ eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Bairbre de Brún (GUE/NGL), *schriftlich*. – (GA) Die humanitäre Lage in Gaza ist inakzeptabel. Achtundachtzig Prozent der Bevölkerung benötigt Lebensmittelhilfe, es fehlt an der grundlegenden medizinischen Versorgung der Krankenhäuser und Tausende Tonnen Hilfsgüter können nicht nach Gaza gebracht werden, weil nicht ausreichende Lkws hineingelassen werden.

Menschen in der ganzen Welt waren erschreckt wegen der geringen internationalen Reaktion, als mehr als 1 000 Palästinenser – darunter auch über 300 Kinder – bei dem jüngsten israelischen Angriff auf Gaza getötet wurden.

Eine proaktive, langfristige Strategie Europas und der neuen US-Regierung muss das Recht der Palästinenser auf einen nachhaltigen Staat beinhalten – beruhend auf den vor 1967 bestehenden Grenzen. Sie muss die Siedlungstätigkeiten in den besetzten Gebieten beenden und muss die Mauer der Apartheid einreißen.

Die Sicherheit Israels und eines freien Staates von Palästina muss erreicht werden, aber die Situation, dass Israel die Sicherheit als Vorwand verwendet, um das Leben von unschuldigen Palästinensern auszulöschen, muss beendet werden. Es muss ein echter Verhandlungsprozess aufgenommen werden.

Die EU muss das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Israel aufheben, solange Israel nicht das internationale und Völkerrecht achtet.

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Welche Rolle sollte die Europäische Union in Nahost spielen (oder nicht spielen)? Von welchen Prinzipien soll sie geleitet werden?

Sie muss das Ende der Aggression und der unmenschlichen Blockade des Palästinenservolkes im Gaza-Streifen fordern und sicherstellen, dass ihnen dringend humanitäre Hilfe zukommt.

Sie muss die nicht zu rechtfertigende brutale Aggression, Verbrechen, Verletzungen der grundlegendsten Menschenrechte und Staatsterrorismus seitens Israels gegen das Palästinenservolk verurteilen.

(2) Siehe Protokoll.

Sie muss eindeutig den Umstand anklagen, dass es in Palästina Siedler und Besiedelte, Angreifer und Opfer, Unterdrücker und Unterdrückte sowie Ausbeuter und Ausgebeutete gibt.

Sie muss das Assoziierungsabkommen und jegliche Stärkung der bilateralen Beziehungen zu Israel, wie sie vom Rat Außenbeziehungen am 8. und 9. Dezember verfochten wurden, aussetzen.

Sie muss die Einhaltung des Völkerrechts und der UN-Resolutionen seitens Israels fordern und die Besetzung, Siedlungen, Sicherheitszäune, Morde, Festnahmen und unzähligen Erniedrigungen des palästinensischen Volks beenden.

Sie muss die Wahrung des unveräußerlichen Rechts des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen und souveränen Staat mit den Grenzen von 1967 und Hauptstadt in Ostjerusalem fordern und dafür kämpfen.

Sie darf im Wesentlichen nicht länger Komplize der Straffreiheit des israelischen Kolonialismus sein.

Alexandru Nazare (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Die jüngsten Wahlen in Israel und die neue US-Administration bieten die Chance für einen Neuanfang des Nahost-Friedensprozesses. Ich bin der Ansicht, die EU muss eine klare Botschaft der Unterstützung an das neue Kabinett in Tel Aviv senden, gleichzeitig aber auch eine eindeutige Aussage machen, was von den israelischen Partnern erwartet wird, im Sinne von Maßnahmen, die einen andauernden Frieden erleichtern. Dazu gehört auch die Schließung der Siedlungen im Westjordanland und das Angebot einer deutlichen Unterstützung der Zwei-Staaten-Lösung und die Hilfe, um militärische Übergriffe mit ihren schwerwiegenden humanitären Auswirkungen zu vermeiden.

Der EU-Ansatz für Nahost muss auf verschiedenen klaren Prinzipien beruhen. Das erste Prinzip ist die enge Zusammenarbeit mit den USA, ohne die wir keine langfristige Lösung für die Region erreichen können. Das zweite ist, dass unser Ansatz darauf abzielen muss, die Gewalt auf beiden Seiten so weit wie möglich zu unterbinden, indem der palästinensische Extremismus und die übersteigerten Maßnahmen Israels verurteilt werden, aber auch durch die Unterstützung von gemäßigten Regierungslösungen auf beiden Seiten, die in der Lage sind, den Friedensprozess zu erleichtern.

Ich möchte meine Unterstützung für die Entschließung des Europäischen Parlaments, über die heute abgestimmt wird, erklären, die das Engagement der EU für den Wiederaufbau in Gaza bestätigt und die Grundlage für die Gespräche darstellt, die in Kairo im März bei der internationalen Geberkonferenz stattfinden sollen.

Daciana Octavia Sârbu (PSE), schriftlich. – (RO) Demokratie, Frieden und Wahrung der Menschenrechte sind grundlegende Werte der Europäischen Union, der die Rolle und die Verpflichtung zukommen, diese sowohl innerhalb der EU als auch in den Beziehungen mit anderen Staaten zu fördern.

Die Lage der Bevölkerung in Gaza ist tragisch und muss dringend gelöst werden. Der eklatante Verstoß gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten in dieser Region ist Grund für Besorgnis für die Europäische Union, sowohl vom Standpunkt der Beziehungen zu Israel als auch der Sicherheit und Stabilität in Nahost aus.

Die Europäische Union muss dringend Maßnahmen ergreifen, um der Bevölkerung in der Gaza-Region humanitäre Hilfe zu leisten, dabei aber auch mittel- und langfristig an Maßnahmen denken, mit dem Ziel den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Region zu fördern.

Vor diesem Hintergedanken muss die EU diplomatische Bemühungen unternehmen, um die Konflikte zu lösen und den Dialog und die Versöhnung in der Region anzustoßen. Gleichzeitig muss sie unverzüglich bei antidemokratischen Haltungen oder Verstößen gegen der Menschenrechte und Grundfreiheiten scharfe Sanktionen verhängen.

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE), schriftlich. – (PL) Um eine EU-Nahost-Übereinkunft zu erreichen, muss dem Versuch, die Stabilität wiederherzustellen und der Unterstützung bei der Umsetzung des Friedensprogramms im Gaza-Streifen vorerst weiterhin Priorität eingeräumt werden.

Die Europäische Union muss auch alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Auseinandersetzungen zu beenden, bei denen unschuldige Bürger das Leben verlieren. Daneben sollten sich die Bemühungen darauf konzentrieren, Unterstützung für die Menschen bereit zu stellen und zu gewährleisten, dass ihnen die wesentlichen Mittel für das Leben zur Verfügung stehen. Die Bevölkerung des Gaza-Streifens verfügt nur über 60 % der täglich benötigten Lebensmittel, das heißt, dass für sie die Gefahr von Erkrankungen und erschwerten Bedingungen noch größer ist. Das fehlende Trinkwasser stellt keine geringere Bedrohung dar als das Fehlen von Lebensmitteln. Ich denke es muss nicht auf die fehlende medizinische Versorgung

hingewiesen werden oder die Zerstörung von Schulen und öffentlichen Einrichtungen, die deutlich die Wiederherstellung der Ordnung und die Rückkehr zur Normalität behindern.

Wir dürfen nicht vergessen, dass erst, wenn die zahlreichen Grundprobleme des täglichen Lebens gelöst sind, die Möglichkeit besteht, sich auf die wirtschaftliche Entwicklung in Nahost zu konzentrieren und die Handelskooperation mit der Region abzuschließen. Die Europäische Union hat die Gelegenheit, der arabischen Welt und allen Ländern in Nahost zu helfen, eine Region zu werden, in der Wohlstand herrscht, was wiederum den Rahmen für eine engere Zusammenarbeit zwischen Nahost und der EU bildet.

15. Abstimmungsstunde

15.1. Rolle der Europäischen Union im Nahen Osten (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung über Ziffer 5:

Pasqualina Napolitano (PSE). – (IT) Herr Präsident! Am Anfang von Ziffer 5, nach dem Wort „glaubt“ sollte folgender Satz eingefügt werden:

„unter anderem mit Blick auf die internationale Konferenz zur Unterstützung der palästinensischen Wirtschaft für den Wiederaufbau von Gaza, die am 2. März 2009 in Sharm el-Sheikh abgehalten werden soll“.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

- Vor der Abstimmung über Erwägung F:

Pasqualina Napolitano (PSE). – (IT) Herr Präsident! Der Änderungsantrag ist der gleiche. Er bezieht sich auf die internationale Konferenz zur Unterstützung der palästinensischen Wirtschaft, die am 2. März 2009 in Sharm el-Sheikh abgehalten werden soll, und soll in die Erwägung aufgenommen werden.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

16. Begrüßung

Der Präsident. – Ich bin gebeten worden, eine Besuchergruppe aus der Region Piemont auf der Tribüne zu begrüßen. Normalerweise begrüßen wir nur Delegationen aus Staaten, aber ausnahmsweise – da wir die Regionen stärken wollen – auch einen herzlichen Gruß an die Delegation aus Piemont!

17. Stimmerklärungen

Schriftliche Stimmerklärungen

- Entschließungsantrag B6-0100/2009 (Rolle der EU im Nahen Osten)

Nicodim Bulzesc (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlaments über die Rolle der Europäischen Union in Nahost gestimmt, da ich darin übereinstimme, dass wir die Wiederaufbaupläne für den Gaza-Streifen unterstützen sollen.

Diese Entschließung beabsichtigt unmittelbar schnelle und uneingeschränkte humanitäre Hilfe zu leisten, eine Maßnahme, die eine moralische Verpflichtung darstellt. Diese Hilfe muss ohne Bedingungen oder Einschränkungen geleistet werden. Die israelischen Behörden werden aufgefordert, einen angemessenen und kontinuierlichen Fluss humanitärer Hilfe zuzulassen, der alle notwendigen Materialien umfasst, damit die UN-Agenturen, wie das UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen) und die internationalen Organisationen in der Lage sind, ihre Arbeit zu erledigen und sich um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu kümmern.

Konstantinos Droutsas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Mit der Entschließung des Europäischen Parlaments zur humanitären Hilfe für Gaza bemüht sich die EU, nach dem Prinzip der Gleichbehandlung der abschlachtenden Israelis und der Widerstand leistenden Palästinenser, ihre große Verantwortung für das Abschlachten von Palästinensern während der mörderischen Invasion Israels in den Gaza-Streifen, bei der über 1 300 Menschen – zum Großteil Kinder, Frauen und alte Menschen – starben und über 5 000 verletzt

wurden, zu vertuschen. Die vollständige Zerstörung von Tausenden Wohnungen und der gesamten sozialen Infrastruktur hat, in Verbindung mit der von Israel auferlegten kompletten wirtschaftlichen Isolierung, dazu geführt, dass die palästinensische Bevölkerung unter tragischen und unmenschlichen Bedingungen lebt.

Die Vermeidung jeglicher Art von Bezug bzw. Verurteilung von Israel und der Ursachen der tragischen Lage der Menschen in Palästina bestätigt wieder einmal die EU-Unterstützung für die kriminellen Handlungen Israels in der Bemühung, die Rolle bei den skalierenden Machtkämpfen der Imperialisten in Nahost untereinander zu stärken.

Was das heldenhafte palästinensische Volk mehr als alles andere braucht ist nicht Wohltätigkeit der Imperialisten. Es ist die Errichtung eines unabhängigen und souveränen Palästinenserstaates mit Hauptstadt in Ostjerusalem unter Einhaltung der UN-Resolutionen über die Grenzen von 1967 und die ungeteilte Solidarität der anderen Völker in seinem Kampf.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), *schriftlich*. – (SV) Die Lage im Gaza-Streifen ist extrem ernst, da es der Zivilbevölkerung auf Grund des andauernden Konfliktes an Lebensmitteln, Medikamenten und Kraftstoff fehlt. Die Lage ist so ernst, dass unmittelbare externe Hilfe von Nöten ist. Deshalb haben wir für diese Entschließung gestimmt.

Wir halten es aber für sehr bedauerlich – wenngleich leider nicht besonders überraschend –, dass das Europäische Parlament wieder einmal ein Desaster nutzt, um langsam aber sicher seine Position auszubauen.

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Nach über 18 Monaten unmenschlicher Blockade hat die 22 Tage dauernde brutale israelische Aggression gegen das palästinensische Volk im Gaza-Streifen den Tod von mindestens 1 324 Menschen und über 5 000 Verletzten, meist Kindern gefordert. Über 100 000 Menschen sind vertrieben und über 15 000 Wohnungen wurden zerstört. Die wesentliche Infrastruktur und wichtigsten öffentlichen Dienste wurden zerstört oder demontiert, wobei die Reaktion die Grundbedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung bedroht.

Angesichts dieses schockierenden Verbrechens verliert das Europäische Parlament kein einziges Wort der Verurteilung Israels.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die palästinensische Bevölkerung dringend Hilfe benötigt. Es gibt keinen Zweifel daran, dass wir das Leid der palästinensischen Bevölkerung anerkennen müssen. Aber es ist auch von wesentlicher Bedeutung, die Aggressoren anzuklagen und zur Verantwortung zu ziehen. Die Entschließung aber besteht weiterhin darauf, die israelische Aggression gegen den Gaza-Streifen rein zu waschen und sich hinter dem Ausdruck „Konflikt“ zu verstecken. Diese Aggression ist Teil der Strategie, um den legitimen Widerstand des Palästinenservolkes gegen die Besatzung zu brechen und die Bedingungen für die Errichtung eines Palästinenserstaates zu untergraben.

Die EU, die immer so schnell die Menschenrechte anführt, „vergisst“ sie, wenn es um Israel geht, das seit über 40 Jahren das Palästinenserterritorium im Westjordanland, Gaza-Streifen und Ostjerusalem kolonisiert.

Flaviu Călin Rus (PPE-DE), *schriftlich*. – (RO) Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Februar 2009 über humanitäre Hilfe für den Gaza-Streifen (B6-0100/2009) gestimmt, da die Zivilbevölkerung infolge der in dieser Region entstandenen Lage sehr dringend Hilfe benötigt.

Ich bin der Ansicht, es sollte eine Beurteilung der Bedürfnisse der Bevölkerung im Gaza-Streifen erstellt und Pläne für den Wiederaufbau initiiert werden.

18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

VORSITZ: GÉRARD ONESTA

Vizepräsident

19. Jahresbericht 2007 über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik - Europäische Sicherheitsstrategie

und ESVP - Die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über:

- den Bericht (A6-0019/2009) von Jacek Saryusz-Wolski im Namen des Ausschusses für außenpolitische Angelegenheiten über den Jahresbericht 2007 über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), der dem Europäischen Parlament gemäß Punkt G, Absatz 43 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 (2008/2241(INI)) vorgelegt wird,
- den Bericht (A6-0032/2009) von Karl von Wogau im Namen des Ausschusses für außenpolitische Angelegenheiten über die Europäische Sicherheitsstrategie und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)(2008/2202(INI)), und
- den Bericht (A6-0033/2009) von Ari Vatanen im Namen des Ausschusses für außenpolitische Angelegenheiten über die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU (2008/2197(INI)).

Meine Damen und Herren! Wenn Sie kein Interesse daran haben, unseren Debatten zu folgen, bittet Sie unser Berichterstatter, und das zu Recht, im Sinne der Würde unserer Arbeit die Kammer in Schweigen zu verlassen.

Jacek Saryusz-Wolski, Berichterstatter. – (FR) Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Ich glaube wirklich, dass die Außenpolitik der Union Aufmerksamkeit verdient.

Berichterstatter. – Herr Präsident! Heute führen wir hier eine besondere Debatte über drei bedeutende Berichte zur Außenpolitik, zur Sicherheit und Verteidigung und zu den Beziehungen EU-NATO.

Unser Jahresbericht zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist zu einem wichtigen Vehikel geworden, über welches das Parlament seine strategische Ansicht über die EU-Außenpolitik ausdrückt. Bei dem diesjährigen Bericht haben wir beschlossen, uns auf die politische Entscheidungsfindung und Politikgestaltung zu konzentrieren. Wir haben uns auf die Notwendigkeit konzentriert, mit dem Rat einen echten Dialog über die wichtigsten Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU aufzubauen. Wir haben anerkannt, dass Fortschritte gemacht wurden, namentlich bezieht sich der Bericht des Rates zum ersten Mal systematisch auf die vom Europäischen Parlament verabschiedeten Entschlüsse. Wir danken dafür: Das ist eine richtige Errungenschaft. Wir haben aber auch unser Bedauern ausgedrückt, dass der Rat nicht umfassend den Dialog über die vom Parlament dargelegten Ansichten sucht und sich auch nicht in den operationellen Dokumenten, wie gemeinsame Aktionen oder gemeinschaftliche Haltungen auf seine Entschlüsse bezieht.

Wir erwarten, dass der Jahresbericht des Rates die Chance bietet, einen Dialog mit dem Parlament aufzubauen, mit dem Ziel bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einen strategischeren Ansatz zu entwickeln. Wir haben in unserem Bericht die wichtigsten Prinzipien wiederholt, welche unsere Außenpolitik betonen sollten. Unserer Ansicht nach muss die GASP von den Werten untermauert und geleitet werden, welche die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten hochhalten, besonders Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenwürde, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie die Förderung von Frieden und des tatsächlichen Multilateralismus.

Wir glauben, dass die Europäische Union einen großen Einfluss ausüben kann, aber nur, wenn sie mit einer Stimme spricht, mit den geeigneten Instrumenten ausgestattet ist, wie jene aus dem Lissabon-Vertrag, und über einen großzügigen Etat verfügt. Wir können nur effektiv tätig werden, wenn sowohl vom Europäischen als auch den nationalen Parlamenten auf dem jeweiligen Niveau Legitimierung vorliegt und im Einklang mit ihren Mandaten gehandelt wird.

Um glaubwürdig zu sein und den Erwartungen der EU-Bürgern gerecht werden zu können – und ich sage das angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen – müssen der GASP Mittel zugewiesen werden, die mit den Zielen und spezifischen Aufgaben in Einklang stehen. Wir bedauern daher, dass das GASP-Budget wie auch in den Jahren zuvor erheblich unterfinanziert ist.

In unserem Bericht gehen wir auf horizontale und geographische Probleme ein. Lassen Sie mich zum Punkt horizontale Probleme nur die wichtigsten Fragen aufführen, die von uns behandelt wurden: Erstens die Sicherstellung der Menschenrechte und die Förderung von Frieden und Sicherheit in den europäischen Nachbarstaaten und auf globaler Ebene; zweitens die Unterstützung eines effektiven Multilateralismus und die Einhaltung internationalen Rechts; drittens der Kampf gegen Terrorismus; viertens ein Sperrvertrag für

Massenvernichtungswaffen und die Abrüstung; fünftens Klimawandel, Energiesicherheit und Fragen wie Sicherheit im Internet.

Wir sind in diesem Bericht bewusst selektiv vorgegangen. Wir konzentrieren uns daher auf einige strategisch und geographisch priorisierte Bereiche wie den westlichen Balkan, den Nahen und den Mittleren Osten, den Südkaukasus, Afrika und Asien, sowie natürlich die Beziehungen zu unserem strategischen Partner, den USA, und die Beziehungen zu Russland.

Der Bericht sollte in Verbindung mit und ergänzend zu den stärker detaillierten Berichten des Parlaments gesehen werden. Er versucht nicht, den gleichen Inhalt abzudecken.

Ich möchte meinen Kollegen der unterschiedlichen Fraktionen im Parlament für ihr Verständnis und ihre hervorragende Zusammenarbeit danken. Wir haben versucht, bestmöglich auf die bestehenden Bedenken einzugehen, und ich hoffe, dass der Bericht durch eine gute Mehrheit unseres Parlaments unterstützt wird.

Abschließend möchte ich unseren Partnern in Rat und Kommission sagen, dass wir hoffen, dass uns diese Gelegenheit hilft, einen eingehenden strategischen Dialog zwischen Parlament, Rat und der Kommission anzustoßen, der Ihre harte Arbeit, Herr Solana und Frau Ferrero-Waldner, stärker demokratisch legitimiert, um in unserem Dreieck eine bessere Zusammenarbeit zu erreichen.

Ich hoffe, dass Sie dies als eine Möglichkeit zur Entwicklung von weit reichenderen Synergien, zur Stärkung unserer gemeinsamen Stimme – der Stimme aller drei Akteure – und zur Stärkung der demokratischen und parlamentarischen Legitimität unseres gemeinsamen Ziels sehen, das da lautet: Außenpolitik; eine Stimme; Europäische Union.

Karl von Wogau, Berichterstatter. – (DE) Herr Präsident, Hoher Vertreter, Frau Kommissarin, dieser Bericht bietet uns die Möglichkeit, zur berücksichtigen, wie weit wir mit der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union gekommen sind, wo wir derzeit stehen und welche Rolle das Europäische Parlament dabei spielt.

Dabei müssen wir feststellen, dass es bisher 22 Einsätze im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegeben hat, 16 davon waren zivile Einsätze und nur 6 waren militärische Einsätze. Das heißt, dass hier ein sehr starkes Gewicht auf der zivilen Seite liegt. Auf dieser zivilen Seite gibt es ja auch eine funktionierende demokratische Kontrolle, denn die zivilen Operationen im Rahmen der GSVP werden über den europäischen Haushalt finanziert und unterliegen deswegen auch der Kontrolle des Europäischen Parlaments. Aus dem Haushalt der Europäischen Union werden weitere Dinge finanziert, die unmittelbar mit der Sicherheitspolitik zusammenhängen. Als Beispiele seien genannt: die Sicherheitsforschung – 1,3 Milliarden Euro auf 7 Jahre; Galileo, von dem wir sagen, dass es auch Sicherheitsaspekte hat – 3,4 Milliarden Euro; oder GMES/Kopernikus, ein Projekt, für das ebenfalls 1 Milliarde Euro zur Verfügung stehen. Wir haben auch, und das ist neu, eine Gesetzgebung im Europäischen Parlament im Bereich von Sicherheit und Verteidigung. Wir haben eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur innergemeinschaftlichen Verbringung von Rüstungsgütern und zu Ausschreibungen im Bereich von Sicherheit und Verteidigung beschlossen. Das ist ein erster, wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Besonders wichtig ist aber die Information für das Europäische Parlament. Hier ist unser Spezialausschuss, der auch zu Geheiminformationen Zugang hat, von besonderer Wichtigkeit, sowie die regelmäßigen Gespräche, die wir mit dem Hohen Beauftragten in diesem Ausschuss zu diesen Themen führen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Hohen Beauftragten und seinen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit danken, die sich hier entwickelt hat.

Nun zu den einzelnen Punkten in diesem Bericht. In diesem Bericht wird gefordert, dass die Europäische Union klarer ihre eigenen Sicherheitsinteressen definiert. Wir sprechen immer wieder von Sicherheitsinteressen der einzelnen Nationen, aber wir haben gemeinsame europäische Sicherheitsinteressen. Der Schutz der Bürger nach innen und nach außen, Friede in unserer Nachbarschaft, der Schutz der Außengrenzen, der Schutz der kritischen Infrastrukturen, die sichere Energieversorgung, die Sicherheit unserer Handelswege, die Sicherheit unserer „Assets“ im Weltraum und viele andere Dinge, die tatsächlich eigene Sicherheitsinteressen und gemeinsame Sicherheitsinteressen der Europäischen Union sind.

Wir müssen uns auch überlegen, was denn eigentlich die Ambitionen der Europäischen Union im Bereich Sicherheit und Verteidigung sind. Der Berichtsentwurf sagt sehr klar, dass wir nicht die Ambition haben, eine Supermacht zu werden wie die Vereinigten Staaten. Außerdem heißt es dazu, dass wir uns ganz klar auf das geographische Umfeld der Europäischen Union konzentrieren müssen. Priorität genießen der Balkan – das sind Hausaufgaben der Europäischen Union –, der Norden Afrikas, die eingefrorenen Konflikte im Osten,

und unser Beitrag zur Lösung des Konflikts in Palästina. Hier müssen wir hier ganz klar unsere Akzente setzen.

Ich muss feststellen, dass sich der Rat am Ende der französischen Präsidentschaft sehr ehrgeizige Ziele gesetzt hat: Man will dazu in der Lage sein, bestimmte Operationen parallel durchzuführen. Wenn wir das wollen, müssen wir uns dazu aber auch die Mittel geben. Dazu gehört, dass wir ein autonomes und permanentes Hauptquartier in Brüssel einrichten. Das ist eine erste sehr klare Forderung des Europäischen Parlaments. Dafür gab es eine sehr breite Mehrheit im Ausschuss. Zweitens müssen wir bedenken, dass die 27 Mitgliedsländer 2 Millionen Soldaten zu ihrer Verfügung haben. Davon sollten 3 % der Europäischen Union permanent zur Verfügung gestellt werden. Das wären 60 000 Soldaten. Deswegen auch die Forderung, dass man das Eurocorps permanent der Europäischen Union unterstellt. Dieser Appell richtet sich an die sechs Mitgliedsländer, die das Eurocorps tragen.

Dann machen wir klare Aussagen zu den Fähigkeiten, die wir entwickeln müssen. Die 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union geben 200 Milliarden Euro pro Jahr für Verteidigung aus, und diese 200 Milliarden müssen besser ausgegeben werden, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Wir können uns nicht leisten, das Rad 27 Mal neu zu erfinden, und darum appellieren wir heute an Sie, dass in Zukunft die Gelder der Europäischen Union und des Steuerzahlers für Verteidigung gemeinsam besser ausgegeben werden, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Vielen Dank.

Ari Vatanen, Berichterstatter. – Herr Präsident, vor 70 Jahren kam Chamberlain aus München zurück und schwenkte ein Blatt Papier mit den Worten: „Peace for our time“. Wir wissen heute, dass er falsch lag, und wir wissen auch, dass Wunschdenken ein todbringender Ersatz für Realismus ist. Heute müssen wir in diesem Punkt brutal ehrlich sein. Die EU war mit ihren Friedensbemühungen unglaublich erfolgreich. Die Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs führten zur Gründung der EU.

Ich freue mich sehr, dass Herr Solana heute hier ist, da wir nun endlich diese Telefonnummer für die EU bekommen haben. Herr Solana hat die Nummer, um die Herr Kissinger vor Jahren bat.

Aber welche Aufgaben verleihen wir – Mitgliedstaaten und Politiker – Herrn Solana? Das ist die Frage.

Wir durchleben derzeit eine Finanzkrise, die nicht vom Himmel gefallen ist. Sie war zu großen Teilen selbst verschuldet. Wir sprechen über die toxischen Papiere der Banken, und wie wir diese beseitigen müssen. Vielleicht ist dies auch der richtige Zeitpunkt für die Frage: Was sind toxische Papiere, und was sind die Hindernisse, die unseren Friedensbemühungen entgegenstehen, unserem *Sinn und Zweck*?

Wir müssen vorankommen – die EU muss in ihrer Friedenskonsolidierung vorankommen. Die Welt um uns herum ändert sich extrem schnell. Das größte Hindernis besteht darin, dass wir einfach keine Vision haben. Wir sind Tagespolitiker, die kurzfristig agieren. Unser großes Problem ist die Immobilität. Die Welt um uns ist im Wandel, schneller als wir reagieren können. Wozu führt eine ineffiziente und gescheiterte Sicherheitspolitik? Zu menschlichem Leiden, Toten, Verstümmelten und Gräueltaten. Selbst wenn die Betroffenen nicht unsere Wähler sind, müssen wir uns doch um sie kümmern, denn sie sind unsere menschlichen Brüder und Schwestern.

Am 2. April 1917 sagte Präsident Wilson: „Ein standfestes Friedenskonzept kann nur durch eine Partnerschaft demokratischer Nationen aufrechterhalten werden“. Präsident Wilson wurde der Nobelpreis verliehen – den er deutlich mehr verdient hat als Al Gore.

Wir in der EU realisieren nicht, welche Instrumente wir in unserem Mosaik aus 27 Ländern haben. Damit steht uns ein einzigartiges Werkzeug für Friedensbemühungen zur Verfügung. Vielleicht mögen einige die Franzosen nicht, andere mögen keine Deutschen und wieder andere keine Finnen, obwohl – ich denke, jeder mag die Finnen! – aber wenn wir zusammen sind, 27 Länder, kann keiner sagen, dass er die EU nicht mag. Daher gibt uns unsere einzigartige Fähigkeit die Möglichkeit, an jeden beliebigen Krisenherd zu gehen und als Helfer oder Schiedsrichter tätig zu sein. Aber ohne militärische Kapazitäten, ohne militärische Glaubwürdigkeit kann man nur sagen, bellende Hunde beißen nicht. Wir haben Idealismus, geben uns jedoch nicht die Mittel, um diese Ziele zu erreichen.

Wir müssen das Eisen jetzt schmieden, solange es heiß ist: *Il faut battre le fer tant qu'il est chaud*, wie die Franzosen sagen. Nun ist Herr Obama der neue Präsident der Vereinigten Staaten, und er schätzt Europa – er sagt, wir seien wichtige Verbündete. Was sollen wir tun? Wir müssen gemeinsam handeln.

Bereits jetzt sind 94 % der europäischen Bevölkerung in der NATO, nur 6 % nicht. Warum nutzen wir das nicht effizienter? Das schulden wir den Menschen, denn es ist unsere Pflicht, Leiden zu mildern, es ist unsere

ethische Pflicht und liegt auch in unserem langfristigen Interesse. Nur wenn wir in die Fußstapfen unserer Vorväter treten, können wir dem Erbe der EU treu bleiben und das Unvermeidliche unvorstellbar machen – das ist der Sinn von Friedensbemühungen.

Javier Solana, *Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*. – Herr Präsident, vielen Dank für die erneute Einladung zu dieser wichtigen Aussprache zur GASP. Ich denke, dass diese jährliche Aussprache zu einer Tradition wird, und ich bin froh, dass ich daran teilnehmen kann. Ich möchte den drei Berichterstatlern, Herrn Saryusz-Wolski, Herrn von Wogau und Herrn Vatanen für ihre Berichte danken. Ich habe darin viele Punkte gefunden, die mit unserem Denken und Handeln übereinstimmen. Ich habe viele Dinge, die in den Berichten zur Sprache kamen, zur Kenntnis genommen, und ich hoffe sehr, dass diese mit Ihrer Unterstützung dazu beitragen werden, unsere Ansichten auf den neuesten Stand zu bringen.

Wenn ich heute, Anfang 2009, im Europäischen Parlament spreche, dann erinnert mich das daran, wo ich vor zehn Jahren, 1999, stand. Damals begannen wir mit der Arbeit an der GSVP. Und wenn ich dann sehe, wo wir heute stehen, und dies mit damals vergleiche, als wir unsere Arbeit an der GSVP aufnahmen, dann haben wir wirklich große Fortschritte gemacht. Keiner kann übersehen, was wir erreicht haben.

Wie bereits erwähnt, wurden und werden über 20 zivile und militärische Operationen in jedem Kontinent durchgeführt, von Europa bis Asien, vom Nahen Osten bis Afrika. Tausende von Männern und Frauen aus Europa arbeiten an diesen Operationen mit, vom Militär bis hin zur Polizei, vom Grenzschutz bis hin zu Beobachtern, von Richtern bis hin zu Staatsanwälten leisten viele Menschen gute Arbeit für die Stabilität der Welt.

Ich denke, dass das die europäische Methode ist. Ein umfassender Ansatz zur Krisenprävention und zum Krisenmanagement; ein umfangreicher und diversifizierter Instrumentenkasten, der das enthält, was wir benötigen; schnelle Reaktionsfähigkeit; der Versuch, das zu sein, was wir verdienen, nämlich ein globaler Akteur, was auch von Drittländern von uns erwartet wird. Offensichtlich würden wir, wenn der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird, was ich hoffe, zweifelsohne deutlich effektiver sein.

Ich möchte dem Parlament für die Unterstützung der letzten Jahre danken, für die gute Zusammenarbeit, die ich von den Vertretern der Bürger der Europäischen Union stets erfahren habe. Ohne das Engagement, ohne das Verständnis, ohne die Unterstützung nicht nur der Mitglieder dieses Parlaments, sondern auch der Bürger der Europäischen Union über andere Mechanismen – ihre eigenen Parlamente – wäre es angesichts der Anzahl von Operationen und der Anzahl der daran beteiligten Bürger der Europäischen Union sehr schwierig, die Rolle zu spielen, die wir versuchen zu spielen.

Die GASP ist mehr als ein Instrument. Die GASP bezieht sich auf unsere Werte, auf Ihre Werte, auf die Werte unserer Bürger. Ich fühle mich diesen Werten, die im Kern aller 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vertreten sind, stark verbunden: Menschenrechte, Rechtsstaatsprinzip, internationales Recht und effektiver Multilateralismus; all diese Begriffe und Konzepte sind wohl eine konstruktive Darstellung dessen, was wir sind. Aber die GASP trägt auch dazu bei, unsere internationale Zusammenarbeit innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu gestalten. Indem wir zusammenarbeiten, indem wir gemeinsam handeln, definieren wir, wer wir sind. Und damit ist die GASP auch ein Mittel der Europäischen Union, sich Tag für Tag selbst zu definieren.

Ich denke, dass der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten meiner Meinung sein wird. Genau darum geht es uns: Werte und Aktionen und gleichzeitig die Konstruktion der Europäischen Union. Wir handeln, weil wir die sind, die wir sind – und wir definieren uns durch unser Handeln. Ich denke, dass dies ein wichtiges Konzept ist, das wir stets im Gedächtnis halten sollten.

Die Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 war ein grundlegendes Dokument, mit dem wir den zukünftigen Weg darstellen konnten. Die drei Berichte beziehen sich auf dieses Dokument. Wie Sie wissen, haben wir es gemeinsam mit Kommission und Parlament im Jahr 2008 überarbeitet. Dieses Dokument ersetzt nicht das Dokument aus dem Jahr 2003, untermauert es aber und bringt es auf den neuesten Stand, indem die Bedrohungen und Herausforderungen berücksichtigt werden, vor denen wir in der heutigen Welt stehen, vom Klimawandel bis hin zu Terrorismus, von Energiesicherheit bis hin zu Piraterie.

Lassen Sie mich ein paar Worte zum Thema Piraterie sagen, die sich auf unsere jüngste Operation, Atalanta, beziehen. Ich möchte betonen, dass die GSVP erstmals eine Marineoperation übernommen hat. Eine Operation dieser Art ist ein gewaltiger Schritt vorwärts, ein gewaltiger Schritt in die richtige Richtung. Diese Marineoperation gegen die Piraterie wird von einem europäischen operationellen Hauptquartier in Großbritannien aus geführt. Zahlreiche Länder sind daran beteiligt, und viele weitere Länder wollen sich

noch beteiligen. Heute habe ich mit dem Schweizer Außenminister zu Mittag gegessen, und man möchte sich ebenfalls an dieser Operation beteiligen, da man unsere Bedenken hinsichtlich der Piraterie teilt. Dies ist sehr wichtig. Vielleicht denken Sie, und da bin ich mit Ihnen einer Meinung, dass diese Marineoperation sehr wichtig ist, die Probleme an Land jedoch genauso gelöst werden müssen.

Lassen Sie mich kurz über Strukturen sprechen – interne Strukturen in Bezug auf die GSVP. Wie Sie wissen, haben wir im letzten Monat der französischen Präsidentschaft an einem Dokument zur Umstrukturierung und zum Aufbau von etwas gearbeitet, das mir sehr viel bedeutet. Ich habe dies von Anfang an versucht, und jetzt haben wir die erforderliche Unterstützung, nämlich zum Aufbau von zivilen und militärischen strategischen Planungsfähigkeiten. Das ist die moderne Methode des Krisenmanagements. Ich denke, dass wir auf diesem Gebiet relative Neulinge sind, und daher können wir umso effizienter und flexibler handeln und uns umso besser an neue Gegebenheiten anpassen als andere. Ich denke also, dass das, was wir tun, die militärische und zivile Zusammenarbeit auf strategischer Planungsebene, sehr wichtig ist.

Ich muss sagen, und ich hoffe, Sie sind da meiner Meinung, dass militärische Maßnahmen allein die heutigen Konflikte nicht lösen können. Zivile Aktionen sind jedoch ohne ein sicheres Umfeld nicht möglich. Dieses Gleichgewicht müssen wir erreichen, und das sehen wir überall – im Nahen Osten, in Afghanistan, egal, wohin Sie blicken. Es handelt sich hierbei um ein extrem wichtiges Konzept der Symbiose zwischen den politischen, zivilen und sicherheitstechnischen Aspekten unseres Lebens.

Wie die drei Berichterstatter bereits sehr wortgewandt gesagt haben, benötigen wir die entsprechenden Fähigkeiten. Ohne Fähigkeiten haben wir nur Unterlagen, und nur mit Unterlagen allein lösen wir keine Konflikte.

Dies wurde vom Europäischen Rat auf seiner Tagung im Dezember deutlich hervorgehoben, und ich möchte den drei Berichtstattern danken, dass Sie diesen Punkt besonders betont haben. Wir haben manchmal Schwierigkeiten mit der Kräfteaufstellung, ein wichtiger Aspekt, die Sie kennen sollten. Wenn die Kräfteaufstellung nicht schneller funktioniert, gleich, ob es sich um Polizei, Staatsanwälte oder Militär handelt, dann wird es extrem schwierig, in dem Rhythmus und der Geschwindigkeit zu arbeiten, die für das Krisenmanagement erforderlich sind.

Lassen Sie mich auch ein paar Worte zu der Beziehung zwischen der NATO und der Europäischen Union sagen, da der Bericht von Herrn Vatanen darauf eingeht. Wie Sie wissen, verfügen wir über ein Rahmenprogramm für die Zusammenarbeit mit der Bezeichnung Berlin Plus. Aber nicht alle Operationen, die wir im Namen der Europäischen Union durchführen, fallen unter dieses Rahmenprogramm für die Zusammenarbeit mit der Nordatlantischen Allianz. Wie Ihnen bekannt ist, gibt es nach wie vor Probleme, da in dieser Beziehung noch immer einige Schwierigkeiten hinsichtlich einer echten Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen von Einsätzen bestehen, die nicht unter Berlin Plus fallen. Wir haben Probleme im Kosovo, die noch immer ungelöst sind, und wir haben Probleme in Afghanistan. Ich hoffe sehr, dass wir im Vorfeld des NATO-Gipfels in der Lage sein werden, diese Probleme zu lösen.

Nun einige Worte zu Afghanistan. Zweifelsohne wird dies eines der Hauptthemen, die wir 2009 angehen müssen. Sie haben gesehen, welchen Standpunkt Obama hier vertritt – Afghanistan-Pakistan – und dass ein Sondervertreter entsandt wurde. Wir müssen handeln, und zwar sinnvoll. Hier ist mehr Engagement erforderlich. Dies bedeutet nicht zwangsläufig militärisches Engagement, aber wir müssen uns effizienter einbringen und für mehr Koordination sowohl intern als auch mit anderen – den Vereinigten Staaten, der internationalen Gemeinschaft insgesamt und den Vereinten Nationen – sorgen. Ich hatte bereits mehrfach Gelegenheit, Richard Holbrooke und auch General Petraeus zu treffen. Wir werden das Konzept in den kommenden Wochen erneut prüfen, und es wäre gut, wenn wir bis dahin konstruktive Antworten auf ein sehr wichtiges Problem hätten, das uns, die Europäische Union und die Mitgliedstaaten betrifft, und ich denke, wir sollten unser Engagement fortführen.

Wir könnten noch Stunden über zahlreiche andere Fragen sprechen – Energie, Sperrverträge, wie Sie bereits erwähnt haben, aber ich denke, der entscheidende Punkt ist, dass wir in den heute vorgestellten drei Berichten zu einer grundlegenden Übereinstimmung im Hinblick auf das gekommen sind, was wir in letzter Zeit gemacht haben. Abschließend möchte ich Ihnen für Ihre Zusammenarbeit danken. Mein Dank gilt denen, die gemeinsam mit mir intensiver an einigen der spezifischen Dossiers arbeiten, für die wir uns engagieren. Wie bereits gesagt, denke ich, dass wir uns durch unser Handeln auf internationaler Ebene im Namen der Europäischen Union auch selbst definieren. In dieser Hinsicht ist es sehr wichtig, dass wir besser werden, weil wir besser werden wollen.

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, ich schätze diese Möglichkeit, mich nochmals an dieser umfassenden Aussprache zu Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik zu beteiligen.

Ich danke den Verfassern der drei Berichte, die die Grundlage für die heutige Aussprache bilden. Ich möchte betonen, dass die Mitarbeiter von Javier Solana und meine eigenen Mitarbeiter sehr gut an dem Bericht zur Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) zusammengearbeitet haben, und ich bin überzeugt, dass sich dies auch in dem Ergebnis widerspiegelt. Der Bericht stellt die neuen sicherheitstechnischen Herausforderungen, vor denen die EU steht, sehr gut dar, und er enthält eine umfassende Definition des Begriffs Sicherheit.

Zunächst möchte ich einige Worte zu der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sagen. Die Berichte, die uns heute vorliegen, und der Bericht zur Europäischen Sicherheitsstrategie kommen alle zu dem Schluss, dass die Europäische Union etwas bewirken kann, wenn alle zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass wir eine einheitliche Politik haben, die die GASP, die Gemeinschaftsdimension und natürlich die Aktionen der Mitgliedstaaten unterstützt. Wir müssen nicht nur mit einer Stimme sprechen, sondern wir müssen auch einheitlich und koordiniert zusammenarbeiten.

Hierzu müssen wir die politischen Instrumente der EU bestmöglich kombinieren, von GSVP-Operationen für Konfliktprävention und Krisenmanagement bis hin zu Stabilitätsinstrument, Entwicklungshilfe, humanitärer Hilfe oder Werkzeugen für Demokratie und Menschenrechte. Um nur einige Beispiele zu nennen: Afghanistan, Georgien, Kosovo und Tschad könnten zeigen, wie wir hier in der Praxis vorgehen.

In Afghanistan haben wir der Reform des Sicherheitssektors und der Verwaltungspraxis im Rahmen unserer gesamten Hilfsstrategie hohe Priorität eingeräumt. 2007 hat die Kommission ein neues Programm zur Reform des Justizsektors gestartet. Im Bereich Polizeiarbeit übernimmt die EUPOL-Mission des Rates die Betreuung und Schulung vor Ort, gleichzeitig unterstützt die Kommission die afghanische Polizei über den Treuhandfonds für Recht und Ordnung (LOTFA). Zudem ist die Kommission der größte Zahlmeister für die laufenden Kosten der afghanischen Polizei – von 2002 bis heute hat sie mehr als 200 Millionen Euro übernommen.

In Georgien stellt die EU zusätzliche Post-Konflikt-Mittel zur Verfügung. Bis heute erhielt die Regierung insgesamt 120 Millionen Euro – aus einem Paket über 500 Millionen Euro, das für 2008 bis 2010 vorgesehen ist. Diese außerordentliche EU-Hilfe hat zur Vermeidung einer umfassenden humanitären Krise beigetragen.

Im Kosovo hat die Kommission die pünktliche personelle Besetzung und Ausstattung der EULEX-Kosovo-Mission ermöglicht. Neben der laufenden Unterstützung werden wir dieses Jahr eine Studie erstellen, die Mittel zur Förderung der politischen und sozialökonomischen Entwicklung des Kosovo und den Fortschritt im Hinblick auf die Integration in die Europäische Union untersucht.

Im Tschad haben wir im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds insgesamt 311 Millionen Euro bereitgestellt. Unser Ziel dort besteht darin, einen Beitrag zum Abbau der Armut zu leisten und die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Unsere Prioritäten liegen auf den Bereichen verantwortungsvolle Führung einschließlich Justiz und Polizei, Infrastruktur und ländliche Entwicklung. Weiterhin unterstützen wir mit 10 Millionen Euro die Schulung von 850 tschadischen Polizisten durch die UN-Mission MINURCAT, die im Stabilitätsinstrument verankert ist. Darüber hinaus fördern wir die freiwillige Rückkehr tschadischer Vertriebener und Flüchtlinge. In diesem Zusammenhang leisten wir humanitäre Unterstützung in Höhe von 30 Millionen Euro.

Ich denke, dass dies der richtige Ansatz ist, und er muss systematisch verfolgt werden, wann immer die EU vor einer neuen Krise steht.

Diese Flexibilität unseres politischen Mixes wird in dem Bericht zur europäischen Sicherheitsstrategie aus letztem Dezember hervorgehoben und in allen drei Berichten aufgegriffen, die uns vorliegen. In dem ESS-Bericht wird ganz richtig gesagt, dass inzwischen eine stärkere Verknüpfung zwischen der europäischen Innen- und Außenpolitik besteht, was auch erforderlich ist, wenn wir an Themen denken wie Energiesicherheit und Klimawandel oder die Fokussierung auf Sicherheit und Entwicklung und die anerkannte Bedeutung des langfristigen Abbaus von Armut als Mittel zur Verringerung von Sicherheitsbedrohungen.

Der Bericht akzeptiert die Notwendigkeit, alle Sicherheitsaspekte besser an die Bürger zu kommunizieren, die für sie von besonderer Bedeutung sind, so dass wir weiterhin Unterstützung für unser globales Engagement erhalten. Weiterhin betont er, dass alles, was in der EU im Bereich Sicherheit getan wurde, auf unseren Werten und Prinzipien beruht und mit den UN-Zielen verknüpft war. Das müssen wir den Menschen auch in Zukunft

vermitteln, auch zu Themen wie Terrorismus, und wir müssen sagen, dass unsere Maßnahmen voll und ganz auf dem Respekt der Menschenrechte und des Völkerrechts beruhen.

Auch erkennen wir die Rolle von Zivilgesellschaft, NRO und Frauen für Friedensbemühungen an, die einen wirklich europäischen Ansatz widerspiegelt.

Mit Freude habe ich festgestellt, dass der Bericht des Europäischen Parlaments zur ESS die Notwendigkeit einer stärkeren Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des UN-Sicherheitsrats zu Frauen und Konflikten betont.

Hinsichtlich Energie hatte die Gaskrise, von der die EU dieses Jahr betroffen war, bisher nicht dagewesene Auswirkungen. In puncto Energiesicherheit ist es klar, dass wir hieraus Schlüsse ziehen müssen. Beispielsweise ist nun deutlich geworden, dass wir einen funktionierenden EU-internen Energiemarkt, Verbindungsleitungen, Infrastrukturprojekte und die Entwicklung von Mechanismen benötigen, um Versorgungskrisen zu bewältigen und eine starke Energie-Außenpolitik der EU zu ermöglichen, und wir unterstützen diesen umfassenden Ansatz.

Der Bericht fordert eine bedeutendere Rolle der Europäischen Union in Bezug auf ihre Nachbarstaaten, das ist im Moment aber nicht mein Thema.

Unsere Beziehungen zu Russland, die kürzlich auf die Probe gestellt wurden, spielen eine wichtige Rolle und wirken sich enorm auf die Sicherheitslage aus.

Die transatlantische Verbindung bleibt für unsere gemeinsame Sicherheit von fundamentaler Bedeutung, und in diesem Kontext werden wir bald mit Präsident Obama Fragen von hoher Priorität behandeln.

Abschließend möchte ich noch einige Worte zu einem besonderen Element des Beitrags der Kommission zum Krisenmanagement der EU sagen, nämlich dem Stabilitätsinstrument. Die ersten beiden Jahre mit dem neuen Instrument waren erfolgreich, und zwar sowohl im Hinblick auf den Haushaltsvollzug, die operationelle Qualität als auch die politische Koordination mit Rat und Parlament. Bisher wurden in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 220 Millionen Euro für weltweit 59 Maßnahmen bereitgestellt, wobei der Großteil auf Afrika entfiel, gefolgt von Asien und dem Nahen Osten, außerdem Kosovo und Georgien. In 2009 liegt unsere Priorität, wie bereits von Javier Solana gesagt, sicherlich auf Afghanistan, Pakistan und dem Nahen Osten.

Durch das Stabilitätsinstrument und in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des Rates engagieren wir uns in zahlreichen Aktivitäten und spielen eine zunehmend wichtige Rolle bei der Schulung von Einsatzkräften zu Beschaffungs- und Finanzverwaltungsthemen und bei der GSVP-bezogenen Schulung ziviler Reaktionsteams. Wir haben 600 Polizeixperten entsprechend den UN-Schulungsstandards in zivilem Krisenmanagement ausgebildet und damit die Stabilität, die Flexibilität und die Interoperabilität der EU-Polizeikräfte verbessert.

Hinzufügen möchte ich noch – und ich denke, dass dies ein sehr wichtiger Punkt ist, beispielsweise für Afghanistan – dass wir für die Entsandten der Mitgliedstaaten und fremdes Personal auch für ausreichend attraktive Einsatzbedingungen sorgen müssen, um genügend qualifizierte Kandidaten für unsere Missionen zu gewinnen. Ich denke, dass in dieser Richtung noch etwas zu tun ist. Dies bedeutet, dass unser Beitrag zum Krisenmanagement immer mehr gefragt ist, und die Erwartungen an die EU in diesem Zusammenhang sind hoch. Wir werden jedoch versuchen, diese Erwartungen zu erfüllen.

Valdis Dombrovskis, *Verfasser der Stellungnahme des Haushaltsausschusses*. – (LV) Herr Präsident, meine Damen und Herren, in Bezug auf den Jahresbericht (2007) zu den Haupt Gesichtspunkten und grundlegenden Entscheidungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik möchte ich auf einige der aus Sicht des Haushaltsausschusses wichtigen Fragen eingehen. Zunächst möchte ich über die Transparenz der Haushaltsausgaben für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sprechen. Die Praxis der Europäischen Kommission, nicht genutzte Mittel des Kapitels Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf das Folgejahr zu übertragen, die die Europäische Kommission als zweckgebundene Einnahmen betrachtet, gibt Anlass zu Besorgnis. Der Haushaltsausschuss hat die Kommission gebeten, Informationen zu dieser Finanzpraxis vorzulegen und empfiehlt, dass dieser Punkt in einer der regelmäßigen Sitzungen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik untersucht wird. Zweitens möchte ich über die Übertragung von Mitteln zwischen verschiedenen Haushaltskapitelrubriken innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sprechen. Natürlich benötigen wir eine gewisse Flexibilität, um schnell auf Krisen außerhalb der EU reagieren zu können. Die Kommission könnte jedoch die Transparenz erhöhen und damit die demokratische Kontrolle im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verbessern, indem sie das Parlament rechtzeitig über interne Übertragungen informiert. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil die meisten Missionen der Gemeinsamen

Außen- und Sicherheitspolitik wie insbesondere die Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien und die EULEX im Kosovo politisch sensible Bereiche sind. Drittens denkt der Haushaltsausschuss bezüglich der regelmäßigen Sitzungen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entsprechend der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 über Haushaltsdisziplin und wirtschaftliche Haushaltsführung, dass diese Sitzungen deutlich effektiver genutzt werden könnten, indem im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der mittel- und langfristigen Strategien der Europäischen Union in Drittländern geplante Maßnahmen bewertet werden und indem vor der Konzertierungssitzung ein Standpunkt der Haushaltsbehörde erarbeitet wird. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

José Ignacio Salafrañca Sánchez-Neyra, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, ich danke den drei Berichterstellern des Europäischen Parlaments – Herrn Saryusz-Wolski, Herrn von Wogau und Herrn Vatanen – für ihre Berichte, und ich möchte, wie auch schon Frau Ferrero-Waldner und Herr Solana, betonen, dass diese einen entscheidenden Beitrag des Parlaments zur Entwicklung einer starken, sichtbaren und effektiven Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellen. Diese Politik muss gewährleisten, dass unsere Interessen in der Welt verteidigt werden, und sie muss die Sicherheit unserer Bürger schützen. Sie muss zur Gestaltung einer Europäischen Union beitragen, die ihre Rolle in einem effektiven multilateralen System übernimmt und insbesondere, Herr Präsident, muss sie helfen, sicherzustellen, dass in jedem Teil der Welt Menschenrechte und demokratische Werte gelten.

Ich denke, dass der Vertrag von Lissabon und die Nachrichten aus der Republik Irland – wo Umfragen 60 % Zustimmung zu dem Vertrag ergaben – und der Tschechischen Republik – wo das Tschechische Parlament den Vertrag ratifiziert hat – zeigen, dass die Europäische Union im Hinblick auf ihre Außen- und Sicherheitspolitik nun erwachsen wird. Insbesondere sollte dies unsere Regierungen dazu bringen, angesichts von Krisen stärker europäisch zu denken.

Ich bin überzeugt, dass die Europäische Union ihre eigenen strategischen Überlegungen entwickeln muss – dies ist offensichtlich, und es ist auch Gegenstand der neuen Sicherheitsstrategie – ohne zu vergessen, dass die transatlantische Verbindung Teil der DNA der Europäischen Union ist. Die Vereinigten Staaten waren durch die Organisation des Nordatlantikvertrags ein Garant für die Sicherheit Europas, und bisher gibt es noch keine Alternative zu dieser Verbindung.

Zudem denke ich, dass es nur dann möglich sein wird, Europa als „Kraft“ zu etablieren, wenn es sich durchsetzt, nicht gegen die Vereinigten Staaten, sondern zusammen mit den Vereinigten Staaten, als zwei Partner, die die gleiche Vision der Welt haben und sich gegenseitig respektieren. Natürlich bedeutet dies nicht, dass die Europäische Union den Vereinigten Staaten einen *Freibrief* erteilen muss. Wir müssen unsere Interessen und unsere Werte verteidigen, wann immer wir dies für richtig halten. Die Vereinigten Staaten müssen zudem lernen, die Standpunkte der Europäischen Union zu respektieren, da wir, wie auch aus der Arbeit von Frau Ferrero-Waldner und Herrn Solana hervorgeht, eine Institution sind, die international respektiert werden kann und über erhebliches Potenzial als Gesprächspartner in allen Teilen der Welt verfügt.

Helmut Kuhne, im Namen der PSE-Fraktion. – (DE) Herr Präsident! Für den Rat gilt das nicht, aber wir als Parlament – und im Gefolge auch die Kommission – kommen hier so langsam auf die Zielgerade dieser Wahlperiode. Deshalb ist es, glaube ich, sinnvoll, nicht nur als Buchhalter an die Bilanz der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik heranzugehen, sondern etwas grundsätzlicher.

Ich gestehe, dass ich hin und her gerissen bin zwischen zwei Betrachtungsweisen. Ich raufe mir die Haare, wenn es um die tagtäglichen Notwendigkeiten geht, wenn eine Mission am Fehlen von sechs Hubschraubern zu scheitern droht, wenn kein politischer Wille in den Hauptstädten vorhanden ist oder wenn es bei Technologieprojekten Zersplitterungen gibt.

Wenn ich es aus einer etwas historischen Perspektive betrachte, sieht das Ganze anders aus, und hier gebührt in der Tat auch Herrn Solana großes Lob. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt es ja erst seit ungefähr zehn Jahren, das Dokument über die Sicherheitsstrategie erst seit 2003. Gemessen daran sind die Fortschritte aus historischer Perspektive sicherlich sehr groß. Als historischer Optimist entscheide ich mich im Zweifelsfalle auch für diese Perspektive.

Der zweite Punkt, auf den ich als Sozialdemokrat eingehen möchte, betrifft etwas, für das weder die Europäische Union noch die NATO verantwortlich ist, was uns aber als Europäer alle betrifft. Er betrifft die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem in Polen und der Tschechischen Republik. Wir als Sozialdemokraten nehmen mit großer Freude zur Kenntnis, dass Dinge, die wir vorgetragen haben, jetzt im Zusammenhang mit den Veränderungen in den Vereinigten Staaten umgesetzt werden.

Wir haben immer gesagt, dass eine übereilte Stationierungsentscheidung unsinnig ist, weil es zum jetzigen Zeitpunkt keine Bedrohung beispielsweise aus dem Iran gibt. Hillary Clinton hat letzte Woche erklärt, dass weitere Entscheidungen der amerikanischen Seite in Abhängigkeit von der Entwicklung im Iran getroffen werden. Joe Biden hat dies in Abhängigkeit von technischen Fähigkeiten und finanziellen Gesichtspunkten gesetzt. Das sind Dinge, die wir begrüßen. Wir werden jedenfalls nicht der letzte verlorene Haufen sein, der mit der Flagge dieses Raketenabwehrsystems wedelt.

Annemie Neyts-Uyttebroeck, im Namen der ALDE-Fraktion. – (NL) Die heutige Aussprache, die auf den drei Berichten basiert, beweist, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Europäische Außenpolitik, anders als viele Euro-Pessimisten und Euro-Skeptiker behaupten, in der Tat mehr und mehr Gestalt annimmt und immer mehr Zeichen der Einheitlichkeit aufweist. Dies wurde von meinen Vorrednern hinreichend gezeigt.

Zunächst möchte ich vorrangig den drei Berichterstattern für die Art und Weise danken, in der sie die Standpunkte der liberalen Schattenberichterstatter in ihre Berichte haben einfließen lassen. Wir freuen uns, dass viele unserer Standpunkte in diesen Berichten wiedergespiegelt werden. Meiner Meinung nach ist es etwas ungünstig, dass die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischen Demokraten und die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament in letzter Minute noch Änderungsanträge zu dem NATO-Bericht von Herrn Vatanen vorgelegt haben, der alles getan hat, um so viele Standpunkte und Ansätze wie möglich zu berücksichtigen, als ob diese beiden Fraktionen dem Bericht ihren eigenen Stempel aufdrücken wollten.

Wir werden ihn dennoch unterstützen, denn wir denken – in Bezug auf den Bericht – dass er die richtigen Aspekte unterstreicht und auch realistisch genug ist. Beispielsweise wird, wenn auch auf elegante Art und Weise, anerkannt, dass es definitiv einen Wettbewerb zwischen der Europäischen Union und der NATO gibt. Diese Dinge werden normalerweise komplett ignoriert, auch wenn sie nun einmal sind, wie sie sind.

Zweitens wurde der von Herrn Duff und mir vorgelegte Änderungsantrag akzeptiert, in dem wir klar auf die Schwierigkeiten eingehen, die durch die Einstellung der Türkei, von Griechenland und Zypern in der NATO und der Europäischen Union entstehen. Normalerweise kommen wir nicht weiter als bis zu eleganten Anspielungen.

Schließlich gibt es eine Forderung nach Komplementarität der Strategien der Europäischen Union und der NATO im Hinblick auf Verteidigung und Sicherheit, die, meine Damen und Herren, absolut unerlässlich ist.

Konrad Szymański, im Namen der UEN-Fraktion. – (PL) Herr Präsident, das liberale Ende der Geschichte, das in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts vorhergesagt wurde, hat sich als Fantasie erwiesen. Wir dürfen uns zunehmend isoliert fühlen. Daher gibt es keine Alternative zu einer Kooperation zwischen Europäischer Union und NATO. Es gibt keine Alternative zu mehr Engagement seitens Europa und den USA im Hinblick auf die internationale Sicherheit. Anderenfalls werden die Prinzipien der internationalen Ordnung *de facto* von Korea, Iran oder den Terroristen der Hamas diktiert werden.

Energie, Rohstoffe, Piraterie und Internetsicherheit erfordern besondere Aufmerksamkeit. Kürzlich haben wir in Polen erfahren, dass die bessere Koordination der Rettung von Geiseln auch ein enormes Problem darstellt. Die Tatsache, dass Entscheidungen gemeinsam getroffen werden, bedeutet jedoch nicht, dass diese Entscheidungen auch gut sind. Ich würde die Rolle des Vertrags von Lissabon daher nicht überbewerten. Die Grenzen unserer Effektivität sieht man in den europäischen Hauptstädten. Dort müssen wir den politischen Willen suchen, eine gemeinsame Weltpolitik zu verfolgen, nicht in irgendwelchen Verfahren.

Angelika Beer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (DE) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, dass es in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung in der Europäischen Sicherheits- und Außenpolitik gegeben hat. Aber wir müssen auch genauso sehen, dass es eine rasante Entwicklung und Veränderung in der Frage der Bedrohung und der Krisen unterschiedlichster Arten gibt.

Meine Fraktion ist dagegen, die eigene Arbeit schönzureden. Deswegen bin ich auch nicht bereit, die vorliegenden Berichte schönzureden. Der Kollege Saryusz-Wolski hat einen guten Bericht vorgelegt, dem wir auch zustimmen werden. Gleichwohl wird das strategische Dilemma deutlich. Ich gebe Ihnen, Herr Solana, durchaus Recht. Sie haben gerade gesagt: „Die europäische Zusammenarbeit auf strategischer Ebene muss verstärkt werden.“ Was aber vor allen Dingen gesucht und gefunden werden muss, ist eine gemeinsame europäische Strategie in der Außen- und Sicherheitspolitik, die es bislang eben noch nicht gibt.

Ich sage das, weil wir in einer historischen Situation sind. Diese hier vorliegenden Berichte – gerade der Bericht Vatanen – zur NATO hinken ja selbst der neuen US-Regierung hinterher. Herr Vatanen hat es abgelehnt, die Frage der nuklearen Abrüstung, die wir morgen wieder zur Abstimmung stellen werden, in seinem Bericht aufzugreifen. Ja, worüber reden wir denn?

Ich komme zu dem Bericht von Herrn von Wogau. Es wird da von einem neuen Konzept geredet: SAFE. Das ist ein schönes Wortspiel – Synchronisierung der Armeen in Europa –, aber ein solches Konzept gibt es überhaupt nicht. Und wir sehen nicht ein, warum wir jetzt zustimmen sollen, wenn dieses Konzept überhaupt nicht auf dem Tisch liegt. Herr von Wogau hat es abgelehnt, in seinem Bericht über „Human Security“ zu sprechen. Meine Fraktion beharrt darauf, dass wir diese Zielsetzung in der internationalen Politik als Europäische Union klar benennen. Er hat abgelehnt, dass wir über die „Peace Building Partnership“ sprechen oder die Weiterentwicklung eines zivilen Friedenskorp. Deswegen sage ich, dass dieser Bericht absolut unzureichend ist, wenn wir davon ausgehen, dass Europa jetzt, in den nächsten Monaten, ab heute – und das ist auf der Sicherheitskonferenz in München deutlich geworden – handeln muss.

Es gibt ein Zeitfenster seit der Wahl in den USA. Ich weiß nicht, wie lange es offen bleibt. Wir müssen als Europäer unsere strategischen Interessen jetzt formulieren und in das Bündnis, in die NATO, einbringen, und auch unsere Definitionen der Sicherheit, wie Frau Ferrero-Waldner ausgeführt hat, im Hinblick auf Russland jetzt festlegen. Denn sonst wird es passieren, dass in wenigen Monaten die US-Regierung fortschrittlicher ist als wir Europäische Union, und in bilateralen Absprachen mit Russland über entscheidende sicherheitsstrategische Positionen entschieden wird, ohne dass die europäische Stärke – die politische Stärke, die Stärke der Konfliktprävention – überhaupt in diese neue Stabilisierung der transatlantischen Sicherheitspolitik einfließen kann.

Deswegen ist mein Appell, nicht nur an uns, wirklich die alten Kategorien von Kaltem Krieg und einseitigen Positionierungen hinter uns zu lassen, nach vorne zu gehen. Denn Europa hat die Verpflichtung gegenüber seinen Bürgern, jetzt eine Sicherheitspartnerschaft mit zu formulieren, die Frieden bringt und nicht das Gegenteil.

Tobias Pflüger, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (DE) Herr Präsident! Die Berichte von Wogau und Vatanen sind klar und deutlich und treiben die Militarisation der Europäischen Union weiter voran. Die Berichte fordern *de facto*, dass die EU eine Militärmacht werden soll. Im Bericht von Wogau zur Europäischen Sicherheitsstrategie wird eine „integrierte europäische Streitmacht“ gefordert. Das halten wir für falsch. Dazu werden z. B. ein EU-Hauptquartier und ein gemeinsamer Rüstungsmarkt befürwortet.

Im Bericht von Wogau wird ausgerechnet das völlig überbeuerte Eurofighter-Programm nachträglich unterstützt. Zentral sei, so die Berichte, der Vertrag von Lissabon, der „wichtige Neuerungen im Bereich der ESVP bringen wird“. Das ist ein wesentlicher Grund, warum wir gegen den Vertrag von Lissabon sind.

Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO. Das halten wir für falsch. Immer neue EU-Militärmissionen sind problematisch. Die NATO ist kein Friedensbündnis, nein, die NATO führt Kriege. Damals gegen Jugoslawien, heute in Afghanistan. Welche werden die nächsten Kriege sein? Die NATO steht für Kriegspolitik. Im Bericht wird die NATO als kerneuropäische Sicherheit bezeichnet. Nein, sie steht für Unsicherheit! Eine Vermischung von EU und NATO ist hochproblematisch, insbesondere wenn es um die beiden Strategien geht.

Wir als GUE/NGL-Fraktion treten für eine zivile Europäische Union ein und wir sind gegen die NATO. Notwendig ist die Auflösung der NATO. Die NATO will in Straßburg, Baden-Baden und Kehl ihr sechzigjähriges Bestehen feiern. Ich rufe von hier aus zu Protesten gegen dieses NATO-Gipfeltreffen auf. 60 Jahre NATO sind 60 Jahre zu viel.

Wir haben als Fraktion Minderheitenvoten zu den Berichten von Wogau und Vatanen eingebracht, und meine Kollegen werden noch darauf hinweisen, was konkret bezüglich Russland problematisch ist. Wir lehnen das Raketensystem nach wie vor ab, und wir lehnen die Formulierungen ab, die bezüglich Zypern in diesem Bericht sind. Deshalb werden wir gegen diese Berichte stimmen.

Bastiaan Belder, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – (NL) Als ich vor weniger als einem Jahr gemeinsam mit einer Delegation des Europäischen Parlaments von den Aktivitäten der EU-Polizeimission im Westjordanland erfuhr, hatte ich einen Hoffnungsschimmer, dass die Palästinensische Autonomiebehörde ihrer Autorität durch eine wirksame Polizeiarbeit und ein wirksames Sicherheitssystem Geltung verschafft. Ziffer 25 dieses Saryusz-Wolski-Berichts begrüßt daher die Ausweitung des Mandats der EU-Polizeimission auf die palästinensischen Gebiete.

Inzwischen habe ich kürzlich einige sehr unschöne Berichte zur öffentlichen Sicherheit im Westjordanland gesehen, wo auch von Erpressung durch Mitglieder des palästinensischen Sicherheitssystems die Rede ist, die wie Mafiabosse nachts arbeiten, oder sogar die Namen von Mitgliedern terroristischer Gruppen genannt werden, die auf der Gehaltsliste der Palästinensischen Autonomiebehörde stehen.

Ich möchte den Rat und die Kommission fragen, ob diese Berichte stimmen. Handelt es sich hier um Erfindungen? Kurzum, wie ist der Stand der EU-Polizeimission in den palästinensischen Gebieten? Letztlich ist dies entscheidend. Wenn man einen lebensfähigen Palästinenserstaat verfolgt, müssen zunächst Recht und Ordnung im Westjordanland wiederhergestellt werden.

Luca Romagnoli (NI). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich würde sagen, dass die Nordatlantische Allianz ein veraltetes Verteidigungsinstrument ist, und dass sie in letzter Zeit in bestimmten Fällen eigentlich nichts zu den Beziehungen, beispielsweise mit Russland, beigetragen hat. Ich denke, wir sollten unsere Beziehungen zu Russland aufrechterhalten und sie nutzen, um den Weg für eine privilegierte Partnerschaft zu ebnen.

Ich stimme Frau Ferrero-Waldners Aussage zu, dass die Gemeinsame Sicherheitspolitik nicht außer Acht lassen sollte, dass sich die NATO in jüngster Zeit nicht gerade als das nützlichste Instrument für Abmahnung oder Friedensbemühungen erwiesen hat.

Ich denke, dass Europa nun über die Reife und die politische Notwendigkeit verfügt, um eine eigene unabhängige Sicherheitsstrategie zu entwerfen. Dies bedeutet nicht, einen gegenteiligen Standpunkt einzunehmen. Wir können Seite an Seite arbeiten – wie andere Mitglieder argumentiert haben – ohne dass wir Interessen unterliegen, die oftmals nicht im europäischen Sinn sind. Aus diesem Grund kann ich die vorgelegten Berichte nicht unterstützen.

Javier Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. – (ES) Herr Präsident, bitte erlauben Sie mir, in aller Kürze und angesichts der Tatsache, dass die Beiträge der verschiedenen Redner bereits im Allgemeinen in die gleiche Richtung gehen, gegenüber dem Parlament drei oder vier Punkte zu erwähnen, die mir einfallen, nachdem ich die Rede gehört habe.

Beginnen möchte ich mit Ressourcen und Mitteln. Die Berichtersteller der verschiedenen Berichte haben gesagt, dass wir in der Tat Probleme mit Ressourcen und Mitteln haben, und dass eine bessere Nutzung der nationalen Ressourcen für uns ein guter Weg sein könnte. Ich möchte jedoch erwähnen, dass uns auch einige Mittel zur Verfügung stehen, die wir nicht optimal nutzen, und über diese möchte ich hier sprechen.

Ich denke, die Gründung der Europäischen Verteidigungsagentur durch Vereinbarung des Europäischen Rats ohne die Notwendigkeit der Anwendung oder Annahme des Vertrags von Lissabon war eine gute Idee. Ich bin überzeugt, dass die Agentur gute Arbeit bei der Koordination der nationalen Politik leisten kann und so für die umgesetzte Politik einen erheblichen Mehrwert bedeutet.

Irgendjemand hat über Helikopter gesprochen. Helikopter werden für alle möglichen Missionen benötigt: Zivile Missionen, militärische Missionen, alle Arten von Missionen; für Transportzwecke. Der Helikopter ist heute zu einem wesentlichen Instrument des Krisenmanagements geworden.

Durch eine verbesserte Koordinierung, und zwar sowohl im Hinblick auf Hardware als auch auf eine bessere Nutzung der Software für Helikopter, könnten wir das, was wir haben, besser einsetzen, zudem würden wir im täglichen Gebrauch bessere Ergebnisse realisieren.

Auch möchte ich sagen, dass unsere strategischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation in den letzten Wochen enorme Fortschritte gemacht haben.

Frau Beer hat über die Münchner Sicherheitskonferenz gesprochen; ich denke, dass dies ein wichtiger Anlass war, bei dem wir in außerplanmäßigen Gesprächen gute Fortschritte machen konnten, da es sich hier nicht um ein politisches Entscheidungsforum handelt, sondern ein extrem wichtiges Forum zur Reflexion. Ich denke, dass wir in den nächsten Jahren und Monaten über unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, insbesondere im Hinblick auf die Strategie für die kommenden Jahre, und zu Russland sprechen werden. Dies war der Fall in München, und auch später, als Frau Ferrero-Waldner und ich in Moskau waren und mit den Verantwortlichen der Russischen Föderation über das wichtige Thema neuer Ideen zur europäischen Sicherheit gesprochen haben.

Europa möchte keine Militärmacht sein. Ich glaube, dass Europa – die Europäische Union – eine zivile Macht mit militärischen Mitteln ist, was sich deutlich von einer Militärmacht unterscheidet, und ich denke, dass

dies auch so bleiben sollte. Diese Arbeit und alle Unterlagen, die wir erstellen, und die das Parlament und die Kommission – oder ich – erstellen, arbeiten auf dieses Ziel hin.

Einige Worte zur Politik in den Palästinensergebieten, die wir in der letzten Sitzung besprochen haben. Die EUPOL ist eines der wichtigsten Instrumente, das wir im Hinblick auf Glaubhaftigkeit und Sicherheitsarbeit mit den Palästinensern und in den besetzten Gebieten haben, und sie wird auch ein wichtiger Bestandteil der Europäischen Union bleiben, der von allen anerkannt wird: den Palästinensern, den Israelis und den umliegenden Ländern. Daher können Sie versichert sein, dass wir alles tun, was in unserer Macht steht, um auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Elmar Brok (PPE-DE). – (DE) Herr Präsident, Hoher Beauftragter, Frau Kommissarin! Ich möchte mich bei den drei Berichterstattern bedanken und nur zu einigen Teilaspekten Anmerkungen machen. Insbesondere möchte ich aber sagen, dass 60 Jahre NATO für meine Generation 60 Jahre Frieden und Freiheit bedeuten. Das sollte festgehalten werden.

Wenn es uns jetzt gelingt, in einer Zeit, in der wir wieder zu mehr Multilateralismus kommen, die Europäische Union in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken – der Hohe Vertreter Javier Solana hat das gerade zum Ausdruck gebracht –, das heißt, wenn wir in einem solchen Umfeld des Multilateralismus unsere Vorstellungen von präventiven Maßnahmen und Soft power stärker in eine gemeinsame transatlantische Strategie einbringen können, dann haben wir eine gute Zukunft vor uns.

Wenn ich gleichzeitig sehe, dass Frankreich der militärischen Integration wieder beiträgt, dann wird damit die europäische Position gestärkt. Die Sicherheitskonferenz von München hat gezeigt, dass nach den Darlegungen von Ministerpräsident Tusk, Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy – in Anwesenheit des amerikanischen Vizepräsidenten Biden – einem europäischen Corps in der NATO praktisch nicht widersprochen worden ist. Es war für mich jedenfalls eine sensationelle Entdeckung, dass es dabei keinen Aufschrei der Amerikaner gegeben hat. Im transatlantischen Verhältnis können wir auch im militärischen Bereich stärker gemeinsame Positionen entwickeln, um diese dann im Rahmen der NATO glaubwürdig darzustellen. Aus diesem Grunde sollten wir unsere Vorstellungen von militärischen Fähigkeiten mit dem Schwerpunkt Soft power und Prävention nutzen, um eine neue Agenda, die in München deutlich geworden ist, aber eigentlich schon vorher bestand, in Angriff zu nehmen. Denn mit der Politik von Präsident Obama wird es möglich, dass wir in eine neue Ära der Abrüstungsverhandlungen kommen. Hier können wir Europäer eine Rolle spielen mit START, mit dem NPT, der neu verhandelt werden muss, vor allem aber mit dem KSE-Vertrag, was gerade in Europa von großer Wichtigkeit ist, da hier auch bestimmte Probleme mit Russland bestehen.

Wenn dies alles, einschließlich des Raketenschildes, einbezogen wird, haben wir neue bessere Chancen, eine gemeinsame transatlantische Politik zu betreiben, mit Amerika als Alliierten und Russland als strategischem Partner, eine Politik im europäischen Interesse für den Frieden. Diese Chance können wir nur wahrnehmen, wenn wir selbst stärker und einflussreicher werden, und deswegen ist die Richtung dieser Politik richtig.

Ioan Mircea Paşcu (PSE). – Herr Präsident, der Bericht zur Rolle der NATO für die Sicherheitsarchitektur der EU spiegelt die unterschiedlichen Ansätze im Europäischen Parlament wider, wo es einerseits Stimmen gibt, die die NATO weiterhin als Organisation sehen, die für ihre Mitglieder der stärkste Sicherheitsgarant ist, und andererseits Vertreter, die eine immer geringere Notwendigkeit für die NATO in einer Welt sehen, in der es scheinbar keine wesentlichen Bedrohungen gibt – zumindest nicht vergleichbar mit der ehemaligen Sowjetunion.

Bisher gab es jedoch in beiden Organisationen kein Mitglied, das die Sicherheitsgarantie der NATO aufgeben wollte, auch wenn die EU ihre Verteidigungs- und Sicherheitsbemühungen vorantreibt und eine Entsprechung zu Artikel 5 des Vertrags von Washington eingeführt hat: Die Solidaritätsklausel im Vertrag von Lissabon.

Meiner Meinung nach sollte die Beziehung zwischen NATO und EU – das wichtigste Element der transatlantischen Beziehungen im weiteren Sinn – so aufgebaut sein, dass sich beide Seiten natürlich ergänzen und die Beziehung für beide Partner von Nutzen ist, da sie gemeinsam auf die zahlreichen und zunehmend komplexen Herausforderungen der heutigen Zeit reagieren müssen. Hierzu könnten bestehende Mechanismen – Stichwort Berlin-Plus-Vertrag – verbessert werden; neue Mechanismen – Stichwort Vorschlag einer operativen Hauptniederlassung der EU – sollten in Erwägung gezogen werden; Hindernisse – Stichwort negative Auswirkungen des Zypern-Problems – müssen überwunden werden und, was am wichtigsten ist, die gegenseitige Wahrnehmung muss definitiv verbessert werden. Aus diesem Grund sollte man aufhören, die NATO als Gegner und die EU als Anhängsel der NATO zu betrachten.

Wie bereits erwähnt, stimmt es, dass die beiden Partner in der Praxis sehr gut kooperieren und sich gegenseitig ergänzen könnten. Daher wurde der Bericht geändert, und das Endergebnis ist hoffentlich für viele von uns akzeptabel.

Andrew Duff (ALDE). – Herr Präsident, viele Redner machen heute Nachmittag gute Miene zum bösen Spiel. Fakt ist, dass sich nicht alle GSVP-Missionen als erfolgreich erweisen: Oftmals ist der Zweck nicht klar, viele sind schlecht finanziert und wir könnten auch mit der Afghanistan-Kampagne scheitern. Daher ist es gut, dass das Parlament einen wirksamen Beitrag zur Definition der gemeinsamen Sicherheit vorlegt, und wir müssen nun deutlich klarere Kriterien für die GSVP-Missionen aufstellen.

Hinsichtlich der Integration unserer Kräfte sind die Fortschritte gering, und ich kann nicht glauben, dass eine Kollision französischer und britischer U-Boote das ist, was wir erwartet haben!

Ryszard Czarnecki (UEN). – (PL) Herr Präsident, wenn es zu viele Präsidenten gibt, dann gibt es eigentlich gar keinen. Wenn wir über die Sicherheitsfrage sprechen, dann sollten wir klar und präzise über etwas sprechen, das sehr dringend und entscheidend ist. Was letztes Jahr im Kaukasus, in direkter Nachbarschaft zur Europäischen Union, vorgefallen ist, zeigt, dass wir zweifelsohne die Bedeutung unserer Ostpolitik stärken müssen und diese als spezielle Investition in die Sicherheit von Europa und der EU behandeln müssen. Daher ist meiner Meinung nach auch die Partnerschaft mit Ländern östlich der EU von wesentlicher Bedeutung, und auch wenn ich mich freue, dass diese Partnerschaft besteht, bin ich doch besorgt, weil der Haushalt für die Östliche Partnerschaft fast um das Dreifache gekürzt wurde. Ich denke, dass dies eine Frage von fundamentaler Bedeutung ist, und ich denke, dass sie ein Aushängeschild der Europäischen Union sein wird, nicht nur für die nächsten Nachbarn, sondern auch für Länder, die sich jenseits der Republik Belarus, der Ukraine oder Georgien befinden.

Satu Hassi (Verts/ALE). – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich danke den drei Berichterstatlern. Leider muss ich jedoch sagen, dass ich die unkritische Sicht der NATO nicht teile, die insbesondere aus Herrn Vatanens Bericht hervorgeht.

Natürlich ist die NATO nicht mehr das, was sie während des Kalten Krieges einmal war, auch Europa hat sich verändert, und die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU ist eine hervorragende Sache. Ich bin jedoch nicht der Meinung, dass es ein Problem wäre, wenn nicht alle Mitgliedstaaten der EU Mitglied der NATO sind.

Wir müssen anerkennen, dass einige Staaten einen lohnenden Beitrag zu Friedensbemühungen leisten konnten, gerade weil sie nicht Mitglied militärischer Bündnisse sind, wie beispielsweise mein Land, Finnland. Weil Finnland keinem Militärbündnis angehört, gilt es fast nirgends als feindlich oder als Sprecher des Feindes. So konnten sich viele Finnen für den Frieden engagieren. Beispiele sind unserer früherer Premierminister Holker in Nordirland, unser ehemaliger Präsident Ahtisaari in Namibia, Indonesien, Aceh und im Kosovo und unser ehemaliger Minister Haavisto im Sudan.

Obwohl die Mehrzahl der EU-Bürger in Mitgliedstaaten der NATO leben, müssen wir doch auch sehen, dass die Existenz bündnisfreier Staaten für Friedensbemühungen eine wertvolle Ressource ist. Die Harmonisierung der Militärpolitik innerhalb der EU kann nicht im Namen irgendeines Ziels außer Acht gelassen werden.

Vladimír Remek (GUE/NGL). – (CS) Ursprünglich wollte ich über die Gefahren der Militarisierung des Alls sprechen, da ich denke, dass ich als ehemaliger Astronaut hier über ein besonderes Verständnis verfüge. Die vorgestellten Unterlagen heben jedoch unter anderem die Notwendigkeit hervor, die Sicherheitspolitik zu Gunsten der EU-Bürger einzusetzen. Gleichzeitig ignorieren wir ihre Meinung, beispielsweise zu dem geplanten Bau neuer ausländischer Stützpunkte auf EU-Gebiet, komplett. Speziell in Polen und der Tschechischen Republik laufen die Vorbereitungen für die Installation der Teile des amerikanischen Raketenabwehrsystems. Und insbesondere in meinem eigenen Land, der Tschechischen Republik, werden die Ansichten und Interessen der Bevölkerung voll und ganz ignoriert. Nicht eine einzige offizielle Stimme wurde seitens der EU zur Unterstützung der Interessen der Bürger gehört, für die die EU in diesem Hinblick möglicherweise gar nicht existiert. Dabei sind zwei Drittel der Bürger der Tschechischen Republik nach wie vor gegen den Stützpunkt, trotz der Informationen und der Werbekampagne, die seit mehr als zwei Jahren läuft. Meiner Meinung nach stimmt mit der EU etwas nicht, wenn sich die Interessen der Menschen nicht in unseren Dokumenten widerspiegeln, und wenn die Sicht der Menschen im Interesse der Demokratie ignoriert werden kann. Es ist dann kein Wunder, dass sich die Leute von der EU-Politik abwenden und sie als etwas sehen, das nicht zu ihnen gehört oder sie sogar rundheraus ablehnen.

Bernard Wojciechowski (IND/DEM). – Herr Präsident, die Bürger Europas benötigen eine starke Union mit einer wettbewerbsfähigen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dies wird nicht möglich sein, wenn die Union auf einem Gebiet nichts unternimmt. China und Indien wachsen, nicht nur in wirtschaftlicher Sicht, sondern auch im Hinblick auf ihre militärische Bedeutung.

Der Wettbewerbsvorteil Europas sollte auf Know-how und Innovation beruhen. Dieses Ziel sollten wir alle unterstützen. Für eine wirksame Sicherheitsstrategie sollten unsere europäischen Kräfte Zugang zu Ausrüstung und Ressourcen höchster Qualität haben. Während die Vereinigten Staaten Milliarden Dollar für Sicherheit ausgeben, entwickeln wir in Europa, wenn überhaupt, dann nur langsam eine eigene Strategie. In Krisenzeiten schließen wir Werke für Feuerwaffen, wie das Werk in Radom, Polen. Stattdessen sollten wir in moderne Technik investieren wie die rückstoßfreie Technologie, die derzeit in Polen entwickelt wird. Innovation schafft neue Geschäftsfelder und Arbeitsplätze. Wenn wir unsere eigenen Werke schließen, können wir keine europäischen Fähigkeiten aufbauen.

Roberto Fiore (NI). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Prinzip bin ich natürlich für die Idee einer europäischen Armee, aber wir müssen definieren, um welche Art von Armee es sich hierbei handelt und wo die Grenzen liegen.

In der Tat ist es extrem unpassend, dass wir über zwei Streitkräfte verfügen, die sich gegenüberstehen – die türkische Armee und die griechische Armee – und zur gleichen Allianz gehören. Ich bin sicher, dass der Rat auch Nordzypern besucht hat und den Schaden begutachten konnte, den türkische Soldaten und die türkische Besetzung dort auf einer Insel angerichtet haben, die zweifellos zu Europa gehört.

Auch muss gesagt werden, dass die Allianz mit den Vereinigten Staaten ganz klar eine Allianz ist, die oft zu erheblichen Problemen führt. Die USA haben uns in zahlreiche Kriege und Konflikte hineingezogen – ich denke hier an Serbien, Irak und Afghanistan – deren Kern Interessen bildeten, die sicherlich nicht europäische Interessen waren.

Stattdessen sollten wir uns mit Russland und Belarus verbünden, die in der Tat aus historischer, religiöser, militärischer und geopolitischer Sicht zu Europa zählen. Das ist die Zukunft der europäischen Armee: Eine Arme, die natürlich keinen Krieg gegen die Vereinigten Staaten führt, aber die eine respektvolle Distanz wahrt; eine Armee ohne die Türkei, da die Türkei, solange wir keine gegenteiligen Beweise haben, zu Asien gehört und im Mittelmeer leider in einen Konflikt mit einem europäischen Land geraten ist; und eine Armee, die mit Russland und Belarus verbündet und eng verbunden ist.

Geoffrey Van Orden (PPE-DE). – Herr Präsident, Sie werden nicht überrascht sein, wenn ich meine Bedenken hinsichtlich des Drucks der Berichte zur GSVP ausdrücke, insbesondere des Berichts von Herrn von Wogau, der voll von falschen Annahmen zur Natur der Europäischen Union und dem Bestreben steckt, eine europäische Armee unter europäischer Kontrolle aufzubauen. Er sieht, und hier zitiere ich den Ausdruck, die „synchronisierten Streitkräfte Europas“ als Schritt in Richtung einer „integrierten europäischen Streitkraft“. Mit anderen Worten sicherlich eine europäische Armee. Wie wir alle wissen, erzeugt die GSVP keinen militärischen Mehrwert. Sie ist ein politisches Instrument zur Förderung eines integrierten Europa. Sie sollte als das gesehen werden, was sie ist.

Lange Zeit habe ich gesagt, dass die Europäische Union eine nützliche Rolle bei der Bereitstellung ziviler Instrumente für das Krisenmanagement und den Wiederaufbau nach Konflikten übernehmen könnte. Dies wäre in der Tat hilfreich. Im Übrigen denkt kein Militäroffizier, den ich kenne, dass Konflikte wie in Afghanistan allein mit militärischen Mitteln gelöst werden können. Das, was man neomodisch als „umfassenden Ansatz“ bezeichnet, ist nichts Neues. Wir haben seinerzeit von „Kopf und Herz“ gesprochen. Daher ist es falsch – und in der Tat eine Täuschung – wenn die EU versucht, ihre Beteiligung an militärischen Einsätzen zu rechtfertigen, indem sie sich auf den umfassenden Ansatz an sich beruft – als eine Art Alleinstellungsmerkmal der EU. Für die EU wäre es ein ehrlicher und sinnvoller Ansatz, die Verteidigungsambitionen der GSVP aufzugeben und sich auf zivile Beiträge zu konzentrieren. Dann wären Europa und seine Verbündeten möglicherweise in der Lage, sich auf die militärischen Beiträge zur NATO zu konzentrieren und das transatlantische Bündnis für die kommenden schwierigen Jahre wieder zu beleben, ohne sich von der doppelten Agenda der EU ablenken zu lassen.

Das unmittelbare Problem besteht darin, dass die Ambitionen der EU nun beginnen, die NATO zu kontaminieren, und ich bin ernsthaft besorgt, dass sich dies auch auf den 60. Jahrestag auswirken wird. Währenddessen haben wir in Großbritannien Minister in der Regierung, die all das leugnen.

Martí Grau i Segú (PSE). – (ES) Frau Kommissarin, Herr Solana, meine Damen und Herren, zunächst möchte ich den drei Berichterstatern für ihre Arbeit danken. Als Schattenberichterstatter für den Bericht zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) beziehe ich mich insbesondere auf dieses Dokument und möchte zunächst Herrn Saryusz-Wolski zu den Ergebnissen seiner Arbeit und seiner Zusammenarbeit mit anderen Gruppen gratulieren, die das Ziel eines einvernehmlichen Ergebnisses verfolgt hat.

Wie auch das Parlament mehrmals gefordert hat, dass die Europäische Union die erforderlichen Instrumente erhält, um mit einer Stimme in der Welt zu agieren, so kann auch das Parlament selbst eine geschlossene Reihe bilden, wenn die obersten Prioritäten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bewertet werden und neue Dynamik erhalten.

Die Bemühungen unserer Fraktion – der SPE – konzentrierten sich auf zwei Ziele. Erstens, die Einführung oder Betonung der großen Fragen, die wir in allen Bereichen der Außenpolitik für entscheidend halten, wie der Kampf gegen den Klimawandel, die Förderung des Friedens rund um den Globus oder die Verpflichtung zu menschlicher Entwicklung. Zweitens, das Aufzeigen von Möglichkeiten zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den geographischen Prioritäten der GASP, wie sie ursprünglich im Text enthalten waren, sofern sie überhaupt enthalten waren, oder die Einführung von Prioritäten als neue Elemente, sofern sie noch nicht berücksichtigt worden waren.

Daher waren wir beispielsweise Verfechter einer stärkeren Klärung der Maßnahmen zwischen dem institutionellen Rahmen und dem Kooperationsrahmen bei der kürzlich definierten östlichen Dimension. Wir haben uns für eine stärkere Diversifizierung und stärkere Betonung der Beziehungen zu Afrika ausgesprochen, einem Kontinent, an den wir häufig nur noch denken, wenn besonders gewalttätige Kriege ausbrechen, und oftmals nicht einmal dann.

Im Hinblick auf Lateinamerika wollten wir, dass die laufenden Verhandlungen zu Assoziierungsabkommen – die ersten biregionalen Gespräche, die die Europäische Union in ihrer Geschichte durchführt – berücksichtigt werden.

Bezüglich des Mittelmeerraums haben wir einer reduktionistischen Annäherung widersprochen, die ausschließlich über die Sicherheit spricht. Stattdessen möchten wir die umfassenden politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Traditionen einbeziehen, die im Barcelona-Prozess zum Tragen kommen.

Was Änderungsanträge für das Plenum anbelangt, so hat unsere Fraktion keine Anträge vorgelegt, da wir der Meinung sind, dass das Gleichgewicht der Kompromisse so in gewisser Weise gestärkt wird. Wir werden daher den meisten Änderungsanträgen widersprechen, um die im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten erzielten Kompromisse nicht zu beschädigen.

Janusz Onyszkiewicz (ALDE). – (PL) Herr Präsident, wie Tony Blair einmal sagte, sollte die Europäische Union, auch wenn sie kein Superstaat sein sollte, doch eine Supermacht sein. Wir könnten noch hinzufügen: Nicht nur eine wirtschaftliche Supermacht, da sie das bereits ist, sondern ein wichtiger Akteur auf der Weltbühne, weil das im Interesse, auch im wirtschaftlichen Interesse, aller Mitgliedstaaten liegt.

Henry Kissinger soll einmal um die Telefonnummer gebeten haben, unter der man erfragen kann, welchen Standpunkt die Europäische Union in wichtigen Fragen der internationalen Politik vertritt. Heute ist dies die Nummer des Hohen Vertreters. Das Problem ist nur, dass Herr Solana, wenn das Telefon klingelt, auch wissen muss, was er sagen soll. Daher ist es von ausschlaggebender Bedeutung, eine gemeinsame Außenpolitik, die auch die Sicherheits- und Energiepolitik umfasst, und somit auch eine gemeinsame Politik im Hinblick auf Russland zu gestalten.

Ich möchte auf den fortwährend wiederholten Vorschlag zurückkommen, dass alle Länder der Europäischen Union mit einer Stimme sprechen müssen, wenn sie einen Dialog mit Russland aufnehmen. In diesem Zusammenhang sollte schnellstmöglich eine genau definierte Russland-Politik erarbeitet werden, eine Politik, die gemeinsam gepflegt wird und auf Solidarität gegründet ist. Dies wird nicht nur für Gespräche zwischen der EU und Russland, sondern auch für Zweiergespräche mit einzelnen Mitgliedstaaten einen klaren Rahmen setzen. Bei der Entwicklung dieser Politik sollte das Europäische Parlament im Hinblick auf das Mandat, das es über demokratische Wahlen erhalten hat und auf das es stolz sein kann, eine wichtige Rolle einnehmen.

Adamos Adamou (GUE/NGL). – (EL) Der Bericht zur Rolle der NATO in der Europäischen Union wurde als Vorwand benutzt, um von der Frage des Beitritts Zyperns zur Partnerschaft für den Frieden und zur NATO abzulenken. Der Standpunkt der Republik Zypern muss respektiert werden. Eine Einmischung in die

innenpolitischen Angelegenheiten eines souveränen Mitgliedstaats zum Zweck einer Integration, die von keinem Vertrag vorgegeben wird, ist nicht legitim.

In Zeiten, wo die Republik Zypern mitten in Verhandlungen zur Lösung der Zypern-Frage steht, werden Fronten gebildet, die sich sehr ungünstig auf den Prozess auswirken. Die komplette Entmilitarisierung eines von der Türkei besetzten Landes und die Sicherstellung der Nachhaltigkeit einer künftigen Lösung sollte für jeden das einzige Ziel darstellen. Zudem ist dies der Standpunkt, den das Europäische Parlament in anderen Berichten einnimmt.

Wir bitten Sie, die Änderungsanträge 22, 23 und 24 zu unterstützen und gegen diese Punkte zu stimmen, die einen Eingriff in die innenpolitischen Angelegenheiten eines souveränen Staats darstellen. Wir bitten Sie, zu bestätigen, dass das Prinzip des Respekts der souveränen Rechte der Mitgliedstaaten nicht angetastet wird, unabhängig von Ihrer Einstellung zu der Partnerschaft oder der NATO. Wir wollen die Entmilitarisierung und die Einhaltung der Prinzipien des Völkerrechts.

Georgios Georgiou (IND/DEM). – (EL) Herr Präsident, völkerrechtlich bedeutet die Aussage „ich habe einen Staat“, dass ich bestimmte Gebiete kontrolliere, für die ich eine Regierung einsetze, die die Verteidigungs- und Außenpolitik übernimmt. Dann frage ich Sie, was ist mit dem „Staat Europa“, über den verschiedene Leute predigen – ich frage mich, wo seine Grenzen sind, wo diese bestimmten Gebiete liegen und wo seine Verteidigung ist, wenn die Verteidigung in den Händen einer großen – leider amerikanischen – Armee liegt, und wo die Außenpolitik ist, wenn der Nahe Osten in Flammen steht, ein terroristisches Gewächshaus, das den Terrorismus exportiert und dessen Flüchtlinge und Opfer nicht nach Alabama, Arizona oder Kentucky auswandern, sondern leider nach Griechenland, Zypern, Deutschland und Spanien kommen.

Daher muss ich sagen, dass ich inzwischen Zweifel habe, ob ich die Idee unterstütze, die sich aus den Vorschlägen der Herren ergibt, die ihre Berichte vorgelegt haben, und ich denke, dass ich morgen gegen sie stimmen werde.

VORSITZ: MARTINE ROURE

Vizepräsidentin

Jim Allister (NI). – Frau Präsidentin, wer sagt, dass vor unseren Augen kein EU-Superstaat errichtet wird, hat angesichts des Inhalts dieser Berichte zur Gründung eines Reichs einigen Erklärungsbedarf.

Beteuerungen, dass eine gemeinsame Verteidigungspolitik – die nun als gegeben hingenommen wird – und die so genannte strategische Autonomie der EU eine integrierte europäische Streitkraft benötigen, und die Forderungen nach einem autonomen und dauerhaften operationellen Hauptquartier der EU – zusammen mit Forderungen nach einer Gleichwertigkeit mit der NATO – lassen keinen Zweifel zu, dass unter einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik diejenigen, die das europäische Projekt vorantreiben, nicht nur politische sondern auch militärische Macht fordern, die wiederum durch eine Beschneidung der Zuständigkeiten, der Rechte und der Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten erwirkt wird. Diesen Superstaats-Gedanken und das Konzept einer zentralisierten Armee für Europa weise ich zurück, wie auch den Vertrag von Lissabon, der das alles ermöglichen würde.

Tunne Kelam (PPE-DE). – Frau Präsidentin, die heutige Botschaft unserer Berichterstatter könnte lauten, dass eine lebendige euro-atlantische Partnerschaft den besten Garanten für europäische Sicherheit und Stabilität darstellt.

In der Tat unterstütze ich eine neue transatlantische Agenda und die Gründung neuer euro-atlantischer Institutionen, die letztendlich zu einem umfassenden gemeinsamen transatlantischen Markt führen.

Ari Vatanen hat auf eine engere Zusammenarbeit aller EU- und NATO-Mitglieder gedrängt, ungeachtet dessen, welcher Organisation sie angehören. Ich halte dies für eine sehr praktische Idee, wie auch seine Idee eines dauerhaften operationellen Hauptquartiers der EU, das die Kommandostrukturen der NATO ergänzt – und natürlich nicht mit diesen konkurriert.

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt ist die Tatsache, dass wir denselben Pool nationaler Ressourcen nutzen. Jacek Saryusz-Wolski sagte, dass die GASP extrem unterfinanziert ist, daher ist es von ausschlaggebender Bedeutung, eine Duplizierung zu vermeiden und die Effizienz zu steigern. Die Frage lautet für die Mitgliedstaaten: Was bieten Sie Herrn Solana zur Umsetzung unserer Gemeinsamen Verteidigungspolitik?

Drittens ist es an der Zeit, den neuen Herausforderungen für unsere Sicherheit zu begegnen. Künftige Konflikte werden im Cyberspace ausgetragen und möglicherweise auch dort entschieden, wo jeder Staat allein reagieren und sich verteidigen muss, mitunter in einem zeitlichen Rahmen, der eine Sekunde nicht überschreitet. Auch das Europäische Parlament muss die Initiative ergreifen und einen Beitrag zu dieser dramatischen Herausforderung des neuen Jahrhunderts leisten, einer Herausforderung, die auf der Demokratisierung moderner Technologien basiert.

Hannes Swoboda (PSE). – (DE) Frau Präsidentin! Die Nationalisten, die Engstirnigen in diesem Hause, glauben wohl wirklich, dass man allein und nur auf einzelnen Nationen beruhend die Risiken und die Probleme dieser Welt lösen kann.

Herr Allister ist ein typisches Beispiel dafür. Glauben Sie denn wirklich, Sie können den Terrorismus in der Welt bekämpfen, wenn Sie allein auf ihre nationale Verteidigung setzen? Glauben Sie denn wirklich, die Probleme der Energiesicherheit sind zu lösen, wenn jeder für sich allein die Probleme angeht? Das ist doch ein Konzept von vorgestern! Genau der so oft kritisierte Vertrag von Lissabon hätte ja den großen Vorteil, dass wir z. B. in der Frage der Energiepolitik und in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein Stückchen mehr gemeinsam tun können, um den Gefahren und Risiken dieser Welt effektiv begegnen zu können.

Die neue amerikanische Regierung Obama ist froh, dass es diese gemeinsame europäische Politik gibt, weil Amerika so einen Partner hat, um eine Reihe dieser Probleme anzugehen. Und Russland hat – was durch die häufige Anwesenheit russischer Vertreter auch in diesem Haus deutlich wird – inzwischen auch schon begriffen, dass das alte Konzept, immer nur mit einzelnen Ländern zu reden und dann die Länder gegeneinander auszuspielen, einfach nicht mehr funktioniert. Russland hat verstanden, dass es gemeinsam mit der Europäischen Union reden muss, wenn man zu gemeinsamen Lösungen kommen will, etwa in der Frage der Energiesicherheit.

Das ist ja auch im Bericht des Kollegen Saryusz-Wolski immer wieder angeschnitten worden. Wie können wir versuchen, gemeinsam diese Probleme zu lösen, z. B. die Frage der Energiesicherheit? Ich bin sehr froh, dass sich der Hohe Beauftragte in Zukunft zusammen mit einem Mitarbeiter noch stärker darum bemühen wird, weil wir so unseren Bürgerinnen und Bürgern zeigen können, wie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ihre konkreten Interessen berücksichtigt, und wie wir in Zukunft verhindern wollen, dass erneut Menschen in Europa frieren müssen. Das ist der Sinn und Zweck, und darum geht es nicht um eine nationalistische Außenpolitik, sondern um eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Philippe Morillon (ALDE). – (FR) Frau Präsidentin, ich gratuliere den drei Berichterstatlern zu dieser bemerkenswerten Zusammenfassung, die sie zum aktuellen Stand unserer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erstellt haben.

Herr Solana, Sie wissen besser als jeder andere, dass von Europa erwartet wird, dass es seinen Platz auf der Weltbühne einnimmt, wie es seine wirtschaftliche und demographische Macht und sein Schatz an demokratischen und humanistischen Werten verlangt.

Es muss erwähnt werden, dass trotz des Willens, den mehr als zwei Drittel unserer europäischen Mitbürger regelmäßig zum Ausdruck bringen, wie sie sagen, in zehn Jahren einige Fortschritte erzielt wurden, das gebe ich zu, es muss allerdings auch gesagt werden, dass dieses Europa noch immer nicht existiert.

In diesem Kontext könnte die Zurückhaltung seitens Europa bei der Lösung der neuerlichen Tragödie im Nahen Osten als Beispiel aus der jüngsten Zeit herangezogen werden. Im Gazastreifen bestand und besteht die Notwendigkeit der Präsenz eines Europas, das eine aktive Rolle übernimmt, der Bevölkerung beim Überleben und beim Wiederaufbau des Landes hilft und den Kampf gegen den Waffenschmuggel unterstützt, mit dem dieses Gebiet zu einer Bodenstation zur Abfeuerung von Raketen aller Größen werden konnte.

Trotz der verbalen Ergüsse in Sharm-el-Sheikh und Jerusalem wurde in dieser Hinsicht bisher nichts unternommen. Ich möchte nochmals eine Frage stellen, die bereist zu Zeiten der Krise im Libanon gestellt wurde: Herr Solana, wann können wir mit der Entsendung einer europäischen Flotte in den Mittelmeerraum rechnen, wie die Flotte, die Sie zur Eindämmung der Piraterie entsandt haben? Wir verfügen über die Ressourcen. Haben wir irgendwann auch den Willen?

Mirosław Mariusz Piotrowski (UEN). – (PL) Frau Präsidentin, die Europäische Union muss im Interesse der Sicherheit der Bürger aller Mitgliedstaaten handeln. Insbesondere muss sie einen Teil der Verantwortung

für den Kampf gegen den Terrorismus übernehmen und sollte auf jegliche Form des Terrorismus scharf reagieren.

Der Mord an einem polnischen Ingenieur, der in Pakistan als Geisel genommen wurde, durch die örtlichen Taliban hat kürzlich zu weit reichenden Auswirkungen geführt. Die so genannte europäische Diplomatie hatte sich zuvor nicht an den Gesprächen beteiligt, die seine Freilassung bewirken sollten. Dieser schockierende Vorfall, der Teil des Sicherheitsproblems im weiteren Sinne ist, sollte in einer separaten parlamentarischen Aussprache behandelt werden und zu Ergreifung spezifischer Schritte führen. Dafür trete ich ein. Derzeit hat die Rücksendung der sterblichen Überreste des ermordeten polnischen Landsmanns und die Unterstützung seiner Familie Priorität. Diese notwendigen, aber kurzfristigen Maßnahmen, können jedoch nicht einen umfassenden Ansatz im Hinblick auf den Terrorismus und die Erhöhung des diplomatischen Drucks auf Länder wie Pakistan ersetzen.

Pedro Guerreiro (GUE/NGL). – (PT) In internationalen Beziehungen hält sich Portugal an die Prinzipien nationalstaatlicher Unabhängigkeit, die Einhaltung der Menschenrechte, Gleichheit der Staaten, friedliche Lösung internationaler Konflikte, Nichteinmischung in innenpolitische Angelegenheiten anderer Staaten und Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern für die Emanzipation und den Fortschritt der Menschheit.

Portugal befürwortet die Abschaffung des Imperialismus, des Kolonialismus und aller anderen Formen der Aggression, Kontrolle und Ausbeutung in den Beziehungen zwischen Völkern, außerdem eine umfassende, gleichzeitige und kontrollierte Entwaffnung, die Auflösung politischer und militärischer Blöcke und die Errichtung eines Systems gemeinsamer Sicherheit zur Schaffung einer internationalen Ordnung, die Frieden und Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen den Völkern garantiert.

Ich möchte auf den Wortlaut von Artikel 7 der Verfassung der Portugiesischen Republik verweisen, um zu zeigen, wie weit die Europäische Union von diesen Prinzipien entfernt ist. Durch die Rolle als europäischer Pfeiler der NATO in Zusammenarbeit mit den USA und durch die zunehmende Förderung der Militarisierung internationaler Beziehungen, des Rüstungswettlaufs, der Einmischung und Aggression, damit der Markt und natürliche Ressourcen durch die Großmächte kontrolliert und unter diesen aufgeteilt werden, handelt sie diesen Prinzipien komplett zuwider.

Gerard Batten (IND/DEM). – Frau Präsidentin! Da es sich hierbei um Initiativberichte handelt, könnten sie als heiße Luft abgetan werden. Doch wir wissen, dass solche Berichte manchmal zur Formulierung der politischen Erwartungen der EU genutzt werden.

Herr von Wogau war früher der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und in dieser Funktion maßgeblich an der Einführung der einheitlichen Währung Europas beteiligt. Jetzt hat er den Vorsitz im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung; und wenn er in einem Bericht sagt, dass die Europäische Union eine eigene Streitmacht braucht, dann können wir sicher sein, dass das genau ist, was die Europäische Union in Kürze herbeiführen möchte.

In diesen Berichten wird die EU aufgefordert, durch die Bereitstellung gemeinsamer Waffensysteme, eines gemeinsamen Kommunikationssystems und einer autonomen Kommando- und Führungsstruktur eine eigene Streitmacht zu entwickeln. Herr von Wogau vertritt die Auffassung, dass eine EU-Streitmacht mit 60 000 Soldaten in permanenter Einsatzbereitschaft gehalten werden solle. Die EU möchte eigene Soldaten, Waffen, Panzer, Flugzeuge und Bomben, um „ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen“.

Worin bestehen diese Verpflichtungen eigentlich genau? Um das herauszufinden, müssen wir abwarten, ob der Vertrag von Lissabon vollständig ratifiziert wird und „eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik herbeiführt, die zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik führt“. Niemand kann sagen, dass er nichts über die militärischen Bestrebungen der EU gewusst habe.

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Frau Präsidentin! Trotz unserer freundschaftlichen Gefühle für die Berichterstatter, Herrn Vatanen und Herrn von Wogau, können wir ihren Berichten nicht zustimmen.

Erstens, weil die NATO, die Nordatlantik-Vertragsorganisation, 1949 als Reaktion auf die schreckliche Bedrohung durch den Kommunismus für Westeuropa geschaffen wurde. Sie hat eine nützliche, ja wesentliche Rolle gespielt. Aber inzwischen ist dieses furchtbare kommunistische System zusammengebrochen; und der Warschauer Pakt wurde aufgelöst.

Doch die NATO wird immer größer. Ihre Tätigkeiten gehen über ihren geographischen Rahmen hinaus. Afghanistan grenzt, soweit mir bekannt ist, nicht an den Nordatlantik. Auch nicht das Kosovo, wo sie zur

ethnischen Säuberung der Serben in einem ungerechten Krieg beigetragen hat, der nichts gelöst hat. Die NATO verstößt also gegen die UN-Charta.

Meine Damen und Herren, Sie sind vollkommen inkonsequent. Sie möchten ein starkes, unabhängiges Europa schaffen, und Sie integrieren die europäische Verteidigung in ein Kommandosystem unter der Führung der USA. Wie sollen Russland und andere Nationen darin keine aggressive Haltung sehen?

Die NATO hat uns der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika unterworfen. Wir sind ihre Freunde; doch wir möchten nicht ihre Vasallen und noch weniger ihre Lakaien sein. Wir müssen dem ein Ende machen und aussteigen. Die NATO hat sich überlebt.

Hubert Pirker (PPE-DE). – (DE) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Hoher Beauftragter! Die Bedrohungsszenarien – wie wir alle wissen – ändern sich ständig. Was sich auch ändert, ist der Vertrag und damit die Möglichkeiten für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Was aber immer gleich bleibt, ist der Wunsch der Bevölkerung nach Sicherheit und Stabilität, der Wunsch nach einer starken Union und auch der Wunsch nach Abrüstung, insbesondere im atomaren Bereich.

Mit diesen drei Berichten, die wir heute diskutieren, setzt das Europäische Parlament ein sehr starkes Signal in die Richtung, wie wir diese Ziele erreichen und Sicherheit gewährleisten wollen: Zum einen mit dem Bericht über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wo der Fokus auf die Sicherheit auf dem Balkan, auf die Stabilisierung in Afrika und auf den Frieden in Palästina gerichtet ist. Zum zweiten mit dem Bericht über die Zusammenarbeit mit der NATO, wo klar der Schwerpunkt auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Union und NATO und eine bessere Koordinierung gesetzt wird. Im Mittelpunkt des dritten Berichts steht die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit dem Ziel, mehr Effizienz und eine bessere Koordination im Zusammenhang mit den Verteidigungsausgaben zu erreichen, sowie mit dem Ziel, strategische Autonomie für die gesamte Union zu erreichen und damit auf der anderen Seite auch unsere Mitgliedstaaten zu entlasten.

Wenn wir uns all diese Ziele vor Augen führen, dann müssen wir das unterstützen, was in diesen Berichten gefordert wird, zum Beispiel gemeinsame Forschung und Entwicklung, die Entwicklung gemeinsamer Normen, gemeinsame Beschaffungssysteme, alles mit dem Ziel der Interoperabilität. Das heißt auch, dass die Militärs zwischen den Staaten optimal kooperieren können, dass Polizei und Militär zusammenarbeiten können oder dass permanente militärische Strukturen geschaffen werden und ein operationelles Hauptquartier oder auch ein Rat der Verteidigungsminister eingerichtet wird.

Ich bin überzeugt, dass wir damit eine ganz entscheidende Chance haben, aus unserer Union eine politische Union zu machen, eine Sicherheitsunion aufzubauen, die den Bürgern das gibt, was sie von der Union erwarten: Sicherheit, Stabilität und Frieden auf Dauer.

Der Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bislang habe die Redner ihre Redezeit eingehalten. Wir haben wirklich Zeitprobleme. Daher möchte ich Sie bitten, Ihre Redezeit einzuhalten.

Jan Marinus Wiersma (PSE). – Frau Präsidentin! Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist fast alles geworden; also kann man fast alles in einer Aussprache wie dieser sagen. In der Vergangenheit haben wir nur über Sicherheitsfragen gesprochen, und jetzt sprechen wir sogar über Klimawandel, Energie usw. Ich muss also eine gezielte Aussage machen und etwas über die Beziehungen zwischen der EU und den USA und über die Abrüstungsagenda sagen, die wir meines Erachtens in diesem Jahr voranbringen können.

Die neue Regierung hat einen sehr positiven Anfang gemacht, auch symbolisch durch die Bekanntgabe der Schließung von Guantánamo. Ich meine, wir sollten in dieser Frage zusammenarbeiten und gemeinsam versuchen, einige der Probleme zu lösen, vor denen die Amerikaner derzeit stehen.

Die zweite Grundsatzdebatte dieses Jahres betrifft die wirtschaftliche Sicherheit: Sind die Vereinigten Staaten und Europa in der Lage, die Krise gemeinsam in den Griff zu bekommen, oder werden sie versuchen, ihren eigenen Weg zu gehen, was eine rasche Entwicklung protektionistischer Maßnahmen bedeuten würde?

Afghanistan ist auch ein wichtiges Thema. Werden wir in der Lage sein, den verstärkten Anstrengungen der Amerikaner Folge zu leisten, und, wenn ja, unter welchen Bedingungen? In dieser Hinsicht ist es ein positives Signal, dass die Amerikaner gesagt haben, dass sie sich darüber im Klaren seien, dass es eine politische Lösung geben sollte, da dieses Problem nicht auf militärischem Wege zu lösen sei. Dadurch kommt die Europäische Union sofort ins Spiel.

Dann zur Abrüstungsagenda: Im letzten Dezember haben Sie, Herr Solana, hier im Parlament eine sehr gute Rede über Ihre Vorstellungen und die Vorstellungen des Rates und der Union über die Förderung einer Agenda gehalten, die positiv ist und vorsieht, die Amerikaner und die Russen bei der Neuverhandlung des START-Vertrages zu unterstützen und bei der Ratifizierung des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen mit den Amerikanern zu kooperieren. Wir werden auch für die Abschaffung der restlichen taktischen Nuklearwaffen in Europa sein; und es wäre hilfreich bei der Unterstützung der Ideen, den nuklearen Brennstoffkreislauf unter internationale Kontrolle zu bringen, um sicherzustellen, dass Staaten, die Atomenergie entwickeln wollen, friedlichen Zugang erhalten, doch nicht in der Lage sein werden, diesen auf militärischem Wege zu missbrauchen.

Nach unserer Auffassung sollte die Europäische Union diese Agenda unterstützen, auch im Wissen um die ehrgeizigen Ziele von Präsident Obama. In seiner Antrittsrede hat er, als er über die Außenpolitik sprach, zuerst den Irak und Afghanistan erwähnt; doch dann hat er seine ehrgeizigen Ziele im Hinblick auf die nukleare Abrüstung angesprochen.

Samuli Pohjamo (ALDE). – (FI) Frau Präsidentin! Ich möchte auf den Bericht von Herrn Vatanen zu sprechen kommen und ihm zunächst einmal für die Offenheit bei der Abfassung seines Berichts danken.

Dennoch bin ich der Meinung, dass das Parlament ein gefährliches Signal aussendet, wenn es auf der Stärkung seiner militärischen Organisation beharrt und mit Nachdruck auf die Bedeutung einer von der NATO abhängigen militärischen Macht hinweist, so wie es in diesem Bericht vorgeschlagen wird. Kooperation und Partnerschaft, Demokratie und Menschenrechte als Garantie für Frieden und Stabilität sind ein tragfähiges europäisches Modell, das in allen Krisenherden der Welt angewandt werden sollte. Darüber hinaus stehen wir vor einer zunehmenden Wirtschaftskrise, Umweltproblemen und den durch den Klimawandel bedingten Herausforderungen, Problemen, die sich nicht militärisch lösen lassen.

Meines Erachtens nach wäre es wichtiger, mit Nachdruck auf die Bedeutung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU hinzuweisen und sich auf die Vermeidung von Konflikten und deren Ursachen zu konzentrieren: zum Beispiel auf die Bekämpfung der Armut und die Förderung der Demokratie, Menschenrechte und Zivilgesellschaft.

Abschließend möchte ich alle daran erinnern, dass es in der Union Mitgliedstaaten gibt, die nicht der NATO angehören und ihre eigenen Gründe dafür haben. Diesen Staaten muss es gestattet sein, sich ohne Druck von außen für ihre eigenen sicherheitspolitischen Lösungen zu entscheiden. So hat sich Finnland beispielsweise intensiv mit seinen eigenen verteidigungspolitischen Fragen beschäftigt und sich jahrzehntelang an friedenssichernden Maßnahmen in verschiedenen Teilen der Welt beteiligt. Es gab viele Änderungsanträge zu diesem Bericht, die zwar zu seiner Verbesserung beigetragen, doch nicht seinen Grundton geändert haben.

Mario Borghezio (UEN). – (IT) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Hat Europa eine eigene Geopolitik? Für mich hat es nicht den Anschein! Wenn Karl Haushofer noch am Leben wäre, dann würde er diesem etwas rückgratlosen Europa lehren, dass es eine maritime Strategie im Atlantischen, Pazifischen und Indischen Ozean sowie mit den Staaten im Norden braucht, in denen das Nordpolarmeer eine immense Fülle an äußerst wertvollen Energiequellen bereit hält. Es sind die Supermächte, die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland, die in diesen Regionen aktiv sind, nicht Europa!

Die Bekämpfung des Terrorismus bedeutet auch die Bekämpfung derjenigen, die die Instrumente des Terrorismus in Umlauf bringen; Menschen, die von Terroristen benutzt werden. Während wir hier sprechen, steht Lampedusa in Flammen, weil jemand die Auffanglager für illegale Einwanderer in Brand gesetzt hat. Europa sollte vielmehr die italienische Regierung bei ihrem Versuch unterstützen, die Invasion illegaler Einwanderer zu unterbinden, die von der Mafia und von Terroristen benutzt werden können. Doch ich kann kein Anzeichen für das entschlossene, praktische Vorgehen erkennen, das notwendig ist. Europa muss sich vor dieser Bedrohung schützen, nicht mit Worten, sondern mit Taten, so wie es Herr Maroni und die italienische Regierung derzeit tun.

Rihards Pīks (PPE-DE). – (LV) Frau Präsidentin, Frau Ferrero-Waldner, Herr Solana! Alle drei Berichte unserer Kollegen sind sehr professionell und ausgewogen und wurden, was am wichtigsten ist, genau zum richtigen Zeitpunkt abgefasst. Ohne näher auf die Vielzahl der genauen Fakten, Beurteilungen und Vorschläge eingehen zu wollen, die in den Berichten dargelegt sind, möchte ich zwei Punkte betonen. Erstens ist es wichtig, die europäische Sicherheitsstrategie alle fünf Jahre einer Prüfung zu unterziehen, weil zu erkennen ist, dass Energieversorgungssicherheit, Computer- und Netzsicherheit und Klimasicherheit in den letzten Jahren immer wichtigere Themen geworden sind, und auch weil sich die potenziellen Konfliktherde regional verschoben haben. Zweitens muss die Europäische Union ihre konfliktverhütenden Maßnahmen verstärken.

Ich glaube, dass dies auch im Südkaukasus möglich gewesen wäre; doch meiner Ansicht nach hat sich die Europäische Union vor Ausbruch des bewaffneten Konflikts zu passiv verhalten. Die Europäische Union hat das Recht und die Pflicht zur Durchführung von Präventionsmaßnahmen und Vermittlungsmissionen, weil die Europäische Union ein Projekt zur Friedensschaffung ist, eine Aufgabe, die sie in den letzten 50 Jahren auch übernommen hat. Um auf Herausforderungen reagieren und Präventionsmaßnahmen ergreifen zu können, bedarf es in erster Linie des politischen Willens; und zweitens müssen wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zusammen mit sicherheits- und verteidigungspolitischen institutionellen Instrumenten auf europäischer Ebene schaffen und verbessern. Eines dieser Instrumente ist die im Bericht von Herrn Saryusz-Wolski angesprochene Östliche Partnerschaft, einschließlich der Einrichtung der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung EURONEST. Das könnte zu einem besseren Verständnis und auch zur Förderung der Demokratie über unsere östlichen Grenzen hinaus beitragen. Abschließend möchte ich meine Zufriedenheit über die Aufnahme von Absatz 33 in den Bericht von Herrn von Wogau zum Ausdruck bringen; denn in meinem Land geben die Ereignisse im Kaukasus und der zunehmende Nationalismus in unseren Nachbarländern Anlass zu großer Besorgnis. Ein weises Sprichwort meines Volkes lautet: „Man sollte immer das Beste hoffen, doch auf das Schlimmste vorbereitet sein; und Gott hilft denen, die sich selbst helfen!“ Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ana Maria Gomes (PSE). – (PT) Ich möchte den Berichterstattern, Ari Vatanen und Karl von Wogau, für ihre Arbeit und Bemühungen zur Erzielung eines Konsens danken, insbesondere im Hinblick auf die schwierige Frage der Atompolitik, die von der Europäischen Union und der NATO dringend korrigiert werden muss, zu einem Zeitpunkt, zu dem Präsident Obama die Befreiung der Welt von Atomwaffen erneut zum Ziel erklärt hat und zwei europäische Atom-U-Boote eine Beinahe-Katastrophe verursacht haben.

Im Vatanen- und im Wogau-Bericht wird die Notwendigkeit einer politisch, strategisch und operationell unabhängigen Europäischen Union durch eine ehrgeizige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) betont. Zur Erreichung dieser Ziele benötigen wir institutionelle, finanzielle und operative Instrumente. Daher ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU notwendig, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der politischen Unabhängigkeit dieser Organisationen, die sich jeweils ergänzen. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines ständigen operationellen Hauptquartiers der EU in Brüssel, das in der Lage ist, militärische ESVP-Operationen autonom zu planen und durchzuführen. Deshalb fordern wir die Mitgliedstaaten der EU zu verstärkten Anstrengungen und zu durchdachteren, effizienteren und stärker europaorientierten Verteidigungsausgaben auf, wozu sie allein nicht richtig imstande sind.

Die Botschaft dieses Parlaments ist unmissverständlich und dient als Warnung. Ohne ein Europa der Verteidigung ist die Verteidigung in Europa gefährdet. Unsere Rüstungsindustrie könnte in Gefahr sein. Die Kapazitäten, die Europa benötigt, um seiner Verantwortung, d. h. dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Verhütung von Massakern und Völkermorden, gerecht zu werden, könnten in Gefahr sein. Europas Rolle als globaler Akteur beim Krisenmanagement könnte in Gefahr sein. Die im Vertrag von Lissabon vorgesehene Ausdehnung der europäischen Integration auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist dringend notwendig und muss beschleunigt werden. Das ist nicht nur im Interesse der Europäischen Union, sondern auch im Interesse der NATO, da beide Organisationen von einem Europa profitieren werden, das besser für die zunehmenden Herausforderungen für die Sicherheit Europas und der Weltgemeinschaft gerüstet ist.

Andrzej Tomasz Zapalowski (UEN). – (PL) Frau Präsidentin! Die NATO hat sich in einer Zeit relativen Friedens in Europa als internationale Sicherheitsorganisation bewährt. Ohne Zweifel wird das Gefühl der Sicherheit, das sie uns vermittelt, durch das Tempo der Beschlussfassung in den Organen, die für die Führung der Allianz verantwortlich sind, und auch durch die Entscheidungen selbst erheblich eingeschränkt. Trotzdem hat die NATO einen stabilisierenden Effekt auf die internationale Sicherheit. Versuche, die NATO „aufzuweichen“ – ihre Position durch die Erweiterung der militärischen Strukturen der Europäischen Union zu schwächen – sind ein Fehler. Die Europäische Union hat heute schon Probleme, eine Einigung bei schwierigen politischen Entscheidungen zu erzielen, ganz zu schweigen von militärischen Entscheidungen.

Die EU sollte sich auf die Stärkung der inneren Sicherheit und die Erweiterung der Verteidigungsmöglichkeiten seiner Mitglieder konzentrieren, insbesondere der Mitgliedstaaten, die eine gemeinsame Grenze mit Ländern haben, in denen nationalistische Ideologien vorherrschen, und auch der Mitgliedstaaten, die im Fokus terroristischer Vereinigungen stehen. Die EU sollte sich nicht zu engagiert an Maßnahmen beteiligen, die auf die Einrichtung großer Expeditionskorps abzielen, die wiederum für Einsätze außerhalb Europas gedacht sind.

Alojz Peterle (PPE-DE). – (SL) Herr Solana, der Hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, hat uns zu Recht an unsere Situation im Jahr 1990 erinnert. Noch interessanter wäre die Frage, welche gemeinsame Politik wir zu Beginn der 90er Jahre hatten.

Zu der Zeit war die Europäische Gemeinschaft machtlos. In der Folgezeit wurden Wünsche durch Visionen, Strategien, politische Entschlossenheit und Möglichkeiten ersetzt, die uns auch zum Handeln veranlasst haben, nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch auf globaler Ebene. In jenen Jahren, insbesondere nach der historischen Erweiterung im Jahr 2004, haben sich die Rahmenbedingungen und Ziele der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) erheblich geändert.

Vor 10 Jahren haben wir uns noch größtenteils mit unseren eigenen Problemen beschäftigt. Doch heute können wir auf unsere Erfolge zurückblicken und uns eine GASP oder eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ohne eine globale Dimension gar nicht mehr vorstellen. Vor diesem Hintergrund überrascht es mich nicht, dass uns alle drei Berichte und viele unserer Kollegen und Kolleginnen auf die neue Situation und die Notwendigkeit strategischer Änderungen, einer größeren Geschlossenheit und einer engeren interinstitutionellen Zusammenarbeit aufmerksam gemacht haben.

All dies wurde durch konkrete Vorschläge zur Verbesserung unserer operationellen Strukturen und unseres politischen Entscheidungsprozesses untermauert, die ich voll und ganz befürworte. Ich teile die Auffassung, dass wir im Hinblick auf unsere gemeinsame Politik eine neue Phase erreicht haben, und möchte in dieser Hinsicht auf zwei Aspekte hinweisen.

Erstens müssen wir genau analysieren, wie sich die Finanz- oder Wirtschaftskrise auf die Rahmenbedingungen unserer gemeinsamen Politik auswirkt. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir genau auf die möglichen politischen Folgen der Krise achten müssen, insbesondere auf die potenziellen Folgen bei einer Zuspitzung der Währungskrise.

Zweitens habe ich im Verlauf der letzten Jahre zu meiner Überraschung festgestellt, dass viele unserer Partner Wert darauf legen, dass die Europäische Union eine einheitliche außen- und verteidigungspolitische Identität hat, die besser definiert und auch stärker ist. Mit anderen Worten: Die Europäische Union als globaler Akteur ist die angestrebte Lösung. In diesem Sinne sollten wir meiner Ansicht nach unsere bilateralen Partnerschaften unbedingt aus einer globaleren Perspektive betrachten, als wir es bislang getan haben, und auch innovative Ansätze für multilaterale Partnerschaften entwickeln, die nicht nur bilaterale Interessen berücksichtigen, sondern auch zur Stabilisierung größerer Regionen beitragen.

Maria Eleni Koppa (PSE). – (EL) Frau Präsidentin! Das internationale System befindet sich in einer Übergangsphase; und wir stehen alle vor großen Herausforderungen. Daher müssen wir die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der NATO neu bewerten und verbessern, um uns besser gegen gemeinsame Bedrohungen zu wappnen, wie den Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Zunahme der internationalen Piraterie und die neuen durch den Klimawandel verursachten Probleme.

Gleichzeitig ist dies jedoch aus meiner Sicht auch der richtige Zeitpunkt für uns, um die Rolle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen als Hauptgarant des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu bestätigen. Diese Organisation muss dringend reformiert werden; und wir haben uns verpflichtet, diese Reform voranzutreiben, damit die UNO ihre wichtige Aufgabe effizienter übernehmen kann.

Ferner müssen wir unbedingt mit Nachdruck darauf hinweisen, dass alle Staaten und internationale Organisationen, einschließlich der NATO, von der Androhung und Anwendung von Gewalt jedweder Art Abstand nehmen sollten, die nicht im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Gründungscharta der Vereinten Nationen steht. Die NATO und die Europäische Union haben gemeinsame Interesse; ihre Beziehungen sollten kein Rivalitätsverhältnis begründen. Wir brauchen eine ausgewogenere Partnerschaft mit besser aufeinander abgestimmten Maßnahmen und einer engeren Zusammenarbeit. Doch jede Seite sollte die souveränen Entscheidungen der jeweils anderen Partei respektieren und ein gegenseitiges Verständnis bei divergierenden militärischen Beurteilungen sicherstellen.

Abschließend möchte ich betonen, dass das Neutralitätsrecht der Staaten unbedingt anerkannt werden muss, und ersuche bei dieser Gelegenheit um die Streichung der Aufforderung, dass die Republik Zypern der Partnerschaft für den Frieden beitreten soll. Diese Entscheidung ist ein Souveränitätsrecht jedes Staates; und als unabhängiger und souveräner Staat kann Zypern über seine eigene Zukunft entscheiden.

Jana Hybášková (PPE-DE). – (CS) Lassen Sie uns den 60. Jahrestag der NATO-Gründung feiern. Es wird einige größere Gipfeltreffen zwischen den USA, der EU und der NATO geben. Die Rückkehr Frankreichs zu

den militärischen Strukturen der NATO sowie die Kraftanstrengungen für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bieten eine hervorragende Gelegenheit für die Harmonisierung der europäischen Sicherheitsstrategien und potenzieller neuer Strategien für die NATO. Die heutige Ratifizierung des Vertrages von Lissabon im tschechischen Parlament markiert einen Wendepunkt in der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Lassen Sie uns gemeinsam ein starkes Europa aufbauen. Lassen Sie uns den europäischen Verteidigungsmarkt rationalisieren. Lassen Sie uns in Forschung und Entwicklung und in die Europäische Verteidigungsagentur investieren; lassen Sie uns ein europäisches Soldatenstatut schaffen; lassen Sie uns Duplikationen vermeiden, und lassen Sie uns das „Türkei-Syndrom“ sprichwörtlich umgehen. Lassen Sie uns die Chance nutzen, die die neue amerikanische Regierung für eine echte Zusammenarbeit in Afghanistan und für die Raketenabwehr in Europa geboten hat. Wir haben eine große Chance, dass die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zum Motor weiterer Integration und Sicherheit in Europa wird. Wir sollte diese Chance nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Libor Rouček (PSE). – (CS) Ich möchte kurz auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland zu sprechen kommen. Meiner Ansicht nach ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ohne den Dialog mit Russland nicht möglich. Die europäische Sicherheitsagentur, die die USA, die NATO, die OSZE und internationale Abrüstungsabkommen zusammenführt, sollte auch den Dialog mit Russland vorsehen.

Daher möchte ich den Rat und die Kommission zu konstruktiver Offenheit für mögliche Verhandlungen zwischen der EU, den USA und Russland über die Wiederaufnahme des transatlantischen Dialogs über Sicherheitsfragen auf der Grundlage des Helsinki-Prozesses auffordern.

Meiner Auffassung nach sollte bei diesen Verhandlungen auch über das Thema Raketenabwehr gesprochen werden. Bei dieser Frage sollte die EU eine stärkere Rolle als bislang spielen. Meiner Meinung nach sollte die Vereinbarung nicht allein den USA und Russland überlassen werden. Die europäische Öffentlichkeit erwartet das von uns.

Józef Pinior (PSE). – (PL) Frau Präsidentin! Im Parlament herrscht Einigkeit über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für die Europäische Union. Darüber gibt es einen breiten Konsens zwischen den wichtigsten politischen Kräften. Das Problem, das echte politische Problem, besteht darin, wie dieses wichtige Ziel erreicht werden soll.

Erstens muss der Vertrag von Lissabon so schnell wie möglich ratifiziert werden. Die politischen Führer, die die Ratifizierung des Vertrages verzögern, schwächen die Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Ein ernsthaftes Gespräch über eine gemeinsame Sicherheitspolitik der Europäischen Union ist ohne den Vertrag von Lissabon kaum möglich.

Zweitens möchte ich hervorheben, wie wichtig die Frage der Menschenrechte bei der Entwicklung einer EU-weiten Außenpolitik ist. Die Politik sollte internationales Recht unterstützen – das internationale Völkerrecht, die liberale Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit.

Drittens sind die ernsthafte Entwicklung einer europäischen Verteidigungspolitik, die Entwicklung militärischer Strukturen auf EU-Ebene und die Entwicklung der europäischen Rüstungsindustrie erforderlich.

Adrian Severin (PSE). – Frau Präsidentin! Ich möchte zwei Punkte ansprechen. Erstens die Werte. Die Europäische Union ist eine Werteunion. Diese Werte sind die Beitrittskriterien. Sie sind unsere Verhaltensleitlinien. Sie sind ein Mittel für die Verständigung und Zusammenarbeit mit unseren Außenpartnern. Doch wir sollten unsere Außenpolitik nicht vom Export unserer Werte abhängig machen. Ganz im Gegenteil; wir müssen lernen, in einer diversifizierten Welt zu agieren und auch die Rechte von anderen achten, die wir als falsch erachten.

Zweitens die Institutionen. Die internationalen Institutionen und das internationale Recht wurden in einer völlig anderen Welt geschaffen. Wir stellen jeden Tag aufs Neue fest, dass sie nicht den neuen Herausforderungen, den neuen Chancen und den neuen Bedrohungen der heutigen Welt entsprechen. Deshalb bin ich der Meinung, dass die Europäische Union die Idee einer neuen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in einem größeren Europa – von Vancouver bis Shanghai, nicht nur bis Wladiwostok – unterstützen sollte, um einen neuen Raum der Sicherheit, Freiheit und Zusammenarbeit zu schaffen. Das sollte meiner Ansicht nach eines unserer wichtigsten Anliegen sein; und wir sollten keine Angst davor haben, dass andere möglicherweise andere Vorstellungen darüber haben.

Luis Yáñez-Barnuevo García (PSE). – (ES) Frau Präsidentin! Zunächst einmal möchte ich meine generelle Zustimmung zu den drei hier zur Debatte stehenden Berichten zum Ausdruck bringen.

Zweitens möchte ich Frau Ferrero-Waldner beglückwünschen, vor allem in Bezug auf das, was sie gesagt hat über die enge Zusammenarbeit zwischen ihrem Team und dem Team des hohen Vertreters Herrn Solana. Drittens beglückwünsche ich Herrn Solana, weil die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ohne seine Persönlichkeit und Kreativität nicht das wäre, was sie heute ist: Die Rechtsgrundlage hätte selbst mit der Erweiterung des Strategiepapiers 2003 nicht ausgereicht, um so große Fortschritte bei dieser Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in den letzten Jahren zu erzielen. Viertens möchte ich sagen, dass der Vertrag von Lissabon – der, wie heute schon gesagt wurde, möglicherweise bald ratifiziert wird – dem Hohen Vertreter und der Europäischen Union zweifelsohne ein weitaus effizienteres und besseres Instrument in die Hand geben wird, um die Union zu dem zu machen, was sie sein sollte: ein globaler Akteur, im wahrsten Sinne des Wortes.

Abschließend greife ich einen Gedanken auf, den er zum Ausdruck gebracht hat: Europa sollte ein ziviler Akteur, eine Zivilmacht mit militärischen Mitteln, und keine Militärmacht sein.

Proinsias De Rossa (PSE). – Frau Präsidentin! Ich bin am Wochenende von einem Besuch im Gazastreifen zurückgekehrt und möchte meine 60 Sekunden Redezeit nutzen, um darüber zu sprechen, worin meiner Meinung nach dort ein ernstes Problem besteht. Auf Basis unseres Grundsatzes der humanitären Sicherheit sind wir verpflichtet, auf humanitäre Krisen zu reagieren; doch er verpflichtet uns auch, Israel zu erklären, dass es jetzt reicht und dass Europa nicht länger die Augen vor der Missachtung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung verschließen kann.

Die stärkste Missachtung dieses Rechts ist die unaufhaltsame und absichtliche Besiedelung des Westjordanlands und Ostjerusalems durch Israel. Dicht gedrängt leben dort jetzt 500 000 Siedler in einem Gebiet, das eigentlich zum Hauptgebiet des unabhängigen palästinensischen Staates gehören sollte. Es ist immer schwerer zu glauben, dass Israel wirklich einen unabhängigen palästinensischen Staat möchte, wenn Israel gleichzeitig immer weitere palästinensische Gebiete annektiert – und das bis zum heutigen Tag.

Erklärungen, wonach sich Europa und die USA für eine Zweistaatenlösung einsetzen, die einen souveränen und existenzfähigen palästinensischen Staat einschließt, sind wirklich nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben stehen, solange wir Israel gegenüber keinen „Siedlungsstopp“ fordern. Sie müssen jetzt eingestellt und letztendlich abgebaut werden; andernfalls wird es nie einen nachhaltigen Frieden im Nahen Osten geben, Herr Solana.

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE). – (RO) Ich möchte den drei Berichterstatern meine Anerkennung aussprechen. Erwiesenermaßen hat die NATO eine ganz wesentliche Rolle bei der Sicherheitsarchitektur Europas gespielt, nicht nur bis heute, sondern gibt auch Anlass zur Hoffnung für den Rest des 21. Jahrhunderts. Nach meiner Überzeugung müssen die Europäische Union und die NATO miteinander kooperieren und mögliche Rivalitäten vermeiden.

Starke, produktive transatlantische Beziehungen sind der beste Garant für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa, zusammen mit der Achtung der demokratischen Grundsätze, der Menschenrechte, des Rechtsstaatsprinzips und der Grundsätze für verantwortungsvolle Staatsführung. Wir stehen an einem historischen Wendepunkt, an dem der transatlantischen Zusammenarbeit eine ganz wesentliche Bedeutung bei der Entwicklung einer neuen Sicherheitsstrategie für die Europäische Union und des neuen strategischen Konzepts der NATO zukommt.

Beim NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest haben die Bündnispartner die politische Rolle begrüßt, die die Europäische Rolle übernehmen kann, wenn sie einen Aktionsplan im Bereich Sicherheit und Verteidigung entwickelt. Die von der NATO geförderte Partnerschaft für Frieden und die von der Europäischen Union geförderte östliche Partnerschaft sind von enormer Bedeutung für die Entwicklung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie für den Übergang zu einer effizienten Marktwirtschaft in bestimmten Ländern in der Schwarzmeerregion.

Rosa Miguélez Ramos (PSE). – (ES) Herr Solana! Ich bin schon seit 15.00 Uhr hier, nur um über die Seepiraterie zu sprechen und Sie zu dem Start des Marine-Einsatzes zur Bekämpfung der Seepiraterie in den Gewässern des Indischen Ozeans zu beglückwünschen. Wie Sie wissen, hat sich die Regierung meines Landes für diese Mission stark engagiert. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Fangzeit im April beginnt und dass sich unsere Fischer Sorgen darum machen, wie die Kräfte im Indischen Ozean derzeit geographisch verteilt sind. Sie hätten gern Schutz etwas näher zu der Region, in der sie fischen werden, d. h. weiter südlich. Ich würde eine Erklärung Ihrerseits zu diesem Thema begrüßen.

Ich möchte Ihnen auch sagen, dass ich eine Fortführung dieser Operation über den vereinbarten Zeitrahmen hinaus begrüßen würde. Meiner Auffassung nach wäre es schade, wenn die starken gemeinsamen Anstrengungen unter Einbeziehung aller drei Säulen am Ende des Jahres zu einem abrupten Ende kämen, vor allem unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die Situation in Somalia und in der Region kurz- oder mittelfristig wohl kaum ändern oder verbessern wird.

Marios Matsakis (ALDE). – Frau Präsidentin! Die NATO ist das Rückgrat der europäischen Verteidigung, und für die Sicherheit unserer Union verlassen wir uns auf die Streitkräfte der NATO. Doch die Streitkräfte der NATO in Zypern – die türkischen Streitkräfte der NATO – sind keine Friedens-, sondern eine Besatzungstruppe auf EU-Gebiet. Diese türkischen Streitkräfte haben nicht nur Tod und Zerstörung auf der Insel verursacht, als die Türkei 1974 einmarschiert ist, sondern auch zu einem weiterhin geteilten EU-Mitgliedstaat beigetragen; sie verbreiten Angst und Schrecken unter den griechischen und türkischen Zyprioten und behindern die derzeit laufenden Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinschaftsführern auf der Insel.

Also wenn wir über die wichtige Rolle der NATO für die Verteidigung Europas sprechen, dann sollten wir uns fairerweise auch daran erinnern, dass die EU bislang noch nicht den notwendigen Druck auf die Türkei ausgeübt hat, damit diese ihre NATO-Besatzungstruppen bedingungslos und sofort aus Zypern abzieht. Stimmen Sie mir nicht zu, Herr Solana? Vielleicht hören Sie gerade nicht zu. Sind Sie, Herr Solana, nicht auch der Meinung, dass die türkischen Besatzungstruppen Zypern sofort verlassen sollten?

Marie Anne Isler Béguin (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin! Am Beispiel Georgiens möchte ich Ihnen deutlich machen, wie weit wir noch von unserem erklärten ehrgeizigen Ziel einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entfernt sind, trotz der Bemühungen unseres Hohen Vertreters und unserer Kommissarin Ferrero-Waldner.

Jetzt, Herr Solana, fordern Sie natürlich mehr Kapazität und mehr Hilfe. Ich möchte Ihnen meinerseits die folgende Frage stellen: Ist die Europäische Union zurzeit in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, vor allem in Bezug auf das von uns vorgeschlagene Waffenstillstandsabkommen mit Russland?

Ich habe die Erklärungen der Frau Kommissarin natürlich verstanden. Wir wissen, wie präsent die Europäische Union war und wie schnell sie eingegriffen hat; doch heute müssen wir uns auch vor Augen führen, dass die Georgier mit der Präsenz der russischen Streitkräfte auf dem Staatsgebiet Abchasiens und Südossetiens konfrontiert sind. Ich zweifle die bemerkenswerte Arbeit der zivilen Beobachtermission am Boden bestimmt nicht an. Doch was können unsere Beobachter tun, um die Zivilbevölkerung vor den täglichen Gewaltübergriffen zu schützen? Nicht viel, wenn man davon absieht, dass sie als Zeugen fungieren.

Darüber hinaus wird das ehrgeizige Ziel der GASP, in diesem Fall in Georgien, daran gemessen, ob wir den Mut haben, Friedenstruppen zur Stabilisierung einer Region zu entsenden, die wir in unsere Nachbarschaftspolitik aufgenommen haben.

Alexandru Nazare (PPE-DE). – (RO) In den drei Berichten, die Gegenstand unserer heutigen Aussprache sind, bin ich auf einige sachdienliche Aspekte für die Festlegung der zukünftigen politischen Ausrichtung der Europäischen Union als globaler Akteur gestoßen.

Ich möchte drei Aspekte nennen. Erstens möchte ich die Bedeutung des transatlantischen Aspekts der EU-Außenpolitik hervorheben. Wir müssen das derzeitige Klima in den Beziehungen zu den USA nutzen, um ein neues Kapitel in diesem Bereich aufzuschlagen und unsere Macht auf globaler Ebene zu verstärken.

Zweitens muss die Sicherheitsdimension der Europäischen Union auf die der NATO abgestimmt werden, um Doppelarbeit und Ressourcenverknappung zu vermeiden.

Drittens bin ich der Auffassung, dass die EU die europäische Sicherheits- und Kooperationspolitik zur Stärkung der Stabilität in den westlichen Balkanstaaten nach der Klärung der Statusfrage in Bezug auf den Kosovo nutzen muss. Nach Aussage des EU-Sonderbeauftragten Peter Faith befindet sich der Kosovo zurzeit in einer Phase der „überwachten Unabhängigkeit“. Obwohl Herr Faith bei einer kürzlichen Anhörung im Europäischen Parlament die Verwendung des Begriffs „EU-Protectorat“ abgelehnt hat, hat er dennoch zugestimmt, dass der Weg bis zur „vollständigen Unabhängigkeit“ lang und schwierig sein wird. Nach seiner Aussage wäre es ein Wunder, wenn wir unsere Mission in zwei Jahren abschließen könnten.

Dennoch bin ich der Meinung, dass wir einen klaren Zeitrahmen für das Engagement der EU im Kosovo festlegen sollten. Deshalb begrüße ich die Initiative der Kommission, eine Studie zum Kosovo durchzuführen, solange dies zum Erfolg der EULEX-Mission beiträgt.

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin! Gestatten Sie mir, nur einige Anmerkungen zu machen, insbesondere eine: Ich glaube, diese Aussprache hat gezeigt, dass die Akzeptanz für den von Europa verfolgten Ansatz beim Krisenmanagement und bei der Konfliktverhütung zunimmt. Die Münchener Sicherheitskonferenz hat den umfassenden Ansatz bestätigt, weil Sicherheit und Entwicklung zusammengehören und sich nicht voneinander trennen lassen. Meiner Auffassung nach ist dieser europäische Ansatz ein Kernbestandteil unserer Strategie zur Förderung von Frieden und Sicherheit in unseren Nachbarstaaten, doch auch darüber hinaus.

Er funktioniert, bedarf jedoch auch angemessener Ressourcen. Deshalb müssen wir unsere Kapazitäten und Fähigkeiten sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich weiter ausbauen, und wir werden zumindest versuchen, unsere Aufgabe so gut wie möglich zu übernehmen.

Aber ich möchte auch Ihre Fragen beantworten, insbesondere die Frage von Herrn Saryusz-Wolski, dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in Bezug auf die Unterfinanzierung des Haushalts für die GASP. Es stimmt, dass der Haushalt dieses Jahr gekürzt wurde; doch dies sollte hoffentlich kein Hindernis für unsere politischen Ambitionen im zivilen Teil der ESVP darstellen, vorausgesetzt, dass es in diesem Jahr keine weiteren größeren Missionen gibt. Wir sollten uns auch unbedingt vor Augen führen, dass nur gewisse Kosten durch den Haushalt für die GASP abgedeckt sind – Kosten für Ausstattung, Vertragsmitarbeiter, Sonderausgaben, beispielsweise für die EU-Sonderbeauftragten. Die Mitgliedstaaten müssen jedoch auch die Kosten für von ihnen abgestellten Mitarbeiter übernehmen. Der Haushalt wird – wie Sie wissen, nicht in diesem Jahr, sondern in 2013 – wieder auf 400 Millionen EUR anwachsen.

Was die von Herrn Dombrovskis angesprochenen Übertragungen zwischen den Haushaltsartikeln anbelangt: Die Kommission veröffentlicht Informationen zu Übertragungen im Haushalt für die GASP in ihren Quartalsberichten an die Haushaltsbehörde; und in den letzten Jahren sind alle nach dem GASP-Haushalt vorgesehenen Mittel gebunden worden.

Gestatten Sie mir eine Anmerkung zu zwei speziellen Fragen, erstens zur Frage der menschlichen Sicherheit. Die menschliche Sicherheit ist mir ein ganz persönliches Anliegen, weil sie gefördert werden muss: die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht als gute Außen- und Sicherheitspolitik. Dies wird auch in unserem Bericht 2008 über die europäische Sicherheitsstrategie (ESS) anerkannt, den wir beide schon angesprochen haben. Außerdem wird im ESS-Bericht anerkannt, dass es ohne Entwicklung und Beseitigung der Armut keinen nachhaltigen Frieden geben wird. Deshalb ist dies sehr wichtig; auch die Förderung der Menschenrechte ist ein Teil dieser Gleichung.

Abschließend möchte ich kurz etwas sagen zum Thema Frühwarnung und Konfliktverhütung, das Herr Páris angesprochen hat. Generell stimme ich zu, dass wir als Europäische Union in den Anfangsphasen des Konfliktzyklus stärker tätig werden müssen, d. h. in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung und präventiver Diplomatie. Vonseiten der Kommission besteht eine Initiative in diesem Bereich derzeit darin, die Verbindungen mit den NROs im Rahmen der Partnerschaft für Friedenskonsolidierung zu stärken und auch offene Informationsquellen besser zu nutzen. Doch wir werden versuchen, den Frühwarnaspekt in Zukunft noch stärker zu berücksichtigen. Wir wissen, dass dies ein sehr wichtiger Bestandteil ist.

Javier Solana, *Hoher Vertreter für die GASP*. – Frau Präsidentin! Ich werde mich ganz kurz fassen. Ich möchte den Damen und Herren Abgeordneten danken, die hier gesprochen haben; und ich habe mir ihre Anmerkungen und Fragen notiert. Ich werde mich bestimmt mit denjenigen in Verbindung setzen, die noch keine richtige Antwort erhalten haben.

Ich möchte sagen, dass wir heute im Europäischen Parlament die zweite Debatte dieser Art gehabt haben, eine fast dreistündige Aussprache über die europäische Sicherheit. Ich glaube, dies ist sehr wichtig; und ich hoffe sehr, dass uns dieses Thema auch in Zukunft weiter beschäftigen wird. Den drei Berichterstattern möchte ich ganz herzlich für ihre Arbeit danken; Sie können sicher sein, dass wir auch künftig mit Ihnen zusammenarbeiten werden.

Jacek Saryusz-Wolski, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin! Dies ist eine sehr ausgedehnte und, aus meiner Sicht, auch ergiebige Debatte über Erfolge, Mängel und laufende Aktionen. Grob gesagt geht es um die Frage, ob das Glas halb leer oder halb voll ist, was von der Sichtweise des Betrachters abhängt.

Einige Fragen wurden zumindest von den meisten Rednern beantwortet. Sind Fortschritte in diesem Bereich zu erkennen? Ja. Sind sie ausreichend? Nein. Gibt es eine stärkere Konvergenz zwischen den Institutionen wie dem Parlament, dem Rat, der Kommission und den Mitgliedstaaten? Ja, es sind weitere Fortschritte zu erkennen, obwohl die Außenpolitik der Union in ihrer Breitenwirkung noch nicht ausreicht; und hier beziehe

ich mich auf Ihre Worte, Frau Kommissarin, nämlich die Knappheit der Mittel. Wenn wir mehr Mittel hätten oder zumindest so viel, wie die Kommission für die meisten ländlichen Gebiete vorgeschlagen hat – nämlich 1,5 Milliarden EUR – dann wäre die Bereitschaft der Mitgliedstaaten zur Beteiligung an Maßnahmen der GASP vielleicht auch größer, wenn sie keine Zahlungsverpflichtung haben. Sie wissen sehr wohl, dass dieses Haus dafür plädiert, diese Maßnahmen aus dem Haushalt der Union zu bestreiten.

Schätzen die Bürger diese Außenpolitik? Die Antwort lautet wiederum „ja“. Nutzen wir die Außenpolitik in ausreichendem Maße zur Legitimierung der Union? Die Antwort ist „nein“. Kapazitäten: im weiteren Sinne des Wortes, alles, was mit Krisenpräventionsmanagement und Krisenreaktion zu tun hat, ist weitestgehend vorhanden – ich würde erwarten, dass Herr Solana dem nickend zustimmt. Ich habe das Thema Finanzen bereits angesprochen. Im Hinblick auf die rechtlichen und institutionellen Instrumente – Lissabon – sind wir uns alle darüber einig, dass wir noch weitere und besser ausgestattete Instrumente nach den Bestimmungen des Vertrages benötigen.

Diese Konvergenz wird auf umsichtige Weise weiter ausgebaut; und ich möchte dem Hohen Vertreter meine Anerkennung für seine umsichtige Vorgehensweise und Diplomatie aussprechen, nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Wie kommt es, dass jetzt alle einer Meinung sind? Wenn Sie, Herr Solana, in der Lage sind, für die gesamte Union zu sprechen, dann muss vorher Überzeugungsarbeit geleistet worden sein, um alle ins Boot zu holen.

Es wurde die Frage der Werte angesprochen. Sind wir uns über die Werte einig? Ja, doch wir gehen unterschiedlich vor, und diese Werteachse gegenüber Interessen ist auch vorhanden; und das beste Beispiel für die Umsetzung ist in Zentralasien: diese Frage wurde in der Debatte über die Zentralasien-Strategie angesprochen.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich bewegt war in Bezug auf das, was Herr Solana gesagt hat, nämlich dass sich die EU über die Außenpolitik identifiziert. Sie bekommt eine stärkere Identität. Was wir bei unserem Ansatz im Parlament beitragen, ist, dass sie eine stärkere Legitimierung, das heißt mehr Macht erhält. Aus diesem Grunde kann sie ein fester Bestandteil der europäischen Integration sein. Die Aussprache hat überwiegend gezeigt, dass es einen Hunger nach mehr Europa in der Außenpolitik gibt und dass das politische und materielle Kapital Europas stärker gebündelt werden muss.

Die Präsidentin. – Wir gestatten den Berichterstattern etwas mehr Redezeit; doch da die Zeit jetzt knapp wird, können wir so nicht weitermachen.

Karl von Wogau, Berichterstatter. – (DE) Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Zunächst einmal zu der Frage: Warum habe ich die Prinzipien „Human Security“ und „Responsibility to protect“ nicht in meinen Bericht übernommen? Das war sehr umstritten. Ich persönlich bin der Auffassung, dass das sehr wichtige Konzepte sind, die entwickelt worden sind, dass sie aber für eine Sicherheitspolitik nicht taugen, weil sie dazu missbraucht werden können, militärische Interventionen in allen Gegenden der Welt zu begründen. Das ist eine Gefahr, die ich ganz konkret sehe. Darum befürworte ich diese beiden Konzepte, aber nicht für die Sicherheitspolitik.

Dann wurde gesagt, ich sei dabei und würde mit dem Bericht fordern, eine europäische Armee aufzustellen. Ich möchte Sie bitten, den ganzen Bericht noch einmal durchzulesen – das Wort „europäische Armee“ werden Sie in diesem Bericht ganz bestimmt nicht finden. Was dieser Bericht sagt, ist, dass das Geld des Steuerzahlers in diesem Bereich besser ausgegeben werden soll, als das bis heute der Fall gewesen ist.

Dann haben wir die Sicherheitsstrategie, die jetzt von allen befürwortet wird. Die hierfür notwendige Arbeit nahm einige Jahre in Anspruch und war sehr erfolgreich. Ich bin der Meinung, dass der nächste Schritt ein Werk über die Umsetzung der Sicherheitspolitik sein muss, ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik. Das ist eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode.

Last but not least glaube ich, dass sich die nächsten Gespräche, die wir zu diesem Thema führen müssen, mit der Frage der EUBAM Rafah beschäftigen müssen, in welcher Art und Weise diese Mission wiederbelebt werden kann und in welcher Art und Weise sie möglicherweise erweitert werden könnte.

Ari Vatanen, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Ich möchte nur wiederholen, was Präsident Wilson 1917 gesagt hat und was, zum Beispiel, unser ehrenwerter Kollege Swoboda vor einer halben Stunde gesagt hat: Eine Nation allein kann Probleme nicht lösen. Dieses Haus und die EU bekräftigen diese Aussage. Wir müssen aus unseren Fehlern lernen. In jeder Gesellschaftsschicht müssen wir zusammenarbeiten: Es gibt kein

Rosinenpicken, kein Trittbrettfahren in der realen Welt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Bürde auf nur wenigen Schultern lastet: Wir müssen sie gemeinsam tragen, weil wir demokratische Nationen sind. Das ist eine edle Sache.

Manchmal kann ich nur schwer verstehen, warum die Menschen sofort bei Nennung des Wortes „NATO“ dagegen sind, vielleicht aufgrund ihrer antiamerikanischen Gefühle oder aufgrund ihrer antimilitärischen Haltung. Ja, wir sind Pazifisten. Wer ist kein Pazifist? Jeder mit klarem Verstand ist Pazifist. Wer möchte Leiden, wer möchte Krieg? Doch wir benötigen die Mittel, um dies zu verhindern. Wir müssen proaktiv sein. Kriege kommen und gehen, wenn diese Haltung vorherrscht; doch wir müssen uns aktiv um den Friedensaufbau bemühen.

Ich zolle der Mehrheit der Abgeordneten in diesem Parlament wirklich Anerkennung, die heute Abend erneut unter Beweis gestellt haben, dass der konstruktive, verantwortungsbewusste Menschenverstand obsiegt; dass dieses Parlament das ist, was es sein soll: ein Plenum, das in die Zukunft schaut, weil der Frieden auf der Strecke bleibt, wenn wir nicht zusammenarbeiten.

Gestatten Sie mir eine letzte Anmerkung. Michel Platini, ein großer Fußball-Altmeister, hält gerade eine Rede in einem anderen Saal. Ich war in Frankreich, als sich das Massaker in Ruanda ereignete – und das richtet sich nicht gegen Frankreich, sondern ist ein Kommentar über die Art der Berichterstattung in den Medien – und die Tatsache, dass die Warze am Knie von Zinedine Zidane, dem Fußballstar, sprichwörtlich mehr Aufmerksamkeit erregte als das Massaker in Ruanda. Nein, wir dürfen nicht schweigen: Wir müssen proaktiv sein; andernfalls dulden wir derartige Ereignisse in der Welt stillschweigend.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 19. Februar 2009.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Alexandra Dobolyi (PSE), schriftlich. – (HU) Wie soll Europa auf die Tatsache reagieren, dass die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), eine regionale Organisation, die sich aus mehreren neuen Supermächten und Staaten zusammensetzt, die reich an Energiequellen sind, an seinen Außengrenzen immer stärker wird? Durch Russland, die SCO-Grenzen der EU, und daher verdient die Organisation zwangsläufig die besondere Aufmerksamkeit der EU. Nach Rücksprache mit den Mitgliedern und Beobachtern der SCO können wir den sicheren Schluss ziehen, dass diese Staaten einen beachtlichen Anteil der Erdöl- und Erdgasreserven weltweit besitzen.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach einer neuen Strategie für Russland und Zentralasien unvermeidbar; und sie muss auch eine länderspezifische politische Risikoanalyse einschließen.

Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass – wie der Gastreit zwischen Russland und der Ukraine gezeigt hat – die derzeitige Verwundbarkeit und starke Energieabhängigkeit der EU die Entwicklung einer authentischen, effizienten und kohärenten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik untergraben.

Aufgrund ihrer historischen Erfahrungen und finanziellen Interessen reagieren die Staaten überdies unterschiedlich. Mehr denn jemals zuvor ist es heute besonders wichtig, einheitliche politische Maßnahmen zu ergreifen und die widerstreitenden nationalen Interessen und Positionen miteinander in Einklang zu bringen.

Es ist unverzichtbar, dass die EU die Wirksamkeit und Konsistenz ihrer Maßnahmen im globalen Umfeld verbessert. Die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon und die darin beschriebenen außenpolitischen Instrumente können erheblich zur Erreichung dieses Ziels beitragen.

Das immer dringender notwendige effiziente und zügige Handeln der EU und Ereignisse, auf die immer dringender umsichtig reagiert werden muss, erfordern eine Prüfung der organisations- und entscheidungsspezifischen Mechanismen für die Führung unserer Außenpolitik und die Schaffung angemessener Strukturen.

Glyn Ford (PSE), schriftlich. – Ich beglückwünsche Herrn Vatanen zu seinem Bericht, dem ich uneingeschränkt zustimme. Insbesondere befürworte ich die vorgeschlagene Schaffung eines operationellen EU-Hauptquartiers. Natürlich sollte die NATO, wenn die Sicherheit in Gefahr ist, unser erster Anlaufhafen sein und ist es auch. Doch im Laufe der Debatten zwischen George W. Bush und Al Gore vor etwas über zehn Jahren sagte Bush, dass er im Kosovo niemals interveniert hätte, wenn er Präsident gewesen wäre.

Jetzt hat es trotz meiner Antipathie gegen die Außenpolitik der Bush-Regierung den Anschein, als ob dieser Standpunkt von George W. Bush auf Basis der eigenen Interessen der USA absolut vertretbar ist. Dennoch ist es kein Standpunkt, den Europa vertreten könnte oder sollte. Abgesehen von dem starken moralischen Argument, dass wir für den Schutz der vom Völkermord der Serben bedrohten Menschen verantwortlich waren, mussten wir auch die Folgen mit Zehn-/Hunderttausenden von Flüchtlingen tragen. Im eigenen und in ihrem Interesse müssen wir in der Lage sein, uns auch ohne die Amerikaner zu engagieren. Zu diesem Zweck ist die Einrichtung eines ständigen operationellen Hauptquartiers der EU ein kleiner Preis, den wir zahlen, um für solche Eventualitäten gerüstet zu sein.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), *schriftlich*. – (FI) Frau Präsidentin! Finnland muss sich seiner sicherheitspolitischen Lösungen nicht schämen. Als Nichtmitglied der NATO befindet sich Finnland mit Schweden, Österreich und der Schweiz in guter Gesellschaft. Es ist leicht, sich mit ihnen zu identifizieren. Die Doktrin der Blockfreiheit gegenüber der NATO ist die moderne Alternative für einen mündigen Staat.

Wir haben begonnen, über eine ‚sanftere‘ NATO zu sprechen, weil an die Stelle des ‚kriegslustigen‘ Präsidenten ein ‚friedliebender‘ Präsident in den Vereinigten Staaten von Amerika getreten ist. Es ist davon auszugehen, dass die begeisterten Reden über eine sanfte NATO unter Präsident Obama und Außenministerin Hillary Clinton häufiger zu hören sein werden. Dennoch möchten wir noch etwas Zeit verstreichen lassen und abwarten, wie sich die NATO entwickelt.

Persönlich bin ich der Ansicht, dass sich der grundsätzliche Charakter der NATO seit dem Scheitern des bipolaren Sicherheitssystems überhaupt nicht geändert hat. Andererseits war die Propaganda über eine sanfte NATO erfolgreich.

Einfach in Richtung Russland (Russland, Russland, Russland) zu schauen oder auf einen neuen Winterkrieg zu warten, wird zu nichts führen. Die NATO ist auch nicht die richtige Antwort auf die größeren Probleme, denen sich Finnland in nächster Zeit gegenübersehen wird und die hauptsächlich wirtschaftlicher Natur sind.

Adrian Manole (PPE-DE), *schriftlich*. – (RO) Bei der Bewertung der Bedeutung, die dem Bündnis zwischen der NATO und der EU zukommt, muss man zunächst einmal anerkennen, dass sich die politische Landschaft angesichts der Tatsache, dass die Europäische Union nunmehr eine legitime Rolle in Bezug auf die internationale Sicherheit spielt, sowohl in Europa als auch in den USA in letzter Zeit grundlegend geändert hat.

Aufgrund dieser Situation muss die Allianz „repolitisiert“ werden, damit sie zu einem Forum für den offenen Dialog über die größeren Probleme wird, mit denen sie zwangsläufig konfrontiert sein wird. Ein ehrlicher Dialog, beispielsweise über die notwendige Vorgehensweise bei der Bekämpfung des Terrorismus, ist ein absolutes Muss, eben weil die Verbündeten unterschiedliche Auffassungen haben, wie sie reagieren müssen, wenn sie mit diesem generellen Problem konfrontiert sind.

In der jetzigen Situation, in der sich die Mitgliedstaaten einer ständig zunehmenden Vielzahl von Herausforderungen für die globale Sicherheit gegenübersehen, die von interethnischen Konflikten in unmittelbarer Nähe zum Bündnisgebiet bis hin zu internationalen Terroristennetzwerken und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen reichen, müssen sie dem Reflektionsprozess und Dialog über diese Problematik eine besondere Bedeutung beimessen und die Prozesse zur Bündnisreform unterstützen. Ich verweise insbesondere auf die Sicherheitsprobleme, die die Regionen in unmittelbarer Nachbarschaft betreffen, in denen das Bündnis eine Schlüsselrolle bei der Schaffung von demokratischen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Institutionen in den Balkanländern und in der erweiterten Schwarzmeerregion spielen kann.

Marian-Jean Marinescu (PPE-DE), *schriftlich*. – (RO) Wir brauchen eine gemeinsame, kohärente und zeitgerechte europäische Sicherheitspolitik, die unsere europäische Identität stärken und der EU die Möglichkeit geben wird, auf der internationalen Bühne mit nur einer glaubwürdigen Stimme zu sprechen.

Die derzeitige Realität, in der wir mit einer Fülle von großen Herausforderungen konfrontiert sind, wie der Wirtschaftskrise, der Energieversorgungssicherheit, dem Klimawandel und der Steuerung der Migrationsströme, erfordert ein kooperatives und verantwortungsvolles Handeln vonseiten der Mitgliedstaaten, um ihre gemeinsamen Interessen zu schützen sowie Frieden, Sicherheit und Achtung der territorialen Integration zu fördern.

Die EU kann nur überzeugend auftreten, wenn sie mit einer Stimme spricht und über die notwendigen Instrumente verfügt und diese Instrumente, die zur Stärkung der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten beitragen, auch auf wirksame Weise nutzt.

Wir müssen strategisch denken, uns aktiv engagieren und auf globaler Ebene konsequent handeln. Wir brauchen auch regionale Sicherheit und enge Kontakte zu den maßgeblichen regionalen Akteuren.

Strategische Partnerschaften mit den Nachbarstaaten im Osten der EU sind dringend notwendig; und wir müssen in die Beziehungen zu Russland investieren und dabei eine kohärente Strategie mit gemeinsamen Verpflichtungen verfolgen, die für beide Seiten nutzbringend sind.

Wir müssen in die Nachbarstaaten investieren, insbesondere in die im Osten der EU, und ihnen die notwendigen Anreize bieten, damit sie ihren Reformprozess fortsetzen und damit die EU ihre Präsenz in dieser Region verstärken kann. Wir verfügen über neue Instrumente, wie beispielsweise die Östliche Partnerschaft, die uns dabei helfen werden, auf höherer Ebene einen neuen, besser abgestimmten Weg bei der Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Region einzuschlagen.

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), schriftlich. – (PL) Die internationale Sicherheit gehört zu den höchsten Werten für alle Beteiligten an internationalen Beziehungen. Zurzeit sind wir Zeuge einer Neudefinition dieses Konzepts und einer Verlagerung des Schwerpunkts hin zu nichtmilitärischen Faktoren, die die Stabilität und internationale Sicherheit gefährden. Beispiele dieser Bedrohungen sind die organisierte Kriminalität, der Internet-Terrorismus, die Piraterie (wie an der Küste von Somalia zu beobachten), der Klimawandel und die Gefahren, die durch die Weltwirtschaftskrise entstehen. Während die Europäische Union ihre Aufmerksamkeit auf die Schaffung gemeinsamer militärischer Instrumente legt, wie auf das Eurokorps, die europäische Lufttransportflotte und das ständige operationelle Hauptquartier der EU, darf sie andere, nicht minder bedeutsame Gefahren nicht aus den Augen verlieren. Es sollte ein stärkeres Augenmerk auf die Schaffung von Stellen und Institutionen gelegt werden, die zur besseren Überwindung der durch die Weltwirtschaftskrise bedingten Finanzkrise und zum Schutz der natürlichen Umwelt und der biologischen Vielfalt beitragen. Interne Gefahren wie Drogen, Armut der Gesellschaft und Internet-Kriminalität dürfen auch nicht in Vergessenheit geraten.

All diese Komponenten sind wichtige Faktoren, die sich auf die internationale Sicherheit, die Sicherheit der Europäischen Union und die Sicherheit jeder Nation auswirken. Ohne eine Lösung dieser grundlegenden Fragen ist die Schaffung einer stabilen europäischen Sicherheitsstrategie nicht möglich.

Flaviu Călin Rus (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Die gemeinsame Sicherheitspolitik ist ein Thema, über das schon oft debattiert und viel geschrieben worden ist. Die Europäische Union ist ein immer wichtigerer Vermittler auf regionaler und globaler Ebene. Genau aus diesem Grunde bin ich der Auffassung, dass die Europäische Union innerhalb ihrer Grenzen sichtbar agieren und in allen Regionen der Welt proaktiv auftreten muss.

Nach dem heutigen Studium der drei Berichte, d. h. des Jahresberichts über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der GASP 2007, des Berichts über die Europäische Sicherheitsstrategie und die ESVP sowie des Berichts über die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU, kann man meiner Meinung nach drei Schlussfolgerungen ziehen:

1. Die Europäische Union benötigt eine gemeinsame Sicherheitspolitik, die in der Lage ist, die Demokratien innerhalb ihrer Grenzen und die Partnerschaften mit den Nachbarstaaten zu unterstützen.
2. Die Europäische Union muss das Bild einer geschlossenen Einheit vermitteln und benötigt eine Eingreiftruppe, die zur Förderung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte jederzeit eingreifen kann.
3. Die Europäische Union muss ihre globale Position verstärken und weiterhin als Vermittler für die Stabilität und das Gleichgewicht zwischen den Großmächten der Welt agieren.

Katrin Saks (PSE), schriftlich. – (ET) Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte meinem Kollegen Ari Vatanen für seinen guten Bericht über die Synergie zwischen der EU und der NATO danken. Mit dem Aufruf zur generellen Intensivierung der Zusammenarbeit und Partnerschaft, zur angemessenen Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel und zur Vermeidung von Doppelarbeit sowie der Aufforderung an die Adresse der Mitgliedstaaten, flexibler, zielgerichteter und pragmatischer zu sein, enthält dieser Bericht alles, was wir in Europa und auch im Europäischen Parlament immer bei unseren Stellungnahmen betont haben.

Neben anderen wichtigen Aspekten in diesem Bericht habe ich die Empfehlung gelesen, wonach die Staaten, die der Europäischen Union beitreten wollen und auch Mitglieder der NATO sind, in der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) den Status eines assoziierten Mitglieds erhalten sollten. Dies wäre definitiv eine Lösung für das Türkei-Problem aus Sicht der NATO.

Der Bericht unseres Kollegen Karl von Wogau über die ESVP und ESS trifft generell ins Schwarze. Der im Dezember vom Rat angenommene ESS-Bericht hat die Mehrzahl der aufgeworfenen Fragen beantwortet. Die neuen, in diesem Bericht dargelegten Aspekte und die Leitlinien für die sicherheitsrelevanten Maßnahmen der EU werden dazu beitragen, dass die EU ihre Sicherheitsinteressen wirksamer schützen kann, wie im Bericht von Herrn von Wogau empfohlen. Die Ausrichtung des Berichts, wonach die EU die Zusammenarbeit mit anderen Partnern anstreben soll, ist zu begrüßen.

Vielen Dank!

Theodor Stolojan (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich möchte meiner Unterstützung für den Bericht von Jacek Saryusz-Wolski Ausdruck verleihen, der zurecht betont, dass die Energieversorgungssicherheit für die europäischen Bürger eine der vorrangigsten Aufgaben der Außen- und Sicherheitspolitik der EU werden sollte.

Ich möchte laut und deutlich sagen: Die Sicherheit der Energieversorgung und insbesondere die Diversifizierung der Gasversorgungsquellen werden nur ein schöner Traum bleiben, wenn wir die Nabucco-Gasfernleitung nicht bauen.

Das Nabucco-Projekt muss als strategisches Ziel der gesamten EU angesehen und verfolgt werden. Dafür sind sowohl enorme finanzielle Investitionen als auch eine wirksame europäische Außen- und Sicherheitspolitik notwendig. Eine wirksame Politik ist ein Garant für regionale Stabilität in der Region, durch die diese Gasfernleitung verlaufen wird. Zu diesem Zweck müssen wir alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um unsere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit der kohärenten und effektiven Struktur auszustatten, die sie so dringend benötigt, um konkrete Ergebnisse erzielen zu können.

Beispielsweise bin ich der Meinung, dass die EU einen Hohen Beamten für die Energieaußenpolitik benötigt, der starke politische Unterstützung genießt und über die notwendigen Instrumente zum Handeln verfügt.

Ich stimme zu, dass die EU ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit angemessenen finanziellen und personellen Mitteln ausstatten muss, um die konkreten Ergebnisse erzielen zu können, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten.

Daniel Strož (GUE/NGL), schriftlich. – (CS) Ich lehne den Bericht über die Europäische Sicherheitsstrategie und eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in ihrer jetzigen Form (A6-0032/2009) grundlegend ab. Dieser Bericht ist ein typisches Beispiel für die Militarisierung der EU und ein Beweis für die Tatsache, dass militärische Mittel und Maßnahmen im Sicherheitsumfeld der EU notwendige Maßnahmen politischer Art ersetzen und sogar verdrängen müssen. Viele Feststellungen und Empfehlungen, die in diesem Bericht enthalten sind, stehen in direktem Widerspruch zu der Tatsache, dass die EU als Projekt für den Frieden entwickelt werden soll. Es ist nicht verwunderlich, dass die Bürger der EU, sobald sie die Möglichkeit zur Meinungsäußerung haben, sich gegen den Vertrag von Lissabon aussprechen, unter anderem auch wegen des in diesem Vertrag vorgesehenen militaristischen Charakters der EU. Im Bericht wird ein äußerst verwirrender und gefährlicher Standpunkt vertreten, wenn einerseits über die Sicherheitsinteressen der EU gesprochen und im gleichen Atemzug Russland andererseits für die Wahrung seiner völlig legitimen Sicherheitsinteressen im Kaukasus kritisiert wird.

Dushana Zdravkova (PPE-DE), schriftlich. – (BG) Sehr geehrte Damen und Herren! Die Tatsache, dass wir in diesem Haus über drei Berichte zum Thema Sicherheit und Verteidigung sprechen, ist Ausdruck unserer großen politischen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Europas am Vorabend des NATO-Gipfels. Die bewährte Vorgehensweise, Entschlüsse zu den wichtigsten Aspekten und Entscheidungen des Berichts des Rates über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anzunehmen, ist eine hervorragende Gelegenheit, um die Mitgliedstaaten zur Übernahme dieser Praxis auf nationaler Ebene aufzufordern.

Es ist besonders wichtig, akademische Fähigkeiten für die Analyse und Bewertung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei gleichzeitiger Berücksichtigung der nationalen Sicherheitspolitik zu entwickeln. Dies wird die Grundlage für eine öffentliche Debatte über die ESVP über ein Netzwerk von Analysezentren in den Mitgliedstaaten bilden.

Es ist nicht möglich, an einem Weißbuch über die Sicherheit und Verteidigung der EU zu arbeiten, wenn die Mitgliedstaaten dieses Dokument nicht in ihren nationalen Strategien umsetzen. Dazu gehört auch die Stärkung der nationalen Analysefähigkeiten und die Fähigkeit zu computergestütztem Lernen, um neue Konzepte im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit zu prüfen und zu verstehen.

Wir müssen die Mitgliedstaaten zu einer gemeinsamen Überprüfung der Sicherheitsstrategie ermutigen, um eine solide Grundlage für den Dialog zwischen der EU und der NATO bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts für die NATO im Zusammenhang mit der ESVP zu schaffen.

20. Der Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Pasqualina Napoletano im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum (2008/2231(INI)) (A6-0502/2008).

Pasqualina Napoletano, Berichterstatterin. – (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Herr Ratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mit diesem Bericht möchte das Parlament einen konstruktiven Beitrag zur möglichen Stärkung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft leisten.

Die Ergebnisse, die aus dem Gipfeltreffen am 14. Juli letzten Jahres in Paris hervorgegangen sind, zeigen zwei Ziele auf, die unsere Unterstützung verdienen. Das erste Ziel besteht darin, die Projekte zur wirtschaftlichen, regionalen und umweltpolitischen Integration praktisch auszugestalten und sie durch die Einrichtung eines mit dieser Aufgabe betrauten Sekretariats wirksamer umzusetzen, das mit öffentlichen und privaten Mitteln finanziert wird. Das zweite Ziel besteht darin, den politischen Dialog über neue Institutionen, wie die Ko-Präsidentschaft, das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs und die regelmäßigen Treffen der Außenminister, während des gesamten Prozesses zu vertiefen. In diesem Zusammenhang möchte ich mit Nachdruck auf die Rolle der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer hinweisen, die im Dokument von Paris und später auch im Dokument von Marseille anerkannt wurde.

Das Parlament möchte bei der Suche nach einem Ausweg aus der ersten Lage im Anschluss an die tragischen Ereignisse in Gaza helfen. Vieles wird jedoch von den politischen Maßnahmen der neuen israelischen Regierung abhängen, die nach den Wahlen gebildet wird. Dennoch möchte ich betonen, dass die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer in Kürze zusammentreten und die Rolle unter Beweis stellen wird, die das Parlament – selbst in dieser schwierigen Situation – spielen muss.

Wir möchten auf den Nutzen der Institutionen hinweisen, an denen sowohl die Europäische Union als auch die Staaten des südlichen und östlichen Mittelmeerraums beteiligt sind, und gleichzeitig auch hervorheben, dass der gesamte Prozess unter keinen Umständen als rein zwischenstaatlicher Ansatz angesehen werden darf. Wir hoffen auf die starke Beteiligung der Zivilgesellschaft und Sozialpartner, nicht zuletzt weil die Wirtschaftskrise die bereits vorhandenen schrecklichen Probleme, wie die Arbeitslosigkeit und den zunehmenden Migrationsdruck, verschärfen kann, wodurch sich die Lage noch schwerer in den Griff bekommen lässt. Wir fordern eine stärkere Beachtung der Menschenrechtsprobleme, die sich mehr oder weniger auf das Verhalten aller Partnerländer auswirken.

Was die Institutionen anbelangt, so sollten wir uns daran erinnern, dass die Europäische Union seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon sicher sein kann, durch die neuen Amtsträger, den Ratspräsidenten und den europäischen Außenminister, einheitlich vertreten zu sein. In der Zwischenzeit wäre es förderlich, die Kontinuität der europäischen Präsenz, zumindest bei der Ko-Präsidentschaft, sicherzustellen. Wir wissen, dass die tschechische Ratspräsidentschaft sehr bereitwillig auf dieses Thema reagiert hat, und hoffen, dass die schwedische Präsidentschaft diese Botschaft ebenso bereitwillig aufnehmen wird.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen und den Vertretern der verschiedenen Fraktionen und Ausschüsse für ihre Stellungnahmen danken. Sie haben alle zur Abfassung dieses Berichts beigetragen, der, so glaube ich, auf breite Zustimmung stößt.

Alexandr Vondra, amtierender Präsident des Rates. – Frau Präsidentin! Ich bin dankbar, dass ich die Gelegenheit habe, einen Beitrag zur heutigen Aussprache über die Frage des Barcelona-Prozesses zu leisten, der Union für den Mittelmeerraum. Ich weiß, dass das Parlament dieses Thema mit besonderem Interesse verfolgt. Pasqualina Napoletano gebührt ein ganz besonderer Dank. Infolgedessen stellt der Entschließungsantrag, über den Sie später abstimmen werden, einen wertvollen Beitrag für unsere Zusammenarbeit dar.

Das Gipfeltreffen von Paris im letzten Juli hatte die Gründung der Union für den Mittelmeerraum sowie die Etablierung einer auf dem bestehenden Barcelona-Prozess aufbauenden Partnerschaft zum Ergebnis. Die aktuelle rotierende Präsidentschaft räumt der Stärkung dieser Partnerschaft Priorität ein. Obwohl der Vertrag von Lissabon noch nicht in Kraft getreten ist, kann ich Ihnen im Sinne der gemeinsamen Verantwortung versichern, dass wir uns besonders auf die Entwicklung dieser Initiative und vor allem auf die regionalen Projekte konzentrieren. Sie sind wichtig. Sie bieten den Bürgerinnen und Bürgern der Region konkrete Zeichen dafür, dass die Partnerschaft in ihrem Interesse arbeitet.

Die Union für den Mittelmeerraum ist nicht der einzige Mechanismus für Zusammenarbeit. Die bilaterale Dimension wird im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik weitergeführt und in einigen Fällen durch den Rahmen der Heranführungsstrategie sowie – im Fall von Mauretanien – durch den AKP-Rahmen komplementiert.

Diese Herangehensweisen zusammen fördern die Reform innerhalb einzelner Länder und stärken die regionale Zusammenarbeit. Die Nachbarschaftspolitik hat natürlich auch eine wichtige östliche Dimension, und wir begrüßen die parallele Entwicklung dieser Politik sehr.

Bei dem Gipfeltreffen von Paris wurde beschlossen, die Arbeit in vier wichtigen Bereichen voranzutreiben. Dazu zählen die Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeeres, die Meeresautobahnen und Autobahnen an Land, der Zivilschutz und die Entwicklung von Alternativenergien, beispielsweise durch das Solarprogramm für den Mittelmeerraum.

Besonderes Augenmerk liegt außerdem auf der Hochschulbildung und Forschung sowie auf der Förderung von Unternehmen über die Initiative zur Unternehmensentwicklung im Mittelmeerraum. Wie im letzten Jahr in Marseille vereinbart, wird das in Barcelona einzurichtende Sekretariat sich mit den technischen Aspekten der in diesem Bereich vorgelegten Projektvorschläge befassen.

Zusätzlich zu diesen spezifischen Projektbereichen werden die Ministerkonferenzen der Union für den Mittelmeerraum sich mit einer Reihe globaler Herausforderungen befassen, die uns alle betreffen. Hierzu zählen die Suche nach Frieden und Sicherheit in der Region, die sozialen und geopolitischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise, Umweltbelange, die Steuerung der Migrationsströme und die Rolle von Frauen in unseren jeweiligen Gesellschaften.

Es gibt zwei bestimmte Bereiche der Zusammenarbeit, von denen ich weiß, dass sie diesem Parlament wichtig sind und die wir auch voll unterstützen. Der erste Bereich ist die interparlamentarische Zusammenarbeit durch die Einrichtung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer und ihrer Ausschüsse. Diese Initiative ist für die Entwicklung einer starken parlamentarischen Dimension der Union für den Mittelmeerraum entscheidend. Sie wird, wie in Ihrer Entschliebung dargelegt, der Stärkung ihrer demokratischen Legitimität dienen. Sie wird außerdem die Förderung der Grundwerte unterstützen, die der Europäischen Union zugrunde liegen. Wir begrüßen es sehr, wie Sie und Ihr Präsident diese besondere Initiative angenommen haben und bieten Ihnen unsere volle Unterstützung an.

Der zweite Bereich, der meiner Meinung nach für uns eine besondere Priorität darstellen sollte, ist die Entwicklung interkultureller Beziehungen. Dies ist absolut notwendig, wenn wir zwischen den Kulturen im Mittelmeerraum stärkeres Verständnis fördern möchten. Die Zivilgesellschaft, lokalen Sozialpartner und die regionalen Partner müssen alle einbezogen werden. Die Anna-Lindh-Stiftung hat in diesem Bereich eine besonders wichtige Rolle zu spielen.

Die Union für den Mittelmeerraum bietet uns das Potenzial, um bessere Beziehungen zwischen den Mitgliedern zu entwickeln. Jüngste Ereignisse haben gezeigt, dass dies kein einfaches Unterfangen ist; aber sie haben auch verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass wir weiterhin darauf hinarbeiten. Wir wissen nur zu gut, vor welchen Schwierigkeiten die Bevölkerung in der Region als Folge der Krise in Gaza steht. Wie Sie wissen, hat dies zum Aufschub der Treffen der Union für den Mittelmeerraum geführt; aber die Präsidentschaft ist der Auffassung, dass regionale Zusammenarbeit und Dialog der richtige Weg sind, um Frieden herbeizuführen, Vertrauen aufzubauen und Wohlstand zu schaffen, und wir rechnen natürlich damit, die Arbeit innerhalb der Union für den Mittelmeerraum so schnell wie möglich wieder aufzunehmen.

Daher wird gerade eine Demarche der tschechischen EU-Präsidentschaft und der französischen Ko-Präsidentschaft der Union für den Mittelmeerraum im Namen der EU-Mitglieder der Union für den Mittelmeerraum vorbereitet, die an unsere arabischen Partner gerichtet ist – möglicherweise zusammen mit der ägyptischen Ko-Präsidentschaft. Hierdurch soll dazu aufgerufen werden, alle Aktivitäten der Union für den Mittelmeerraum unverzüglich nach dem Gipfeltreffen der Arabischen Liga Ende März in Doha automatisch

und bedingungslos wieder aufzunehmen. Wir beabsichtigen, die am 2. März in Sharm-el-Sheikh in Ägypten stattfindende Geberkonferenz zu Gaza als Gelegenheit für weitere Überlegungen der drei Außenminister zu nutzen: Karel Schwarzenberg, der tschechische Außenminister, Bernard Kouchner, der französische Außenminister, und der ägyptische Außenminister.

VORSITZ: MAREK MACIEJ SIWIEC

Vizepräsident

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Frau Napoletano, lassen Sie mich Ihnen zunächst zur geleisteten Arbeit gratulieren, da dadurch ein Bericht ermöglicht wurde, der auf mehreren Ebenen wirklich wichtig ist.

Zunächst einmal ist dies ein in der Tat positiver und konstruktiver Beitrag des Europäischen Parlaments zur Definition einer kohärenten Europa-Mittelmeer-Politik – einer Herausforderung, der wir uns stark verpflichtet haben.

Wie Sie richtig darlegen, muss die Union für den Mittelmeerraum außerdem ergänzt werden. Sie muss nicht ausschließlich zwischenstaatlich sein, sondern durch die Ermöglichung der Teilnahme anderer Akteure, beispielsweise lokaler und regionaler Behörden, ergänzt werden. Es ist wichtig, die parlamentarische Dimension durch die Stärkung der Rolle der Parlamentarischen Versammlung zu intensivieren und eine dauerhafte Beteiligung der Zivilgesellschaft zu etablieren.

Es ist wahr, dass die Rolle der Union für den Mittelmeerraum in der Entwicklung des paritätischen Charakters – institutionell und politisch – einer regionalen Partnerschaft liegt, die wiederbelebt werden muss. Es ist aber auch wahr, dass dies nur auf der Basis des *Barcelona-Besitzstandes* möglich ist, der ausgebaut und konsolidiert werden muss.

Eine durch die Kommission finanzierte regionale Zusammenarbeit ist Teil dieses *Besitzstandes*. Es gibt also keinen Grund dafür, diesen heute in Frage zu stellen. Ganz im Gegenteil: Er unterstützt und garantiert die Kohärenz der Tätigkeiten der Europäischen Union in der Region, vor allem weil seine Ziele mit den Zielsetzungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, dem Rahmen für unsere bilateralen Beziehungen mit den Ländern der Region, vollkommen kompatibel sind.

Dasselbe gilt auch für die Einhaltung der Methoden der Gemeinschaft, die auf die Mechanismen zum Treffen von Entscheidungen und Festlegen von Prioritäten innerhalb der Europäischen Union angewendet werden, da die Union für den Mittelmeerraum eine Initiative ist, die einen wichtigen Bestandteil des europäischen Rahmens bildet.

Herr Präsident, wie Sie wissen, hatte das konstituierende Gipfeltreffen der Union für den Mittelmeerraum das dreifache Ziel, die Europa-Mittelmeer-Beziehungen politisch wiederzubeleben, die institutionelle Steuerung dieser Beziehungen zugunsten einer gemeinsamen Führung der Initiative zu verändern sowie die multilaterale Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Partnern im Mittelmeerraum um strukturelle Projekte herum zu kristallisieren, wodurch subregionale Integration ermöglicht und das Entwicklungsgefälle zwischen den zwei Seiten des Mittelmeerraumes wahrscheinlich verringert wird.

Wir müssen dieses Gefälle über eine sozioökonomische Entwicklung, mehr Handel und gesteigerte Investitionen verringern. Wir müssen ideologischem Radikalismus, der durch mangelnde Entwicklung und durch das Gefühl der Ungerechtigkeit begünstigt wird, mit Dialog und politischen Lösungen für Konflikte entgegenwirken. Wir müssen, wie Sie gesagt haben, verantwortungsvolle und konzertierte Migrationspolitiken verfolgen, um von der demografischen Stabilisierung in Europa und dem demografischen Wachstum der Länder des Mittelmeerraumes zu profitieren. Es gibt dort mehrere Beispiele für Herausforderungen, denen wir uns zusammen mit unseren Partnern im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum stellen müssen.

Wir wissen allerdings, dass wir diese Ziele ohne parlamentarische Unterstützung – sowohl seitens des Europäischen Parlaments als auch der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer – nicht erreichen können. Genau in diesem Sinne arbeiten wir mit der festen Überzeugung, dass die Europäische Kommission sich bezüglich all dieser Themen auf Ihre Zusammenarbeit verlassen kann, und ich möchte Ihnen hierfür im Voraus danken.

Dennoch wissen wir natürlich auch, dass wir angesichts der höchst besorgniserregenden Lage im Nahen Osten nach dem Krieg in Gaza – wir haben dies heute diskutiert – wirklich ein Problem haben: Wir können

die Union für den Mittelmeerraum nicht in einem politischen Vakuum belassen. Genau dies haben wir immer gesagt. Dies ist eine Tatsache.

Dies hat zur aktuellen Aussetzung der Arbeit geführt, was ich persönlich zutiefst bedauere; aber wir hoffen natürlich, irgendwann wieder an die Arbeit zu gehen. Das Treffen in Scharm-el-Scheich, bei dem die Kommission als Schirmherr natürlich eine wichtige Rolle zu spielen hat, wird sehr wichtig sein. Ich hoffe, dass danach viele weitere Treffen stattfinden werden. Es wurde in der Tat bereits viel getan, und wenn die Kommission arbeitet, nimmt sie diese sehr ernst.

Des Weiteren wurde viel bezüglich der Regelungen für das Sekretariat unternommen, die etabliert sind und Barcelona die Aufnahme der Arbeit ermöglichen sollten.

Vural Öger, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für internationalen Handel*. – (DE) Herr Präsident, liebe Pasqualina, meine verehrten Damen und Herren! Mit der Union für den Mittelmeerraum sollte der 1995 eingeleitete Barcelonaprozess eine Neubelebung erfahren. Leider müssen wir heute feststellen, dass das Projekt aufgrund der jüngsten Nahostkrise brach liegt. Die Eröffnung des Sekretariats in Barcelona ist auf unbestimmte Zeit verschoben, zugesagte Gelder können nicht fließen.

Konkrete Ergebnisse bleiben also bislang aus, was ich sehr bedaure. Ich frage mich, ob wir uns zu stark auf Institutionen konzentriert haben und ob dies der Grund für die derzeitige Sackgasse ist. Haben wir den Einfluss politischer Krisen auf die Union für den Mittelmeerraum unterschätzt?

Wie können wir die Fortsetzung der Projekte sichern? In der Geschichte der europäischen Integration waren wir im Bereich Wirtschaft und Handel sehr erfolgreich. Genau deswegen haben wir uns im Ausschuss für internationalen Handel Gedanken darüber gemacht, wie unsere erfolgreichen Mechanismen auf unsere Nachbarn im Süden Europas übertragen werden könnten. Ein Ziel ist die Errichtung einer Freihandelszone bis 2010. Auch hier stockt es. Gerade weil politische Konflikte diesen Prozess blockieren, sollten wir den Bereich der Wirtschaft stärken.

Der internationale Handel könnte sich nicht nur auf die ökonomische, sondern – und vor allem – auch auf die politische und gesellschaftliche Situation der Region positiv auswirken. Dabei ist die regionale wirtschaftliche Integration von zentraler Bedeutung. Unsere südlichen Nachbarn müssen auch untereinander enger kooperieren.

Gleichzeitig sollten die Länder, die bereits ein Netz an bilateralen Handelsbeziehungen aufgebaut haben, vom Mehrwert einer multilateralen Dimension überzeugt werden. Dabei spielt die Kommunikation über die Vorteile von wirtschaftlicher Integration mit den Bürgern vor Ort eine wichtige Rolle. Das wäre ein Schritt, um die Situation südlich des Mittelmeers zu stabilisieren. Das wünsche ich uns allen, vor allem den Bürgern in der Region!

Íñigo Méndez de Vigo, *Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für konstitutionelle Fragen*. – (ES) Ein in Sète geborener Dichter aus dem Mittelmeerraum hat gesagt, dass ein Gedicht nie abgeschlossen, sondern nur unterbrochen ist. Ich glaube, dass dem Barcelona-Prozess etwas Ähnliches widerfahren ist: Er wurde nicht abgeschlossen, sondern unterbrochen – zumindest teilweise.

Aus diesem Grund ist das Parlament der Auffassung, dass die unter der französischen Präsidentschaft unternommenen Anstrengungen zur Neubelebung des Barcelona-Prozesses wichtig sind. Dies ist auch der Grund, weshalb wir im Ausschuss für konstitutionelle Fragen aktiv an dem Bericht von Frau Napoletano zusammengearbeitet haben, der ich für ihre Geduld und ihr Verständnis danken möchte.

Warum hat der Ausschuss für konstitutionelle Fragen sich mit diesem Thema befasst, Herr Präsident? Aus mehreren Gründen. Erstens, um die Kontinuität des Barcelona-Prozesses mit der Union für den Mittelmeerraum zu garantieren. Zweitens, um die Duplikation von Strukturen zu vermeiden und diesen Prozess in den institutionellen Rahmen der Union einzubetten. Drittens, wie Frau Ferrero-Waldner bereits gesagt hat, um zu erklären, dass es sich nicht nur um einen zwischenstaatlichen Prozess handelt und daher die parlamentarische Dimension hervorzuheben.

Aus diesem Grund haben wir im Ausschuss für konstitutionelle Fragen auf die vom Präsidenten Pöttering bereits am 13. Juli 2008 aufgeworfenen Themen bestanden. Diese beziehen sich darauf, dass die Parlamentarische Versammlung sich einmal im Jahr treffen, basierend auf politischen Familien in Gruppen gegliedert werden sowie Konsultativberichte erstellen muss.

Wir haben außerdem versucht, dem Rat bei den von ihm zu treffenden wichtigen Entscheidungen zu helfen. Herr Vondra, dieses Haus möchte mit dem Rat zusammenarbeiten, und wir haben die Kriterien festgelegt, die vom Sitz dieser neuen Union für den Mittelmeerraum erfüllt werden mussten. Diese Kriterien fielen zufälligerweise mit einer Stadt in einem Land zusammen, das ich sehr gut kenne; tatsächlich hat der Ausschuss für konstitutionelle Fragen beschlossen, dass Barcelona ein guter Sitz sein könnte. Dies wurde zudem kurz danach von den Ministern anerkannt und spiegelt somit, Herr Präsident, nochmals den Wunsch wider, mit dem Rat zusammenzuarbeiten.

Ich habe mit einem Zitat von Paul Valéry begonnen und möchte auch mit einem Zitat von ihm abschließen: „*Tu n'as que moi pour contenir tes craintes!*“

Meiner Meinung nach können eventuell vorhandene Ängste an beiden Ufern des Mittelmeeres durch nichts anderes besser beseitigt werden als durch den Erfolg der Union für den Mittelmeerraum. Lassen Sie uns dies hoffen, Herr Präsident, und nochmals vielen Dank, Frau Napolitano, für Ihr Verständnis und Ihre Hilfe.

Vito Bonsignore, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich gratuliere Frau Napolitano zu ihren Leistungen und zu dem von ihr in dieses Thema eingebrachte Gleichgewicht, und ich danke Frau Ferrero-Waldner, die unserer Arbeit gegenüber immer aufmerksam ist, für die wichtige Arbeit, die sie weltweit leistet.

Wir müssen alle große Einigkeit demonstrieren, weil die Probleme und Herausforderungen, denen wir uns im Mittelmeerraum stellen müssen, besonders schwierig sind. Wir müssen eine stärkere, einflussreichere Rolle für Europa anstreben, da wir strategisch an der Seite der Vereinigten Staaten stehen.

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten hat über die Jahre große Anstrengungen unternommen, um eine immer stärkere und aktivere Rolle für Europa zu ermöglichen. Finanzierung genügt nicht, Finanzierung allein reicht nicht mehr aus: Substantielle, erneuerte politische Maßnahmen sind erforderlich. Eine der vielen gemeinsamen Herausforderungen besteht darin, die Immigration nach Europa in Angriff zu nehmen. Dieses Problem kann weder durch die Zusammenarbeit mit politischen Gegnern noch durch Populismus angegangen werden, sondern erfordert strenge Kontrollen, um die Einhaltung des Gesetzes und der Menschenrechtskonvention sicherzustellen.

Die Union für den Mittelmeerraum, die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer und die gemeinsame Außenpolitik in Bezug auf den Süden sind exzellente und legitime Werkzeuge, die eingesetzt werden können, um die Rolle für Europa stärker, bedeutender und glaubwürdiger zu gestalten.

Aus diesem Grund wird meine politische Fraktion gegen die von der extremen Linken vorgelegten Änderungsanträge stimmen. Wir halten diese für zu kontrovers und für nicht sehr konstruktiv. Mein politischer Arm ist darum bemüht, dieser wertvollen Aktivität, die in naher Zukunft essenziell werden wird, neue Impulse zu verleihen. Daher unterstützen wir die Wiederbelebung der PVEM nicht länger als bloßes Diskussionsforum, sondern als ein Ort des Treffens wichtiger gemeinsamer Entscheidungen für unsere Zukunft und für die Zukunft all der Menschen, die an den Küsten des Mittelmeeres leben.

Carlos Carnero González, im Namen der PSE-Fraktion. – (ES) Ich möchte zuallererst im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion Frau Napolitano zu dem von ihr uns heute Nachmittag präsentierten exzellenten Bericht gratulieren, vor allem und am wichtigsten aber, weil sie *da prima ora*, also von Anfang an, Europa-Mittelmeer-Befürworterin gewesen ist. Ohne ihre Arbeit und ihren Elan hätten wir uns kein Parlamentarisches Forum Europa-Mittelmeer bzw. folglich keine Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer vorstellen können und wären jetzt nicht in einer Position, die Rolle zu fordern, die die Vertreter der Bürger bei dem spielen sollten, was wir einzurichten versuchen.

Ich möchte meinem Kollegen, Herrn Méndez de Vigo, der immer große literarische Persönlichkeiten zitiert, folgen und an einen Satz aus Shakespeares *König Lear* erinnern, in dem es heißt: „'s ist nicht das Schlimmste, solange' man sagen kann: Dies ist das Schlimmste.“ Wir haben das Gegenteil angestrebt, weil wir in einer Zeit, in der die Lage im Nahen Osten schlimmer als je zuvor ist, ein Instrument geschaffen haben, dessen Ziel darin besteht, dass die Region als Ganzes zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beiträgt – als Basisrahmen für die Lösung von Konflikten. Im Grunde ist die Union für den Mittelmeerraum nämlich genau dies. Dies ist eine Union für den Mittelmeerraum, die nicht *ex novo* ist, sondern aus den tiefen Wurzeln des Barcelona-Prozesses entstanden ist und neue Institutionen hervorbringt, beispielsweise das Ständige Sekretariat, das sich in Barcelona befinden wird. Dies ist etwas, was wir als Europäer, als Bewohner des Mittelmeerraumes, als Spanier und als die parlamentarischen Vertreter begrüßen, die dies zu der Zeit gefordert

haben. Dies ist auch eine Akzeptanz der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer als das, was sie sein sollte: eine Möglichkeit für Parlamentarier und Bürger, sich innerhalb dieser Union auszudrücken.

Es ist erforderlich, der PVEM das zu geben, was sie verdient: Aufgaben im Bereich Konsultation, Überwachung und Vorschläge. Die Union für den Mittelmeerraum muss auf gemeinsamer Verwaltung basieren, über genügend finanzielle Mittel verfügen, sich auf die regionale Integration konzentrieren und auf die Bedürfnisse von Bürgern eingehen. Auf diese Weise werden wir in der Lage sein, im Mittelmeerraum Frieden, Solidarität und auch ein Zivilisationsbündnis zu schaffen.

Marios Matsakis, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich möchte Frau Napolitano ebenfalls nicht nur zu ihrem exzellenten Bericht gratulieren, sondern auch zur wertvollen Zusammenarbeit, die sie den Schattenberichterstattern angeboten hat. Das Thema des Berichtes ist äußerst wichtig: Es geht um die Perspektive, eine durch Freundschaft und Zusammenarbeit miteinander verbundene Europa-Mittelmeer-Union von Staaten zu ermöglichen sowie dabei das gemeinsame Ziel vor Augen zu haben, für die jeweiligen Bürger Frieden, Stabilität und Wohlstand zu erreichen.

Dies ist keine einfache Aufgabe, nicht zuletzt, weil regionale Konflikte wie das israelisch-palästinensische Problem nicht leicht zu lösen bzw. manchmal auch nicht leicht anzugehen sind. Dennoch darf die Hoffnung niemals aufgegeben werden, und die Union für den Mittelmeerraum kann nur dann hilfreich sein, wenn sie eine solche Hoffnung aufrecht erhält. Und wer weiß? Vielleicht würde sie dabei helfen, Hoffnung Wirklichkeit werden zu lassen, und zwar in Form von langfristiger Stabilität und dauerhaften Lösungen für regionale Probleme.

Es ist wichtig, in dieser Aussprache den wertvollen Beitrag zur Kenntnis zu nehmen, den die französische Präsidentschaft zur Initiierung des vorgeschlagenen Projektes geleistet hat. Außerdem muss unbedingt nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Union für den Mittelmeerraum nicht als Alternative zum geplanten Beitritt der Türkei zur EU angeboten wird. Wir sollten uns vergewissern, dass das türkische Volk weiß und versteht, dass es weder ein solches verstecktes Ziel noch eine derartige List gibt.

Was die vorliegenden Änderungsanträge angeht, so haben sich die ALDE-Fraktion und die SPE-Fraktion auf fünf Kompromissänderungsanträge mit dem Ziel einer weiteren Verbesserung des Berichtes geeinigt. Die fünf zusätzlichen von der GUE/NGL-Fraktion vorgelegten Änderungsanträge werden nicht als sehr hilfreich angesehen und von meiner Fraktion nicht unterstützt.

Ich möchte der Berichterstellerin nochmals gratulieren.

Salvatore Tatarella, *im Namen der UEN-Fraktion*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich unterstütze jede Initiative, die die Entwicklung der Union für den Mittelmeerraum zum Ziel hat, voll und ganz.

Aus dieser Perspektive hoffe ich, dass die parlamentarische Rolle der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer gestärkt wird, unter anderem indem die Beziehungen der Versammlung zu den Partnern im Mittelmeerraum gestärkt werden und indem ihr die Möglichkeit eingeräumt wird, Außenministern bei ihren Treffen Empfehlungen vorzulegen und als Beobachterin an Treffen von Staats- und Regierungschefs, an Ministertagungen sowie an Vorbereitungstreffen hoher Beamter teilzunehmen.

Ich möchte die Notwendigkeit der Stärkung der Rolle und Initiativen der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP) sowie die Errichtung einer Europa-Mittelmeer-Investitionsbank, die zwar vor einiger Zeit angekündigt, aber noch nicht realisiert worden ist, hervorheben.

Ich unterstütze den Vorschlag zur Gründung einer Versammlung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer nach dem Vorbild ähnlicher europäischer Institutionen, um Regionen und Städte weiter einzubeziehen, sowie eines Wirtschafts- und Sozialausschusses für den Europa-Mittelmeer-Raum, um die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft einzubeziehen.

Ich begrüße auch den Vorschlag zur Schaffung einer Europa-Mittelmeer-Energiegemeinschaft im Rahmen einer Politik, die die Implementierung groß angelegter Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieinfrastruktur zum Ziel hat.

Ich hoffe zudem, dass die Union eine zunehmend effektivere Rolle bei der Suche nach Frieden, bei der Lösung von Konflikten, bei der Stärkung von Demokratie, bei der Verteidigung von religiöser Freiheit sowie bei der Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel, organisierter Kriminalität und Menschenhandel spielen wird.

Die Union kann nicht der Aufgabe ausweichen, mit den involvierten Staaten konzertierte Maßnahmen zu ergreifen, um die Migrationspolitiken und -ströme im Mittelmeerraum zu regeln. Sie kann sich nicht länger ausschließlich auf die Sicherheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Bekämpfung der illegalen Immigration konzentrieren, sondern muss ihre Aufmerksamkeit vor allem auch auf aktive Politiken, Quellen gemeinsamer Regeln sowie gezielte und nachhaltige Beschäftigung richten.

David Hammerstein, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (ES) Vielen Dank, Frau Napoletano, für diesen exzellenten Bericht. Einige Tage vor dem Ausbruch des Krieges in Gaza war ich als Vertreter des Parlaments und der PVEM in Jordanien bei der letzten Ministerkonferenz, die stattfand, bevor die Aktivitäten wieder einmal aufgrund der Gewalt im Nahen Osten ausgesetzt wurden. Es handelte sich um eine Konferenz zum Thema Wasser. Bei dieser Ministerkonferenz ging es um ein sehr wichtiges Thema, das eine Zusammenarbeit im gesamten Mittelmeerraum erfordert, das Konflikte hervorrufen wird, das eine Überlebensfrage ist und das auch das Ziel einiger möglicher Großprojekte im Mittelmeerraum ist, die die Solarenergie, Umleitung von Wasser und viele andere Dinge involvieren.

So wichtig ist dieses Thema. Diese Aktivitäten wurden ausgesetzt, und ich hoffe, dass die Aktivitäten der Union für den Mittelmeerraum bald wieder aufgenommen werden und dass es im Nahen Osten Fortschritte geben wird.

Wir haben im Mittelmeerraum einige sehr ehrgeizige Ziele gehabt. Die Ergebnisse waren eher bescheidener, vor allem im Bereich der Menschenrechte, Demokratie und Umwelt.

Wir müssen auch den Süd-Süd-Markt sowie die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Südens fördern und dürfen uns nicht ausschließlich auf einen großen freien Markt im Mittelmeerraum fixieren, dem keine Zusammenarbeit zwischen Ländern vorausgeht, die nacheinander von tief verzweigten Konflikten betroffen sind.

Gleichzeitig müssen wir uns mit der Energiekrise befassen. Die Energiekrise und die aktuelle Wirtschaftskrise könnten eine Gelegenheit darstellen, um wichtige Projekte – sowohl für Europa als auch für unsere Nachbarn im Süden – voranzubringen, beispielsweise die Pläne für Thermosolaranlagen (Hochtemperatur-Solarenergie) und für die Schaffung intelligenter, sauberer Netze, um Nordafrika, den Nahen Osten und Europa in einem umfassenden, sauberen Plan zur Bekämpfung des Klimawandels und der Wirtschaftskrise zu verbinden.

Willy Meyer Pleite, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, ich möchte zunächst Frau Napoletano für ihre Arbeit danken. Dann möchte ich sagen, dass ich als Schattenberichterstatter meine Fraktion darum gebeten habe, aus zwei wesentlichen Gründen nicht für diesen Bericht zu stimmen.

Erstens, weil der jüngste Konflikt, der jüngste israelische Angriff auf Gaza, von einer solchen Größenordnung ist, dass er nicht ungestraft bleiben kann. Es gibt für alles eine Grenze. Dies ist nicht das erste Mal; aber dieser Angriff gegen die palästinensische Souveränität ist von einer solchen Größenordnung, dass er die Verwirklichung des Annapolis-Abkommens wirklich verhindert und die Aussicht auf die Schaffung eines palästinensischen Staates blockiert, der die einzige Möglichkeit für eine Union für den Mittelmeerraum in Frieden und Solidarität ist.

Zweitens habe ich aus dem Grund vorgeschlagen, nicht dafür zu stimmen, weil – was die Freihandelszone angeht – regionale Unterschiede nicht berücksichtigt werden. Unserer Auffassung nach ist es unbedingt erforderlich, Handelsthemen im Sinne der gleichen Behandlung aller zu berücksichtigen sowie regionale Unterschiede und die Besonderheiten jedes Landes zu beachten.

Luca Romagnoli (NI). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich denke, dass ich hingegen für den Entschließungsantrag von Frau Napoletano stimmen werde, weil es meiner Meinung nach zweifellos strategisch ist, durchzuführende Großprojekte festzulegen, und weil es gleichermaßen nützlich ist, die Notwendigkeit der Annahme von „Programmabkommen“ hervorzuheben, um dies zu tun. Diese Abkommen sollten jedoch – und ich denke, dass dies unbedingt betont werden muss – auf dem Subsidiaritätsprinzip basieren.

Offen gestanden bin ich etwas über den Aufruf zu neuen Impulsen für die Verfolgung gemeinsamer Migrationspolitiken verwirrt, obwohl ich die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten anerkenne – und nicht nur dies: Die Zusammenarbeit mit den Ländern der südlichen Ufer des Mittelmeeres ist zweifellos wichtig und sollte implementiert werden.

Ehrlich gesagt habe ich auch einige Zweifel bezüglich der Wirtschafts- und Handelsinitiativen, die den Weg für die Schaffung einer Europa-Mittelmeer-Freihandelszone ebnen sollen. Ich sage dies nicht, weil ich Vorurteile

habe, sondern weil ich es schätzen würde, darüber aufgeklärt zu werden, wie sie für beide Seiten von Vorteil sein könnte.

Ioannis Kasoulides (PPE-DE). – Herr Präsident, ich möchte zunächst Frau Napoletano zu ihrem Bericht gratulieren. Die Union für den Mittelmeerraum stellt in den für die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft unternommenen Anstrengungen zweifellos einen bedeutenden Schritt nach vorne dar. Eines der Hindernisse für diese Partnerschaft war bisher die Sichtbarkeit: die Möglichkeit der Bevölkerungen der Partnerländer, die Auswirkungen des Barcelona-Prozesses und unserer Union für den Mittelmeerraum zu erkennen.

Lassen Sie mich ein Beispiel anführen. An einem Bericht, den ich über die Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeeres vorbereiten sollte, sind folgende Programme beteiligt: das Investitionsprogramm für Problemgebiete des Mittelmeerraumes (MeHSIP), die Wasserstrategie für den Mittelmeerraum, die EU-Meeresstrategie, UNEP/MAP, die Mittelmeerstrategie für nachhaltige Entwicklung, das Programm zur technischen Unterstützung des Umweltschutzes im Mittelmeerraum (METAP), die EU-Wasserinitiative für das Mittelmeer (MedEUWI) und MYIS, die unter dem Programm „Horizont 2020“ zusammengefasst sind. Diese Fragmentierung schadet der Sichtbarkeit.

Das andere Hindernis ist das Problem des Nahen Ostens. Ich begrüße den Standpunkt von Herrn Solana, dass das Quartett dieses Mal anders vorgehen wird als in der Vergangenheit. Dies liegt nicht am mangelnden Willen seitens der Europäischen Union, sondern an der früheren Politik der amerikanischen Regierung. Ich hoffe, dass dieses Mal mit der Entsendung von Herrn Mitchell in das Gebiet politische Fortschritte erzielt werden. Wir haben bezüglich dieses Themas viel unternommen. Ich habe erst kürzlich den Libanon besucht und dort gesehen, dass die UNIFIL und die Präsenz der europäischen Truppenkontingente eine Wiederholung der Auseinandersetzungen im südlichen Libanon und in Israel unmöglich machen.

Jamila Madeira (PSE). – (PT) Mein Dank gilt meiner Kollegin, Pasqualina Napoletano, für ihren exzellenten Bericht. Vierzehn Jahre nach Barcelona und fünf Jahre nach der ersten Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer haben wir eine Union für den Mittelmeerraum mit wirtschaftlicher und parlamentarischer Macht, mit einer Zivilgesellschaft und mit gemeinsam entscheidenden Regierungschefs. Jeder möchte in diesem Gebiet, in dem 720 Millionen Bürger ein echtes Potenzial für Entwicklung und Frieden auf der Welt darstellen, mehr tun und bessere Ergebnisse erreichen. Es ist eindeutig ein Fehler, uns ausschließlich auf die wirtschaftliche und unternehmerische Dimension zu beschränken. Auf Wachstumskrisen zu reagieren, erfordert natürlich eine politische Antwort; aber auf humanitäre Krisen, Notlagen und militärische Krisen wie jene Ende 2008 und Anfang 2009 zu reagieren, ist äußerst wichtig.

Politiker und Bürger müssen auf die Probleme in der Welt reagieren. Die Welt hat Antworten gefordert und dennoch, Monate später, zögern wir Bürger und Politiker – vor allem in einer Plattform wie die Union für den Mittelmeerraum – immer noch mit der Reaktion. Ich hoffe, dass wir zumindest aus dieser Krise etwas lernen und Fortschritte machen. Obwohl wir nur aus unseren Fehlern lernen können, ist es äußerst wichtig, Fortschritte durch schnelleres Reagieren zu erzielen.

Miguel Portas (GUE/NGL). – (PT) Kommissarin Ferrero-Waldner hat in ihrer Rede die Ziele der neuen Union zusammengefasst. Diese Union wurde in Wirklichkeit während der französischen Präsidentschaft unter dem Sternzeichen Fehler geboren. Der erste Fehler bestand darin, die Konflikte in der Region, vor allem den israelisch-palästinensischen Konflikt und den Westsahara-Konflikt, von ihrer Agenda zu streichen. Der zweite Fehler besteht darin, dass die Union sich durch die Durchführung gemeinsamer Wirtschafts- und Umweltprojekte zu behaupten versucht, ohne den zugehörigen Freihandelskontext zu hinterfragen. Der dritte Fehler besteht darin, anzudeuten, dass es eine Möglichkeit gibt, den Antrag der Türkei auf Beitritt zur Europäischen Union auf diese Union zu übertragen.

Der Bericht von Frau Napoletano behebt den ersten Fehler nicht, was seine Reichweite einschränkt. Wenn die Union nicht den Mut dazu hat, bestehende Konflikte zu lösen und dies auf der Grundlage von internationalem Recht zu tun, dann werden weder die wirtschaftliche noch die regionale Integration Früchte tragen. Der Bericht enthält aber bezüglich des zweiten und dritten Fehlers klare Empfehlungen, die alle in die richtige Richtung weisen.

Die Union für den Mittelmeerraum kann nicht als Warteraum oder Hintertür für die Türkei fungieren, unter der Voraussetzung, dass sie die Beitrittskriterien erfüllt, und die Union für den Mittelmeerraum kann kein Zusatz zur europäischen Freihandelsstrategie ohne jegliche soziale Integrationspolitik sein.

Die Empfehlungen des Berichtes sind wichtig: eine Union mit einer bürgerlichen und repräsentativen Dimension, die die Arabische Liga einbezieht, regionale Projekte mit einer sozialen Dimension und die

Erweiterung von Projekten auf Bereiche, die für das Leben der Menschen wichtig sind, nämlich Wasser, Landwirtschaft und Bildung. Es gibt auch klare Regeln für die Programmabkommen und eine Europa-Mittelmeer-Investitionsbank.

Die Union wurde mit Fehlern geboren; aber wenigstens gibt es sie. Ich unterstütze diesen Bericht, weil ich glaube, dass diese Union am Ende das sein wird, was wir aus ihr machen. Daher unterstütze ich ihn.

Luís Queiró (PPE-DE). – (PT) Viele der Themen, die für Europa von größerer politischer Wichtigkeit sind, involvieren den Mittelmeerraum. Die Initiative „Union für den Mittelmeerraum“ verdient daher unsere Unterstützung, weil sie neue Impulse für einen Prozess bedeuten kann, der erforderlich und nützlich ist, aber nicht den erforderlichen Erfolg oder die erforderliche Sichtbarkeit gehabt hat. Die Frage hat Bedenken bezüglich dessen aufgeworfen, wie wir diese Strategie verfolgen können. Das mit Barcelona verfolgte Modell hat nicht die erwarteten Ergebnisse hervorgebracht. Kann diese neue Partnerschaft Früchte tragen?

Der Bericht von Frau Napoletano läuft dieser Vorstellung zuwider. Wir möchten jedoch nicht, dass die Union demselben Problem begegnet wie der Barcelona-Prozess. Sie umfasst offensichtlich viele Projekte und viele Handlungsbereiche; aber die Rangfolge der Prioritäten ist nicht richtig. Dadurch, dass das gesellschaftliche und kulturelle Verständnis zwischen den Völkern beider Ufer an Ziffer 26 relegiert wird und das Thema der Demokratisierung und Förderung von Menschenrechten Ziffer 27 sowie das Thema der Migrationsströme Ziffer 28 überlassen werden, nachdem so viel über andere Bereiche und andere Themen gesprochen wurde, entsteht ein falscher Eindruck davon, was die Prioritäten dieser Partnerschaft sind bzw. sein müssen.

Es muss eine klare Strategie geben. Unserer Meinung nach muss diese Strategie es beinhalten, unseren Nachbarn mehr Vorteile und mehr Zusammenarbeit zu bieten, aber von ihnen auch mehr Ergebnisse auf wirtschaftlicher, sozialer und demokratischer Ebene zu verlangen. Zudem ist ein Fokus auf gut definierte Bereiche und möglicherweise auf eine kleinere Anzahl von Bereichen erforderlich, um zu verhindern, dass alle Bereiche die gleiche Priorität erhalten, da dies das Risiko birgt, dass am Ende nichts mehr Priorität hat. Dies kann zweifellos nur mit angemessener Unterstützung und Finanzierung erreicht werden. Daher ist die Feststellung der Notwendigkeit einer Investitionsbank für den Mittelmeerraum letztlich als positiv aufzunehmen. Es ist äußerst wichtig, ehrgeizig zu sein, also alles in unserer Macht Stehende zu tun.

Zum Schluss, Herr Präsident, muss ich den Nahostkonflikt erwähnen. Dieser Prozess kann und muss, obwohl er keine Alternative zu Friedensverhandlungen darstellt, einen Beitrag zum besseren Verständnis, zur wechselseitigen Abhängigkeit und zur gegenseitigen Achtung der beiden gegnerischen Seiten leisten. Diese Faktoren sind – wie wir alle genau wissen – entscheidend, um Frieden in die Region zu bringen.

Der Präsident. – Die Rednerliste ist ausgeschöpft. Es liegen vier Wortmeldungen seitens des Hauses für das „catch the eye“-Verfahren vor.

Christopher Beazley (PPE-DE). – Herr Präsident, würde die Kommissarin in ihrer Antwort an das Parlament genau erklären, wie die neue „Union für den Mittelmeerraum“ – im Gegensatz zu „Mittelmeerunion“ – eine EU-Politik bleibt? Ich denke, dass es sehr wichtig ist, dass sie auch zwei andere EU-Meere berücksichtigt: das Schwarze Meer und die zugehörige Synergie sowie die Ostsee und die zugehörige Strategie.

Mein Land hat Interessen am Mittelmeer. Ich denke, dass auch wir Beobachterstatus haben. Unter den Mitgliedstaaten sind Commonwealth-Mitglieder, und Gibraltar ist, soweit ich weiß – obgleich ich meine spanischen Kollegen nicht irritieren möchte –, genau genommen weiterhin Teil der Herrschaftsgebiete Ihrer Majestät.

Es ist sehr wichtig, dass dies nicht bloß eine Art von regionaler Verselbständigung ist, die den Rest der EU nicht voll einbezieht. Ich hoffe nämlich, dass der Rest der EU in die Ostsee und das Schwarze Meer voll einbezogen wird.

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – (RO) Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie der Wohlstand der Bürger der Staaten in der Union für den Mittelmeerraum müssen nachhaltig sein. Meiner Meinung nach muss die neu geschaffene Union für den Mittelmeerraum auch das Thema des Klimawandels in Angriff nehmen.

Im Mittelmeerraum leben etwa eine Milliarde Bürger, wodurch ein Drittel des weltweiten BIP generiert wird. Regionale Zusammenarbeit wird am meisten bei der Bekämpfung der Gefahren für die Umwelt benötigt.

Das Bevölkerungswachstum und die Abnahme der Niederschlagsmenge in dieser Region aufgrund des Klimawandels machen das Trinkwasser zu einem der in diesem Gebiet am stärksten gefährdeten Elemente.

Wassermangel, Wasserverschmutzung, Mangel an Kläranlagen, durch Unfälle auf See verursachte Ölverschmutzungen, Waldrodungen und Bodenerosion sollten zu den Anliegen der Partnerschaft für den Mittelmeerraum gehören.

Zu den von der Union für den Mittelmeerraum geförderten Grundwerten müssen meiner Meinung nach der Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels gehören – und zwar sowohl die Anpassung daran als auch der Abbau der dazu beitragenden Ursachen.

Marie Anne Isler Béguin (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, Herr Minister, Frau Kommissarin, ich möchte Frau Napoletano ebenfalls danken, da ich während der ersten Diskussion über die Union für den Mittelmeerraum eher skeptisch war; aber obwohl dies immer noch der Fall sein mag, glaube ich jetzt, dass es Hoffnung gibt.

Die Herausforderungen sind absolut enorm. Verfügen wir über die Ressourcen, um ihnen zu begegnen? Wir wissen, dass dies nicht der Fall ist. Die Ziele sind sicherlich nobel: Umwelt, Energie, Bekämpfung der Wüstenbildung, Immigration usw. Dennoch dürfen wir nicht in einer unzusammenhängenden Liste versinken, die auf der anderen Seite des Mittelmeeres nur zu Enttäuschungen führen würde.

Wenn Sie es mir gestatten, Frau Kommissarin, würde ich gern ein bestimmtes Land erwähnen, bei dem es sich zwar um keinen Mittelmeer-Küstenstaat handelt, das aber einbezogen wurde. Es handelt sich dabei sowohl um ein AKP-Land als auch um ein Mitglied der Union für den Mittelmeerraum. Dieses Land, Mauretanien, durchlebt heute eine sehr schwere politische Krise. Ich denke, dass dieses Land als Partner in der Union für den Mittelmeerraum, als AKP-Land und im Namen der Nachbarschaftspolitik unsere Unterstützung verdient, damit es aus der Krise herauskommen kann.

Ich glaube, dass die zwei Konfliktparteien sich genau dies von uns wünschen, und wir sind dazu verpflichtet, dem Land aus dieser großen politischen Krise zu helfen.

Avril Doyle (PPE-DE). – Herr Präsident, Wasser ist im gesamten Mittelmeerraum ein wichtiges Thema der Zusammenarbeit. Ich hoffe, dass dies auch für ein europäisches Supernetz bzw. eine europäische Hochspannungs-Gleichstrom-Verbindungsleitung gilt, einschließlich einer Verbindungsleitung zwischen Spanien und der Nordwestküste Afrikas.

Es ist äußerst wichtig, die Nutzung erneuerbarer Energien zu optimieren. Dazu zählen unter anderem Wind, Wasser und verschiedene Solartechnologien. Ob wir uns in Zeiten des Spitzenbedarfes auf sie verlassen können, hängt gänzlich damit zusammen, dass wir die Einspeisung in unsere Netze auf so viele Quellen wie möglich verteilen, damit die Erzeugung dem Bedarf immer gerecht werden kann. Wenn der Wind nicht an der Nordwestküste Irlands weht – Irland gilt, was die Windenergie betrifft, als Saudi-Arabien Europas! –, so wird er an der Nordwestküste Afrikas wehen, oder die Einspeisung in das Netz erfolgt durch die solarthermischen Anlagen im Mittelmeerraum, vor allem in Spanien, oder durch die vielen Photovoltaik-Anlagen in der Region.

Dies ist ein Win-win-Szenario für den Mittelmeerraum, für die Energieversorgungssicherheit, für die Energiepolitik und vor allem für eine erhebliche regionale Verringerung unserer Kohlendioxidemissionen und unserer aktuellen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die wir für die Industrie, für den Transport, zum Heizen und zum Kühlen verwenden.

Der Präsident. – Frau Figueiredo ist neu hinzugekommen und wird die Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen des „catch the eye“-Verfahrens präsentieren.

Ilda Figueiredo, Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. – (PT) Die Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter hebt hervor, dass alle Mitgliedstaaten der Ratifizierung der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und aller anderen Menschenrechtsinstrumente der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation größere Aufmerksamkeit schenken müssen. Sie lenkt außerdem die Aufmerksamkeit auf die Lage von Frauen und bedauert, dass in der Mitteilung der Kommission diesem Thema keine besondere Bedeutung beigemessen wurde, vor allem in der Projektdimension, die die Förderung des geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes umfassen und die Chancengleichheit für Männer und Frauen sowie den Gleichstellungsaspekt immer berücksichtigen sollte.

Ich möchte zum Schluss einfach meine Sorge bezüglich der Armut und der sozialen Ausgrenzung hervorheben, von denen Frauen stark betroffen sind. Ich möchte abschließend die bedenkliche Lage in

Palästina und Westsahara erwähnen, wo Frauen und Kinder die Hauptopfer von Krieg und Ausbeutung sind – kurz gesagt: der gesamte Diskriminierungsprozess, der diese Menschen und vor allem Frauen und Kinder betrifft.

Alexandr Vondra, *amtierender Präsident des Rates*. – Herr Präsident, zunächst einmal vielen Dank für diese hilfreiche Aussprache, die eine Reihe von Ideen gefördert hat. Sie haben ein wirklich interessantes Dokument vorbereitet.

Wo befinden wir uns jetzt? Wir wissen, weshalb wir dies tun: Der Mittelmeerraum ist die Wiege unserer Zivilisation, und daher ist es logisch, dass wir in der Europäischen Union ihm besondere Aufmerksamkeit schenken möchten. Im letzten Jahr gab es eine französische Initiative, und wir müssen diesen Prozess in Gang halten und sein volles Potenzial entwickeln.

Wir wissen also, weshalb wir dies tun und was wir erreichen möchten. Viele von Ihnen haben betont, wie wichtig es ist, dass der Mittelmeerraum ein Gebiet des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit wird, in dem demokratische Grundsätze, Menschenrechte und Grundfreiheiten – einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter und der Rolle der Frau in der Gesellschaft – hochgehalten und in vollem Umfang geachtet werden.

Wir wissen auch, wie wir dies erreichen möchten. Aus diesem Grund haben wir die Union für den Mittelmeerraum und ein weites Spektrum an Maßnahmen. Sie sind sich der wichtigsten Bereiche sehr gut bewusst: Der Fokus liegt auf erneuerbaren Energiequellen, dem Solarprogramm und dem Wasserwirtschaftsprogramm. Ich war erst vor einer Woche in Portugal, und dieses Land könnte als Beispiel dafür dienen, wie ein nachhaltiges, dynamisches Programm für eine erneuerbare Energiequelle entwickelt werden kann – was für den Mittelmeerraum sehr wichtig ist.

Wir müssen nur aktiv werden. Als wir uns im letzten Jahr in Paris und in Marseille trafen, konnten wir nicht ahnen, welche Lage in Gaza eintreten würde; aber die Präsidentschaft unternimmt zusammen mit der Kommission genug, um mit der Implementierung aller Vereinbarungen zu beginnen, die wir im letzten Jahr getroffen haben. Daher können wir meiner Meinung nach einigermaßen davon ausgehen, ab Ende März – wie ich Ihnen mitgeteilt habe – mit der neuesten Maßnahme der Präsidentschaft fortzufahren.

Das Programm unserer Maßnahmen für 2009 ist sehr substanziell: Ungefähr neun sektorale Ministerkonferenzen sind geplant. Die Ressourcen belaufen sich, soweit ich weiß, auf mehr als 1 Milliarde Euro. Ich denke daher, dass wir bereit sind. Es gibt gewisse Gegebenheiten in Zusammenhang mit der Lage in Gaza, die einige Verzögerungen verursacht haben; aber ich denke, dass wir dies bewältigen können.

Vielen Dank für eine hilfreiche Aussprache. Wir sind zweifellos dazu bereit, Sie weiterhin zu unterstützen.

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, es bleibt natürlich viel zu sagen; aber ich werde mit der folgenden Frage beginnen: Welche Gemeinschaftsdimension hat all dies?

Erstens kann ich Ihnen sagen, dass die Gemeinschaftsdimension bei diesem Thema wichtig ist, weil das Projekt „Union für den Mittelmeerraum“ auf dem Barcelona-Prozess basiert und auch den *Besitzstand* des Barcelona-Prozesses geerbt hat. Somit ist der gesamte *Besitzstand* vorhanden. Wir haben sehr viel daran gearbeitet.

Zweitens ist die Union für den Mittelmeerraum Teil des Rahmens der Nachbarschaftspolitik. Die Nachbarschaftspolitik stellt die bilaterale Politik und den Barcelona-Prozess dar, während die Union für den Mittelmeerraum den multilateralen Teil bildet. Natürlich kann ich Ihnen auch sagen, dass das Schwarze Meer und die Ostsee Teil desselben Rahmens sind, obwohl sie sich im Norden befinden. Machen Sie sich also keine Sorgen. Zum Glück ist alles vorhanden. Dies ist in der Tat genau das, was die französische Präsidentschaft wollte, mit anderen Worten: eine gemeinsame Präsidentschaft mit den Ländern des Mittelmeerraumes – wie ich zuvor sagte – und gemeinsames Arbeiten.

Wir – die Kommission – wickeln jetzt auch alle zukünftigen Gemeinschaftsprojekte ab, weil dies erforderlich ist und weil wir auch der Kontrolle des Parlaments unterliegen. Nur durch private Mittel finanzierte Projekte werden anders gehandhabt.

Das Sekretariat, das sich in Barcelona befinden wird, wird die Projekte fördern. So stellen wir uns die Förderung vor. Wir werden dann die Förderung mit privaten Mitteln angehen, weil dies unter der Kontrolle der

Kommission bleibt. Die Entscheidung wird, wie immer, zunächst von den 27 getroffen. Danach wird die Ko-Präsidentschaft wieder mit den 143 – dem Süden und dem Norden – zusammenarbeiten können.

Was Mauretanien betrifft, Frau Isler Béguin, so ist das Land nur an multilateralen Beziehungen beteiligt, nämlich an der Union für den Mittelmeerraum; es ist aber nicht in die Nachbarschaftspolitik einbezogen. Dies ist der einzige Unterschied.

Ich möchte in diesem Zusammenhang hinzufügen, dass wir in der Kommission natürlich trotz dieser vorübergehenden Aussetzung konstruktiv an der Implementierung der vier bis sechs Projekte arbeiten, die als Prioritäten vorgeschlagen wurden. Dazu zählen der Zivilschutz, die Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeeres, die Meeresautobahnen und auch ein Solarplan, in dessen Rahmen wir sehr viel an erneuerbaren Energien arbeiten – vor allem an der Solarenergie, die, zusammen mit der Windenergie und anderen Energiequellen, sehr wichtig ist.

Insgesamt kann die Union für den Mittelmeerraum jetzt im Haushaltsjahr 2008-2009 von einer finanziellen Unterstützung in Höhe von 60 Millionen Euro profitieren, vor allem über regionale Programme. Zudem wurden bereits 50 Millionen Euro für den Nachbarschafts-Investitionsfonds gebunden, um Investitionsprojekte in der Region zu unterstützen.

Wir wollten außerdem die Förderung des Austausches zwischen Hochschulen unterstützen. Aus diesem Grund habe ich mich beispielsweise dafür entschieden, das Programm „Erasmus Mundus“ auf die Länder des südlichen Mittelmeerraumes auszuweiten, um ihnen zusätzliche Hochschulstipendien zu bieten.

Was das Thema der Frauen angeht, Frau Isler Béguin, so sind wir natürlich – in Einklang mit dem *Barcelona-Besitzstand* – auch darin involviert. Ich erinnere mich daran, dass ich bei der ersten Frauenkonferenz für den Mittelmeerraum war, die 2007 in Istanbul stattfand. Wir werden uns mit diesem Thema natürlich weiterhin befassen.

Wie Sie wissen, gibt es einerseits den bilateralen Aspekt, der die Beziehungen zu dem jeweiligen Land betrifft, und andererseits den multilateralen Aspekt, der jetzt eines der Hauptanliegen der Union für den Mittelmeerraum ist.

Ich möchte nur kurz etwas über das Sekretariat sagen: Wir planen die Einrichtung eines Redaktionsausschusses, dem bald vor allem die Verantwortung für die Vorbereitung der rechtlichen Statuten des Sekretariats übergeben wird. Die Kommission hat bei der Vorarbeit bereits viele Fortschritte erzielt. Durch diese Statuten wird dem Sekretariat eine Rechtspersönlichkeit verliehen. Diese müssen dann formell von den hohen Beamten der Union für den Mittelmeerraum genehmigt werden.

Ich möchte Ihnen abschließend nochmals sagen, dass die Teilnahme der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer als Beobachterin an allen Treffen der Union für den Mittelmeerraum sehr wichtig ist, und wir unterstützen die Stärkung dieser Rolle innerhalb der Union für den Mittelmeerraum. Als Frau Kratsa nach Marseille ging, haben wir sie bezüglich dieses Themas sehr unterstützt.

Ich denke, dass ich die wichtigsten Punkte erwähnt habe. Natürlich ist zu diesem Thema noch viel zu sagen.

Pasqualina Napolitano, *Berichterstatterin*. – (IT) Herr Präsident, Frau Ferrero-Waldner, Herr Vondra, meine Damen und Herren! Ich denke, dass diese Aussprache sehr hilfreich gewesen ist und bestimmte Aspekte unseres ziemlich komplizierten Systems von Instrumenten für eine bilaterale und multilaterale Partnerschaft mit den Ländern des Südens geklärt hat.

Ich schließe mich der Erklärung von Frau Ferrero-Waldner an, die dargelegt hat, dass der *Barcelona-Besitzstand* bestehen bleibt und dass wir im Parlament genau aus diesem Grund vielleicht die erste Definition bevorzugt hätten, die „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ lautete. Vielleicht wäre es dann klarer gewesen, dass wir ein System stärkten, für das es bereits eine etablierte Basis gab.

In ähnlicher Weise hoffe ich – ich sage dies ziemlich offen, ich werde nicht länger Berichterstatterin sein –, dass Europas institutioneller Rahmen sich entwickeln kann. Warum? Weil ich hoffe, dass wenn wir einen europäischen Außenminister haben, der zum Teil die Kommission und den Rat vertreten wird, dieser Minister nicht ein 28. Außenminister sein wird, der zu den anderen hinzukommt, sondern dass – zumindest auf europäischer Seite – die Mitgliedstaaten das Gefühl haben werden, dass sie von dieser Person vertreten werden. Vielleicht wird es dann nicht mehr erforderlich sein, der Union weitere Staaten hinzuzufügen; aber wenn wir in dem Außenminister einen hohen Vertreter haben, werden wir möglicherweise in der Lage sein, die Rolle der Europäischen Union zu konsolidieren. Dies ist etwas, auf das wir alle hingearbeitet haben. Daher

unterstützen wir nicht nur voll und ganz die Tatsache, dass regionale Programme weitergeführt werden sollten, sondern auch, wie die Kommissarin weiß, dass das Parlament diesen Programmen, die bessere Ergebnisse erbracht haben, große Bedeutung beimisst.

Vielen Dank an Sie alle für diese Aussprache.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 19. Februar 2009.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE), schriftlich. – (PL) Eine enge Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Ländern des Mittelmeerraumes sollte vor allem auf der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit basieren. Der Vorschlag mit dem Titel „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“, der am 13. Juli 2008 in Paris angenommen wurde, trägt zu Frieden und Wohlstand bei und ist möglicherweise ein wichtiger Schritt in Richtung wirtschaftlicher und territorialer Integration sowie einer Zusammenarbeit bei Umweltthemen und klimabezogenen Themen.

Es ist schade, dass in einigen der Partnerländer seit der Lancierung des Barcelona-Prozesses keine wesentlichen Fortschritte in Bezug auf die Einhaltung und Achtung einiger gemeinsamer Werte und Grundsätze erzielt worden sind, die in der Erklärung von Barcelona von 1995, der sie sich angeschlossen haben, hervorgehoben werden (vor allem in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit).

In den Ländern des Mittelmeerraumes sind die Armut und soziale Ausgrenzung, von denen vor allem Frauen und Kinder betroffen sind, beunruhigend. Es ist unbedingt erforderlich, dass die am Barcelona-Prozess beteiligten Mitgliedstaaten und Partner die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspektes in allen Politiken und spezifischen Maßnahmen, die die Chancengleichheit für Männer und Frauen fördern, hervorheben. Alle am „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ beteiligten Staaten sollten sowohl die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) als auch alle anderen Menschenrechtsinstrumente der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation so schnell wie möglich ratifizieren.

Tunne Kelam (PPE-DE), schriftlich. – Ich begrüße die zur Weiterentwicklung der Beziehungen der EU in der Europa-Mittelmeer-Region unternommenen Anstrengungen, aber ich möchte auch betonen, dass die EU ihre zwei anderen Meere – die Ostsee und das Schwarze Meer – nicht vernachlässigen sollte. Die Strategie für den Ostseeraum wird unter der schwedischen Präsidentschaft eine der Prioritäten sein. Auch die Schwarzmeersynergie ist von strategischer Wichtigkeit. Die EU muss darauf achten, bei der gleichmäßigen Entwicklung all dieser Region mit Gemeinschaftsgeist vorzugehen. Die EU ist eine integrierte Gemeinschaft, und die langfristige strategische Entwicklung all ihrer Regionen ist gleich wichtig.

Es besteht eindeutig die Notwendigkeit für eine enge Partnerschaft mit Nicht-EU-Ländern im Mittelmeerraum, die auf der Achtung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit basiert. Bedauerlicherweise gibt es noch einige Länder, die in diesem Bereich ernsthafte Probleme haben. Ich rufe die EU-Mitgliedstaaten dringend dazu auf, diese Themen mit größter Ernsthaftigkeit anzugehen.

Die Einbeziehung der Arabischen Liga ist eine bedeutende Chance, um alle Staaten zusammenzubringen und gemeinsam Lösungen für Konflikte in der Region zu finden. Ich rufe die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, einen ausgewogenen Standpunkt einzunehmen und die Rolle des Verhandlungsführers zu übernehmen, statt in verschiedenen Konfliktsituationen Partei zu ergreifen. Nur durch einen ausgewogenen Standpunkt können wir im Nahen Osten zu einem langfristigen Frieden beitragen.

21. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen.

Csaba Sógor (PPE-DE). – (HU) In Rumänien reicht die Geschichte der Autonomie des Szeklerlandes mehrere Hundert Jahre zurück. Die Gründungsdokumente des modernen rumänischen Staates garantierten die regionale Autonomie des Szeklerlandes, die sogar während der kommunistischen Zeiten bestand.

Unter Berücksichtigung der in den EU-Staaten garantierten unterschiedlichen Formen von Autonomie haben am 8. Februar 2009 in Sepsizentgyörgy (Sfântu Gheorghe) mehrere Tausend Menschen vom Präsidenten gefordert, seine beleidigenden Äußerungen gegenüber den Ungarn in Transsilvanien zurückzuziehen, eine zu den ethnischen Bevölkerungen proportionale Vertretung in staatlichen Institutionen zu garantieren, gezielte Verlagerungen in das Gebiet einzustellen, die vorsätzliche Lähmung der Wirtschaft des Szeklerlandes zu beenden, die Rückgabe von kirchlichem und öffentlichem Eigentum zu beschleunigen, die Expansion der Militäreinheiten aufzuhalten, staatlich finanzierte, unabhängige ungarische Hochschulen zu errichten und Ungarisch als eine offizielle Sprache der Region sowie die kollektiven Rechte und die regionale Autonomie des Szeklerlandes anzuerkennen.

Iliana Malinova Iotova (PSE). – (BG) Wir müssen dem Unterhaus des tschechischen Parlaments zur Ratifizierung des Vertrages von Lissabon gratulieren. Dies bedeutet einen weiteren Sieg für die europäische Idee und beweist, dass immer mehr Menschen an europäische Werte glauben. Aus diesem Grund möchte ich, dass wir uns von denen abheben, die in diese Werte eingreifen und unseren Glauben an sie zerstören wollen.

Wie können wir einerseits unsere Grundrechte in der Charta in goldener Schrift formulieren, während wir gleichzeitig tolerieren, dass sie verachtet und angeprangert werden? Wir reden von religiöser und ethnischer Toleranz sowie vom Recht älterer Menschen auf ein würdevolles Leben und eine aktive Teilnahme, während der Führer einer bulgarischen politischen Partei, ein Vollmitglied der Europäischen Volkspartei, mehrere ethnische Gruppen und Altersgruppen abgrenzt und uns die Vorstellung von unterschiedlichen Menschenklassen aufdrängt. Wie sollten wir mit solchen politischen Führern umgehen? Meine Frage ist an die rechte Seite dieses Hauses gerichtet, weil der Präsident der EVP, Herr Martens, genau diese Person als nächsten Premierminister für mein Land empfohlen hat. Lassen Sie uns doppelte Standards zurückweisen, unsere eigenen Taten und Worte achten und daran denken, dass es die Menschenrechte waren, die uns vor 50 Jahren zusammengebracht haben.

Filiz Hakaeva Hyusmenova (ALDE). – (BG) Das Europäische Konjunkturprogramm ist jetzt etabliert. Die Krise ist ein allgemeines Problem; aber Protektionismus und die Förderung von nationalen Industrien sowie Beschäftigung schleichen sich ein. Die Grundfreiheiten wie Freizügigkeit der Arbeitnehmer und freier Handel werden auf die Probe gestellt. Die Krise nimmt in den jeweiligen Ländern einen unterschiedlichen Verlauf. In den neu aufstrebenden wirtschaftlichen Tigerstaaten der Europäischen Union, wozu auch Bulgarien gehört, ist das Bankensystem relativ stabil, die Arbeitslosenquoten sind nicht hoch, und es gibt hoch qualifizierte Arbeitskräfte und stabile Währungen. Angesichts der Dynamik der Krise rufe ich zu einer Aktualisierung des Konjunkturprogramms auf, um es mit der realen Wirtschaft stärker in Einklang zu bringen. In Krisenzeiten sucht Kapital nach risikoarmen Bereichen, und es besteht die Chance, dass statt in unrentable Industrien eher in neue Technologien auf der grünen Wiese investiert wird. Das Potenzial der zuletzt in die Rezession fallenden Wirtschaftszweige sollte genutzt werden, um sie als Erste wiederzubeleben. Mit Hilfe dieser finanziellen Mittel und dieses Wissens können sie dann zu Zentren der Stabilität werden, mit deren Hilfe das Wirtschafts- und Finanzsystem der Europäischen Union sich schneller erholen kann.

Andrzej Tomasz Zapalowski (UEN). – (PL) Herr Präsident, in einer Zeit sich ausbreitender Krisen möchte ich der Europäischen Kommission zur Zerstörung polnischer Werften gratulieren. Der egoistische Ansatz der europäischen Elite, ihre Freude über den Verlust der Arbeitsplätze von mehr als 100 000 Menschen in den Werften und in den Unternehmen, die mit ihnen arbeiten, wird sicherlich dazu führen, dass ein Großteil dieser Arbeiter in naher Zukunft auf dem Arbeitsmarkt in Westeuropa auftaucht. Diese Entscheidung hat die europäische Krise nur noch vertieft.

Ich bin gespannt darauf, wie die europäische Elite sich verhalten wird. Wird sie Solidarität mit Mitgliedstaaten zeigen, in denen die Krise enorm zugenommen hat, oder wird sie sich um ihre eigenen Interessen kümmern? Gerade zu Krisenzeiten wird die europäische Gesellschaft sehen, ob die der Europäischen Union zugrunde liegenden Erklärungen und Grundsätze echt sind oder ob dies nur ein Spiel ist, dass einige Staaten gegen andere innerhalb einer Institution spielen, die auf noblen Grundsätzen errichtet wurde. In diesem Zusammenhang bin ich von der mangelnden Reaktion der Kommission auf Maßnahmen überrascht, die derzeit von vielen Mitgliedern der EU ergriffen werden, die dadurch gegen allgemein geltende Grundsätze verstoßen, während Polen für die Ergreifung ähnlicher Maßnahmen bestraft worden ist.

Rebecca Harms (Verts/ALE). – Herr Präsident, ich habe letzte Woche seltsame Neuigkeiten aus Nordirland erhalten. Es ging darum, dass Herr Sammy Wilson, der Umweltminister in der regionalen Regierung, eine von der Regierung des Vereinigten Königreiches organisierte Informationskampagne des Vereinigten Königreiches zur Energieeffizienz verboten hat. Ich kann nicht glauben, dass die guten Gründe für unsere

gemeinsamen Klima- und Energieziele – 20 % weniger CO₂, 20 % erneuerbare Energiequellen und 20 % mehr Energieeffizienz – von der regionalen Regierung eines Mitgliedstaates nicht akzeptiert werden.

Ich rufe daher die Kommission dazu auf, herauszufinden, welche Gründe hinter diesem seltsamen und ziemlich bizarren Verbot in Nordirland stecken. Ich denke, dass sogar ein Klimaskeptiker wie Herr Wilson sich um Bürger kümmern sowie die Energieeffizienz und die Bemühungen zur Senkung der Energiekosten unterstützen sollte.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Ich möchte heute auf eine skandalöse Situation hinweisen, die Corticeira Amorim in Portugal betrifft. Die Gewinne dieses Unternehmens beliefen sich in den letzten zwei Jahren zusammen auf über 30 Millionen Euro, wobei mehr als 6 Millionen Euro 2008 verzeichnet wurden. Dennoch hat Corticeira Amorim diesen Monat angekündigt, dass fast 200 Mitarbeiter entlassen werden sollen. Die Schuld hierfür wurde auf die Folgen der Krise geschoben. Das Unternehmen vergisst jedoch, dass es diese Mitarbeiter waren, die beim Aufbau der Unternehmensgruppe geholfen haben, die Millionen Wert ist und staatliche Beihilfen erhalten hat, einschließlich Gemeinschaftsmittel, um den Millionengewinn zu generieren, den sie noch immer erzielt. Aus diesem Grund möchte ich in diesem Haus protestieren und meine Empörung über diese Ankündigung ausdrücken, die ein Skandal ist. Ich hoffe, dass sich alle vereinen werden, um Unternehmen zu verurteilen, die diese Krise zur Kündigung von Mitarbeitern nutzen, obwohl sie immer noch große Gewinne erzielen.

VORSITZ: EDWARD McMILLAN-SCOTT

Vizepräsident

Der Präsident. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich mit Freude verkünden, dass Dr. Ayman Nour, der ägyptische Parlamentarier, der vor einigen Jahren aus Gründen inhaftiert wurde, die nach Meinung des Rates der Europäischen Union nicht schwerwiegend waren, heute freigelassen worden ist. Er war das Thema vieler Entschließungen im Europäischen Parlament; daher bin ich sehr froh darüber, seine Freilassung verkünden zu können.

Bernard Wojciechowski (IND/DEM). – (PL) Herr Präsident, Polen schickt Mitglieder in das Europäische Parlament; aber deren Handlungsfähigkeit ist in ihrem eigenen Land eingeschränkt. Die polnische Gesetzgebung gibt Mitgliedern des Europäischen Parlaments keine rechtlichen Instrumente, die die effektive Erfüllung ihres Mandates gewährleisten. Dies betrifft wichtige Themen, beispielsweise die Ausübung effektiven Einflusses auf die Verwaltungsbehörden der Gebietskörperschaften.

Senatoren und Mitglieder des nationalen Parlaments haben eine Reihe von Rechten: das Recht, von staatlichen Einrichtungen Informationen zu erhalten, das Recht, von den Verwaltungsbehörden der Gebietskörperschaften Informationen zu fordern sowie das Recht auf eine gesetzliche Frist von 40 Tagen, innerhalb derer eine Antwort gegeben werden muss. In Polen werden Mitglieder des Europäischen Parlaments kaum geschätzt – außer von der Presse, wenn sie auf der Suche nach einer billigen Sensation ist. Ich habe auf meiner Website Wähler über die mangelnden gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten für die Mitglieder des Europäischen Parlaments informiert. Die legislative Nachlässigkeit verschiedener aufeinander folgender Gesetzgeber in Polen ist in diesem Fall gut bekannt. Meiner Meinung nach sollte das Europäische Parlament mehr Handlungsmöglichkeiten für seine Vertreter in ihren eigenen Ländern fordern.

Jim Allister (NI). – Herr Präsident, es ist falsch, EU-Mittel nach dem Windhundverfahren zu verteilen. Aber genau dies haben wir diese Woche in Nordirland beobachtet. Die Ministerin, die die rücksichtslose Verteilung der EU-Fördergelder für die Entwicklung des ländlichen Raumes auf dieser Basis entschieden hat – was zu dem erniedrigenden und bizarren Spektakel geführt hat, dass die Landwirte zwei Tage lang Schlange stehen mussten, um einen Teil ihrer eigenen Modulationsmittel zu bekommen –, ist eine für ihr Amt nicht geeignete Ministerin. Sie hat hierdurch mit einem Schlag sowohl hart arbeitende Landwirte erniedrigt als auch krasse Ignoranz gegenüber den Grundanforderungen für die Verteilung von EU-Mitteln gezeigt.

Der Ursprung dieser Peinlichkeit liegt in der mutwilligen Verweigerung der Ministerin, für die Entwicklung des ländlichen Raumes genügend Mittel bereitzustellen. Die von ihr für Achse 1 bereitgestellten kläglichen 50 Millionen GBP – und nur 15 Millionen GBP davon für den Modernisierungsfonds – haben das Spektakel am Dienstag verursacht.

Lassen Sie mich in Bezug auf ein anderes Thema zur Verteidigung von Herrn Wilson, dem Umweltminister Nordirlands, sagen, dass ich froh darüber bin, dass er nicht das Klischee erfüllt, das von nicht denkenden Klimawandel-Hysterikern in diesem Haus erwartet wird.

Colm Burke (PPE-DE). – Herr Präsident, die jüngste Umfrage in den *Irish Times* von Montag hat gezeigt, dass der Vertrag von Lissabon in Irland zunehmend Unterstützung findet. 51 % der Wähler sagen jetzt, dass sie Ja stimmen würden, vor allem in dieser Zeit der wirtschaftlichen Zerbrechlichkeit Irlands. Seit der letzten Umfrage der *Irish Times*, die im November letzten Jahres durchgeführt wurde, ist dies ein Anstieg um acht Prozentpunkte. Die Neinstimmen sind um sechs Prozentpunkte gefallen, auf 33 %.

Was unsere derzeit angespannte Beziehung zur Europäischen Union betrifft, so muss – mangels politischer Führung durch die aktuelle Regierung – ein Versuch unternommen werden, um die Grundursachen für die periodische Verdrossenheit der irischen Wähler über die EU anzugehen. Es muss einen sinnvollen Dialog mit dem irischen Volk geben, um das Verständnis sowie die Unterstützung für den europäischen Prozess wieder aufzubauen. Dieses Kommunikationsdefizit kann dadurch behoben werden, dass der freie Umlauf von mehr Informationen über die Vorteile der Mitgliedschaft in der EU ermöglicht wird.

Ich glaube, dass es wichtig ist, die positive Rolle Europas über unsere Bildungssysteme hervorzuheben. Dies sollte nicht nur allein für Irland gelten, sondern für alle Mitgliedstaaten. Ich möchte dringend dazu aufrufen, das Kommunikationsdefizit zum schnellstmöglichen Zeitpunkt zu beheben.

Marusya Ivanova Lyubcheva (PSE). – (BG) Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf das Problem der erneuten Spaltung der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche lenken. Diese Spaltung entstand, als das Land hoch politisiert war, nämlich als die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche, wie viele andere Strukturen, ihre Position angesichts der Demokratie in Bulgarien aufrechterhalten musste. Leider hat dies zur sogenannten „Zweiten Synode“ der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche geführt – trotz des bulgarischen Religionsgesetzes. Dieses Gesetz ist sehr liberal und lässt in Bulgarien die Registrierung jeder Religion zu – unter der Voraussetzung, dass diese keinen unmenschlichen Zwecken dient. Die sogenannte „Zweite Synode“ möchte sich jedoch als „Heilige Synode der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche“ registrieren. Das Gesetz besagt, dass die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche in Bulgarien Tradition hat und von der Registrierung ausgenommen ist. Die Wahl des Patriarchen und der Mitglieder der Heiligen Synode ist nicht der Gesetzgebung unterstellt. Ich appelliere an all diejenigen, die die Glaubensfreiheit in Einklang mit den persönlichen spirituellen Bedürfnissen des Einzelnen wertschätzen, nicht den manipulativen Definitionen der sogenannten „Zweiten Synode“ zu erliegen. Diese Synode kann nicht registriert werden und hat keine Rechtsgrundlage.

Toomas Savi (ALDE). – Herr Präsident, die Wahlen letzte Woche in Israel haben gezeigt, dass die Mehrheit der Bürger die Parteien unterstützt, die die Stärkung des Militärs für die beste Möglichkeit zum Schutz des Landes halten. Obwohl die Partei der Mitte, Kadima, die meisten Stimmen erhalten hat, spiegelt die Tatsache, dass die rechten Parteien im Vergleich zu den 50 Sitzen bei den vorherigen Wahlen jetzt 65 Sitze in der Knesset haben, die Entwicklung der Stimmungslage der israelischen Bürger in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt wider. Diese Parteien befürworten einen harten Kurs, statt sich auf endlose und ineffektiv erscheinende Friedensgespräche zu verlassen.

Der Nahe Osten muss in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union höchste Priorität haben, und die Stabilität der Region hängt in hohem Maße von den israelisch-palästinensischen Beziehungen ab. Es ist daher äußerst wichtig, dass die Europäische Union die Friedensgespräche fortsetzt und die Hoffnung der Israelis und Palästinenser auf die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz wiederherstellt.

Mirosław Mariusz Piotrowski (UEN). – (PL) Herr Präsident, morgen wird Vaclav Klaus, der Präsident der tschechischen Republik, das Europäische Parlament besuchen. Eingedenk des Skandals, der sich in Prag entwickelt hat, hoffen wir, dass der Präsident des Staates, der auch die Präsidentschaft der Europäischen Union innehat, angemessen und mit gebührendem Respekt empfangen wird. Die begründeten Ansichten, die Präsident Klaus bezüglich des Vertrages von Lissabon geäußert hat, sind Gegenstand von Versuchen geworden, sie mit Aufruhr zu überspielen, um die Tatsache zu verbergen, dass sich Deutschland als Hauptquelle des Widerstandes gegen die Einführung des Vertrages herausstellen könnte. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes in Karlsruhe wird ausschlaggebend sein. Medienberichten zufolge hat die Hälfte der Richter ernsthafte Zweifel und ist der Meinung, dass der Vertrag möglicherweise gegen die nationale Verfassung verstößt. Dies zeigt, dass niemand es eilig haben sollte, wenn es um eine so wichtige Entscheidung geht, und nicht nur der tschechische Präsident ist sich dessen bewusst.

László Tóké (Verts/ALE). – (RO) Nach den Herbstwahlen in Rumänien und der Bildung der neuen Regierung haben wir gesehen, wie eine anti-ungarische Aufhetzung – wie in der Slowakei – mit aller Macht in das politische Leben in Rumänien zurückgekehrt ist.

Die Demonstration vom 9. Februar in Sfântu Gheorghe, die von ungarischen Kirchen organisiert worden war, fand als Protest gegen genau diese Aufhetzung statt. Mit der bei der Demonstration erhobenen Petition

protestierten Tausende Einwohner der Szeklerland-Region gegen die Änderung der ethnischen Größenverhältnisse in dem Gebiet, indem Gruppen von Rumänen aus anderen Gebieten direkt in dieser Region angesiedelt werden.

Präsident Traian Băsescu hat die Ungarn in dieser Region absurderweise der ethnischen Säuberung beschuldigt. Zeitgleich hierzu, während der Kommunalwahlen in Cluj, stifteten die Flyer der Demokraten mit den gleichen Behauptungen zu Hass gegen die ungarischen Kandidaten an. Wer beschuldigt da nach Jahrzehnten der Diskriminierung und Verweigerung von Rechten wen?

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parlaments auf die Tatsache lenken, dass es in Rumänien – unter Verwendung subtiler Methoden – sogar jetzt noch einen fortlaufenden Prozess der Homogenisierung gibt, bei dem Transsilvanien rumänisch gemacht wird, indem die ethnischen Größenverhältnisse künstlich geändert werden.

Gerard Batten (IND/DEM). – Herr Präsident, am 12. Februar 2009 wurde dem niederländischen Abgeordneten, Geert Wilders, die Einreise nach Großbritannien auf Befehl des Innenministers verweigert. Niemals zuvor wurde einem demokratisch gewählten Politiker, der eine demokratische Partei eines demokratischen europäischen Landes vertritt, die Einreise verweigert.

Es erscheint sonderbar, dass die britische Regierung die Rechtsmittel finden kann, um Herrn Wilders die Einreise zu verweigern, aber die Einreise von verschiedenen Terroristen, politischen und religiösen Extremisten, Gangstern, Kriminellen, Vergewaltigern und Pädophilen aus der Europäischen Union und sogar der gesamten Welt nicht verhindern kann.

Vielleicht hat das Einreiseverbot von Herrn Wilders etwas mit der vermeintlichen Drohung eines britischen Peers, Lord Ahmed, zu tun, dass, sollte Herr Wilders im Oberhaus erscheinen, draußen 10 000 islamistische Demonstranten warten würden. Dies war ein Beschwichtigungsakt gegenüber einer mittelalterlichen Ideologie, und es hat den Anschein, dass wir über die Grenzen der Europäischen Union hinweg keine freie Verbreitung von Gedanken haben.

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Herr Präsident, in Zusammenhang mit dem Vertrag von Lissabon hat mein Kollege über die verstärkte Unterstützung der irischen Wähler für den Vertrag gesprochen. Ich möchte jedoch darauf aufmerksam machen, dass eine Schwalbe noch keinen Sommer macht. Ich denke, dass dies vor dem Hintergrund einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage betrachtet werden muss, die zeigt, dass die Unterstützung für die irische Mitgliedschaft in der EU um 10 Prozentpunkte zurückgegangen ist, von 77 % im Frühjahr 2006 auf 67 % im Herbst 2008. Ja, es muss etwas getan werden, um die irischen Wähler von den Vorteilen der Europäischen Union zu überzeugen.

Deshalb würden mich diejenigen beunruhigen, die ein früheres Datum für ein zweites Referendum in Irland möchten. Ich glaube, dass wir vorsichtig sein müssen. Wir müssen der Klärung der für die irischen Wähler wichtigen Themen Zeit einräumen. Wir brauchen Zeit, damit diese Themen vollständig und öffentlich diskutiert werden können, und wir müssen es den Wählern zur gegebenen Zeit ermöglichen, diesbezüglich Stellung nehmen zu können.

Vasilia Viorica Dăncilă (PSE). – (RO) Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise ist ein wichtiger Test für Europa. Europa muss jetzt mehr denn je Einheit zeigen und Maßnahmen ergreifen, die die schnellstmögliche Erholung der Wirtschaft fördern.

Die Haushalte der Mitgliedstaaten stehen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen unter großem Druck. Aus diesem Grund müssen die besten Instrumente und Maßnahmen gefunden werden, um zu verhindern, dass die von der Kommission festgelegten Haushaltsdefizitgrenzen stark überschritten sowie dass protektionistische Maßnahmen von einigen Mitgliedstaaten oder zugunsten privater Hersteller angenommen werden.

Solche Entscheidungen müssen das Annahmeverfahren schnell durchlaufen, um eine Verlängerung der Krise zu vermeiden sowie vor allem die Wiederherstellung des Vertrauens in die Finanzmärkte zu ermöglichen und – unter Berücksichtigung der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament – um auch aus politischer Sicht eine Verlängerung der Krise zu vermeiden.

Eine mögliche Lösung zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben könnte die Ausgabe von Euro-Anleihen sein. Wir müssen jedoch das Risiko einkalkulieren, dass wir uns aufgrund der unternommenen Maßnahmen vollkommen verschulden, und es ist schwierig für uns, zu vermeiden, dass zukünftige Generationen die Zahlung dieser Schulden auf sich nehmen müssen.

Ignasi Guardans Cambó (ALDE). – (ES) Herr Präsident, vor anderthalb Jahren haben wir die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste angenommen. Dem Text lag das Prinzip der Achtung des Herkunftslandes zugrunde, die wir für die Gewährleistung des freien Verkehrs von audiovisuellen Informationen innerhalb der Europäischen Union als essenziell betrachten.

Die Richtlinie kann jedoch innerhalb meines Landes, Spanien, nicht angewendet werden, weil dies eine Anwendung innerhalb eines Mitgliedstaates wäre. Die Gemeinschaft Valencia setzt genau das gegenteilige Prinzip durch und erzwingt aus politischen Gründen die Schließung der Übertragungsstationen, die den Bürgern bisher den Empfang öffentlicher Fernsehsignale aus Katalonien ermöglicht haben.

Dies bedeutet, dass es zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union einen völlig freien Verkehr von audiovisuellen Informationen gibt. Gleichzeitig ist jedoch zu erwähnen, dass es in Spanien Behörden gibt, die genau vor dieser so wichtigen kulturellen Freiheit Angst haben. Es ist so wichtig, dass dies in Europa durchgesetzt wurde, und dennoch werden innerhalb Spaniens einige Menschen daran gehindert, von anderen übertragene Fernsehprogramme zu empfangen. Diese Paradoxie wollte ich mit Ihnen teilen.

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN). – (PL) (*Das Mikrofon war zu Beginn ausgeschaltet.*) ... tragische Zeiten in der Geschichte der Menschheit. Während dieser Zeit haben Zigmillionen von Menschen den Tod gefunden. Viele dieser Opfer verloren ihr Leben in einem der zwölftausend deutschen Vernichtungs- und Konzentrationslager, die im Gebiet des Deutschen Reiches und in den besetzten Ländern betrieben wurden. Heute wird die Wahrheit über diese tragischen Jahre zu verdrehen versucht, und es wird verbreitet, dass es sich bei diesen Lagern um keine deutschen Lager handelte, sondern um polnische oder lettische. Eine führende Kraft hierbei ist die deutsche Presse. Vor kurzem schrieb *Die Welt*, dass Majdanek ein polnisches Konzentrationslager war.

In diesem Zusammenhang habe ich einen Entschließungsentwurf vorbereitet, um die Bezeichnung von Konzentrationslagern zu standardisieren, indem den Namen die Wörter „Deutsches Konzentrationslager“ bzw. „Nationalsozialistisches Konzentrationslager“ hinzugefügt werden. Meine Initiative wurde von der Fraktion Union für das Europa der Nationen angenommen. Ich habe jedoch leider erfahren, dass sie von der Konferenz der Präsidenten blockiert wurde.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union kann nur dann Bestand haben und sich entwickeln, wenn sie von historischer Wahrheit und der Achtung der Menschenrechte geleitet wird. Deshalb bitte ich meine Kolleginnen und Kollegen um die Unterstützung der UEN-Initiative, damit nie wieder jemand die Geschichte verdreht oder aus Henkern Opfer macht bzw. aus Opfern Henker macht.

Nicolae Vlad Popa (PPE-DE). – (RO) Da einige meiner ungarischen Kollegen sich kürzlich darüber beschwert haben, dass ihre Rechte in Rumänien nicht geachtet werden, möchte ich einige Fakten nennen.

Die bevorstehende Wahlkampagne sollte nicht zu Angriffen und Beleidigungen gegen einen rechtmäßigen Staat führen, der durch seine Gesetzgebung ein Modell der interethnischen Beziehungen in dem Gebiet bereitgestellt hat. Die rumänische Verfassung garantiert die Achtung der Rechte von Minderheiten.

Bürger ungarischer Herkunft sind in den lokalen Verwaltungsstrukturen proportional vertreten. Beispielsweise stellen die Parteien der ungarischen Minderheit 195 Bürgermeister und vier Bezirksratsvorsitzende, 2 684 Gemeinderäte und 108 Bezirksräte. Da sie in den oben genannten Gemeinde- und Bezirksräten die Mehrheit haben, können sie die Gemeindebudgets nach eigenem Ermessen verwalten. Genau dies ist die Bedeutung von lokaler Autonomie.

Auf parlamentarischer Ebene stellt die ungarische Minderheit drei Mitglieder im Europäischen Parlament und 22 Abgeordnete sowie neun Senatoren im nationalen Parlament, und sie war während der letzten 12 Jahre an der Regierung Rumäniens beteiligt. Die geäußerten Beschwerden gehören gänzlich zum politischen Wahlkampf.

Luis Yañez-Barnuevo García (PSE). – (ES) Herr Präsident, das Referendum in Venezuela endete mit dem Sieg der „Ja“-Kampagne. Dies wurde von der demokratischen Opposition gnädigerweise anerkannt.

Es ist auch wahr, dass es während der Kampagne keine Chancengleichheit gab und dass die regierende Partei von der überwältigenden Mehrheit des Staatsapparates unterstützt wurde, während die Opposition ständig Drangsalierung und Nötigung erfahren hat.

Sogar unter diesen Bedingungen war das Land praktisch in der Mitte geteilt, und es wird sehr schwierig sein, mit nur einer dieser Gruppen eine Zukunft aufzubauen. Die Europäische Union muss zum Wohle des Landes

den Dialog, die Einbeziehung und den Konsens zwischen den politischen Führern und den Führungskräften in der Gesellschaft fördern.

Intuitive Einstellungen, Verurteilung und Beleidigungen werden Venezuela nicht dabei helfen, einen demokratischen, pluralistischen und freien Weg einzuschlagen.

Aus diesem Grund kritisieren wir die Entscheidung der venezolanischen Regierung, ein spanisches Mitglied auszuschließen, und vor allem die Art und Weise, in der dies erfolgt ist. Allerdings rufen wir dieses Haus dringend dazu auf, zu verhindern, dass unsere Vertreter bei ihren Besuchen in Drittländern Erklärungen abgeben, die gegen geltende lokale Rechtsvorschriften verstoßen und vor allem ein Staatsoberhaupt beleidigen – ganz egal, wie kritikwürdig dieser sein mag. Solche Verhaltensweisen gefährden zukünftige Reisen des Europäischen Parlaments in andere Länder.

Marian Harkin (ALDE). – Herr Präsident, ich möchte mich auf das Thema der transparenten und genauen Kennzeichnung von Lebensmitteln beziehen, vor allem was Geflügel- und Schweinefleisch angeht.

Derzeit kann Fleisch von außerhalb der EU in die EU transportiert, erheblich umgeformt – damit meine ich, dass es mit Paniermehl oder Backteig umhüllt wird – und dann als EU-Erzeugnis gekennzeichnet und verkauft werden. Dies ist absoluter Unsinn, und die Kennzeichnung dient der Täuschung der Verbraucher. Wir brauchen Kennzeichnungen mit Angabe des Herkunftslandes, damit die Verbraucher begründete Entscheidungen treffen können.

Dann gibt es noch den Fall, dass gefrorenes Schweine- und Geflügelfleisch aufgetaut und dann als frisches Fleisch gekennzeichnet und verkauft wird. Dies ist nicht nur ein Beispiel für eine ungenaue Kennzeichnung, sondern auch eine potenzielle Gefahr für die menschliche Gesundheit.

Ich weise darauf hin, dass Hilary Benn, der Umweltminister des Vereinigten Königreiches, und der Schattenminister eindeutigere Kennzeichnungen gefordert haben. Ich bin mir sicher, dass dies in der EU bei vielen Unterstützung findet, da keiner Verbraucher täuschen möchte. Ich möchte die Kommission darum bitten, sich so schnell wie möglich mit diesem Thema zu befassen.

Hanna Foltyn-Kubicka (UEN). – (PL) Herr Präsident, bei einer Sitzung heute hat die Fraktion Union für das Europa der Nationen einstimmig einen Entschließungsentwurf angenommen, der die Ausrufung des 25. Mai zum Gedenktag für die Helden des Kampfes gegen den Totalitarismus fordert. Sein Text wird bald den Vertretern der höchsten Körperschaften der EU vorgelegt, Herrn Pöttering inbegriffen. Die Entscheidung fiel nicht zufällig auf den 25. Mai. An diesem Tag des Jahres 1948 wurde Rittmeister Witold Pilecki, der polnische Soldat, der sich freiwillig als Gefangener in das Vernichtungslager Auschwitz einliefern ließ, um dort eine Widerstandsbewegung zu organisieren, von den sowjetischen Behörden ermordet. Er flüchtete später und kämpfte bis zum Ende des Krieges gegen die Nazis. Nachdem die sowjetische Armee in Polen einmarschiert war, begann er einen Untergrundkampf gegen die nachfolgenden Besetzer. Pilecki war nur einer von vielen Europäern, die ihr Leben im Kampf gegen brutale totalitäre Systeme verloren. Viele von ihnen bleiben unbekannt; aber die Tapferkeit und das Engagement all dieser Menschen verdienen es, dass ihrer gedacht wird. Daher bitte ich Sie, Herr Präsident, um die Unterstützung der Initiative unserer Fraktion.

Alexandru Nazare (PPE-DE). – (RO) Die jüngste Geschichte der Europäischen Union hat zahlreiche Erfolgsgeschichten in Bezug auf den Schutz der Rechte von Minderheiten vorzuweisen. Dies gilt auch für die ungarische Minderheit in Rumänien. Diese Minderheit genießt eine Reihe von Rechten, einschließlich der Besetzung administrativer Stellen, und diese Rechte sind vom Präsidenten Rumäniens, Traian Băsescu, stets unterstützt worden.

Allerdings gibt es in anderen Bereichen noch viel zu tun, und ich möchte jetzt auf das Problem der Roma-Gemeinschaft zu sprechen kommen. Dieses Problem bietet die Möglichkeit, die Fähigkeit der Europäischen Union zur Integration stark von Ausgrenzung bedrohter Gruppen zu testen.

Der Fall des rumänischen Handballspielers, Marian Cozma, der von zwei Mitgliedern der Roma-Gemeinschaft Ungarns brutal ermordet wurde, zeigt uns erneut, dass Kriminalität keine Grenzen kennt und dass das Ignorieren der Probleme dieser Gemeinschaft kontraproduktiv ist.

Die Situation dieser Minderheit, die von Natur aus transnational und stark von Ausgrenzung bedroht ist, kann nur durch eine konzertierte Politik auf europäischer Ebene verbessert werden. In diesem Sinne habe ich, zusammen mit meinem Kollegen Rareș Niculescu, eine Entschließung über die Schaffung einer europäischen Agentur für Roma vorgelegt. Die EU hat zwar eine Strategie für die Roma-Minderheit, jedoch keine Agentur, um sie kohärent und wirksam zu implementieren.

Um auf internationaler Ebene eine maßgebende Rolle zu spielen und dabei den inneren Zusammenhalt zu wahren, muss die EU in der Lage sein, ein gesamteuropäisches Umfeld der Toleranz zu schaffen.

Vicente Miguel Garcés Ramón (PSE). – (ES) Herr Präsident, ich bin gerade erst aus Venezuela zurückgekehrt. Ich war von der Wahlbehörde des Landes als Mitglied einer internationalen Gruppe zur Unterstützung des Referendums am 15. Februar dorthin eingeladen worden.

Die europäischen Mitglieder der Gruppe haben dem Nationalen Wahlrat einen Bericht mit einer positiven Gesamtbewertung des Prozesses vorgelegt, und zwar in Bezug auf dessen Organisation, Transparenz, Teilnahme, Wahlfreiheit und -geheimnis sowie Sicherheit in allen Phasen.

Bezüglich der Äußerungen von Herrn Herrero zum venezolanischen Fernsehen kann ich Ihnen sagen, dass diese der Delegitimierung des Wahlverfahrens dienen, schwere Anschuldigungen gegen demokratische Institutionen in diesem Land enthielten und an Eingriffe in die Innenpolitik eines souveränen Landes grenzten.

Das Parlament sollte keine Art von Konfrontation mit den demokratischen Institutionen in Venezuela fördern. Es liegt allerdings an Herrn Herrero selbst, dem Haus eine Handlung zu erklären, die uns alle betrifft.

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE). – (RO) Ich weise die von meinen Kollegen Csaba Sógor und László Tóké gegen Rumänien erhobenen Anschuldigungen zurück.

Rumänien ist ein Mitgliedstaat der Europäischen Union, der NATO, des Europarates sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und achtet – in Einklang mit europäischen Standards – sowohl die Menschenrechte als auch die Rechte von Personen, die nationalen Minderheiten angehören. Rumänien wendet den Buchstaben und den Geist aller geltenden internationalen Verträge in diesem Bereich an.

Das Gesetz schreibt vor, die ungarische Sprache für Verwaltungsangelegenheiten in Orten und Landkreisen zu verwenden, in denen mehr als 20 % der Bevölkerung der ungarischen Minderheit angehören. Dieser Sachverhalt ist *de facto* und *de jure*. Rumänien bietet für Ungarn in Kindergärten, Grundschulen, Oberschulen, Fachhochschulen und Hochschulfakultäten, bis hin zum Master- und Doktorgrad, weitgehende Bildungsmöglichkeiten in ihrer Muttersprache an. In Gebieten, in denen ethnische Ungarn neben Rumänen leben, wird die Regel befolgt, dass Schulen für alle Kinder ungarischer Herkunft Unterrichtseinheiten in ungarischer Sprache anbieten. Nur für den Fall, dass auch Folgendes irgendwie in Vergessenheit geraten sein sollte: Die Babeş-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca hat drei Bereiche, in denen jeweils Rumänisch, Ungarisch oder Deutsch die Unterrichtssprache bildet. Zudem hat die Einrichtung eine gedeihende Entwicklung der Jüdischkeit sowie spezielle Plätze für Roma zu bieten.

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). – (HU) Herr Präsident, ich möchte den Machern der offiziellen Homepage des Europäischen Parlaments, dem Pressedienst des Europäischen Parlaments, zur Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit sowie zur Angabe von Ortsnamen in der nationalen Sprache der jeweiligen Webseite gratulieren. Dadurch können die Bürgerinnen und Bürger der EU Informationen zu den anderen 26 Ländern in ihrer Muttersprache abrufen. Auf der tschechischen Webseite über Deutschland wird Köln als Kolín angezeigt, während auf der französischen Webseite Cologne verwendet wird. Auf den slowakischen Seiten über Ungarn werden Städtenamen auf Slowakisch angezeigt, so wie es sein sollte. Deshalb sollte es für Ungarn, die in der Slowakei leben, genauso selbstverständlich sein, sich auf das Dorf oder die Stadt ihrer Geburt in ihrer Muttersprache – Ungarisch – zu beziehen.

Aus diesem Grund begrüße ich die Tatsache, dass das slowakische Parlament Rechtsvorschriften zur öffentlichen Bildung verabschiedet hat, die vorsehen, dass geographische Namen in den Textbüchern für Minderheitensprachen in der Sprache der Minderheit angegeben werden. Daher könnte bei Implementierung des Gesetzes der frühere Status quo wiederhergestellt werden, und die Ungarn werden wieder ungarische Ortsnamen verwenden können.

James Nicholson (PPE-DE). – Herr Präsident, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf das lenken, was sich gestern Morgen in meinem Wahlkreis zugetragen hat, als Landwirte dazu gezwungen wurden, vor Regierungsbüros Schlange zu stehen – in einigen Fällen zwei Nächte lang –, um Fördergelder aus dem Programm zur Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe zu beantragen.

Unsere zuständige Landwirtschaftsministerin hat sich dafür entschieden, diese Fördergelder nach dem Windhundverfahren zuzuweisen. Dies kann nur als unangemessenes Verfahren zur Zuweisung von EU-Fördergeldern für die Entwicklung des ländlichen Raumes beschrieben werden. Ich war froh zu hören, dass ein Beamter der Kommission gestern die Gültigkeit dieses Zuweisungsverfahrens in Frage gestellt hat.

Wir sind uns dessen bewusst, dass nicht alle Landwirte von diesem besonderen Finanzierungspaket profitieren können. Dennoch zeigt die Situation meiner Meinung nach ganz deutlich, in welcher Notlage die Landwirtschaft – auf jeden Fall meiner Region – sich befindet, wenn Landwirte Tage lang während der Wintermonate draußen Schlange stehen müssen, um sich bescheidene Summen von EU-Mitteln zu sichern.

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – (RO) Die Implementierung des Energie- und Klimapaketes setzt erhebliche Investitionen in Maßnahmen zur Verringerung von Treibhausgasemissionen voraus.

Gebäude sind für 40 % des Primärenergieverbrauches verantwortlich. Durch die Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden können der Primärenergieverbrauch und die Kohlendioxidemissionen verringert werden.

Die Kommission wird nächstes Jahr – zur Halbzeit des Zeitraumes 2007-2013 – zusammen mit den Mitgliedstaaten die operationellen Programme sowie den Grad der Absorption von Strukturfonds bewerten. Ich rufe die Mitgliedstaaten dazu auf, die Methode für die Verwendung von Strukturfonds zu überprüfen und dabei der Energieeffizienz in Gebäuden und der urbanen Mobilität für den Zeitraum 2010-2013 Vorrang zu geben.

Ich fordere die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, die vom EFRE für die Kosten in Zusammenhang mit der Förderung der Energieeffizienz in Gebäuden sowie der Nutzung von erneuerbaren Energien dem jeweiligen Mitgliedstaat zugewiesenen Gelder von 3 % auf 15 % zu erhöhen. Diese Erhöhung wird den Mitgliedstaaten größere Flexibilität bei der Verwendung der Strukturfonds bieten und dadurch ihre Absorption beschleunigen, vor allem während der aktuellen Wirtschaftskrise.

Ryszard Czarnecki (UEN). – (PL) Herr Präsident, ich möchte mit größter Trauer und Wut sagen, dass einer unserer Landsleute, ein polnischer Ingenieur, kürzlich in Pakistan zu Tode gekommen ist. Dennoch war auch er wieder nur ein weiterer Bürger eines EU-Landes, der in dieser Region zu Tode gekommen ist. Dies ist noch ein weiterer Tod, der die Existenz einer Welt der Anti-Werte zeigt, einer Welt von Menschen, die das, was in anderen Zivilisationen als heilig betrachtet wird, nämlich Menschenleben, nicht würdigen.

Ich denke, dass diese dramatische und fortlaufende Tatsache für uns ein weiteres Signal dafür sowie ein weiterer Ansporn dazu sein sollte, uns im Kampf gegen die Welt der Anti-Werte, aber auch im politischen Kampf und im Kontext – und dies sollte direkt gesagt werden – in einer gemeinsamen Front gegen den Terrorismus, zu vereinen. Ich denke, dass die Politiker in der Europäischen Union, die der Meinung sind, dass Terror ohne Gewalt bekämpft werden kann, sich irren.

Oldřich Vlasák (PPE-DE). – (CS) Die wachsende Wirtschaftskrise hat Auswirkungen auf alle Länder der Europäischen Union. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist jedoch kein Grund für uns, gegen die Grundsätze des gemeinsamen Marktes zu verstoßen. Ich möchte hier in diesem Haus gegen die Äußerungen des französischen Präsidenten, Nicolas Sarkozy, protestieren, der die französische Marke Peugeot dazu aufgerufen hat, ihr Werk in der tschechischen Stadt Kolín zurück nach Frankreich zu verlegen. Solche Äußerungen von Politikern, die Unternehmen während Krisenzeiten schützen und einschränken möchten, sind in keiner Weise zu rechtfertigen. Protektionismus und Versuche, ein Land in sich selbst zu verschließen, sind unerwünscht und unterminieren die Bedeutung der Europäischen Union.

Der Präsident der Niederlassung der Federal Reserve Bank in Dallas, Richard Fisher, hat gesagt,

dass Protektionismus wie eine Dosis Kokain für die Wirtschaft sei. Er könne sie zwar auffangen, mache aber süchtig und führe zum wirtschaftlichen Tod. Lassen Sie uns dies im Hinterkopf behalten, lassen Sie uns dem populistischen Druck standhalten, und lassen Sie uns trotz der Krise nicht die Nerven verlieren. Lassen Sie uns an den Prioritäten der tschechischen Präsidentschaft festhalten, und lassen Sie uns den Gedanken eines offenen Europas ohne Grenzen fördern.

Iuliu Winkler (PPE-DE). – Herr Präsident, in Rumänien wurde nach den Wahlen im November letzten Jahres eine große Koalitionsregierung gebildet, mit einem parlamentarischen Anteil von 73 % in den zwei Häusern des rumänischen Parlaments.

Eine der ersten von dieser Koalition ergriffenen Maßnahmen war die Ausarbeitung eines Programms, um die Führungspositionen der staatlich kontrollierten öffentlichen Institutionen und die öffentliche Verwaltung Rumäniens unter sich aufzuteilen.

Dies ist aus zweierlei Gründen inakzeptabel. Erstens führt dies zu erneuter Parteilichkeit in der staatlichen Verwaltung, was gegen das Gesetz zum Beamtenstatut verstößt. Zweitens hat die Maßnahme in den Regionen, in denen die ungarische Bevölkerung eine große Mehrheit bildet, auch einen gegen Minderheiten gerichteten

Aspekt: Ethnisch ungarische Beamte werden durch ethnisch rumänische Personen ersetzt. Am 8. Februar haben in Sfântu Gheorghe/Sepsiszentgyörgy, Rumänien, mehr als 3 000 Menschen bei einer öffentlichen Versammlung gegen die politischen Spiele der rumänischen Parteien protestiert und die Achtung der Rechte der ungarischen Bevölkerungsgruppen gefordert.

Nicodim Bulzesc (PPE-DE). – Herr Präsident, Bezug nehmend auf den Bericht über Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung möchte ich das Recht von Patienten auf Informationen über erhältliche Medikamente und verfügbare Behandlungsmöglichkeiten hervorheben. Europäische Patienten sollten Zugang zu qualitativ hochwertigen Informationen über die neuesten erhältlichen Medikamente, die Behandlungsoptionen im eigenen Land und im Ausland, die rechtlichen und finanziellen Implikationen einer Behandlung im Ausland, die Wiedererstattung der Behandlungskosten und viele andere Bereiche haben. Derzeit gibt es keine derartigen qualitativ hochwertigen Informationen. Es mag einige nationale Initiativen geben; aber es gibt nichts, das auf europäischer Ebene wirksam sein könnte.

Die Probleme, denen wir gegenüberstehen, sind europäisch. Aus diesem Grund unterstütze ich die Idee der Schaffung eines europäischen Gesundheitskompetenznetzwerkes. Ein solches Netzwerk sollte aus Patientenorganisationen aller Mitgliedstaaten bestehen und eng mit dem Gesundheitssektor und den politischen Entscheidungsträgern zusammenarbeiten. In der Hoffnung, die Kommission auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, 150 Millionen europäische Patienten besser zu informieren, habe ich eine schriftliche Erklärung über die Gesundheitskompetenz initiiert. Jeder von uns ist schon einmal Patient gewesen, und wir wissen nicht, wann das nächste Mal sein wird.

Maria Petre (PPE-DE). – (RO) Heute und morgen werden Sie in unserem Gebäude einigen jungen Studenten aus der Republik Moldau begegnen. Sie sind zum Europäischen Parlament gekommen, weil sie sich in ihrem eigenen Land nicht äußern können bzw. weil sie Vergeltungsmaßnahmen zu erwarten haben, wenn sie dies tun.

Alle Berichte der Europäischen Kommission, unsere Anhörungen in der Kommission zum Thema Menschenrechte und die Berichte der Zivilgesellschaft in Moldau zeigen uns, dass häufig gegen die freie Meinungsäußerung verstoßen wird und dass die Massenmedien nicht unabhängig sein können. 2008 wurde gegen Dutzende junger Menschen ermittelt, die Internetforen zur Meinungsäußerung nutzten, und es wurde ihnen mit einem Strafregistereintrag gedroht.

Zeigen Sie bitte Interesse an ihnen, laden Sie sie in ihre Büros ein, hören Sie ihnen zu, und unterzeichnen Sie die schriftliche Erklärung Nr. 13/2009, die für sie – diese Generation an der östlichen Grenze unseres geeinten Europas – erstellt wurde, um ihnen die Freiheit zu geben, sich zu äußern.

Avril Doyle (PPE-DE). – Herr Präsident, laut Richtlinie 2000/84/EG beginnt die Sommerzeit am letzten Sonntag im März und endet am letzten Sonntag im Oktober. Ich möchte die Verlängerung dieses Zeitraumes vorschlagen, um die vielen mit der Sommerzeit einhergehenden Vorteile für die Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt zu maximieren.

2005 wurde in den Vereinigten Staaten ein Programm zur Verlängerung der Sommerzeit um vier Wochen – drei zusätzliche Wochen im Frühjahr und eine weitere Woche im Herbst – implementiert. Es liegen bereits eindeutige Beweise dafür vor, dass damit dazu beigetragen wurde, den Energieverbrauch und die Kohlendioxidemissionen zu verringern. Tatsächlich kam ein Bericht des Energieministeriums der Vereinigten Staaten zu der Erkenntnis, dass durch die Verlängerung der Sommerzeit um vier Wochen genügend Energie eingespart wurde, um 100 000 Haushalte ein Jahr lang mit Strom zu versorgen. Vergleichbares ergibt auch eine neue Studie der Universität von Cambridge: Eine Verlängerung der Sommerzeit würde demnach zur Verringerung des Energieverbrauches und der Kohlendioxidemissionen führen, da während der Spitzenbelastungszeit zwischen 16.00 und 21.00 Uhr viele der teureren und Kohlenstoff emittierenden Hilfskraftwerke eingeschaltet werden.

Als Berichterstatterin für die Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems, das den Grundstein des im letzten Dezember von diesem Haus angenommenen Energie- und Klimapaketes der EU bildete, rufe ich Sie dringend dazu auf, diesen Vorschlag als einen Beitrag zum Erreichen des Zieles von 2 °C zu betrachten. Aus diesem Grund bitte ich um eine Überprüfung der Richtlinie zur Regelung der Sommerzeit.

Hans-Peter Martin (NI). – (DE) Herr Präsident! Zwei Anregungen: Es war heute immer wieder vom Vertrag von Lissabon die Rede. Man dürfte in diesem Haus wenigstens erwarten, dass ein Unterschied gemacht wird zwischen einem Gegner des Vertrags von Lissabon und einem EU-Gegner. Es ist auch zu wünschen, dass die Iren – wenn sie schon noch einmal abstimmen müssen – eine faire Chance bekommen und dass nicht so

manipuliert wird, dass die bisher geltenden Regeln, wonach Ja und Nein eine gleichberechtigte Chance bekommen, in der Öffentlichkeit aufzutreten, untergraben werden und man das dann als Sieg der Demokratie feiert – oder von was?

Der zweite Punkt: Hier wird natürlich in Bezug auf die herannahenden Wahlen zusehends Selbstlob betrieben. Ich möchte gerne anregen, dass untersucht wird, wie dieses Haus sich über die Jahre hinweg konkret zu den Problemen der Weltfinanzkrise verhalten hat und wer wie abgestimmt hat. Dann wird man nämlich herausfinden, dass die, die sich jetzt als Feuerwehr gebärden, zum großen Teil Brandstifter waren.

Danutė Budreikaitė (ALDE). – (LT) Diesen Januar hat die Europäische Kommission ein Paket mit weiteren Vorschlägen zur Finanzierung der im europäischen Plan für wirtschaftlichen Wiederaufschwung dargelegten Energie- und Breitbandnetzprojekte bereitgestellt. Es wird vorgeschlagen, diesen Projekten 5 Milliarden Euro zuzuweisen, und zwar unter Verwendung der 3,5 Milliarden Euro aus dem Agrarhaushalt 2008. Letzte Woche wurde der Vorschlag der Kommission jedoch von 6 Staaten blockiert. Es handelt sich dabei offensichtlich um genau die Länder, die die aktuelle finanzielle Vorausschau bilden und gefordert haben, die Zahlungen an den EU-Haushalt auf 1 % des BIP zu senken. Wir kehren wieder zu Nationalismus und Protektionismus zurück, die 50 Jahre lang – seit der Gründung der Gemeinschaft – konsequent abgelehnt worden sind. Meine Kolleginnen und Kollegen, nur Solidarität unter den Mitgliedstaaten kann uns dabei helfen, den Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen und die Zukunft Europas zu sichern.

Der Präsident. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

22. Überprüfung des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0037/2009) von Konrad Szymański im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Überprüfung des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (2008/2236(INI)).

Konrad Szymański, Berichterstatter. – (PL) Herr Präsident, ich hätte mich auch sehr gern an einen Vertreter des Rates gewendet; aber der Rat hat sich nicht dafür entschieden, jemanden zu dieser Aussprache zu schicken. Ich finde, dass dies schade und eine Unart ist. Ich denke, dass der Präsident sich mit diesem Sachverhalt befassen sollte.

Was das Thema der Nachbarschaft angeht, müssen wir zugeben und uns dessen bewusst sein, dass die die Europäische Union umgebenden Länder sich sehr dynamisch verändern. Deshalb brauchen wir Veränderungen in der Nachbarschaftspolitik. Die Union für den Mittelmeerraum ist unsere Antwort auf die Bedürfnisse des Südens, und die Schwarzmeersynergie ist die Antwort auf die Herausforderung, die mit der letzten Erweiterung der Europäischen Union intensiviert wurde. Die Östliche Partnerschaft ist eine zeitgemäße Antwort auf die Erwartungen unserer europäischen Nachbarn im Osten.

Um die Ziele zu erreichen, die wir in den letzten Jahren für die Nachbarschaftspolitik festgelegt haben, müssen die Bürger der Nachbarländer eine echte politische und wirtschaftliche Annäherung an die EU spüren. Dies ist der Grund dafür, weshalb der Schaffung einer echten Freihandelszone und schnellen Maßnahmen zur Senkung der Visumgebühren, mit dem Vorschlag der Visaliberalisierung für viele dieser Länder als letztendliches Ziel, eine solche Wichtigkeit beigemessen wird. Es sollte unser gemeinsames Ziel und in unserem gegenseitigen Interesse sein, Energie als eines der wichtigsten Ziele der Nachbarschaftspolitik aufzunehmen. Dies beinhaltet die Verwendung unseres Geldes für die Modernisierung unabhängiger Energieübertragungsnetze, vor allem im Osten und Süden. Nur auf diese Weise werden wir eine politische Annäherung an die Ukraine, an Georgien, an Moldawien, an Armenien und letztendlich an Aserbaidschan sowie in Zukunft – unter Aufrechterhaltung eines angemessenen Gleichgewichtes – an die fünf Republiken Zentralasiens erreichen.

Wenn wir über den östlichen Aspekt der Nachbarschaft sprechen, bringt uns dies zwangsläufig zu dem Problem Russland sowie zu unserer Partnerschaft mit diesem Land. Da wir heute an der Schwelle der Verhandlungen über ein neues Abkommen stehen, können wir jedoch nur eines sagen: Russland ist eine Herausforderung für die Sicherheit in unserer gemeinsamen Nachbarschaft. Es ist sehr schwierig, Russland in diesem Bereich als Partner zu sehen. Dies bringt uns zu dem grundlegenden politischen Problem der Osterweiterung der EU. Der Nachbarschaftsprozess ersetzt natürlich nicht den Beitritt; aber er kann im Fall

europäischer Länder nicht von der Aussicht auf eine Mitgliedschaft getrennt werden. Ohne diese Aussicht werden unsere Bemühungen deutlich beeinträchtigt sein.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu nutzen, um allen Koordinatoren für die auswärtigen Angelegenheiten der politischen Fraktionen, den Mitberichterstattern und dem Sekretariat des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vielmals zu danken. Ohne ihre Hilfe wäre es nicht möglich gewesen, einen Bericht vorzubereiten, der heute – wie sich durch die sehr geringe Anzahl der in der Plenarsitzung eingereichten Änderungsanträge zeigt – weitgehende Unterstützung genießt. Dies wird die Abstimmung morgen deutlich vereinfachen.

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, vor zweieinhalb Jahren haben das Parlament und der Rat den Vorschlag der Kommission zur Vereinfachung der externen Finanzinstrumente angenommen. Wir haben viele verschiedene Instrumente rationalisiert, darunter das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI). Es handelt sich dabei um ein sehr wichtiges Instrument, weil es unsere externe Zusammenarbeit stärker und politikgesteuerter macht und unsere finanziellen Mittel besser auf die Unterstützung wichtiger Bereiche ausrichtet.

Ich war sehr erfreut darüber, die Anmerkungen von Herrn Szymański zu lesen und festzustellen, dass er die ENPI-Verordnung für den Zweck der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern als adäquat und zulässig betrachtet. Die vorläufigen Ergebnisse unserer Überprüfung weisen genau in die gleiche Richtung.

Die ENPI-Landesprogramme untermauern die Umsetzung der ENPI-Aktionspläne und spiegeln den Ehrgeiz der EU und der Partnerländer wider. Sie sind in gewisser Hinsicht die Treibriemen für die politische und wirtschaftliche Reform, die wir über das ENPI fördern möchten. Zudem bieten Instrumente wie Partnerschaften und TAIEX Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, bei der Annäherung von Rechtsvorschriften und bei der Angleichung von Regelungen. Sektorbezogene Hilfe und Budgethilfe werden eingesetzt, um die vereinbarte Reformagenda zu voranzubringen. Die verschiedenen regionalen ENPI-Ansätze und -Dimensionen werden über spezifische regionale Programme unterstützt. Ein Mehrländerprogramm wurde erstellt, vor allem zur Umsetzung transparenter Initiativen, an denen alle Nachbarländer beteiligt sind, beispielsweise TEMPUS (Europaweites Programm zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich), Erasmus Mundus oder CIUDAD (Programm für die Zusammenarbeit bei der städtischen Entwicklung und den Dialog). Die innovative Komponente der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde erfolgreich lanciert.

All dies zeigt deutlich, dass das Abkommen von 2006 über die ENPI-Verordnung uns ein Werkzeug gegeben hat, mit dem wir greifbare Ergebnisse erbringen und liefern können. Es lässt sich immer etwas verbessern, und ich bin für Vorschläge stets dankbar.

Lassen Sie mich auch sagen, dass der Bericht, erstens, die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von Konsultationen mit der Zivilgesellschaft und den lokalen Behörden unterstreicht. Genau dies tun wir bereits.

Zweitens habe ich Ihre Forderung nach noch ehrgeizigeren Maßnahmen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zur Kenntnis genommen. Wie Sie wissen, stehen diese Themen bereits im Vordergrund unserer Zusammenarbeit mit Partnerländern; politische Reformen und verantwortungsvolle Staatsführung bilden den Kern der ENP. Wir haben uns auch Projekte zur Stärkung der Justiz zum Ziel gesetzt.

Lassen Sie uns jedoch ehrlich sein. Unsere Partner stehen vor wichtigen strukturellen Herausforderungen; wir können nicht erwarten, dass die Dinge sich über Nacht ändern. Lord Patten hat einmal gesagt hat, dass Demokratie kein Instantkaffee sei. Ich denke, dass dies wirklich stimmt.

Drittens fordert der Bericht weitere Ressourcen. Natürlich erhöhen weitere Ressourcen unseren Einfluss – das stimmt. In den ersten zwei Jahren mussten wir uns mehrmals an die Haushaltsbehörde wenden und zusätzliche Mittel beantragen, beispielsweise für Palästina und Georgien. Wir haben daher vorgeschlagen, für eine ehrgeizige Östliche Partnerschaft, die wir bald im Parlament diskutieren werden, auf neue Mittel zurückzugreifen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass ich sehr erfreut darüber bin, dass der Bericht den jüngsten Vorschlag der Kommission hinsichtlich der Östlichen Partnerschaft begrüßt, die unserer Meinung nach zusammen mit der Union für den Mittelmeerraum und dem Schwarzen Meer eine sehr wichtige multilaterale Dimension hat. Ich hoffe, in Zukunft weiterhin auf Ihre Unterstützung und Ihr Verständnis zählen zu können.

Danutė Budreikaitė, *Verfasserin der Stellungnahme des Entwicklungsausschusses*. – (LT) Das nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 geschaffene ENPI gilt für 17 Länder, von denen 15 als Entwicklungsländer

eingestuft sind. Das Instrument umfasst die neuen östlichen Nachbarn der EU: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, die Ukraine, Moldawien und Belarus.

Die Sicherheit unserer östlichen Nachbarn, vor allem die Energieversorgungssicherheit in der Ukraine und in Belarus, macht auch die Sicherheit der EU aus. Dies wurde zu Neujahr durch die Gaskrise zwischen der Ukraine und Russland deutlich, die bereits Tradition hat. Der militärische Konflikt in Georgien im letzten Sommer hat uns alle dazu gezwungen, über die Sicherheit der EU-Staaten und die Gefährdung der Unabhängigkeit nachzudenken.

Angesichts einer solchen Lage schlage ich erneut vor, eine Versammlung der östlichen Nachbarländer (EUROEAST), mit der Teilnahme des Europäischen Parlamentes und basierend auf den Grundsätzen der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer und der EuroLat-Versammlung, ins Leben zu rufen, und zwar mit Blick auf die Umsetzung des ENPI in den Ländern Osteuropas.

Ich bin erfreut darüber, dass dies auch im Bericht befürwortet wird.

EUROEAST würde dem Europäischen Parlament die Möglichkeit geben, allen Nachbarn und Entwicklungsländern die gleiche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Tunne Kelam, *Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung*. – Herr Präsident, ich möchte meinem Kollegen, Herrn Szymański, zu seinem sehr guten Bericht gratulieren. Im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung begrüße ich die Aufnahme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Anwendungsbereich der ENPI-Verordnung als ein Instrument zur Entwicklung gemeinsamer Projekte und zur Stärkung der Beziehungen zwischen ENP-Ländern und EU-Mitgliedstaaten.

Ich möchte gleichzeitig die Notwendigkeit der regelmäßigen Überwachung der Verwaltung und Umsetzung gemeinsamer operationeller Programme auf beiden Seiten der EU-Grenze hervorheben. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollte zur integrierten nachhaltigen Entwicklung zwischen benachbarten Regionen beitragen. Wir fordern von der Kommission die Vorbereitung einer detaillierten Übersicht über alle für den aktuellen Finanzzeitraum genehmigten gemeinsamen operationellen Programme und eine Bewertung dazu, inwieweit die Grundsätze Transparenz, Effizienz und Partnerschaft geachtet werden. Eine solche Bewertung und eine Aufstellung der häufigsten Probleme von Verwaltungsbehörden sollten dazu beitragen, für den nächsten Programmplanungszeitraum geeignetere Lösungen zu finden.

Ich würde außerdem die Kommission dazu ermutigen, den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen ENP-Programmen und -Projekten einerseits und dem im Rahmen des Zieles der europäischen territorialen Zusammenarbeit und im Rahmen der bereits abgeschlossenen Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA ergriffenen Maßnahmen andererseits zu fördern.

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ist zudem der Auffassung, dass das ENPI sich auf eine ausgewogene Strategie zwischen Ost und Süd, mit spezifischen Ansätzen für beide Gebiete, konzentrieren sollte.

Ioannis Kasoulides, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich möchte ebenfalls Herrn Szymański zu seinem umfassenden Bericht gratulieren, der bei der Abstimmung morgen die Unterstützung unserer Fraktion erhalten wird.

Ich möchte außerdem Kommissarin Ferrero-Waldner sowohl zum Erfolg des ENPI und der bevorstehenden Projekte – angesichts der Notwendigkeit einer vor allem unsere östlichen Nachbarn und Partner betreffenden Östlichen Partnerschaft – als auch zur Schwarzmeersynergie gratulieren. Wenn diese erst einmal konstituiert sind und eine eigene Identität annehmen – beispielsweise mit einer parlamentarischen Versammlung usw., wie im Fall des Mittelmeeres –, werden sie vielleicht eine ganz eigene Identität annehmen, sogar in Bezug auf die Art ihrer Finanzierung.

Ich stelle eine Art Rivalität – oder lassen Sie es uns Sorge nennen – unter den Mitgliedern fest. Wir haben gerade gehört, dass nichts zum finanziellen Nachteil von etwas anderem geschaffen werden soll. Dies sollte nicht passieren. Wir wissen, dass die Union für den Mittelmeerraum, die Östliche Partnerschaft, die Schwarzmeersynergie usw. im Interesse der Europäischen Union sind. Diese Vereinbarungen sollten keinen Anlass dazu geben, dass Ländern, die den Beitritt zur Europäischen Union anstreben, wieder und wieder gesagt werden muss, dass dies keine Alternative für eine Mitgliedschaft ist, um die sich einige sorgen.

VORSITZ: MANUEL ANTÓNIO DOS SANTOS*Vizepräsident*

Maria Eleni Koppa, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (EL) Herr Präsident, das Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument muss überarbeitet werden, um einfachere Verfahren zu gewährleisten und gleichzeitig die Transparenz zu verbessern. Die Grundlage für die Europäische Nachbarschaftspolitik ist die Schaffung eines Klimas des Vertrauens in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union.

Stärkeres wirtschaftliches Wachstum und Stabilität in allen Nachbarländern sind im Interesse aller, sowohl im Osten als auch im Mittelmeerraum. Es müssen jedoch für jedes Land, je nach dessen politischen Prioritäten in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte usw., spezifische Kriterien und Ansätze definiert werden. Es ist auch wichtig, dass die Gemeinschaftsbeihilfe alle interessierten Gruppen von Bürgern erreicht. Aus diesem Grund müssen die Fähigkeiten des Nachbarschaftsinstrumentes richtig gefördert werden.

Zum Erreichen dieser ehrgeizigen Ziele müssen die Mittel, wie im Finanzrahmen für 2007-2013 festgelegt, zwischen den Ländern Osteuropas und den Ländern des Mittelmeerraumes gleichmäßig verteilt werden. Der Barcelona-Prozess sollte durch die Europäische Nachbarschaftspolitik ergänzt werden, und die Ziele müssen eindeutig definiert sein.

Vor allem jetzt, da die Wirtschaftskrise sich auf alle vom Nachbarschaftsinstrument profitierenden Länder auswirkt, muss deutlich gemacht werden, dass die Europäische Union dazu beiträgt, die Krise durch finanzielle Hilfe anzugehen. Aus diesem Grund sollte die Europäische Kommission Bewertungen bezüglich dieser Frage veröffentlichen.

Ich möchte abschließend die Schwarzmeersynergie erwähnen: Diese Region muss in die Europäische Nachbarschaftspolitik einbezogen werden. Die Unterstützung seitens der Europäischen Union für diese regionale Zusammenarbeit muss darauf ausgerichtet sein, greifbare Ergebnisse in bestimmten vorrangigen Sektoren, beispielsweise Energie, Transport, Immigration und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, zu erbringen.

Metin Kazak, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, ich unterstütze den Bericht von Herrn Szymański voll und ganz, vor allem den Vorschlag zur Erhöhung der Finanzausstattung für das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument. Wir müssen uns stärker auf unsere Nachbarländer einlassen, vor allem nach den drei Konflikten, die sich in den letzten sechs Monaten in Gaza, in der Ukraine und in Georgien ereignet haben.

Eine beträchtliche Anzahl der von unserer Fraktion vorgeschlagenen Änderungsanträge, einschließlich der von mir als Schattenberichtersteller vorgeschlagenen 11 Änderungsanträge, ist vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten angenommen worden. Ich möchte jetzt jedoch zwei weitere Änderungsanträge im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa einreichen.

Während ich der Idee der weiteren Zusammenarbeit mit der Türkei und mit Russland zur Lösung bestimmter anhaltender Konflikte und zur Stärkung der Beziehungen zwischen den Ländern der Schwarzmeerregion zustimme, könnte die Formulierung in Absatz 39 zu Verwirrung führen. Die Zusammenarbeit bezüglich der Schwarzmeerregion umfasst vier unterschiedliche Ebenen: die Mitgliedstaaten, die Beitrittskandidaten, die zur Europäischen Nachbarschaftspolitik gehörenden Länder und Russland, als strategischer Partner.

Als Beitrittskandidat ist die Türkei nicht Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik und profitiert von der Heranführungshilfe – nicht vom Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument. Daher wird die Europäische Nachbarschaftspolitik sicherlich keine angemessene Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Türkei bieten.

Plattformen für die Zusammenarbeit mit den Ländern der Schwarzmeerregion gibt es bereits. Vielleicht sollten wir versuchen, Verbindungen zwischen diesen regionalen Initiativen zu schaffen, um diese Synergie zu stärken, statt nach neuen Formen der Zusammenarbeit zu suchen.

Bei dem zweiten Änderungsantrag geht es um die Energiefrage. Absatz 44 des Berichtes bezieht sich nur auf die Ukraine und Moldawien, obwohl die meisten unserer Nachbarn – als Herkunfts- oder Transitländer – wichtige Länder für den Energiesektor sind. Ich denke dabei vor allem an Georgien und Aserbaidschan, deren Bedeutung mit der Lancierung des Nabucco-Projektes, das das Thema einer internationalen Konferenz in

Januar war, zunehmen wird. Daher sollten die Maßnahmen im Energiebereich meiner Meinung nach alle Länder in unserer Nachbarschaft einbeziehen.

Hanna Foltyn-Kubicka, *im Namen der UEN-Fraktion.* – (PL) Herr Präsident, die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde mit dem Ziel entwickelt, die im Programm enthaltenen Länder in die Strukturen der Europäischen Union zu integrieren. Dies setzt eine starke Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Politik voraus, ohne dabei einige Länder auf Kosten anderer zu bevorzugen. In diesem Zusammenhang fällt es schwer, die Unterschiede in Bezug auf die Verteilung finanzieller Mittel zwischen den Mittelmeerstaaten und den östlichen Staaten – zum Nachteil der zweiten Gruppe – nachzuvollziehen.

Die Idee, die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) nach diesen Regionen zu separieren, ist angesichts der unterschiedlichen Probleme dieser Regionen gerechtfertigt. Dies kann allerdings keine Rechtfertigung für die Ungleichheit in Bezug auf die Verteilung der finanziellen Mittel sein. Dies erscheint vor allem angesichts der Tragödie unbegründet, die kürzlich eines der Länder der ENP getroffen hat: Georgien. Gerade jetzt brauchen die Bürger Georgiens unsere Hilfe und das Gefühl, dass sie dieselbe Behandlung erfahren wie die anderen Länder, die innerhalb der Europäischen Union arbeiten.

Ein anderes wichtiges Ziel, das mit der ENP erreicht werden sollte, ist die Energieversorgungssicherheit. Die derzeitige Krise in Europa ist jedoch ein offensichtlicher Ausdruck der Inkohärenz der Grundsätze der Zusammenarbeit im Rahmen der Nachbarschaftspolitik. Die Krise hat zweifellos gezeigt, dass es eine Notwendigkeit dafür gibt, Maßnahmen im Rahmen dieser Politik festzulegen und den Energiesektor als Teil der Östlichen Partnerschaft zu stärken. Ich bin froh, dass die Europäische Kommission dieses Problem erkannt hat und eine genau solche Politik einführen möchte.

Cem Özdemir, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (DE) Herr Präsident, Frau Kommissarin, sehr geehrte Damen und Herren! Auch von meiner Seite zunächst Dank an den Berichterstatter, Herrn Szymański, für den sehr guten Bericht. Das Instrument der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik (ENPI) kann nur dann ein wirksames Instrument sein, wenn es Anreize für demokratische Reformen bereithält und eine nachhaltige, d. h. ökologische und gerechte Entwicklung fördert.

Um die Wirksamkeit dieses Instruments überprüfen zu können, müssen für alle Aktionspläne im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik klare, konkrete und messbare Ziele definiert werden. Wir Grüne fordern insbesondere, dass die Kohärenz bei allen Menschenrechtsinstrumenten im Rahmen der ENP-Aktionspläne erfüllt sein muss, sowie eine gründliche Untersuchung der so genannten Justizprojekte, die durch das Instrument der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik gefördert werden.

Ein weiterer, wichtiger Punkt, den auch der Bericht zu Recht betont, ist die stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an Gestaltungs- und Überwachungsprozess des ENPI. Der Georgien-Krieg im Sommer 2008 verdeutlichte, dass die Europäische Union bis dahin keine nachhaltige Politik zur Konfliktbewältigung in der Kaukasus-Region entwickelt und umgesetzt hat.

Immer noch stellen die so genannten „frozen conflicts“, wie beispielsweise in Berg-Karabach, ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik in der Region Südkaukasus dar. Wir fordern deshalb den Rat auf, sich aktiver um die Konfliktbewältigung zu bemühen. Die Europäische Union hat mit diesem Instrument die Chance, eine aktive Rolle in ihrer Nachbarregion zu spielen, um demokratische Reformen und eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.

Nicht zuletzt um ihre – also unsere – Glaubwürdigkeit zu bewahren, muss die Europäische Union endlich anfangen, die Demokratie- und Menschenrechtsklauseln in ihren Abkommen mit Drittstaaten ernst zu nehmen und Konsequenzen zu ziehen, im Idealfall positive, und wenn notwendig, negative.

Zbigniew Zaleski (PPE-DE). – (PL) Herr Präsident, ich möchte unserem Kollegen, Herrn Szymański, für den guten Bericht danken und darauf eingehen, weshalb die Nachbarschaftspolitik für uns so wichtig ist. Wir müssen diese Frage beantworten. Zunächst einmal: Weder die Europäische Union noch Europa sind eine Art isolierte Insel. Die EU befindet sich in Europa, und dies ist wichtig für uns, umso mehr, als wir ehrgeizig sind und unsere Werte, unsere Ideen und unsere Erfahrungen in andere Länder „exportieren“ möchten.

Ich denke, dass es neben den größeren Entscheidungen – den Transport, die Energie, den freien Handel und den gegenseitigen Austausch betreffend – auch kleinere Themen gibt, die sehr bedeutend sind, beispielsweise Bildung, wissenschaftlicher sowie kultureller Austausch und vor allem Kontakte zwischen Menschen. Ich sehe die Europäische Union als eine Familie, die aus miteinander kommunizierenden Menschen besteht.

Europa wird – zumindest wie ich die Dinge sehe – dann stark sein, wenn all seine Teile eine Rolle zu spielen haben und dieser Rolle gerecht werden können. Aus diesem Grund müssen nicht nur die Länder der EU einbezogen werden, sondern auch ihre Nachbarn.

Frau Kommissarin, ich denke, dass wir den Aufbau der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft, die eine interessante Struktur ist, jetzt größtenteils abgeschlossen haben. Wie unsere Kollegin der Fraktion Union für das Europa der Nationen gesagt hat, stellen wir sehr viel Geld zur Verfügung, vielleicht zu viel. Jetzt sollten wir die Idee von EUROEAST stärken. Dies ist sehr wichtig, und ich denke, dass niemand nach der jüngsten Krise irgendwelche Zweifel daran hat, dass es sich hierbei um eine Dimension handelt, die für uns sehr, sehr bedeutend ist. Es geht hierbei um die Gemeinschaft und um regionale Programme, die unterstützt werden sollten, was aber leider finanzielle Unterstützung erfordert. Hierfür sollten angemessene Beträge beiseite gelegt werden. Wir treffen hier gute Entscheidungen, die die Länder und Nachbarn in Zusammenarbeit und während der Arbeit an gemeinsamen Projekten umsetzen werden.

Aloyzas Sakalas (PSE). – Herr Präsident, 2008 wurden mehrere neue regionale Initiativen unter dem Dach der Europäischen Nachbarschaftspolitik lanciert. Obwohl das Finanzinstrument 2006 konzipiert wurde, erwies es sich als ausreichend effektives Werkzeug, da es zukunftsorientiert war.

Die EU hat beschlossen, die multilaterale und regionale Zusammenarbeit mit und zwischen ihren Nachbarländern zu stärken. Das Instrument ermöglicht der EU bereits die Kofinanzierung durch andere internationale Organisationen und die Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Organisationen in ihrer Nachbarschaft. Lassen Sie uns diese Chancen aktiv nutzen.

Der zweite Punkt betrifft die Verteilung der Mittelausstattung zwischen unseren Nachbarn am südlichen und östlichen Ufer des Mittelmeeres und unseren Nachbarn im Osten. Dies läuft letztendlich auf die Frage der Glaubwürdigkeit von EU-Politik hinaus. Aus diesem Grund muss die EU sich an ihre Verpflichtungen halten und die geographische Verteilung der Mittelausstattung gemäß der finanziellen Vorschau für die Jahre 2007-2013 beibehalten.

Es gibt zwischen den Nachbarn jedoch noch eine weitere wichtige Zuweisungslücke. Ich spreche von der Lücke in den für Programme im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in den zukünftigen Demokratien zugewiesenen Mitteln. Zwischen 2007 und 2010 werden 21 % der Gesamtmittel für die östlichen Nachbarn zur Unterstützung der demokratischen Entwicklung zugewiesen. Bei den südlichen Nachbarn sind es jedoch nur 5 %. Ich bitte die Kommission darum, dieses Anliegen zu berücksichtigen.

Grażyna Staniszevska (ALDE). – (PL) Herr Präsident, die Finanzierung von Initiativen für den Mittelmeerraum und die zukünftige Östliche Nachbarschaft im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrumentes sollte nicht, wie es heute der Fall ist, zum Nachteil einer dieser Regionen erfolgen. Es ist wichtig, den besonderen Charakter sowohl der östlichen als auch der südlichen Partnerländer zu berücksichtigen.

Jüngste geopolitische, unsere östlichen Nachbarn betreffende Ereignisse haben deutlich gemacht, dass es auch eine Notwendigkeit dafür gibt, die Europäische Nachbarschaftspolitik besser an die Bedürfnisse der Region anzupassen. Die Ukraine kann als Beispiel dienen. Dem größten östlichen Nachbar der Europäischen Union sollten im Rahmen der Östlichen Nachbarschaft spezifische Anreize und Vorteile geboten werden, die auf ein Land mit europäischen Ambitionen einen motivierenden Einfluss haben werden. Zusätzlich hierzu wäre es außerdem wichtig, die Schaffung einer Freihandelszone zu beschleunigen und die Gespräche mit der Ukraine bezüglich der Visumfreiheit abzuschließen.

Die ENP umfasst nicht bloß die Aktivitäten von Regierungen und nationalen Politikern. Daher freut es mich, dass die Notwendigkeit des stärkeren sozialen Engagements seitens der Bürger und lokalen Behörden bezüglich der Planung und Umsetzung der ENP im Bericht hervorgehoben wird. Wir sollten uns aber auch vor Augen halten, dass es zur Gewährleistung einer guten, wirksamen und beiderseitig nutzbringenden Zusammenarbeit extrem wichtig und wertvoll ist, einen Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren sowie Schulungsmaßnahmen zu haben, darunter Programme zum Erlernen der Sprachen der Nachbarländer.

Pierre Pribetich (PSE). – (FR) Herr Präsident, ich möchte zunächst meinem Kollegen, Herrn Szymański, zu seinem ausgewogenen Bericht über die Überprüfung des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrumentes gratulieren.

Lassen Sie uns daran denken, dass das Hauptziel dieses Berichtes darin liegt, neue Trennlinien oder – schlimmer noch – Spaltungen zwischen der erweiterten Europäischen Union und ihren unmittelbaren geographischen

Nachbarn zu vermeiden, aber auch die Stabilität und Sicherheit des betreffenden Gebietes als Ganzes zu erhöhen.

Die Verbreitung von Frieden ist ein oft geäußelter Wunsch, der jedoch sehr häufig durch die Gegebenheit von Hass und Intoleranz behindert wird. Folglich wird das internationale geopolitische Ansehen Europas teilweise durch das richtige Funktionieren dieser Politik bestimmt.

Wie können wir dieses Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument wirksam überprüfen? Das Wichtigste kann in nur einem Wort zusammengefasst werden: Ehrgeiz.

Mehr Ehrgeiz in den Dialogen mit der Zivilgesellschaft und den lokalen Behörden, um sie stärker in die Idee und Kontrolle der Umsetzung dieses Instrumentes einzubeziehen.

Mehr Ehrgeiz in Bezug auf Beihilfen, mit dem Ziel der Verbesserung administrativer, lokaler und regionaler Fähigkeiten in den Nachbarländern sowie der Förderung von Austauschprogrammen für die Zivilgesellschaft.

Mehr Ehrgeiz in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Diese Budgethilfe muss jedoch einem Auswahlprozess unterliegen, um sie nur denjenigen zugänglich zu machen, die sie nutzen können – mit einem länderspezifischen Ansatz, unter Berücksichtigung politischer Auflagen und ohne die Verbesserung der Bewertung von Politiken außer Acht zu lassen. Es ist außerdem zwingend erforderlich, die Beziehung zwischen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, einer Rahmenpolitik *par excellence*, und regionalen Initiativen, beispielsweise die Schwarzmeersynergie, die Union für den Mittelmeerraum und die zukünftige Östliche Partnerschaft, zu klären.

Durch die Beschränkung von Politiken auf zunehmend begrenzte geographische Gebiete laufen wir Gefahr, die grundsätzliche Richtung, Sichtbarkeit und Transparenz der Nachbarschaftspolitik zu verlieren, die die Europäische Union verfolgen möchte.

Dies ist der Preis, zu dem wir die Kohäsion und Synchronisierung der Union verbessern werden, zu dem unser dediziertes Budget übergreifend für die gewünschten Richtungen bereitgestellt wird und zu dem die Europäische Union letztendlich ihre Rolle als Zentrum der Stabilität voll einnehmen wird.

Nicolae Vlad Popa (PPE-DE). – (RO) Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument hat einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten der Europäischen Union geleistet.

Eine Finanzierungsoption ist die Nachbarschaftsinvestitionsfazilität, an der die EU-Mitgliedstaaten – zusätzlich zu dem aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument zugewiesenen Betrag – durch die Bereitstellung von Mitteln teilnehmen können. Wir sind uns dessen bewusst, dass hierbei die finanziellen Mittel, von denen das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument profitiert, nicht ausreichen, um die ehrgeizigen Ziele für diesen Bereich zu erreichen.

Wir rufen die Europäische Kommission dringend dazu auf, eine Analyse bezüglich der zukünftigen Zuweisung konsistenterer Beträge zu diesem Instrument durchzuführen, vor allem dann, wenn andere Initiativen, wie die Schwarzmeersynergie, ebenfalls mit angemessenen finanziellen Mitteln unterstützt werden müssen. Rumänien unterstützt die Relevanz der Schwarzmeerregion für die Europäische Union und wird dies auch weiterhin tun, weil die Region klare Chancen in Bezug auf Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung, Energieversorgungssicherheit, Sicherheit von Bürgern und Umweltschutz bietet.

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – (RO) Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument kann und muss in der Schwarzmeerregion verstärkt verwendet werden. Meiner Ansicht nach ist die Synergie in der Schwarzmeerregion positiv. Ich denke jedoch, dass diese Region von besonderer geostrategischer Bedeutung ist und einen strukturierteren Rahmen für die Zusammenarbeit verdient, basierend auf einem Modell mit derselben Reichweite wie das nordische Modell oder die Union für den Mittelmeerraum.

Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument sollte stärker zur Entwicklung von Verkehrsverbindungen zwischen der Europäischen Union und dem Schwarzen Meer sowie zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau und der Ukraine beitragen. Rumänien würde gern mehr Programme für die Zusammenarbeit zwischen Städten in Rumänien und der Republik Moldau entwickeln. Ich begrüße die Lancierung des Programms CIUDAD (Programm für die Zusammenarbeit bei der städtischen Entwicklung und den Dialog), das die Entwicklung des Dialoges zwischen Städten fördert.

Der Ausbau von Gemeinschaftshäfen am Schwarzen Meer, der Bau von Flüssiggasterminals sowie die Entwicklung von Bahn- und Straßenverbindungen zwischen den Staaten der Schwarzmeerregion und den Mitgliedstaaten müssen zu den Prioritäten zählen, für die dieses Instrument verwendet wird. Meiner Meinung nach muss dieses Instrument auch für die Zusammenarbeit im Energiesektor sowie zur Erweiterung und Integration der Infrastruktur für den Transport von Elektrizität in die Region der westlichen Balkanstaaten verwendet werden.

Der Präsident. – Ich muss mich bei Herrn Alexandru Nazare entschuldigen. Wir haben ihm aufgrund eines Fehlers seitens des Präsidiums während des normalen Verfahrens nicht das Wort erteilt, obwohl er auf der Liste war. Ich werde ihm nach dem „catch the eye“-Verfahren das Wort erteilen.

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN). – (PL) Herr Präsident, ich möchte die Aufmerksamkeit auf drei Themen in dieser Aussprache lenken. Erstens ist es äußerst wichtig, in Einklang mit den Bestimmungen der finanziellen Vorschau für 2007-2013 eine geographische Einteilung hinsichtlich der finanziellen Hilfe der EU für die Mittelmeerländer und die Länder Osteuropas beizubehalten und außerdem diese Länder weiterhin in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank zu unterstützen. Die von der EIB für die Jahre 2007-2013 vorgesehenen Teilobergrenzen für Darlehen an diese Länder – 8,7 Milliarden Euro für die Mittelmeerländer und nur 3,7 Milliarden Euro für die östlichen Länder und Russland – wirken aus dem Blickwinkel der osteuropäischen Länder nachteilig, und zwar in dem Sinne, dass sie in keinem Verhältnis zu ihren Bedürfnissen stehen.

Zweitens ist es äußerst wichtig, die Zusammenarbeit im Bereich der Energie mit diesen Ländern im Rahmen der Östlichen Partnerschaft zu fördern und Bedingungen zu schaffen, die die Versorgung Europas mit Energieressourcen aus diesen Ländern gewährleisten und Europa dadurch Alternativen hinsichtlich der Energieversorgung bieten. Drittens und schließlich ist es äußerst wichtig, die wirtschaftliche Integration der EU mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu vertiefen, und zwar durch die Erweiterung der Freihandelszone zur Einbeziehung dieser Länder sowie durch soziale Integration, deren letztendliches Ziel die Abschaffung der Visumpflicht für die Einwohner der ENPI-Länder sein sollte.

Daniel Petru Funeriu (PPE-DE). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn wir eine Politik für die Nachbarstaaten der Europäischen Union ausarbeiten, dürfen wir nicht das demokratische Defizit in diesen Ländern ignorieren. Es handelt sich um ein demokratisches Defizit, das auf ihre Geschichte zurückzuführen ist. Zur Schaffung einer demokratischen Gesellschaft müssen alle Bürger dieser Länder ein Demokratiebewusstsein haben.

Der Bericht befasst sich – und dies obendrein zu Recht – mit den Kontakten zwischen Menschen, und ich möchte Sie gern Folgendes fragen: Welchen besseren Weg zur Ermöglichung von Kontakten zwischen Menschen gibt es, als den Bürgern dieser Länder die freie Einreise in die Europäische Union zu ermöglichen?

Ich rufe daher den Rat dazu auf, es den Bürgern der Republik Moldau – übrigens das einzige Land, das eine offizielle Sprache der Europäischen Union teilt – zu ermöglichen, ohne Visum in die Europäische Union einzureisen. Bis zur Ergreifung einer solchen Maßnahme möchte ich die Kommission natürlich darum bitten, alles Erdenkliche zu unternehmen, um die „gemeinsame Visumantragsstelle“ in Chişinău zum Laufen zu bringen. Wir müssen ein echtes Exempel statuieren.

Corina Creţu (PSE). – (RO) Während der letzten sechs Monate stand die Europäische Union vor einer Reihe von Herausforderungen, die ihre Rolle, Kohäsion sowie Handlungs- und Reaktionsfähigkeit in Frage gestellt haben.

Die Krise in Georgien und die Gaskrise haben uns verdeutlicht, dass wir uns nicht ständig Gefahren aus dem Osten aussetzen können, die die internationale Stabilität und unsere Energieversorgungssicherheit betreffen.

Ich begrüße eine wie in diesem Bericht vorgeschlagene ehrgeizige Östliche Partnerschaft, umso mehr, als sie eine wirksamere Zusammenarbeit und die Unterstützung des Wiederaufbaus Georgiens zum Ziel hat, während sie gleichzeitig für die Zukunft die Schaffung einer Freihandelszone sowie die Abschaffung der Visumpflicht für die Europäische Union vorschlägt.

Dennoch denke ich, dass wir der Lage in der Republik Moldau, aus der wir beunruhigende Signale bezüglich der freien Meinungsäußerung und der Integrität der im Frühjahr stattfindenden Wahlen erhalten, größere Bedeutung beimessen müssen.

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE). – (RO) Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument ist für den Erfolg der Europäischen Nachbarschaftspolitik von entscheidender Wichtigkeit, vor allem was die Östliche Partnerschaft und die Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion betrifft.

Das Projekt der Östlichen Partnerschaft kann nur dann erfolgreich sein, wenn es über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügt, um klare Ziele zu erreichen. Gleichzeitig müssen wir die Mechanismen zum Auswerten der Auswirkungen von Maßnahmen und Finanzierungshilfen, die für die Östliche Partnerschaft durchgeführt oder gewährt werden, optimieren, damit die europäische Unterstützung nicht von einigen Regierungen unterschlagen oder missbräuchlich zur Bekämpfung der politischen Opposition verwendet wird.

Unsere Maßnahmen müssen stets gut durchdacht sein, damit Bürger durch sie letztendlich spezielle Vorteile erlangen. Ich denke, dass bei den europäischen Finanzmitteln, die im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments zur Verfügung gestellt werden, Maßnahmen Priorität erhalten sollten, die auf die grenzübergreifende Zusammenarbeit in dem Gebiet abzielen, um das es bei der Östlichen Partnerschaft geht.

Durch die grenzübergreifende Zusammenarbeit soll vor allem erreicht werden, dass ein entscheidender Beitrag zur regionalen Entwicklung geleistet sowie Vertrauen zwischen benachbarten Staaten und interethnische Harmonie hergestellt werden. Gleichzeitig können die Freizügigkeit von Menschen und uneingeschränkte Handelsflüsse zwischen Ländern besonders vorteilhafte Multiplikatoreffekte haben.

Alexandru Nazare (PPE-DE). – (RO) Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument ist entscheidend, wenn in dieser Gegend Stabilität, Demokratie und Wohlstand gewährleistet werden soll. Darüber hinaus transformiert dieses Instrument das Konzept einer Grenze, das bisher für Einengung und Ausschluss stand, in ein Verständnis von Zusammenarbeit und politischen Kontakten.

Kürzlich eingetretene Ereignisse östlich der EU, die bereits in diesem Haus erwähnt wurden, nämlich die Gaskrise und die Krise in Georgien, haben wieder einmal gezeigt, wie dringend wir eine Strategie benötigen, durch die sich gewährleisten lässt, dass die Europäische Union in diesem geopolitischen Raum eine aktive Rolle spielt. Im Umgang mit dem Gebiet östlich unserer Grenzen müssen wir einen kohärenteren Ansatz verfolgen. Wir brauchen klare Ziele, die den Interessen der EU und den besonderen Bedürfnissen unserer Partner gerecht werden.

Ich befürworte Initiativen wie die Schwarzmeersynergie und die Östlichen Partnerschaft, durch die die Zusammenarbeit mit den Ländern dieser Region – besonders mit der Republik Moldawien und der Ukraine wie auch mit den Staaten im Kaukasus und der Region des Kaspischen Meeres – gefestigt wird, in jeglicher Hinsicht. Wir müssen uns auch aktiver auf dem Gebiet des Schwarzen Meeres engagieren, um so eine Grundlage für die Konsolidierung der Beziehungen zur Türkei und zu Russland zu etablieren, da diese Länder, also die Türkei und Russland, zu den Nachbarstaaten der Europäischen Union zählen.

Die Partnerschaft stellt für Länder, die sich für die Mitgliedschaft bei der Europäischen Union bewerben möchten wie beispielsweise die Republik Moldawien, zudem einen willkommen Anreiz dar. Durch diese Partnerschaft engagiert man sich auf beiden Seiten wesentlich mehr.

Aber auch über die EURONEST-Initiative möchte ich ein paar Worte sagen, denn diese Initiative ist nur ein Beispiel für eine spezifische Lösung zur besseren Anwendung des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments in Ländern wie Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine oder Belarus.

Die Anwendung dieser Strategie kann nur verbessert werden, wenn mehr Finanzhilfe geleistet wird. Es reicht aber nicht, dieses Finanzpaket zu vergrößern, wir müssen auch stark darauf achten, wie diese Mittel ausgegeben werden.

Es ist meiner Meinung nach zwingend erforderlich, im Hinblick auf die beim Zuweisen von Mitteln genutzten Finanzmechanismen Transparenz zu gewährleisten. Auch glaube ich, dass bei der Ressourcenzuweisung die Zivilgesellschaft der Partnerländer an gemeinsam durchgeführten Projekten beteiligt und die Mobilität der Bürger dieser Länder unter anderem durch vereinfachte Visumsanforderungen gefördert werden muss.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich glaube, dass bei dieser Diskussion über das ENPI bereits Punkte der Kommissionsmitteilung über die Östliche Partnerschaft behandelt worden sind. Viele der von Ihnen angesprochenen Aspekte sind in der Mitteilung zur Östlichen Partnerschaft enthalten,

und ich bin mir sicher, dass Sie zu gegebener Zeit mit dem Inhalt sehr zufrieden sein werden. Zumindest hoffe ich das.

Lassen Sie mich bitte einige Dinge erwähnen. Ich bin natürlich für viele der Vorschläge sehr dankbar. Bei dieser Östlichen Partnerschaft geht es darum, dass wir mit unseren östlichen Partnern, also der Ukraine sowie mit Moldawien und Belarus, im Bedarfsfall im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte, aber auch mit den drei im Kaukasus liegenden Ländern zusammenarbeiten möchten, und zwar in diesem Fall im Hinblick auf handelspolitische Aspekte, um tiefgreifende Assoziierungsabkommen abzuschließen, sowie auf Energiefragen und erhöhte Mobilität. Hinsichtlich Ihres Vorschlags, Visumsfreiheit zu gewähren, werden wir damit beginnen, Visumserleichterungen durchzusetzen, obwohl auch dies nicht ganz einfach ist, da sich viele Mitgliedstaaten noch dagegen aussprechen. Und dann gibt es natürlich noch all die unterschiedlichen Plattformen, die ich bereits erwähnt habe: beispielsweise eine Plattform für die Zivilgesellschaft, für Energie und für Transport. Auf diesen Plattformen können Erfahrungen, die mit bewährten Vorgehensweisen gemacht worden sind, ausgetauscht werden.

In Bezug auf die Finanzierung kann ich leider nur sagen, dass ich mir keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Natürlich sage ich als Initiatorin der Nachbarschaftspolitik stets, dass ich gern mehr Mittel hätte. Sie sind eine äußerst wichtige Haushaltsinstanz, und deshalb möchte ich Sie bitten, uns in Zukunft eine Chance zu geben und uns in dieser Sache zu unterstützen. Dies gilt sowohl für die Union für den Mittelmeerraum im Süden als auch für die Östliche Partnerschaft und das ENPI im Osten.

Die Finanzierung beträgt derzeit jährlich 3,6 Euro pro Kopf im Osten und 3,4 Euro pro Kopf im Süden. Sie können also erkennen, dass sie fast gleichhoch ist. Gleichzeitig reicht das Geld natürlich nie aus, weil die Anforderungen und Herausforderungen riesig sind. Aus diesem Grund haben wir das Konzept der sogenannten NIF, der Nachbarschaftsinvestitionsfazilität, ins Leben gerufen, das für größere Projekte genutzt werden kann.

Zu diesem Zeitpunkt kann ich dazu nicht mehr sagen, aber vielleicht können wir später beim Besprechen der Östlichen Partnerschaft alle Details behandeln. Auf alle Fälle möchte ich mich für die Aussprache und für Ihre Vorschläge bedanken. Sie stimmen mit der von uns verfolgten Richtung im Großen und Ganzen überein.

Konrad Szymański, *Berichterstatter*. – (PL) Herr Präsident, ich möchte einige Kommentare über diese Aussprache machen. Seit 2005 setzen wir uns mit der Vereinfachung der Verfahrensweisen, der Überwachung der Art und Weise, in der die Nachbarschaftspolitik umgesetzt wird, und der Aufsichtsfunktion des Europäischen Parlaments auseinander, und es scheint so, als ob wir in diesen Aspekten nicht viel mehr machen können. Jetzt ist es jedoch wichtig, dass unserer Nachbarschaftspolitik politischer Inhalt hinzugefügt wird. Zu diesem politischen Inhalt zählen Themen wie Visa, Binnenmarkt und Energie. Wenn wir es nicht schaffen, diese Hürden aus dem Weg zu räumen, könnten wir die Gelegenheit verpassen, diese Nachbarschaft nach unseren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Wir laufen gegen die Zeit an. Länder, die heute zu unseren Nachbarn zählen, könnten an Stabilität verlieren und sich anderen Prinzipien für die Herstellung einer regionalen Ordnung zuwenden. Darüber wären wir sehr unglücklich, und aus geschichtlicher Sicht werden wir vielleicht nie mehr eine solche Chance erhalten. Solche Ereignisse würden sich auch auf unsere Sicherheit auswirken, und wir sollten dieses Thema daher auch ganz egoistisch betrachten, also die Interessen der Europäischen Union berücksichtigen, damit unsere Nachbarschaft eine Gegend ist, die sich durch Stabilität und Wohlstand auszeichnet.

In Bezug auf den Haushalt bin ich mir sehr darüber bewusst, dass viele Bereiche dieser Kammer hinsichtlich der Reform der Nachbarschaftspolitik Aspekten zustimmen, bei denen es um die Finanzierung bestimmter Bereiche dieser Politik und bestimmter Regionen geht. Wir sollten uns jedoch in Erinnerung rufen, dass die Nachbarschaftspolitik nur ein Bereich des Haushalts ist und dass es während des nächsten Finanzrahmens nicht zu Änderungen kommen wird. Wenn wir es schaffen, die Nachbarschaft im Mittelmeerraum, im Osten und auf dem Gebiet des Schwarzen Meeres zu finanzieren, werden alle davon profitieren. Es ist nicht möglich, in einem geografischen Bereich auf Kosten anderer Gegenden nachbarschaftliche Erfolge zu erzielen, weil der EU-Haushalt so erstellt wurde, dass genau dies vermieden wird. Stattdessen sollten wir uns darauf konzentrieren, den EU-Haushalt so zu reformieren, dass alle Gegenden (Mittelmeerraum, Osten und Schwarzes Meer) vom künftigen Finanzrahmen profitieren.

Marcin Libicki (UEN). – (PL) Herr Präsident, ich bedauere, dass die Zusammenfassung, die Konrad Szymański über diesen hervorragenden Bericht abgegeben hat, von Benita Ferrero-Waldner nicht wahrgenommen werden konnte, weil sie weiterhin mit anderen Themen beschäftigt ist.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Alin Lucian Antochi (PSE), schriftlich. – (RO) Ich unterstütze die in diesem Bericht enthaltenen Vorschriften von ganzem Herzen. Dabei geht es darum, das politische Engagement der Europäischen Union hinsichtlich der Länder, die beim ENPI im Mittelpunkt stehen, sowie der Aussicht, auf das jeweilige Land abgestimmte Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, zu intensivieren.

Damit diese Politik aber auch wirksam umgesetzt werden kann, müssen sich die betroffenen Länder dem gesellschaftlichen Prozess der demokratischen Reform in allen Aspekten verschreiben. Die wirksame Umsetzung dieser Reformen – vor allem was die Bereiche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit betrifft –, stellt in diesen Staaten noch ein ernstzunehmendes Problem dar. Dahingehend sind der politische Wille der Behörden und das Maß, in dem sich die Zivilgesellschaft und ihre Bürger engagieren, ausschlaggebend.

Es ist wichtig, dass die Bevölkerung dieser Länder versteht, dass die europäische Integration nicht nur bedeutet, dass es rechtens ist, die Grenzen zu überschreiten, sondern auch, dass dies eine reale Chance darstellt, das Land aus seiner Starre zu befreien. In diesem Zusammenhang müssen europäische Projekte spezifischere Bedingungen enthalten, und es müssen spezielle Fonds bereitgestellt werden, auf die zurückgegriffen werden kann, um die Bevölkerung entsprechend zu informieren.

Macht man die Bevölkerung sowohl mit den Vorzügen, die die Integration mit sich bringen wird, als auch mit den Verpflichtungen, die für ein Land nach dem Beitritt zur EU entstehen, vertraut, führt dies dazu, dass die Menschen aktiv am gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess beteiligt werden und die an der Macht stehende Elite weniger Möglichkeiten hat, Zwangsmaßnahmen gegen politische Oppositionsparteien und die Zivilgesellschaft zu ergreifen.

Adam Bielan (UEN), schriftlich. – (PL) Herr Präsident, die von Polen und Schweden erst letztes Jahr befürwortete Initiative kommt inzwischen gar nicht mehr zur Sprache. Die engere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn jenseits der östlichen Grenzen ist nicht nur für beide Seiten von Vorteil, sondern aus Sicht der Sicherheit Europas unerlässlich und strategisch wichtig.

Die politische und wirtschaftliche Situation jenseits unserer Ostgrenzen wirkt sich direkt auf die gesamte EU aus, und zwar unter anderem auch auf unser wirtschaftliches Gleichgewicht und auf die Sicherheit. Letztes Jahr kam es für Russland im Hinblick auf die Beziehungen des Landes zu seinen Nachbarn zu einem Glaubwürdigkeitstest, und man kann nur sagen, dass der Kreml versagt hat.

Aus diesem Grund bedarf die Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Hinblick auf die Situation im südlichen Kaukasus und bei Ereignissen, die unsere direkten Nachbarn betreffen, unser aktives Engagement. Dieses Engagement ist Voraussetzung dafür, dass wir in bestimmten Gegenden an einer Zusammenarbeit interessiert sind. Ich denke hier an die Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie an demokratische und institutionelle Reformen, aber auch an die Gewährleistung der Energiesicherheit Europas. Wir sollten beweisen, dass wir im Osten die Hauptrolle übernehmen können, und nicht zulassen, dass Russland dort seinen eigenen Plan für ein neoimperialistisches Spiel verwirklicht.

Janusz Lewandowski (PPE-DE), schriftlich. – (PL) Die Nutzung des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments zur Finanzierung der europäischen Nachbarschaftspolitik im Süden und Osten sollte nicht zur Folge haben, dass eine dieser beiden Regionen einen Nachteil erleidet. Bezüglich der Nutzung dieser Finanzmittel ist es von besonders großer Bedeutung, dass für andere Quellen einschließlich privater Mittel Transparenz gewährleistet wird.

Bei den Verhandlungen über ein neues Abkommen zwischen der EU und Russland sollten wir uns verstärkt auf eine intensivere Zusammenarbeit seitens Russlands konzentrieren. Dabei sind bezüglich der finanziellen Zusammenarbeit klare Prioritäten zu bestimmen, was dazu führen würde, dass Unterstützungsmaßnahmen besser und für mehrere Jahre geplant werden könnten, es garantiert werden würde, dass Finanzhilfe, die russischen Behörden zur Verfügung gestellt wird, für die Stärkung der demokratischen Standards in Russland verwendet und eine größere Anzahl an gemeinsam durchgeführten Projekten finanziert werden würden.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass förderliche politische Umstände herrschen und Garantien vereinbart werden müssen, damit sich die Unterstützung für Belarus sofort und direkt auf die Bürger auswirkt und nicht

von den Behörden missbräuchlich verwendet wird, um politische Opponenten zu bekämpfen. Die Europäische Union sollte die Zivilgesellschaft und politische Parteien wirksamer unterstützen, da sie sich für die Verteidigung der Demokratie einsetzen.

Geopolitische Ereignisse, die sich in letzter Zeit bei den östlichen Nachbarn der Europäischen Union zugetragen haben, untermauern, wie wichtig es ist, dass die Europäische Nachbarschaftspolitik weiter ausgebaut wird, indem man sie besser an die Bedürfnisse der Partner anpasst. Dazu zählt auch die wirksamere Beteiligung der EU in der Schwarzmeerregion.

Marianne Mikko (PSE), schriftlich. – (ET) Als Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments für Moldawien bin ich natürlich an der Entwicklung der östlichen Dimension des ENPI interessiert.

Ich verstehe das Interesse der südlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union an der Entwicklung der südlichen Dimension des ENPI vollständig und unterstütze sie auch. Zugleich bin ich aber davon überzeugt, dass wir unsere Nachbarn im Osten nicht vernachlässigen können. Wenn wir uns um die Sicherheit und den Wohlfahrt unseres gemeinsamen Zuhauses Gedanken machen, sind die östlichen und südlichen Nachbarn für uns genauso wichtig.

Basierend auf dem derzeitigen System, das noch bis 2010 gilt, sind die Mittel des ENPI ungleich verteilt: 70 % gehen in den Süden und nur 30 % in den Osten. Neue Gespräche über die Finanzierung werden dieses Jahr eingeleitet. Ich hoffe inständig, dass das derzeit gültige System im Rahmen dieser Gespräche geändert wird und dass die Mittel künftig zurecht gleichmäßig verteilt werden.

Hinsichtlich der Ereignisse des vergangenen Sommers – und dabei beziehe ich mich auf den russisch-georgischen Konflikt – erwarten unsere östlichen Nachbarn, meiner Meinung nach zu Recht, dass sich die EU intensiver an der Gewährleistung von Stabilität beteiligt. Die Beteiligung der EU muss dabei jedoch über eine rein politische Erklärung ihrer Unterstützung hinausgehen und durch die Umsetzung der Reformen praktische Zusammenarbeit und Unterstützung gewährleisten.

Ich freue mich sehr darüber, dass Estland eines der 15 Gründungsmitglieder der kürzlich ins Leben gerufenen Nachbarschaftsinvestitionsfazilität ist. Während der derzeitigen Wirtschaftsrezession ist die Zuweisung von 1 Millionen Euro eine recht große Sache und dazu auch noch ein konkreter Schritt.

Toomas Savi (ALDE), schriftlich. – Herr Präsident, ich begrüße die Haltung, dass „die Östliche Partnerschaft benachbarte Staaten nicht daran hindern sollte, den Beitritt zur Europäischen Union zu beantragen“, wie es im Bericht aufgeführt ist. Die Möglichkeit, in Zukunft Mitglied werden zu können, ist ein integraler Bestandteil der Östlichen Partnerschaft, da diese Partnerschaft die Grundlage für einen erfolgreichen Ansatz bildet, der an bestimmte Bedingungen geknüpft ist.

Obwohl der Prozess bis zur vollständigen demokratischen Transition von Land zu Land verschieden ist – in Belarus wurden beispielsweise nur geringe Fortschritte gemacht, wohingegen in der Ukraine und in Georgien entscheidende Schritte unternommen worden sind –, sollte die Europäische Union für die östlichen Nachbarstaaten stets die Möglichkeit offen halten, der EU beizutreten, da die Bemühungen, die man beim Etablieren einer funktionsfähigen Demokratie sowie der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Menschenrechte unternimmt, manchmal so anstrengend sein können, dass es sogar zu einem Rückschritt kommt.

Das Hauptziel des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments besteht neben dem Beitrittsanreiz für Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Belarus darin, in diesen Ländern dafür zu sorgen, dass sich nach und nach konsolidierte Demokratien herausbilden.

23. Finanzierung von Maßnahmen, die keine öffentliche Entwicklungshilfe darstellen, in Ländern, die unter die Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 fallen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Tagesordnungspunkt folgt der Bericht (A6-0036/2009) von Thijs Berman im Namen des Entwicklungsausschusses über die Finanzierung von Aktionen, bei denen es sich nicht um offizielle Entwicklungshilfe handelt, und zwar in Ländern, die unter Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 (2008/2117(INI)) fallen.

Thijs Berman, *Berichterstatter*. – (NL) Ich freue mich auch darüber, dass Nirj Deva Platz genommen hat, weil mir Benita Ferrero-Waldner – was mich sehr erleichtert – dadurch jetzt zuhören kann.

Diese Wirtschaftskrise, wie sie so noch nie dagewesen ist, schlägt hart zu und könnte in Entwicklungsländern neue Desaster hervorrufen. Die Krise führt zu niedrigeren Rohstoffpreisen, geringeren Investitionen, weniger Handelskrediten und niedrigeren Überweisungen durch Immigranten an ihre Familien zuhause. Gleichzeitig lässt das Bruttoinlandsprodukt aller reichen Länder schnell nach, was wiederum zur Folge hat, dass der für Entwicklungshilfe vorgesehene Betrag niedriger ausfällt, weil er 0,7 % des BIP beträgt. Oder zumindest ist dies der angestrebte Prozentsatz, weil die meisten Länder ihr Versprechen nicht einmal einhalten.

Dies ist der Kontext, in dem die Diskussion über das neue politische Instrument abgehalten wird. Wenn spanische Studenten ein Stipendium erhalten, um einige Monate lang in Lateinamerika zu studieren, oder umgekehrt, dann ist dieser Austausch sicherlich nützlich, notwendig und wünschenswert, aber solch ein Projekt kann nicht ausschließlich mit Mitteln finanziert werden, die zur Bekämpfung von Armut vorgesehen sind. Zwar werden EU-Mittel in diesem Bereich begrüßt, aber sie tragen nicht zur Bekämpfung von Armut bei. Es ist frustrierend, Projekte wie diese nur deshalb zurückziehen zu müssen, weil es für sie keine rechtliche Grundlage gibt.

Aus diesem Grund sind wir auf der Suche nach einem moderaten Instrument, mit dem die EU in Entwicklungsländern eine Politik umsetzen kann, bei der es nicht im engeren Sinne um die Bekämpfung von Armut geht. Wir benötigen eine Finanzquelle und eine Rechtsgrundlage, die nicht unter die Rubrik Entwicklungshilfe fallen. Die rechtliche Grundlage kann sich daher nicht auf Artikel 179 des Vertrags von Nizza beziehen, weil dies ja gerade die Rechtsgrundlage für Entwicklungspolitik ist, die hier vermieden werden sollte.

Die eigenen Interessen der EU – also Studienaufenthalte europäischer Studenten – können nicht unter Bezug auf Artikel 179 finanziert werden. Darüber hinaus muss die EU beim Ausgeben von Entwicklungsgeldern den rechtlich für die Entwicklungszusammenarbeit festgelegten Kriterien gerecht werden, nämlich denen, die für Armutsbekämpfung gelten.

Mit etwas Einfallsreichtum werden wir jedoch auch andere Quellen finden. Eine Option wäre es, das für Industrieländer geltende Instrument auszuweiten. Dieser Vorschlag wurde vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten unterbreitet und hat die Unterstützung meines eigenen Ausschusses. Es wäre jedoch auch möglich, die Artikel 150, 151 und 170 über Bildung, Kultur und Forschung zu kombinieren. Durch diese kombinierte Rechtsgrundlage würde im Europäischen Parlament in Bezug auf dieses Instrument weiterhin in jeglicher Hinsicht das Mitentscheidungsverfahren gelten, und der Betrag, der sich derzeit auf etwa 13 Millionen Euro beläuft, würde nicht aus der für Entwicklungspolitik vorgesehenen Kasse genommen werden. Und auch die für Außenpolitik vorgesehenen Mittel würden dadurch nicht vermindert werden.

Als Berichterstatter – und der Entwicklungsausschuss wird mich dahingehend unterstützen – kann ich nicht zustimmen, dass Artikel 179 als Rechtsgrundlage verwendet wird. Sollte dies doch geschehen, wäre dieses neue Instrument unwirksam, da es ja gerade darauf abzielt, zu vermeiden, dass Entwicklungsgelder für andere Zwecke genutzt werden. Es sollte für dieses Instrument daher keine Rechtsgrundlage verwendet werden, die dies zwingend erforderlich machen könnte.

Aus diesem Grund bitte ich die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischen Demokraten, ihre Änderung so schnell wie möglich zurückzuziehen. Es ist gegen jede Vernunft, wenn man bedenkt, dass wir alle daran interessiert sind, die für Entwicklungszusammenarbeit vorgesehenen Mittel zu bewahren – selbst in Zeiten der Wirtschaftskrise.

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, zuerst möchte ich meine Zusicherung bestätigen, die ich im Namen der Kommission gegeben habe. Dabei ging es darum, dass wir die Finanzinstrumente 2009 einer Halbzeitprüfung unterziehen werden. Dies war unsere Antwort auf die Bitte, die das Parlament während der abschließenden Verhandlungen für die Instrumente an uns gestellt hat.

Diese Prüfung wird die Form einer Mitteilung annehmen und bei Bedarf von Gesetzesvorschlägen begleitet werden. Die Annahme der Mitteilung ist für April 2009 vorgesehen und im Arbeitsprogramm der Kommission für Gesetzgebungsverfahren enthalten.

Bei der Prüfung geht es darum, wie die Instrumente angewandt werden. Sie ist von der anderen derzeit durchgeführten Halbzeitprüfung zu unterscheiden, die ebenfalls in den Verordnungen vorgesehen ist, bei der es aber um die Programmplanungsdokumente und Strategiepapiere für den Zeitraum 2011 bis 2013

geht. Diese neue Programmplanung wird – wie es schon bei der ersten Programmplanung für den Zeitraum 2007 bis 2010 der Fall war – zu einer Reihe demokratischer Kontrollmaßnahmen führen.

Die beiden Überprüfungen unterscheiden sich voneinander, sind jedoch komplementär. Es ist wichtig, dass wir vor dem neuen Programmplanungszeitraum etwaige Probleme, die mit Instrumenten aufgetreten sind, beheben. Die Strategie- und Programmplanungsprüfung wird 2009 durchgeführt, damit die Ergebnisse 2010 für die demokratische Kontrolle durch das Parlament zur Verfügung stehen.

In Bezug auf das Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI) bestätigen unsere vorläufigen Überlegungen ein Problem, das bei der Prüfung im Mittelpunkt stehen wird: die Gesetzeslücke hinsichtlich sogenannter Nicht-ODA-Aktivitäten für Länder, für die das DCI gilt.

Was versteht man unter diesen Nicht-ODA-Aktivitäten? Sie sind unterschiedlicher Natur, aber die vier vorbereitenden Maßnahmen, die von diesem Parlament eingeleitet worden sind, geben einen guten Überblick: Zusammenarbeit mit Ländern mittleren Einkommens aus Asien und Lateinamerika, die nicht vom DCI abgedeckt ist, sowie der geschäftliche und wissenschaftliche Austausch mit China und Indien.

Bei dieser Art von Aktivitäten stimmen wir Ihnen zu: Wir brauchen Gesetze, die Maßnahmen abdecken, die in DCI-Ländern Aspekte fördern, die der EU wichtig sind. Dazu könnte man entweder ein neues Rechtsinstrument verwenden oder die bereits vorhandene Verordnung über das Instrument für die Zusammenarbeit mit Industrieländern (ICI) ändern.

Als wir 2006 die neuen Instrumente für die Außenbeziehungen vorbereiteten, waren wir der Meinung, dass diese Instrumente auch die externe Dimension unserer Innenpolitik abdecken sollten. Wir waren uns einig, dass dies unter der Rechtsgrundlage für externe Maßnahmen möglich sei. Dies stellte im Vergleich zur vorherigen Situation eine entscheidende Vereinfachung dar.

Es wird für die Kommission schwer sein, diesen Ansatz zu verfolgen. Wir vertreten die Auffassung, dass die Rechtsgrundlage die Ziele und den Inhalt des Instruments widerspiegeln muss. Dabei stellen wir fest, dass dies bei Nicht-ODA-Aktivitäten zu einem Problem führt. Diese Aktivitäten gelten aufgrund ihrer Natur nicht als Entwicklungshilfe. Ein Vorschlag, bei dem es ausschließlich um solche Aktivitäten geht, kann daher nicht – wie Sie erwähnt haben – unter Entwicklungszusammenarbeit im Sinne von Artikel 179 fallen.

In Anbetracht der Tatsache, dass bekannte ODA-Aktivitäten abgedeckt werden sollen, scheint es, dass Artikel 181a des Vertrags die beste Rechtsgrundlage wäre, da sie für wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit gilt. Bevor man einen Vorschlag unterbreitet, wird die Kommission die Angelegenheit jedoch sorgfältig im Hinblick auf die vom Parlament vertretene Position beleuchten. Es wäre hilfreich, wenn uns die Haltung des Parlaments zur Verfügung stünde, damit wir – wie versprochen – unser Vorschlag noch vor den Wahlen fertigstellen können.

Abschließend stelle ich fest, dass im Bericht weitere Mittel gefordert werden. Wir werden das untersuchen müssen. Sie wissen, dass für Rubrik 4 des Finanzrahmens recht wenige Mittel zur Verfügung stehen. Man könnte argumentieren, dass sich Schwellenländer in einer Übergangsphase befinden und die derzeit für Unterstützung vorgesehenen Mittel diese Transition begleiten sollten, d. h. durch einen stufenweisen Übergang von einem Entwicklungsschwerpunkt auf Aktivitäten, bei denen es sich nicht um offizielle Entwicklungshilfe handelt. Wir werden diesen Punkt im Rahmen der Prüfung untersuchen.

Dies sind erste Gedanken, die der heute besprochene Bericht bei der Kommission auslöst. Wir halten ihn im Hinblick auf unsere Zusammenarbeit für eine gute Grundlage, und freuen uns darauf zu hören, was die Parlamentarier dazu zu sagen haben.

Vicente Miguel Garcés Ramón, Verfasser der Stellungnahme des Haushaltsausschusses. – (ES) Herr Präsident, der Haushaltsausschuss vertritt die Auffassung, dass es äußerst wichtig ist, dass sich die einzelnen Finanzinstrumente klar voneinander unterscheiden lassen. Die realistischste Option scheint es daher zu sein, für Maßnahmen, bei denen es sich nicht um offizielle Entwicklungshilfe handelt und die für Länder ergriffen werden, die unter die Vorschrift fallen, ein neues Instrument zu schaffen.

Aus Haushaltssicht scheint der Finanzierungsvorschlag des Entwicklungsausschusses nicht angebracht zu sein, weil diese Gelder nicht vorhanden sind und die Bereiche keine Mittel aufweisen, die jeweils für mehrere Jahren vergeben werden. Für 2009 sind Mittel vorhanden, nicht jedoch für die Zeit danach.

Da die Finanzierung dieses neuen Instruments für Zusammenarbeit jedoch mit dem Finanzrahmen für den Zeitraum 2007 bis 2013 kompatibel sein muss, lohnt es sich aber auf alle Fälle, darauf hinzuweisen, wie

wichtig die Halbzeitprüfung des Finanzrahmens ist. Dadurch sollte es möglich sein, die für die unterschiedlichen Rubriken festgelegten Höchstwerte anzupassen.

Nirj Deva, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich begrüße die soeben von Kommissarin Benita Ferrero-Waldner abgegebene Stellungnahme sehr und bitte meine Fraktion, ihre Änderung zurückzuziehen, damit dieser Bericht durchgehen kann. Sollte dies nicht geschehen, würde ich mich in einer recht schwierigen Lage befinden, muss in dieser Angelegenheit jedoch den Berichterstatter der Sozialisten unterstützen.

Ich muss sagen, dass ich glaube, dass das Entwicklungsinstrument auch Entwicklungszielen dienen soll. Überprüft man jedoch, was das Entwicklungsinstrument – vor allem Artikel 179 – trotz aller Einschränkungen abdeckt, dann stellt man fest, dass sich Museen, Bibliotheken, Kunst, Musik in Schulen sowie Sportanlagen und -stätten unterstützen lassen – all dies unter dem Deckmantel von ODA. Konzertreisen oder Reisekosten von Athleten lassen sich damit natürlich nicht decken. Kulturprogramm in Entwicklungsländern, bei denen hauptsächlich die kulturellen Werte des Geldgebers gefördert werden sollen, können nicht als ODA registriert werden. Militärische Hilfe ist ausgeschlossen, nicht jedoch Friedensmissionen. Als ODA gilt eine breite Palette von Aktivitäten, sogar der Einsatz nichtmilitärischer Polizisten beim Bereitstellen und Intensivieren der Schulungskapazität für Polizisten, die Demobilisierung von Soldaten, Wahlbeobachtung sowie das Entfernen von Minen und Landminen.

Jetzt fragen wir uns hier in diesem Parlament, wie viele Engel auf eine Nadelspitze passen, obwohl ja eigentlich der Hauptbereich dieser Arbeit vom ODA-Instrument abgedeckt ist. Ich begrüße daher die Stellungnahme der Kommissarin Benita Ferrero-Waldner, gemäß der Artikel 181a verwendet werden kann, um nach den Mitteln zu suchen, die für die Maßnahmen, die von einigen von meinen Kollegen vorgeschlagen wurden, benötigt werden.

Ana Maria Gomes, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Herr Präsident, die Gesetzeslücke hinsichtlich der Finanzierung von Nicht-ODA-Aktivitäten in DCI-Ländern muss geschlossen werden. Dieser Vorschlag für ein Instrument, durch das diese Lücke geschlossen werden soll, muss enthalten, dass das DCI auch in Zukunft eindeutig ein Instrument für ODA sein muss, und es ist deutlich zwischen zwei Arten von Finanzquellen zu unterscheiden: den Mitteln, die rein für die ODA-Entwicklungszusammenarbeit vergeben werden, und die Mittel, die für andere Arten der Nicht-ODA-Entwicklungszusammenarbeit mit Entwicklungsländern eingesetzt werden. Diese Trennung selbst ist eine äußerst relevante politische Aussage und sie würde dazu führen, dass die EU-Politik für Entwicklungszusammenarbeit offensichtlicher wäre.

Das neue oder überarbeitete Instrument sollte auch ausreichend breit gefasst sein, damit unterschiedliche Maßnahmen abgedeckt werden, die nicht mit den DAC-Richtlinien der OECD übereinstimmen, für die Zusammenarbeit der EU mit Entwicklungsländern aber von großer Bedeutung sind. Beispiele dafür wären die Erschließung des Akkas-Gasfeldes im Irak oder die Zusammenarbeit in Sachen Luftfahrtsicherheit mit Indien. Deshalb stimme ich der einschränkenden Rechtsgrundlage, die vorgeschlagen worden ist, nicht in allen Aspekten zu. Ich unterstützte Kommissarin Benita Ferrero-Waldner dahingehend, dass Artikel 181a möglicherweise als Rechtsgrundlage geeigneter wäre, da bei diesem Artikel die von mir angesprochenen Bedenken berücksichtigt werden würden. Die Alternative, die von der PPE-DE-Fraktion in Form einer Änderung vorgetragen worden ist und über die wir angeblich morgen abstimmen sollen, überzeugt mich jedoch auch nicht.

Ich hoffe daher, dass wir unter Anleitung unseres Berichterstatters, Thijs Berman, noch etwas mehr Zeit finden, um über dieses Thema ausführlich sprechen und herausfinden zu können, welche die beste Rechtsgrundlage wäre, nämlich der von Kommissarin Benita Ferrero-Waldner gemachte Vorschlag.

Toomas Savi, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich möchte Thijs Berman für seinen Bericht danken. In ihm wurde ein wichtiger Aspekt in Sachen Entwicklungshilfe hervorgehoben, den die Kommission meiner Ansicht nach ernsthaft in Erwägung ziehen sollte. Aktivitäten wie kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Austauschprogramme, Kontakte von Bürgern untereinander oder politischer Dialog werden in den bisher geltenden europäischen Gesetzen leider nicht behandelt, und dies sind nur einige Beispiele.

Die Europäische Union hat zahlreiche Programme und Finanzinstrumente unter Leitung verschiedener Behörden ins Leben gerufen, wobei jede Behörde nur bestimmte Aspekte der Probleme behandelt, denen man sich in Entwicklungsländern ausgesetzt sieht. Ich denke, dass unsere Bemühungen zur Verbesserung der Situation in Entwicklungsländern ohne eine Zentralbehörde der Europäischen Union und ohne eine umfassende, kohärente Politik nicht sonderlich weit greifen können.

Wir sind alle der Meinung, dass der Zweck der Politik der Europäischen Union in Sachen Entwicklungszusammenarbeit darin besteht, so viele bedürftige Menschen wie möglich zu erreichen. Dennoch haben wir einen recht unpassenden Pfad gewählt, um dieses Ziel zu verwirklichen. In Bezug auf Entwicklungshilfe ist die Europäische Union derzeit sowohl institutionell fragmentiert als auch rechtlich gehindert. Dieser äußerst geschätzte Bericht geht auf die Folgen dieser Unzulänglichkeiten ein.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben einen sehr großen Beitrag zur offiziellen Entwicklungshilfe geleistet und dies sollte nicht unterschätzt werden. Dennoch ist noch viel zu tun, damit der institutionelle Rahmen effizienter und wirksamer funktioniert sowie die gesetzlichen Vorgaben für Entwicklungshilfe besser aufeinander abgestimmt werden.

Michael Gahler (PPE-DE). – (DE) Herr Präsident! Ich sage ganz ehrlich, ich war etwas überrascht, dass der Bericht Berman bereits erstellt ist und ein Vorschlag vorgelegt wird, bevor der eigentliche Bericht vorliegt, der die Erfahrungen mit dem DCI bewerten soll, nämlich der Bericht des Kollegen Mitchell.

In der Sache hat der Kollege mit seinem Vorschlag Recht. Weil das DCI so konzipiert ist, wie es konzipiert ist, war die Regelungslücke vorprogrammiert. Ich unterstütze die Schlussfolgerung, dass man ein anderes Instrument braucht, um die Lücke für nicht ODA-fähige Aktivitäten zu schließen. Ich kann mir da beide Alternativen vorstellen, die er in seiner Ziffer 3 vorschlägt.

Ich möchte aber deutlich machen: Die Entwicklung eines Landes findet auch außerhalb von ODA statt. Streitig ist ja nur die Rechtsgrundlage, die gewählt worden ist. Da steht meiner Ansicht nach der Berichtersteller mit seinem Ausschuss gegen den Rest der Welt. Der Entwicklungsausschuss wählt eine enge Interpretation des Artikels 179 und muss daher als Rechtsgrundlage auf Artikel, die für interne Politiken vorgesehen sind, zurückgreifen. Eine andere Lesart von Artikel 179 haben der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der Rechtsausschuss, der Juristische Dienst des Parlaments, der EuGH sowie Rat und Kommission.

Wir werden daher als EVP-ED-Fraktion – das haben wir heute beschlossen – morgen diesen Antrag nicht zurückziehen, sondern einen Änderungsantrag stellen, der eine Änderung der vorgesehenen Rechtsgrundlage beinhaltet. Wir werden auch nicht der Vertagung zustimmen, denn in der Sache stimmen wir darin überein, dass es nur um die Rechtsgrundlage geht. Daher werden wir morgen wohl schon zu einer Klärung in der Sache kommen.

Corina Crețu (PSE). – (RO) Der Bericht unseres Kollegen Thijs Berman bietet eine klare Lösung, mit der man die Lücke in der Rechtsstruktur für die Finanzierung externer Maßnahmen, die weder zu den Notfällen zählen noch in die Kategorie der Entwicklungsmaßnahmen im Sinne des Instruments für die Entwicklungszusammenarbeit fallen, schließen könnte.

Die Finanzierung von Maßnahmen dieser Art ist aus politischer Sicht wichtig, weil sich so gewährleisten lässt, dass die Europäische Union in diesen Ländern und Regionen, die die erste Entwicklungsphase bereits hinter sich gelassen haben, auch weiterhin präsent ist. Allerdings muss dabei unbedingt darauf geachtet werden, dass die Mittel, die für die Finanzierung dieser Maßnahmen eingesetzt werden, nicht aus Quellen stammen, die für Entwicklung zweckgebunden waren, sondern aus anderen Haushaltslinien.

Der Zweck des Gesetzesvorschlags, der durch diesen Bericht gefordert wird, besteht darin, Entwicklung zu fördern und nicht einzuschränken, indem zugunsten anderer Maßnahmen weniger Mittel für Entwicklungspolitik zur Verfügung gestellt werden. Deshalb ist es wichtig, dass die Unterscheidung zwischen Maßnahmen, die im Rahmen des Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit ergriffen werden, und Maßnahmen, die auf die neue gesetzliche Bestimmung zurückzuführen sind, beim Festlegen der Mittel widerspiegelt wird, die für die Finanzierung dieser Maßnahmen zweckgebunden werden.

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Herr Präsident, zuerst möchte ich dem Berichtersteller für diesen Bericht danken. Ich stimme seinem ersten Kommentar über die Wirtschaftskrise zu und bin auch hinsichtlich der besonders starken Auswirkung dieser Krise auf Entwicklungsländer und der Tatsache seiner Meinung, dass wir unser Ziel von 0,7 % in Sachen Entwicklungshilfe immer noch nicht erreichen. Dies ist sehr bedauerlich, weil Entwicklungsländer am stärksten darunter leiden, wenn man in den Industrieländern schlechtere Zahlen schreibt.

Ich nahm an dieser Aussprache teil, weil ich unbedingt wissen wollte, welche Argumente für Rechtsgrundlagen vorgebracht werden. Es scheint mir so, als ob wir im Grunde befürchten, dass die Verteilung des Budgets zu gering ausfallen wird. Lassen Sie uns das Kind beim Namen nennen. Ich würde gern die Worte des Vertreters einer Hilfsorganisation zitieren, der mich heute kontaktiert hat: „Zwar unterstützen wir die Bitte des

Parlaments, ein Finanzierungsinstrument für Nicht-ODA-Maßnahmen in Entwicklungsländern zu schaffen, wir sind jedoch davon überzeugt, dass dazu eine Rechtsgrundlage verwendet werden sollte, die für die Maßnahmen, die im Rahmen dieses Instruments finanziert werden, geeignet ist. Artikel 179 sollte für Nicht-ODA-Maßnahmen definitiv nicht als Rechtsgrundlage verwendet werden, und die Nutzung dieses Artikels würde sowohl gegen den EG-Vertrag als auch gegen den Besitzstand der Gemeinschaft verstoßen. Es wäre auch möglich, dass Nicht-ODA-Maßnahmen in Zukunft aus Haushaltslinien finanziert werden, die für echte Entwicklungsmaßnahmen vorgesehen sind. Wir hoffen sehr, dass die Änderung zurückgezogen wird.“

Als Mitglied der PPE-DE-Fraktion bin ich heute Abend hier, um mir beide Seiten anzuhören, aber auch, um einige der Punkte vorzubringen, die der Lobby wichtig sind und die mir von äußerst aufrichtigen Menschen aus dem Entwicklungssektor vorgetragen worden sind, auf deren Bedenken ich eingehen möchte.

Ich wiederhole den Punkt, dass uns die Rechtsgrundlage wohl kaum so viele Probleme bereiten würde, wenn wir nur so in Mitteln schwimmen würden. Was die Sache jedoch kompliziert, ist, dass dies nicht der Fall ist. Unter denjenigen, die an der Entwicklungsagenda beteiligt sind, bestehen hauptsächlich Bedenken darüber, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auf zu viele Bereiche aufgeteilt werden könnten. Ich muss davon jedoch noch überzeugt werden.

Paul Rübzig (PPE-DE). – (DE) Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin Benita Ferrero-Waldner, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht auf die Rechtsgrundlage eingehen, sondern auf die Lebensgrundlage. Hier spielen die kleinen und mittleren Unternehmen eine ganz besondere Rolle. Gerade in Zeiten der Finanzkrise kommt es auf die Bonität an, damit diese Betriebe noch Mikrokredite erhalten können.

Ich möchte besonders darauf verweisen, dass das Instrument der Mikrokredite sich eigentlich weltweit sehr bewährt hat und dass wir uns überlegen sollten, wie wir gerade auch im Rahmen der WTO-Runde, die ja jetzt hoffentlich bald vor einem Abschluss steht, dementsprechende Handelserleichterungen für die betroffenen Familien in diesen Gebieten erreichen können.

Letztlich entsteht Wohlstand dort, wo man etwas erzeugt, wo man selbst davon leben und seine Familie ernähren kann. Wenn es dann noch gelingt, etwas zu verkaufen, ist der Wohlstand gewährleistet. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass die Entwicklungspolitik den richtigen Weg geht.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, aus den unterschiedlichen Beiträgen geht klar hervor, dass sich die Mitglieder überwiegend darüber Sorgen machen, welche Rechtsgrundlage ausgewählt wird.

Ich habe bei meiner Einführung deutlich darauf hingewiesen, welche Richtung die Kommission einschlagen möchte, bin aber natürlich auch bereit, mir Ihre Vorschläge anzuhören.

Sie wissen, dass wir daran interessiert sind, für alle Länder bestmögliche Entwicklungshilfe zu gewährleisten, und unser Denken wird durch diesen Wunsch bestimmt. Lassen Sie uns also zusammenarbeiten, damit wir die richtige Lösung finden.

Thijs Berman, Berichterstatter. – Herr Präsident, ich bin kein Rechtsanwalt und kenne mich mit Recht auch nicht sonderlich gut aus, aber ich weiß, dass man Rechtstexte nicht zu weit auslegen sollte. Und genau das befürchte ich, wenn wir Artikel 181a verwenden, weil es in ihm um wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit geht, wohingegen wir über Studenten sprechen, die im Ausland an einer universitären Austausch teilnehmen. Das ist etwas riskant. Sollte die Kommission dies als einen Weg für Nicht-ODA-Maßnahmen betrachten, die für uns alle notwendig und wichtig sind, dann werde ich jedoch nicht dagegen sein. Vielleicht bin ich nur deshalb besorgt, weil ich Journalist bin. Ich finde Texte interessant und nehme Worte ernst, und dies ist ja auch gerade die Essenz Europas, der Humanismus. Beim Umgang mit Worten muss man Vorsicht walten lassen. Artikel 181a ist für mich daher eine potenzielle Lösung, sehr glücklich wäre ich damit aber nicht.

Der Kommentar von Mairead McGuinness, in dem sie sagte, dass sie noch überzeugt werden muss, gefiel mir jedoch. Sie ist Irin, sie hat ihre eigenen Überzeugungen, und sie hält an ihren Prinzipien fest – eigentlich so wie wir alle. Sollte es morgen nicht möglich sein, eine Übereinkunft über die richtige Rechtsgrundlage zu treffen, dann wäre es mir lieber, wenn man die Angelegenheit wieder an meinen Ausschuss zurückverweisen und sich die Zeit nehmen würde, eine angemessene Rechtsgrundlage zu finden, denn schließlich wissen wir alle, dass Nicht-ODA-Maßnahmen erforderlich sind.

Ich danke der Kommission für die Anmerkung, dass Nicht-ODA-Maßnahmen unter anderem in Entwicklungsländern und in Ländern mittleren Einkommens mit der Zeit immer wichtiger sein werden. Wir sind uns darüber einig, dass sie wichtig sind und dass wir für sie eine Rechtsgrundlage benötigen. Einige von uns stimmen dahingehend überein, dass Artikel 179 nicht die Grundlage ist, nach der wir suchen.

Sollte ich es nicht schaffen, mit der PPE-DE-Fraktion vor der Abstimmung, die morgen Mittag stattfinden wird, zu einer Übereinkunft zu kommen, so würde ich dies nicht nur bedauern, sondern würde auch darum bitten, dass die Angelegenheit wieder an meinen Ausschuss weitergeleitet wird. Ich bin dazu bereit und würde morgen bei der Abstimmung über die Änderung entsprechend handeln. Wenn die PPE-DE-Gruppe diese Haltung vertreten würde, wäre dies sehr schade, denn wir alle sind der Meinung, dass Entwicklungshilfe auf dem heutigen Niveau bleiben sollte und wissen, dass sie durch die Wirtschaftskrise geringer ausfällt.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt morgen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Angelika Beer (Verts/ALE), schriftlich. – (DE) Die Überprüfung der neuen außenpolitischen Finanzierungsinstrumente hat ergeben, dass die Zusammenarbeit mit Drittländern Lücken aufweist. Wir schlagen daher die Umgestaltung des Industrieinstruments vor.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hielt es nicht für sinnvoll, die neue rechtliche Grundlage des Instruments auf einige wenige Bereiche der Zusammenarbeit zu begrenzen. Die jetzt vorgesehenen Politikbereiche (Kultur, Jugend, Forschung) sind auch noch aus der europäischen Innenpolitik entliehen und waren bisher gar nicht dazu gedacht, die Zusammenarbeit mit Drittländern zu definieren. Das ist nur eine der Unwägbarkeiten, die der AFET befürchtet. Was ist zum Beispiel, wenn es demnächst sinnvoll ist, in Klimapolitikfragen mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten? Müssen wir dann jedes Mal eine neue rechtliche Grundlage für das Instrument schaffen? Wollen wir das jedes Mal tun, wenn sich das Gebiet der Zusammenarbeit ändert?

Uns allen lag die Reform der Außenpolitikinstrumente am Herzen. Es soll daher klar sein: Wir kämpfen nicht gegeneinander.

Dies ist der einzige Grund, warum die Grünen zusammen mit dem zweiten Berichterstatter aus dem AFET den Änderungsantrag am Montag zurückgezogen haben.

Inhaltlich halten wir unseren Vorschlag für den weitsichtigeren und den, der eine kohärente Außenpolitik möglich macht. Aber dieser Bericht ist lediglich eine Empfehlung an die Kommission. Wir werden sehen, wie sie damit umgeht.

Sirpa Pietikäinen (PPE-DE), schriftlich. – (FI) Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, die Europäische Union ist weltweit der größte Spender in Sachen Entwicklungshilfe und bringt 60 % aller Finanzierungsmittel auf. Die zentrale Bedeutung der Union als einer der wichtigsten Akteure bei der Entwicklungszusammenarbeit sollte in Zukunft sogar noch gestärkt werden.

Um die Volkswirtschaften von Entwicklungsländern zu stabilisieren und dafür zu sorgen, dass in diesen Ländern Frieden herrscht, ist es extrem wichtig, dass die Union den Zielwert erreicht, den wir uns für 2015 vorgenommen haben, nämlich unseren Anteil an der Entwicklungshilfe auf 0,7 % des BIP zu erhöhen. Dies allein wird jedoch nicht genügen.

Es ist von großer Bedeutung, dass die einzelnen Institutionen bei der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt kohärent vorgehen. Investitionen finanzieller Art und Projekte, bei denen es um den Bau von Infrastruktur und ein zufriedenstellenderes Maß der Einhaltung des Konzepts der Menschenrechte geht, müssen so ausgeführt werden, dass sie sich gegenseitig unterstützen. Die EU muss die erforderlichen Instrumente einführen, die für die Umsetzung kohärenter Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungspolitik erforderlich sind.

Die derzeit in der Union für Entwicklungszusammenarbeit verwendete Rechtsgrundlage weist aus gesetzlicher Sicht allerdings Schwachstellen auf, und aus diesem Grund möchte ich dem Berichterstatter dafür danken, dass er dieses wichtige Thema zur Sprache gebracht hat. Projekte, durch die die Transport-, Technologie- und Energiesektoren sowie der Dialog zwischen der wissenschaftlichen Gemeinschaft und nichtstaatlichen Organisationen gestärkt werden sollen, sind für die soziale Funktionsfähigkeit von Entwicklungsländern

von entscheidender Bedeutung. Das Hauptziel dieser Projekte besteht jedoch nicht darin, die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand von Entwicklungsländern zu fördern, und sie erfüllen aus diesem Grund nicht die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung festgelegten Kriterien für offizielle Entwicklungshilfe. In Zukunft sollte offizielle Entwicklungshilfe vor allem darauf abzielen, Armut zu beseitigen und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

24. Gemeinschaftlicher Rechtsrahmen für eine Europäische Forschungsinfrastruktur (ERI) (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Tagesordnungspunkt folgt der Bericht (A6-0007/2009) von Teresa Riera Madurell im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über den Vorschlag einer Verordnung des Rates über den gemeinschaftlichen Rechtsrahmen für eine Europäische Forschungsinfrastruktur (ERI) (KOM(2008)0467 – C6-0306/2008 – 2008/0148(CNS)).

Teresa Riera Madurell, Berichterstatterin. – (ES) Herr Präsident, Frau Kommissarin, zuerst möchte ich darauf hinweisen, dass es im ITRE-Ausschuss im Hinblick auf diesen Bericht zu Einstimmigkeit kam. Diese Einstimmigkeit ist auf die hervorragende Arbeit und Zusammenarbeit der Schattenberichterstatter zurückzuführen, deren Beiträge auch stark dazu beigetragen haben, dass ein nützlicher Bericht über ein derart wichtiges Thema wie das der Europäischen Forschungsinfrastruktur zustande gekommen ist.

Das Parlament stimmt der Kommission dahingehend zu, dass wir angesichts der Globalisierung von Forschung und der Entstehung neuer wissenschaftlicher und technologischer Supermächte wie China und Indien dringend einen höheren Gang einlegen und zu diesem Zweck für den Aufbau eines neuen Europäischen Forschungsraums Anreize bieten müssen.

Es ist äußerst wichtig, dass wir so bald wie möglich gewährleisten, dass es sich bei der Europäischen Union um einen Raum handelt, auf dem sich Forscher, Technologien und Wissen frei bewegen können. Zudem müssen Forschungsaktivitäten wirkungsvoll koordiniert und die zur Verfügung stehenden Ressourcen so gut wie möglich genutzt werden. Unter anderem benötigen wir dazu groß angelegte Forschungsinfrastrukturen auf europäischer Ebene.

Diese Infrastrukturen können auch eine hervorragende Gelegenheit zur Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten bieten, wobei sich dies bedeutend auf die wissenschaftliche Bildung junger Menschen und aus wirtschaftlicher Sicht stark auf die europäische Industrie auswirken könnte. Sie sind für den wissenschaftlichen Fortschritt Europas daher von großer Bedeutung, und infolgedessen müssen wir ihre Entwicklung unterstützen. Das Parlament begrüßt aus diesem Grund die Initiative der Kommission, einen Rechtsrahmen und die entsprechenden Bedingungen vorzuschlagen.

Schon seit Beginn betrachten wir die Entwicklung der Europäischen Forschungsinfrastrukturen als eine der Säulen des Europäischen Forschungsraums. Allerdings waren wir uns auch stets der Schwierigkeiten bewusst, die noch zu beseitigen waren, und dies nicht nur deshalb, weil beträchtliche finanzielle Ressourcen erforderlich waren – und dabei sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass auf dem ESFRI-Plan 44 Projekte aufgeführt sind, die innerhalb der nächsten zehn Jahre verwirklicht werden sollen –, sondern auch aufgrund der technischen und organisatorischen Komplexität des Themas.

Diesbezüglich möchte ich noch einmal erwähnen, dass das Parlament bei einer Initiative dieses Kalibers eine wesentlich entscheidendere Rolle hätte spielen sollen. Die Dringlichkeit dieser Maßnahmen und die Tatsache, dass im derzeitigen Vertrag keine bessere Rechtsbasis vorhanden ist, rechtfertigen die Verwendung von Artikel 171 hinreichend. Andererseits ist dies auch ein weiterer Hinweis auf die Notwendigkeit, so bald wie möglich für einen neuen Vertrag zu sorgen.

Ich möchte kurz auf einige Beiträge dieses Berichts hinweisen. Erstens: In ihm wird die Definition der „Europäischen Forschungsinfrastruktur“ klar erläutert, damit es zwischen der juristischen Person und der eigentlichen Forschungsinfrastruktur nicht zu Verwechslung kommt. Zudem werden die Bedingungen verdeutlicht und fertiggestellt, die erfüllt werden müssen, damit ein Element der Forschungsinfrastruktur als europäisch gilt. Dabei werden wichtige Aspekte wie eine Auswirkungseinschätzung für den Vorschlag auf europäischer Ebene, die Rechtfertigung der Finanzkapazität und die Gewährleistung, dass eine gute Richtlinie für den Zugang zur ganzen wissenschaftlichen Gemeinschaft Europas vorhanden ist, hinzugefügt.

Wir schlagen darüber hinaus vor, diese Initiative auf die bisherige Infrastruktur auszuweiten, und unterstützen den Vorschlag der Kommission, für diese Vorhaben keine Mehrwertsteuer zu verlangen, in allen Aspekten. Dieser Punkt ist für uns das wichtigste Element dieser Initiative.

Wir möchten daher ein deutliches Signal an den Rat senden und ihn auffordern, die Probleme, die er mit diesem Thema hat, so schnell wie möglich aus dem Weg zu räumen, und noch einmal darauf hinweisen, dass wir für steuerliche Erleichterungen sorgen müssen, wenn wir Forschung in Europa fördern wollen. Diese Empfehlung haben wir schon mehrmals gemacht, damit sich auch KMU verstärkt an FuE-Aufgaben beteiligen, und auch bei der Schaffung groß angelegter Forschungsinfrastrukturen auf europäischer Ebene muss dies nun unterstützt werden, weil sie für den wissenschaftlichen Fortschritt eine entscheidende Rolle spielen.

Abschließend möchte ich noch einmal allen Schattenberichterstattern und der Kommission für ihre hervorragende Arbeit danken und mich auch bei den Diensten des ITRE-Ausschusses für die Unterstützung bedanken, die sie mir beim Anfertigen dieses Berichts zukommen haben lassen.

Janez Potočnik, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, zuallererst möchte ich dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und vor allem der Berichterstatterin Teresa Riera Madurell meinen Dank dafür zum Ausdruck bringen, dass sie unseren Vorschlag für einen gemeinschaftlichen Rechtsrahmen für eine Europäische Forschungsinfrastruktur unterstützt haben. Ihre Worte waren wie Musik in meinen Ohren!

Lassen Sie mich auch den Schattenberichterstattern des ITRE-Ausschusses für ihre konstruktive Unterstützung danken.

Gemeinsam nähern wir uns einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Rechtsrahmen, durch den sich Mitgliedstaaten am Aufbau neuer groß angelegter Forschungsinfrastrukturen, die immer komplexer und kostspieliger werden sowie nur von mehreren europäischen Ländern gemeinsam zustande gebracht werden können, beteiligen können.

Sie haben das neue Rechtsinstrument im Detail besprochen und viele Änderungen bewirkt, durch die der Text klarer und besser strukturiert ist, vor allem hinsichtlich Definition, Umfang und Status sowie durch die Einführung von Verweisen auf das Europäische Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen (ESFRI).

Die Kommission wird alles tun, um die Umsetzung dieser Änderungen durch den Rat zu unterstützen.

Wir sind besonders darüber erfreut, dass wir beim wichtigsten Aspekt der gerade hier im Rat geführten Diskussionen einer Meinung sind: der Mehrwertsteuer. Dieser Aspekt hätte die Annahme blockieren können.

Wie Sie bereits wissen, sind sich alle Mitgliedstaaten einig, dass Forschungsinfrastrukturen, die von mehreren Ländern eingerichtet worden sind, von den Steuern des Landes, in dem sie angesiedelt sind, befreit werden müssen.

Aus praktischen Gründen wird dies häufig als Steuerbefreiung bezeichnet, aber dies führt zu gewissen Verwirrungen. In Wirklichkeit geht es hier nur darum, die bereits vorhandene Mehrwertsteuerrichtlinie umzusetzen, die vom Rat bereits vereinbart und erlassen wurde. Dabei stellt sich die Frage, ob der Europäischen Forschungsinfrastruktur der in der Mehrwertsteuerrichtlinie festgelegte Status internationaler Organisationen erteilt werden soll, wodurch sie in den Genuss der Mehrwertsteuerbefreiung käme. Es geht also nicht um die steuerrechtliche Angleichung, sondern um die Einrichtung juristischer Personen für Forschungsinfrastrukturen.

Sowohl das Justitiariat der Kommission als auch der Rat haben deutlich darauf hingewiesen, dass dies der richtige Weg wäre. Infolgedessen ist dies eine rein politische Entscheidung, durch die zum Ausdruck gebracht wird, wie wichtig es den Mitgliedstaaten ist, in Europa neue Forschungseinrichtungen der Spitzenklasse einzurichten.

Ihre felsenfeste Unterstützung in dieser Angelegenheit könnte dabei von großer Bedeutung sein.

VORSITZ: GÉRARD ONESTA

Vizepräsident

Paul Rübzig, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – (DE) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lambert van Nistelrooy hat einmal gesagt, dass es um die Definition der „Fünften Freiheit“ geht. Die „Fünfte Freiheit“ ist ganz einfach die Freiheit der Forscher, und Forscher können nicht an regionale, nationale oder internationale Niveaus gebunden sein.

Es geht ganz einfach darum, den Verbund und den Rechtsrahmen dafür zu schaffen, dass Forscher die Leistung erbringen, die die Gesellschaft auch von ihnen erwartet. Da geht es nicht nur um die Forschung an den Universitäten – die akademische Forschung – oder die Industrie, sondern insbesondere auch um die Forschung in den kleinen und mittleren Betrieben. Letztlich geht es auch darum, diese Forschungsergebnisse auch immer wieder zu präsentieren und zugänglich zu machen.

Wir haben im letzten Jahr hier im Haus den „Energy Club“ präsentiert – Vizepräsident Onesta war ja dabei –, wo von der Wissenschaft und den Verantwortlichen eine Begeisterung ausging, dass es Erfindungen gibt, die uns allen sehr großen Nutzen bringen können. Das ist gerade in der derzeitigen Wirtschafts- und Energiekrise die richtige Antwort, dass wir derartige Forschungsinstrumente schaffen, die uns neue Produkte und Dienstleistungen ermöglichen, die dann auch wieder weltweit vermarktet werden können. Deshalb ist die Initiative der Kommission hier ganz besonders zu begrüßen, weil natürlich die Organisation derartiger Vorhaben die internationalen Möglichkeiten stärkt. Gerade die internationale Zusammenarbeit wird für uns in Europa, genauso wie für unsere Partner, immer bedeutender. Letztlich haben wir hier in Europa den kaufkräftigsten Raum der Welt entwickelt, und 500 Millionen Bürger in Europa haben das Recht, die Forschungsergebnisse so schnell und so effizient wie möglich erarbeitet zu bekommen. Danke.

Adam Gierek, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (PL) Herr Präsident, mit der Europäischen Forschungsinfrastruktur (ERI) sollen einzigartige Forschungszentren geschaffen werden, die von den angesehensten Spezialisten der einzelnen Fachbereiche geführt werden. Meiner Ansicht nach sollten diese Zentren über eine große Anzahl teurer und erstklassiger Geräte verfügen und an ihrer Spitze sollte ein Wissenschaftlerteam stehen. Die ERI wird für experimentelle Studien über allgegenwärtige Phänomene verwendet, bei denen überwiegend induktive Methoden zum Einsatz kommen und durch die praktische Lösungen gefunden werden sollen. Außerdem sollten in der ERI auch junge Wissenschaftler ausgebildet werden.

Ich denke, dass das Europäische Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen nicht dazu dienen soll, bereits vorhandene Kompetenzzentren zu kopieren. Stattdessen können Strukturfonds und nationale Mittel genutzt werden, um andere Forschungsstellen einzurichten, die den Kompetenzzentren als Ergänzung dienen und durch die sich eine Infrastruktur fachspezifischer Forschungsstellen und somit ein homogenes Netz, das sich auf die ganze EU erstreckt, schaffen lässt. Junge, ehrgeizige Forscher aus Europa werden nicht mehr gezwungen werden, erst den Ozean zu überqueren, damit sie ihre Ideen umsetzen können. Ich glaube daher, dass für das effektive Funktionieren der ERI unter anderem ein hohes Maß an Spezialisierung und Mobilität im Hinblick auf das Forschungsumfeld erforderlich ist. Forschung wird effektiver, wenn zeitliche Beschränkungen eingeführt und entsprechende Aufgaben an unterschiedlichen Orten durchgeführt werden, *d. h.* wenn grundlegende Forschungsaufgaben gleichzeitig in verschiedenen internationalen Spezialeinheiten der ERI durchgeführt werden, die steuerlich befreit wären, weil es sich bei ihnen nicht um Wirtschaftspersonen handelt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und möchte Teresa Riera Madurell gratulieren und der Kommission wünschen, dass dieses Konzept für eine Verordnung schnell umgesetzt werden kann. Es ist interessant, muss aber noch genauer ausgearbeitet werden.

Vladko Todorov Panayotov, *im Auftrag der ALDE-Fraktion.* – (BG) Ich möchte Teresa Riera Madurell zu diesem Bericht gratulieren, der uns bei unserem Ziel, einen Europäischen Forschungsraum zu etablieren, einen Schritt weiter bringt. Ich bin davon überzeugt, dass wir durch das Einrichten eines Netzes wissenschaftlicher Forschungspartnerschaften zwischen den Mitgliedstaaten in der Lage sein werden, eine wettbewerbsfähige und rentable Wirtschaft herbeizuführen, die auf Wissen und Innovation basiert. Wissen lässt sich ohne die entsprechende Infrastruktur nicht austauschen, weil diese Infrastruktur einen großen Beitrag dazu leistet, dass eine effektive Umgebung geschaffen wird, in der hochmoderne Forschung, die für uns so wichtig ist, stattfinden kann.

Derzeit beschränkt sich die Aktivität auf die Zusammenarbeit einzelner Forschungseinrichtungen. Bisher standen uns auch noch nicht die entsprechenden Rechtsinstrumente zur Verfügung, durch die sich eine geeignete Partnerschaft zwischen Teilnehmern verschiedener Staaten aufbauen ließe, wobei in diesem Bereich im Grunde genommen der Schlüssel zum Erfolg liegt. Das Fehlen solcher Rechtsinstrumente hat stark dazu beigetragen, dass die Forschungsintegration der neuen Mitgliedstaaten so langsam vonstatten gegangen ist, und diese Mitgliedstaaten haben ein riesiges Forschungspotenzial, das in die Europäische Union eingegliedert werden muss.

Bei diesem Bericht geht es nicht nur darum, im Hinblick auf die Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Etablieren einer Forschungsinfrastruktur Fortschritte zu machen. Er würde entscheidend dazu beitragen, die

Mobilität von Wissen in der Europäischen Union zu erzielen, das Ansehen und den Einfluss europäischer Forschungszentren weltweit zu steigern und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Darüber hinaus könnte man sich so an der Suche adäquater Lösungen für neue ökologische Herausforderungen beteiligen. Noch einmal möchte ich der Berichterstatterin Teresa Riera Madurell gratulieren.

Nils Lundgren, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – (SV) Brauchen wir in Europa im Forschungssektor wirklich für Wirtschaftseinheiten eine juristische Person oder ist dies nur ein weiteres Beispiel dafür, dass sich die EU ständig gegen europäischen Pluralismus wehrt? Es stimmt natürlich, dass institutioneller Wettbewerb für erfolgreiche institutionelle Reformen unabdingbar ist. Stellen Sie sich vor, ein internationaler Rechtsrahmen für Forschungszwecke wäre vor 50 Jahren aufgestellt worden. Die Entwicklung wäre in diesem Bereich zum Stillstand gekommen. Internationale Verträge lassen sich nur sehr schwer ändern, und dieser Prozess dauert auch viel zu lange. Fortschritt wird dann erzielt, wenn Länder ihre nationalen Institutionen leicht reformieren können. Und erfolgreiche Reformen wirken sich dann auch auf andere Länder aus.

Beim Vorschlag der Kommission handelt es sich definitiv nicht um eine Zwangsjacke. Er bietet eine Alternative zu bisher eingereichten nationalen Vorschlägen und stellt in dieser Hinsicht eine Verbesserung dar. Der Vorschlag wird jedoch völlig durch einen Aspekt ruiniert, nämlich dem, dass die Kommission die Besteuerung dieser juristischen Person auf EU-Ebene regulieren möchte. Aus diesem Grund muss dieser Vorschlag abgelehnt werden.

Erna Hennicot-Schoepges (PPE-DE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meiner Meinung nach ist dies für die europäische Forschungspolitik ein äußerst wichtiger Schritt nach vorn. Es ist ein Ergebnis des Bewertungsberichts des Sechsten Rahmenprogramms, aber auch eine Überlegung, die bei der Ausarbeitung des Siebten Programms beibehalten worden ist.

Herr Kommissar, Sie sagten, dass einige Mitgliedstaaten jetzt zusammenarbeiten können. Es ist gelinde gesagt absurd, dass man darauf hinweisen muss, dass dazu eine Sondergenehmigung der Europäischen Union erforderlich ist, aber dennoch kann man von Fortschritt sprechen. Was mir an Ihrer Aussage Sorge bereitet, ist, dass der niedrigste Prozentsatz der Mehrwertsteuer Anwendung finden wird und dass die Situation im Hinblick auf den internationalen Status noch nicht ganz klar ist – zumindest habe ich dies so verstanden.

Artikel 171 wurde hinsichtlich der Abstimmung über das gemeinsame Unternehmen des SESAR erwähnt. Wir haben seitdem zweimal über diesen Entwurf abgestimmt. In seiner ursprünglichen Version war der internationale Status noch nicht bestätigt, und das gemeinsame Unternehmen konnte daher nicht etabliert werden. Ein anderes gemeinsames Unternehmen, Galileo, wurde überhaupt nicht etabliert.

Meine Fragen lauten daher folgendermaßen: Welcher Anteil wird aus Gemeinschaftsmitteln finanziert werden? Werden denjenigen Mittel zur Verfügung gestellt, die sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die Verschwendung von für Forschungsinfrastrukturen vorgesehenen Ressourcen vermieden wird, und um diese Menschen zu fördern? Wird es endlich möglich sein, den Kohäsionsfonds für Forschung zu nutzen und dadurch Exzellenz und Kohäsion zu vereinen?

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – (RO) 2009 ist das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation.

Durch den Aufbau einer Europäischen Forschungsinfrastruktur, die auf nichtwirtschaftlicher Basis betrieben werden soll, werden sich die Forschungsprogramme der Gemeinschaft optimieren sowie die Ergebnisse auf dem Gebiet der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration auf Gemeinschaftsebene verbreiten und verbessern lassen.

Ich begrüße die Tatsache, dass diese Infrastrukturen durch die Finanzinstrumente der Kohäsionspolitik gemeinsam finanziert werden können, und zwar in Einklang mit den Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Sozialfonds und den Kohäsionsfonds.

Ich möchte betonen, dass durch diese Infrastrukturen unbedingt Verknüpfungen zwischen Forschungsinstituten und Strukturen, Universitäten, den akademischen Kreisen und dem privaten Sektor aufgebaut werden müssen, wobei die industriellen Sektoren von der Nutzung der Forschungsergebnisse profitieren werden.

Aber vor allem möchte ich sagen, dass besonders aufgrund der derzeitigen Krise sicherzustellen ist, dass mindestens 1 % des BIP eines Mitgliedstaats der Forschung zugewiesen wird.

Dragoș Florin David (PPE-DE). – (RO) Das Konzept eines gemeinsamen Europäischen Forschungsraums und eines gemeinschaftlichen Rechtsrahmens, der für Europäische Forschungsinfrastrukturen gilt, ist das

Grundprinzip zum Erreichen der im Rahmen der Lissabon-Strategie festgelegten Ziele gewesen, nämlich in Bezug auf Wirtschaftswachstum sowie das Schaffen von Arbeitsplätzen und eine dynamische, wissensbasierte Wirtschaft.

Forschungsinfrastrukturen spielen in Sachen Wissens- und Technologiefortschritt eine immer wichtigere Rolle. Dies ist auf ihre Fähigkeit zurückzuführen, humane Ressourcen und Investitionen zu mobilisieren, damit eine kritische Masse erzielt und so ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Europas geleistet wird. Da es unser Wunsch ist, dass die Europäische Union international zu den besten Forschungspartnern zählt, haben wir vorgeschlagen, für Forschung wettbewerbsfähige Finanzierung, adäquate Infrastrukturen, Bestimmungen für geistiges Eigentum und effiziente Mobilität für Forscher zu gewährleisten.

Durch diesen Vorschlag einer Verordnung über den gemeinschaftlichen Rechtsrahmen für eine Europäische Forschungsinfrastruktur konsolidieren wir heute die Einführung der fünften Freiheit in Europa: des freien Wissensverkehrs. Die derzeitige Verordnung wird eine Säule der europäischen Forschungsentwicklung sein, da durch die Europäische Forschungsinfrastruktur wissenschaftliche Exzellenz in der Gemeinschaftsforschung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Gemeinschaft gewährleistet werden. Dem liegen mittel- bis langfristige Prognosen zugrunde, und europäische Forschungsaktivitäten werden auf effektive Weise unterstützt.

Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise wird die schnellstmögliche Umsetzung dieser Verordnung zusammen mit der Förderung von Investitionen in Forschung und Entwicklung, der Einführung gemeinsamer Standards im Wissenssektor und der Modernisierung der nationalen Bildungssysteme dazu beitragen, dass echte Lösungen zum Überwinden dieser Krise gefunden werden.

Ich denke, dass wir uns jetzt auf die Unterschiede konzentrieren müssen, die beim Entwickeln einer Infrastruktur für Innovation und Forschung zwischen entwickelten Mitgliedstaaten und den Mitgliedstaaten, deren Wirtschaft erst noch aufholen muss, bestehen. Dadurch soll vermieden werden, dass wir eine größere Migration von Forschern aus den kürzlich beigetretenen Ländern in die Mitgliedstaaten auslösen, die an der Spitze der Weltwirtschaft stehen. Eine homogene Verteilung dieser Infrastrukturen und Forschungsmöglichkeiten in der Europäischen Union wäre für die ganze Union von Vorteil und würde außerdem dazu beitragen, dass der Migration von Wissenschaftlern aus dem Osten in den Westen entgegengewirkt wird.

Abschließend möchte ich der Berichterstatterin Teresa Riera Madurell und ihren Kollegen aus dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie zu ihrem Beitrag gratulieren, den sie beim Ausarbeiten dieses Berichts geleistet haben.

Avril Doyle (PPE-DE). – Herr Präsident, könnten Sie die fünf Minuten auf die beiden Meldungen aufteilen? Ich würde gern zwei Minuten lang reden, falls dies möglich ist.

Der Präsident. – Nun, Sie bringen mich in eine Zwickmühle. Laut der Geschäftsordnung heißt es eine Minute. Eine Minute.

Avril Doyle (PPE-DE). – Herr Präsident, bei allem Respekt, wir haben mit diesem Thema bereits zwei Minuten verschwendet. Gemäß dem System des Augenkontakts stehen fünf Minuten für den Saal zur Verfügung. Ich habe schon an anderen Aussprachen teilgenommen, bei denen sich bis zu drei Redner diese Zeit teilten. Ich bin lediglich an zwei Minuten interessiert, weiß aber nicht, welche Absichten meine Kollegen verfolgen.

Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie es mir erlauben, Ihre Geduld über Gebühr in Anspruch zu nehmen.

Ich unterstütze die Einrichtung eines Rechtsstatus für neue Europäische Forschungsinfrastrukturen für gesamteuropäische Forschungsprojekte und Finanzierung vollständig.

Hierzu möchte ich zwei Punkte kurz ansprechen. Ich habe eine Veröffentlichung vor mir liegen, zu der ich dem Kommissar und dem Personal gratulieren möchte. Sie trägt den Titel „A more research-intensive and integrated European Research Area: Science, Technology and Competitiveness key figures report 2008/2009“. Die Zahlen sind wahrscheinlich ziemlich veraltet, wenn man bedenkt, wie stark das BIP in der ganzen EU und auch in anderen Gebieten gefallen ist. Ich möchte besonders auf den Punkt verweisen, dass die Finanzierung von FuE aus öffentlichen Mitteln antizyklisch sein kann. Dies war Anfang der 1990er Jahre und zu Beginn der 2000er Jahre jeweils in Japan und in den USA der Fall. Als ihr BIP einbrach, wurde die Investition in FuE aus öffentlichen Mitteln intensiviert.

Könnten Sie von den Dingen, die wir zurzeit in der EU erleben, und den Mitteln, die uns angesichts des derzeitigen Einbruchs des Wirtschaftswachstums in der ganzen EU – und da stehen wir nicht allein da – beim Siebten Forschungsrahmenprogramm und von Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, darauf schließen, ob wir in der Lage sein werden, durch höhere Mittel aus dem öffentlichen Sektor in Sachen FuE einen Ausgleich zu schaffen?

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf die furchterregende Aussicht in Bezug auf den weltweiten Anteil der EU an Patentanmeldungen hat, denn deren Anzahl hat erschreckend stark nachgelassen. Sie sagen, dass sich dies unter Umständen dadurch erklären lässt, dass Europa die höchsten Patentkosten hat. In Europa sind für Patentanmeldungen Kosten zu entrichten, die über 20 % höher sind als in den USA und 13 Mal höher als beim japanischen Patentamt. Die Kosten, die in den 27 Mitgliedstaaten für das Aufrechterhalten des Patentschutzes anfallen, sind in der EU 60 Mal höher als in den USA, und dies hat erschreckende Auswirkungen. Herr Kommissar, vielleicht könnten Sie uns mitteilen, wie wir dieses Problem so schnell wie möglich lösen könnten?

Ich möchte Ihnen, Herrn Kommissar, noch einmal zu einer faszinierenden Publikation gratulieren.

Mieczysław Edmund Janowski (UEN). – (PL) Herr Präsident, zuerst möchte ich der Berichterstatterin für ihre Arbeit danken. Ich werde mich hier auf eine Bemerkung von Avril Doyle beziehen. In Zeiten des wirtschaftlichen Einbruchs sollten wir nicht den Fehler begehen, Forschung und Entwicklung sowie die in diesem Bereich arbeitenden Menschen zu vernachlässigen. Aus diesem Grund befürworte ich die Maßnahmen hinsichtlich des Aufbaus eines Rechtsrahmens für die Europäische Forschungsinfrastruktur.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass für die ERI rechtliche Rahmenbedingungen und eine adäquate Finanzierung wichtig sind, dass diese Mittel aber nicht aus Beiträgen einzelner Regionen oder gar Länder stammen können. In diesem Fall ist auch die Frage der angemessenen Besteuerung von Bedeutung. Darüber hinaus bin ich der Meinung, dass Forschungszentren und Wirtschaft besser zusammenarbeiten müssen, und dabei sind auch kleine und mittlere Unternehmen zu berücksichtigen. Ich bin mir sicher, dass die ERI – wenn sie gut in die Rahmenprogramme eingliedert ist – dazu beitragen wird, dass sich die Situation der Menschen und, wie Adam Gierek sagt, vor allem der jungen Menschen, die in der Forschung tätig sind, verbessern wird. Dadurch lässt sich in Europa vielleicht die Abwanderung hochqualifizierter Kräfte vermeiden. Wir sollten uns daran erinnern, dass laut der Lissabon-Strategie ein Anteil von drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden soll. In der Europäischen Union liegt dieser Indikator heute – meine Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2007 – bei 1,84 %. Ich bin daher zuversichtlich, dass sich diese Situation durch die ERI verbessern wird.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, zuerst möchte ich Ihnen für Ihre Unterstützung danken. Ich denke, dass uns allen bewusst ist, wie wichtig dieser Dialog ist. Zwar halte ich vielleicht die Reihenfolge nicht ganz ein, werde mich aber bemühen, kurz auf Ihre Fragen einzugehen.

Frau Doyle, in Bezug auf öffentliche Mittel haben wir aus Erfahrung gelernt, dass die Privatfinanzierung in Zeiten der Krise eher nachlässt. Deshalb sollte bei öffentlichen Mitteln nicht der schreckliche Fehler begangen werden, diesem Muster zu folgen, da dies nach der Krise eine völlig unangebrachte Situation herbeiführen würde. Die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln muss daher antizyklisch erfolgen, und selbst hier in Europa konnten wir diese Erfahrung machen. Zu Beginn der 1990er Jahre war dies zum Beispiel in Finnland der Fall. Ich denke, wir sollten jetzt ähnlich handeln und diesem Beispiel folgen.

Die Kosten von Patentanmeldungen sind wirklich beachtlich. Eine einfache Lösung gibt es hier aber wohl nicht. Die Situation ließe sich wohl durch eine Antwort verbessern, die horizontaler ausfallen müsste, als es uns möglich ist. Im vergangenen Jahr haben wir unser Bestes versucht, indem wir vorschlugen, diese Patentangelegenheit in Bezug auf die Beziehungen zwischen privaten und öffentlichen Institutionen zu klären, aber angesichts der Tiefe dieses Problems ist dies hier definitiv nicht die Lösung.

Jetzt wende ich mich dem Vorschlag über die Fragen zur Finanzierung des Siebten Rahmenprogramms zu. Bisher haben wir die Vorbereitungsphase der bereits freigegebenen Projekte finanziert. Die institutionelle Finanzierung der Infrastruktur ist jedoch nicht vorgesehen. Dies übernehmen die Mitgliedstaaten, und diese Staaten werden beispielsweise auch entscheiden, wo die Infrastruktur angesiedelt wird. Anschließend werden wir den Zuschuss aber natürlich finanzieren, denn das ist auch bei anderer Infrastruktur der Fall.

Dies ist der einzige Weg nach vorn. Ich möchte Sie daran erinnern, dass dies das Budget war, das bei den Finanzierungsgesprächen für die Forschungsinfrastruktur in Prozentpunkten im Rahmen des Siebten

Rahmenprogramms am stärksten reduziert wurde. Dennoch bin ich recht optimistisch. Wir liegen weit vorn, und ich glaube, dass es die Rechtsvorschriften möglich machen werden, dass man gute Lösungen findet.

Hinsichtlich der Mehrwertsteuer möchte ich mich genau ausdrücken. Wir schlagen nicht vor, dass eine Mehrwertsteuerbefreiung in die Rechtsvorschriften aufgenommen werden soll. Wir sind der Auffassung, dass sich beim Aufbau einer gemeinsamen Infrastruktur durch mehrere Länder – zum Beispiel Deutschland und Slowenien oder dem Vereinigten Königreich oder einem anderen Land – letztendlich keines dieser Länder dazu bereiterklären wird, in diesem Land Mehrwertsteuer zu zahlen. Dies ist bereits heute der Fall. Aber wie sieht dies im Detail aus? Derzeit führen die Länder mit dem Gastland einzeln Verhandlungen über diese Art des Erlasses. Mit dieser Gesetzgebung bezwecken wir, den Status einer internationalen Organisation zu garantieren, was aufgrund der derzeit gültigen Mehrwertsteuervorschriften wiederum die Mehrwertsteuerbefreiung mit sich bringen würde.

Und damit wäre es im Endeffekt getan, aber es wurde auch der Zeitfaktor erwähnt. Zeit spielt hier eine zentrale Rolle, und deshalb überlegen wir, wie wir den gemeinsamen Aufbau der Forschungsinfrastruktur beschleunigen und vereinfachen können. Die Situation in Sachen Forschungsinfrastruktur ist gegenwärtig jedoch leider so komplex, dass wir Zeit und somit auch Geld verlieren. Darum geht es prinzipiell.

Ich habe das Thema der Kohäsion vergessen. Die Antwort lautet „Ja“.

Abschließend möchte ich sagen, dass dies genau der Punkt ist, den wir betonen müssen. Wir brauchen Infrastruktur. Und wir brauchen sie so bald wie möglich. Durch diesen Schritt lässt sich der ganze Prozess beschleunigen. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis und für die Unterstützung, die Sie in dieser Angelegenheit geleistet haben.

Der Präsident. – Bevor ich das Wort an unsere Berichterstatterin übergebe, möchte ich für Avril Doyle einen Punkt klären. Wir haben uns die fachlichen Details angesehen.

Vor etwas mehr als einem Jahr, am 8. Januar 2008, erhielten Sie vom stellvertretenden Generalsekretär eine Mitteilung über eine Entscheidung, die die Konferenz der Präsidenten am 27. Oktober 2007 getroffen hat. Aus Punkt 3(B) geht ganz klar hervor, dass gemäß dem System des Augenkontakts maximal fünf Minuten zur Verfügung stehen und dass den einzelnen Rednern jeweils maximal eine Minute zugewiesen werden kann.

Das ist die Regel, aber Ihr Beitrag war so angenehm, dass wir Ihnen gern Aufmerksamkeit schenken. Jetzt zu unserer Berichterstatterin Teresa Riera Madurell.

Teresa Riera Madurell, Berichterstatterin. – (ES) Herr Präsident, ich möchte all denen danken, die sich an dieser Aussprache beteiligt haben. Auch dem Kommissar danke ich für seine Worte und kann sagen, dass ich seiner äußerst klaren Darstellung der Mehrwertsteuerangelegenheit vollkommen zustimme. Abschließend möchte ich erwähnen, dass die Mehrheit von uns mit den Grundlagen einverstanden ist. Die Nachricht ist klar: Für hervorragende Forschung ist qualitativ hochwertige Forschungsinfrastruktur erforderlich, und ein Großteil dieser Infrastruktur muss aufgrund der hohen Bau- und Betriebskosten gemeinsam genutzt werden. Oder anders ausgedrückt: Es ist sinnvoller, sich über die Schaffung europäischer Infrastruktur Gedanken zu machen, von der die wissenschaftliche Gemeinschaft ganz Europas profitieren kann.

Der vom ESFRI aufgestellte Plan war im Hinblick auf die bessere Planung von Forschungsinfrastruktur auf europäischer Ebene sicherlich ein Fortschritt. Jetzt müssen wir diesen Plan nur noch umsetzen. Wie einige meiner Kollegen bereits erwähnt haben, ist eines der Hauptprobleme definitiv die Finanzierung. Obwohl für das Siebte Forschungsrahmenprogramm mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden und – wie einige Kollegen ebenfalls mitgeteilt haben – auch die Möglichkeit besteht, Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der kohäsionspolitischen Programme zu unterstützen, reicht das Budget der Europäischen Union nicht aus, um all die Infrastruktur zu finanzieren, die benötigt wird. Es ist daher wichtig, dass wir sowohl die nationalen als auch die privaten Finanzierungsquellen so weit wie möglich ausschöpfen, besonders seitens der Industrie, obwohl der Kommissar zurecht darauf hingewiesen hat, dass dies kein guter Zeitpunkt sei.

Eine weitere, nicht weniger bedeutende Schwierigkeit war der Mangel an einer Rechtsstruktur. Das Ziel der Kommission bestand beim Unterbreiten dieses Vorschlags darin, einen Rechtsrahmen aufzustellen und dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Bedingungen gegeben sind, damit in Europa Forschungsinfrastrukturen geschaffen werden können. Wie der Kommissar bereits gesagt hat, handelt es sich hierbei um einen guten Vorschlag, der – und davon sind wir überzeugt – vom Parlament noch verbessert wurde.

Ich möchte den Rat noch einmal bitten, unserer Botschaft Gehör zu schenken.

Paul Rübiger (PPE-DE). – (DE) Herr Präsident! Ich möchte bitten, dass man die Heizung bis zum Schluss der Sitzung eingeschaltet lässt, denn es ist zu kalt im Haus.

Der Präsident. – Wir werden diesen Kommentar notieren. Vielleicht sollten die abends abgehaltenen Aussprachen anregender und hitziger sein, damit sich die Atmosphäre etwas aufheizt. Es stimmt allerdings, dass der Saal groß ist.

Für diesen wesentlichen Aspekt, durch den sich bei der europäischen Forschung große Fortschritte erzielen lassen, ist die Aussprache beendet.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 19. Februar 2009.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Constantin Dumitriu (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Wenn es wirtschaftlich abwärts geht, kürzen Behörden gern Forschungsmittel. Ich freue mich jedoch darüber, dass wir durch diese Diskussion, bei der der Bericht über den Vorschlag einer Verordnung des Rates über den gemeinschaftlichen Rechtsrahmen für eine Europäische Forschungsinfrastruktur im Mittelpunkt steht, ein wichtiges Signal senden: Forschung wird in der Europäischen Union auch in Zukunft eine unserer Prioritäten sein.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir durch das Schaffen dieses institutionellen Rahmens zur Unterstützung von Forschungsaktivitäten Ergebnisse erzielen werden, durch die sich die Wirtschaft Europas stärken lässt. Diese Annahme beruht darauf, dass es sich bei Forschung nicht um eine Modeerscheinung handelt, sondern um eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Wirtschaft Europas weltweit wettbewerbsfähig ist.

Ich möchte auf einen Bereich hinweisen, der extrem wichtig ist und in dem Forschung eine bedeutende Rolle spielen kann. Man geht davon aus, dass in den nächsten 25 Jahren aufgrund der Urbanisierung nahezu 25 % des landwirtschaftlich genutzten Landes nicht mehr für diesen Zweck verwendet werden wird. Um diese Reduzierung zu kompensieren, sind wir auf die höhere Produktivität kleinerer Flächen angewiesen, wobei weniger Wasser oder Pflanzenschutzmittel verwendet werden sollen. Die Lösungen lassen sich vielleicht durch Forschung, vor allem auf dem Gebiet der Biotechnologie, finden, und dabei ist natürlich das Prinzip der Lebensmittelsicherheit zu berücksichtigen.

Dies ist ein weiterer Grund dafür, weshalb man eine Zunahme der Forschungsaktivitäten unterstützen und sich für einen einheitlichen Rahmen in Europa einsetzen sollte.

Daniel Petru Funeriu (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich begrüße den Bericht über die Einrichtung eines Rechtsrahmens für die Europäische Forschungsinfrastruktur (ERI) und den Vorschlag der Kommission, diesen Bereich zu regulieren.

ERI ist eine Reaktion auf ein echtes Bedürfnis seitens der europäischen Forscher und wird zweifelsohne dazu beitragen, dass die europäische Wissenschaft wettbewerbsfähiger wird.

Eines der wichtigen Elemente dieser Regulierung besteht darin, dass die Europäische Union Gelegenheit hat, an einer ERI-Entität beteiligt zu sein. So kann sich die Gemeinschaft an transeuropäischen Forschungsstrategien beteiligen und dabei eine leitende Rolle übernehmen.

Basierend auf diesem Element möchte ich die Europäische Kommission bitten, bei der Bereitstellung von Finanzmitteln für die ERI drei Punkte zu berücksichtigen:

- 1) Die Gemeinschaft sollte sich nur an Projekten beteiligen, die ein extrem hohes wissenschaftliches Potenzial aufweisen.
- 2) ERI sollte in Regionen entstehen, die traditionell unter der Abwanderung hochqualifizierter Kräfte besonders leiden, und dies gilt sowohl für den Gemeinschaftsraum als auch für andere Länder.
- 3) Der Zugang von privaten Unternehmen zur ERI sollte erleichtert werden.

Bei der Gemeinschaftspolitik muss in diesem Bereich wissenschaftliche Exzellenz mit dem Auslösen einer Zuwanderung von Forschern und der Schaffung wirksamer Infrastrukturen in Ländern wie den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Beitritt zwischen 2004 und 2007 lag, vereint werden.

Nicolae Vlad Popa (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Der von Teresa Riera Madurell verfasste Bericht ist besonders wichtig, weil er den Rechtsrahmen schafft, der zur Entwicklung von Forschungsinfrastrukturen erforderlich ist.

Durch die Einführung europäischer Forschungsinfrastrukturen lässt sich gewährleisten, dass die Forschung ein hohes Niveau erreicht.

Darüber hinaus werden so neue Chancen für eine engere Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Teams europäischer Forscher geschaffen, in die auch zahlreiche Studenten und technisches Personal eingebunden werden können, wodurch der Hi-Tech-Sektor für junge Menschen attraktiver wird.

Durch diesen Rechtsrahmen muss auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Forschern der Industrie und Universitäten gewährleistet werden, wodurch die Umsetzung von Innovationen erleichtert werden soll.

Ich unterstütze den Vorschlag des Berichterstatters, bei dem die Kommission gebeten wird, dem Europäischen Parlament regelmäßig über den Entwicklungsstatus europäischer Forschungsinfrastrukturen Bericht zu erstatten.

Aufgrund der hohen Kosten groß angelegter Forschungsinfrastrukturen müssen mehrere Länder zusammenwirken.

Damit die Entwicklung dieser Infrastrukturen erleichtert und beschleunigt werden kann, muss unbedingt ein gemeinschaftlicher Rechtsrahmen geschaffen werden.

25. Außenmaßnahmen der EU: Ein besonderer Platz für Kinder (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Der nächste Punkt umfasst eine kurze Darstellung des Berichts (A6-0039/2009) von Glenys Kinnock im Namen des Entwicklungsausschusses. Bei diesem Bericht geht es darüber, dass Kinder bei Außenmaßnahmen der EU einen besonderen Platz einnehmen sollten (2008/2203(INI)).

Glenys Kinnock, Berichterstatterin. – Herr Präsident, ich möchte gleich zu Beginn sagen, dass ich die von der Kommission ausgearbeitete Mitteilung sehr begrüße. Meiner Meinung nach ist sie sowohl umfassend als auch ehrgeizig.

In meinem Bericht, Herr Kommissar, empfehle ich praktische Maßnahmen, Investitionen und Prozesse, die erforderlich sind, wenn dieser besondere Platz von Kindern bei Außenmaßnahmen anerkannt werden soll. Die Mitteilungen und Schlussfolgerungen der Kommission und des Rats über Außenmaßnahmen werden auf der externen Dimension der EU-Kinderrechtsstrategie basieren. Ich denke, dass dies für die Europäische Union unabdingbar ist.

Herr Kommissar, ich freue mich jetzt sehr darauf, Maßnahmen zu sehen, mit denen man die ehrgeizigen Ziele verwirklichen kann. Wir brauchen nun Inhalt, der die Rhetorik unterstützt. Das heißt, dass Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, und dass – und dabei gehe ich davon aus, dass wir alle einer Meinung sind – bei den Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union hinsichtlich der Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) eingegangen sind, keine Rückschritte gemacht werden dürfen. Wir wissen, dass ein Großteil der weltweit zwei Milliarden Kinder täglich gegen Armut und andere Gefahren ankämpft. Auch wissen wir, dass 98 % der Kinder, die weltweit in extremer Armut leben, in Entwicklungsländern leben.

Inzwischen ist uns auch klar, dass sich die Finanzkrise besonders stark auf Kinder und Jugendliche auswirken wird. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn die für Gesundheit und Bildung zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel gekürzt werden. Aus diesem Grund denke ich, dass es der richtige Weg ist, auf der höchsten Ebene für Kinder und mit ihnen eine politische Verpflichtung abzugeben. Die EU muss in ihrer Partnerschaft mit Entwicklungsländern die Chance sehen, auf die öffentliche Politik Einfluss zu nehmen und so das Leben von Kindern zu retten. Prioritätsmaßnahmen für Kinder müssen gefördert werden, wenn die Europäische Kommission die regionalen und thematischen Strategien im Rahmen von Länderstrategiepapieren aushandelt sowie wenn diese Strategien ausgearbeitet und anschließend überprüft werden.

Bei Budgetbeihilfen einschließlich MDG-Budgetverträgen müssen und sollten bestimmte Ziele und Indikatoren für Kinder berücksichtigt werden. Ich begrüße die Absicht der Kommission, für Kinder nationale Partneraktionspläne aufzustellen. Wir brauchen Zusicherungen, dass selbst die am stärksten an den Rand der Gesellschaft gedrängten Kinder – zu denen unter anderem behinderte Kinder und Waisen zählen – gleichen Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Sozialleistungen und gerichtlichen Dienstleistungen haben.

Ich denke, dass das Personal der Kommission – sowohl in Brüssel als auch in den Delegationen – vor allem im Hinblick auf die Beteiligung von Kindern intensiver und besser geschult werden muss. Wir brauchen in

der Europäischen Union ein radikales Umdenken dahingehend, wie es sich gewährleisten lässt, dass wir Kindern zuhören und sie dazu auffordern, sich zu beteiligen, weil wir wissen, dass es die Kinder selbst sind, die den Werten, die durch die 1989 vereinbarte Kinderrechtskonvention im Völkerrecht verankert sind, Leben einhauchen. Aus Erfahrung weiß ich auch, dass Kinder und Jugendliche genau wissen und viel Erfahrung damit haben, wie sich Armut und Umweltzerstörung bekämpfen lassen, und diese Erfahrungswerte sollten wir nutzen.

Ich begrüße es, dass die Kommission im Rahmen der Vorbereitung der EU-Kinderrechtsstrategie die Bedeutung der Konsultation anerkennt. Ich habe vernommen, dass dies für die erste Hälfte des Jahres 2009 geplant ist. Herr Kommissar, kann die Kommission bestätigen, wann dieser Prozess beginnen wird? Ich gehe davon aus, dass nicht entschieden werden wird, dass die öffentliche Konsultation – unter anderem die der Kinder – so lange auf Eis gelegt wird, bis eine neue Kommission und ein neues Parlament gewählt sind.

Abschließend möchte ich Kofi Annan zitieren: „Kein Vertrauen ist heiliger als das, das die Welt in Kinder setzt. Keine Pflicht ist wichtiger als die, zu gewährleisten, dass ihre Rechte eingehalten werden, dass ihr Wohlergehen bewahrt wird, dass sie in ihrem Leben weder Furcht noch Bedürfnissen ausgesetzt sind und dass sie in Frieden aufwachsen können.“ Ich denke, dass wir alle der Meinung sind, dass es sich dabei um noble Ziele handelt.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich freue mich, heute im Rahmen dieser Sitzung über Kinder und über den Bericht, den Sie bald annehmen werden, zu sprechen.

Lassen Sie mich einige Minuten lang darüber sprechen, wie wir hierher gekommen sind, was sich in Zukunft ereignen wird und wie Kinder eingebunden werden können, denn das wird im Hinblick auf Kinder wohl unsere größte Herausforderung sein.

Der heutige Tag stellt einen wichtigen Schritt in einem langen Prozess dar, der vor mehreren Jahren intern in der Kommission begonnen hat. Wir erkennen an, dass die EU eine Strategie für Kinder benötigt. Wir brauchen eine Strategie dafür, wie wir, die Europäische Union, die Verpflichtungen umsetzen werden. Wir und die anderen Teile der Welt, die die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet haben.

Der erste Schritt war die Mitteilung der Kommission „Für eine EU-Kinderrechtsstrategie“ im Jahr 2006. Dieser folgte 2008 das Mitteilungspaket über Kinder in externen Aktionen, in denen ein umfassender EU-Ansatz für Kinder unter Verwendung aller zur Verfügung stehender Instrumente der externen Kooperation dargelegt wurde.

Lassen Sie mich einen Moment lang abschweifen, denn ich bin davon überzeugt, dass einige unter Ihnen die Frage stellen werden: Was ist aus der EU-Kinderrechtsstrategie geworden, die in den oben genannten Mitteilungen angekündigt wurde? Ich kann Ihnen bestätigen, dass die Kommission an einer solchen Strategie arbeitet, die von der kommenden Kommission dann vorgestellt werden wird.

Unter der slowenischen Präsidentschaft verabschiedete der Rat im Mai 2008 Schlussfolgerungen zur Förderung und dem Schutz der Rechte der Kinder in den externen Aktionen der Europäischen Union – der Entwicklung von humanitären Dimensionen.

Der Entwicklungsausschuss begann dann mit der Ausarbeitung eines Berichtsentwurfs. Wir befinden uns nun am Ende dieses Prozesses, und morgen werden Sie über diesen ausgezeichneten Bericht abstimmen.

Daneben beruht die EU-Kinderpolitik auf zwei EU-Leitlinien – den Leitlinien für Kinder in bewaffneten Konflikten und den Leitlinien für die Rechte der Kinder –, die beide in einer Reihe von ausgewählten Prioritäts- und Pilotländern umgesetzt werden. Die Kommission begrüßt den Bericht – der eine ausgezeichnete Ergänzung zu unserer Mitteilung darstellt –, die Schlussfolgerungen des Rates und die Leitlinien. Wir werden ihn mit Sicherheit bei unserer Arbeit mit Kindern verwenden.

Erlauben Sie mir, meine abschließenden Bemerkungen auf unsere gegenwärtig größte Herausforderung zu konzentrieren: Mitsprache der Kinder. Wie können wir sicherstellen, dass wir die Kinder in die Entscheidungen einbinden, die sie betreffen? Wie können wir sicherstellen, dass Kinder Zugang zu den entsprechenden Informationen bekommen? Wie können wir einen gleichberechtigten Zugang sicherstellen, damit die Kinder ihre Sichtweisen ausdrücken können? Wir müssen einräumen, dass unter allem, was wir in der Kinderrechtskonvention vereinbart haben, das vielleicht die größte Herausforderung ist.

Wir müssen eingestehen, dass wir noch lange nicht bedeutende Errungenschaften im Bereich der Mitsprache der Kinder erreicht haben. In der Kommission überlegen wir jetzt, wie wir die angemessene Mitsprache der

Kinder gestalten und umsetzen können, damit sie nicht nur zu einer reinen Alibifunktion wird. Es muss eine relevante, bedeutungsvolle und informierte Mitsprache der Kinder sein. Wir haben auch eine angemessene Finanzierung für die Mitsprache der Kinder unter dem Themenprogramm „In die Menschen investieren“ sichergestellt.

Warum ist das für uns Erwachsene so schwierig? Hauptsächlich deswegen, weil etwas in Frage gestellt wird, was für uns wesentlich ist: die Art und Weise, wie wir uns verhalten.

Was wird die Kommission in ihren externen Aktionen tun, um diese Mitsprache zu fördern? Die Kommission wird unseren Delegationen Tools zur Verfügung stellen, um die Kinder zu befragen, aber diese Tools werden nicht nur von unseren Delegationen verwendet, sondern auch von unseren Partnerländern. Wir sind auch dabei, zusammen mit der UNICEF ein Toolkit zu entwickeln, das nicht nur die Angelegenheit der Mitsprache der Kinder, sondern den Schutz der Kinder allgemein, die gesetzlichen Reformen und die Kindererats behandelt.

Neben dem Toolkit bauen wir unsere Zusammenarbeit mit der UNICEF allgemein um und stärken diese, um in der Lage zu sein, Partnerländer bei ihren Bemühungen zu unterstützen, um sicher zu stellen, dass die Kinder auf Landesebene eine Stimme bekommen.

Daneben arbeiten wir eng mit mehreren NGOs zusammen, um von ihnen etwas über die möglichen Formen Kinder oft zu involvieren und eine bedeutungsvolle Mitsprache der Kinder zu erreichen zu lernen. Lassen Sie mich ehrlich sein: Das wird nicht morgen geschehen. Es ist gerade einmal der Anfang eines langen Prozesses.

Erlauben Sie mir, ein paar Bemerkungen zum Bericht zu machen. Der Bericht unterstreicht, wie die Kommission die Mitsprache der Kinder zu berücksichtigen hat, aber, liebe Kollegen, auch Sie müssen das tun, und ich kann Ihnen versichern, dass die Kommission gerne mit Ihnen zusammenarbeiten wird, um hierbei Fortschritte zu erreichen. Wir müssen auf die gemeinschaftliche Kraft der beiden Institutionen bauen, um bei dieser wichtigen Angelegenheit Fortschritte zu erreichen.

Erlauben Sie mir, noch einmal die Wertschätzung der Kommission für den Bericht ausdrücken und zu unterstreichen, dass wir alles tun, was wir können, um diese Empfehlungen auszuführen. Wir zählen auf die weitere Unterstützung des Parlaments in diesem Bereich.

Als Antwort auf die Frage von Frau Kinnock, ich freue mich bestätigen zu können, dass sich die Haltung der Kommission nicht geändert hat. Die Idee, das Jahr 2009 für Konsultationen zu nutzen, wurde von der Kommission selber vorgetragen, und wir arbeiten daran, die Bedingungen für einen Befragungsprozess der Kinder zu schaffen, bei dem alle vorhandenen Werkzeuge eingesetzt werden.

Lassen Sie mich auch unterstreichen, dass die Kommission stark daran interessiert ist, einen Befragungsprozess zu gewährleisten, der umfassend die Rechte der Kinder wahrt.

Erlauben Sie mir zum Schluss, Ihnen, Frau Kinnock, für die fruchtbare Zusammenarbeit bei den Themen im Zusammenhang mit den Kindern zu danken, und das nicht nur für diesen Bericht, sondern in Laufe der Jahre. Ich weiß, dass ich zu lange war, aber man kann nie zu lang sprechen, wenn es um die Rechte der Kinder geht.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kommissar. Ihr Beitrag war wirklich sehr interessant und das behandelte Thema ist auch sehr wichtig.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 19. Februar 2009.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

John Attard-Montalto (PSE), schriftlich. – Es ist ein trauriger Tag, wenn wir eingestehen müssen, dass jeden Tag über 26 000 Kinder im Alter von unter fünf Jahren in der ganzen Welt sterben, und das meist aus vermeidbaren Ursachen.

Es ist tragisch, dass viele Leben mit geeigneten Maßnahmen, gleich ob medizinischer oder finanzieller Art, gerettet werden könnten, und sich die Lage immer noch weiter verschärft. Besondere Aufmerksamkeit muss den verletzlichsten und aus der Gesellschaft ausgeschlossenen Mädchen und Jungs geschenkt werden, darunter auch behinderten Kindern, Migrationskindern und Kindern der Minderheiten.

Der Bericht ist lobenswert. Ich stimme nur den Aspekten nicht zu, die sich auf die Abtreibung beziehen.

Der Entwicklungsausschuss hat seinen eigenen Initiativbericht verabschiedet (entworfen von Glenys Kinnock (PES, Vereinigtes Königreich) über einen besonderen Platz der Kinder in den externen Aktionen der EU als Reaktion auf die Mitteilung der Kommission zu diesem Thema. Der Ausschuss begrüßte die Mitteilung und die vier Leitprinzipien des Aktionsplans der Kommission über die Rechte der Kinder in externen Aktionen mit einem gesamtheitlichen und kohärenten, auf den Rechten der Kinder basierendem Ansatz.

Ohne weitere Zeit zu verlieren, müssen wir:

- (a) eine eingehende Analyse der Rechte der Kinder vornehmen;
- (b) bestehende Jugend- und Kindernetzwerke als nachhaltige Plattformen zur Befragung von Kindern ausbauen;
- (c) sicherstellen, dass die internationalen Übereinkünfte zwischen der EU und Drittländern eine rechtlich bindende Klausel zum Schutz der Rechte der Kinder enthalten.

Daciana Octavia Sârbu (PSE), schriftlich. – (RO) Es ist unsere Pflicht, zu gewährleisten, dass wir diejenigen sind, die eine bessere Zukunft aufbauen, nicht nur für die Europäer, sondern auch für die Entwicklungsländer.

Die Kinder verkörpern die Zukunft und wir müssen sicherstellen, dass ihre Rechte in Drittländern, die europäische Finanzmittel erhalten, durchgesetzt und eingehalten werden.

Es ist eine Frage der Prioritäten, dass die Europäische Union in den Beziehungen mit Drittländern gewährleistet, dass die Rechte der Kinder auf Bildung und Zugang zu medizinischer Versorgung sichergestellt werden.

Es stimmt, dass wir Zeiten einer Finanzkrise erleben, aber wir dürfen nicht darüber hinwegsehen, dass irgendwo in der Welt alle drei Sekunden ein Kind stirbt und jede Minute eine Frau bei der Geburt eines Kindes stirbt.

Da die Kinder die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, müssen wir die Rechte der Kinder als Priorität der Politik der Europäischen Union betrachten.

Jeder Mitgliedstaat muss im Maße seiner Möglichkeiten in die Kooperationspolitik mit den Entwicklungsländern involviert werden. Die Europäische Kommission muss daneben Druck auf die Entwicklungsländer ausüben, damit die Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention in ihr nationales Recht umgesetzt werden.

Anna Záborská (PPE-DE), schriftlich. – (SK) Es freut mich, dass ich eine Stellungnahme zu diesem Bericht im Ausschuss für die Rechte der Frau schreiben durfte. Ich hatte ein besonderes Interesse an der Angelegenheit der Rechte der Kinder im Kontext der außenpolitischen Beziehungen.

Meine Stellungnahme wurde einstimmig angenommen. Sie besagt vor allem, dass die außenpolitische Strategie der EU hinsichtlich der Rechte der Kinder auf den Werten und Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, insbesondere auf den Artikeln 3, 16, 18, 23, 25, 26 und 29 beruhen sollte. Sie sind besonders wichtig für das Wohlergehen der Einzelpersonen und der Gesellschaft als Ganzes. Meine Stellungnahme unterstrich, dass alle Maßnahmen zum Wohle der Rechte der Kinder für Eltern und die direkten Verwandten von Kindern einen vorrangigen Status haben müssen.

Die Tatsache, dass das Europäische Parlament meine Stellungnahme angenommen hat, unterstreicht die Wichtigkeit des Schutzes des menschlichen Lebens vom Anfang an, und dass jedem Kind seine eigene Identität gegeben werden muss. Es gelang mir Aussagen darin aufzunehmen, mit denen die auf dem Geschlecht basierende eugenische Diskriminierung, die in einigen Ländern immer häufiger wird, verurteilt wurde. Die Stellungnahme fordert die Kommission auf, die Bedeutung zu unterstreichen, welche die Notwendigkeit besitzt, in den Drittländern jedes Kinder bei der Geburt in ein Register einzutragen, als Teil der Entwicklungspolitik der Kommission, und die Hilfe von dieser Anforderung abhängig zu machen.

Ich unterstütze jeden Versuch, die Entwicklungshilfe zu fördern. Aber ich bestehe darauf, dass die humanitären Organisationen und internationalen Organe dafür verantwortlich sind, die Hilfe zuzuweisen und sicher zu stellen, dass die zugewiesene Hilfe und Finanzmittel auch wirklich die Kinder erreichen, für die sie bestimmt sind, und nicht vergeudet werden.

26. Anwendung der Richtlinie 2002/14/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist eine kurze Darstellung des Berichts (A6-0023/2009) von Herrn Cottigny im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über die Anwendung der Richtlinie 2002/14/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft (2008/2246(INI)).

Jean Louis Cottigny, Berichterstatter. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Ich möchte mich an erster Stelle bei den verschiedenen Schattenberichterstattern für ihre aufgeschlossene Arbeit während unserer Kooperation für diesen Text im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten bedanken.

Die Mitgliedstaaten müssen die Umsetzung der Richtlinie für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer verbessern, insbesondere im gegenwärtigen Kontext der Finanzkrise und ihren Folgen für die Unternehmen mit Umstrukturierungen, Zusammenschlüssen und Verlegungen ins Ausland. Das ist die Botschaft, die der Ausschuss für Beschäftigung in diesem Initiativbericht aussenden wollte.

In der Europäischen Union gibt es 23 Millionen Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern. Sie stellen 99 % der Unternehmen dar und beschäftigen über 100 Millionen Menschen. Die Arbeitnehmerrechte auf Unterrichtung und Anhörung sind wesentlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft.

Die Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG hat sich in einigen Mitgliedstaaten deutlich verzögert. In diesem Initiativbericht unterstreichen wir, dass die Auswirkung dieser Richtlinie in Ländern, in denen es kein allgemeines System für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer gab, deutlich ist.

Ich mache einen Aufruf zu einer besseren Umsetzung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten. Wir fordern die Kommission auf, so bald wie möglich Maßnahmen zu treffen, um die korrekte Umsetzung dieser Richtlinie durch die Mitgliedstaaten zu gewährleisten, und gegen jene, die sie überhaupt nicht oder nicht richtig umgesetzt haben, Vertragsverletzungsverfahren anzustrengen.

Der Bericht unterstreicht auch, dass einige Mitgliedstaaten bei den Umsetzungsmaßnahmen einige junge Arbeitnehmer, Frauen in Teilzeitbeschäftigung oder kurzzeitig mit befristeten Beträgen eingestellte Arbeitnehmer nicht berücksichtigt haben.

Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, den Ausdruck „Unterrichtung“ genau zu definieren, indem sie es den Arbeitnehmervereinigungen genehmigen, die zur Verfügung gestellten Daten zu untersuchen und sich nicht damit begnügen, das Ende des Unterrichtungsverfahrens abzuwarten, wenn die Entscheidungen des Unternehmens für die Arbeitnehmer direkte Folgen haben. Die Mitgliedstaaten ohne effektive, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen werden aufgefordert, diese einzuführen. Zuletzt laden wir mit einer verbesserten Koordinierung verschiedener Rechtssetzungsakte die Kommission ein, zu untersuchen, was notwendig ist, um die sechs Richtlinien und die Verordnung über die Unterrichtung der Arbeitnehmer zu koordinieren, damit bei den Änderungsanträgen keine Überlappungen oder Widersprüche auftreten.

Da diese Art von Fortschritten bei den Arbeitnehmerrechten mehr als vorteilhaft ist, schuldet sich die Union diese selbst, um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten die Verpflichtungen der Richtlinie korrekt und vollständig umsetzen. Es ist von grundlegender Bedeutung, alle europäischen Arbeitnehmer wissen zu lassen, dass Europa sie bei ihrer Beteiligung am Leben ihrer Unternehmen in ihrem alltäglichen Leben als Arbeitnehmer und ganz besonders in diesen Zeiten unterstützt.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich nehme gebührend Kenntnis von Herrn Cottignys Bericht über eine wichtige Richtlinie, die auf europäischer Ebene ein soziales Grundrecht der Arbeitnehmer verankert. Die Kommission misst der Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer sowohl auf nationaler als auch auf transnationaler Ebene große Bedeutung zu, insbesondere im gegenwärtig schwierigen Umfeld der Finanzkrise.

Wir schlugen eine Neufassung der Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte vor. Diese wurde erfolgreich abgeschlossen. Wir setzen unsere Arbeit an der Antizipierung und sozial verantwortlichen Umstrukturierungsführung fort und an den Fragen auf europäischer Ebene infolge der Verhandlungen von transnationalen Vereinbarungen.

Wie in der Mitteilung vom 17. März 2008 erläutert, ist die Hauptbesorgnis der Kommission bei der Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG, dass sie umfassend und effektiv sein muss für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und mit beiden Seiten der Industrie, die eine extrem wichtige Rolle spielen, wie Sie wissen. Es ist aber zu bedenken, dass die Richtlinie nur einen allgemeinen Rahmen festlegt, der von beiden Seiten der Industrie, insbesondere auf Unternehmensebene eingeführt und ausgedehnt werden kann.

Die Kommission unternimmt und unterstützt Aktivitäten, um bewährte Methoden bekannt zu machen und deren Austausch zu fördern und die Befähigung aller involvierter Parteien mithilfe von Seminaren, Schulungen, Studien und finanziellen Beihilfen für Projekte, insbesondere unter einer spezifischen Haushaltlinie, zu steigern.

Die Kommission überwacht daneben die korrekte Anwendung der Richtlinie in ihrer Eigenschaft als Wächterin der Verträge, zum Beispiel, wenn Beschwerden von den Gewerkschaften gemacht werden. Bislang hat die Kommission allerdings nur sehr wenige Beschwerden zur Umsetzung dieser Richtlinie erhalten.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 19. Februar 2009.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Silvia-Adriana Țicău (PSE), schriftlich. – (RO) Die Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG, in der ein allgemeiner Rahmen für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft festgelegt wird, hat sich in bestimmten Mitgliedstaaten deutlich verzögert.

Ich bin der Ansicht, die demokratische Beteiligung der Arbeitnehmer an Entscheidungen, die sich auf das Unternehmen auswirken, muss verstärkt werden, wenn man den globalen Charakter der gegenwärtigen Finanzkrise berücksichtigt, von der Mitgliedstaaten wahllos in ihren Wirtschaftsnetzen betroffen sind, und die Ängste vor Umstrukturierungen, Zusammenschlüssen und Verlegungen schürt.

Im Fall der Umstrukturierung von Unternehmen möchte ich dafür appellieren, das europäische Mittel und Beihilfen auch für die Arbeitnehmer und nicht nur für die Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Ich bin auch der Ansicht, dass es bei multinationalen Konzernen, die umstrukturiert werden, eine Verpflichtung sein muss, die Gewerkschaftsvertreter aus allen Filialen des Unternehmens zu Verhandlungen und Anhörungen einzuladen, nicht nur die aus dem Mitgliedstaat in dem der Unternehmenssitz liegt.

Meiner Meinung nach ist es wichtig, die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Arbeitnehmerrechte auf Unterrichtung und Anhörung regelmäßig zu aktualisieren und dieses Thema auf die Agenda des europäischen sozialen Dialogs sowohl auf interprofessioneller als auch auf industrieller Ebene zu setzen.

27. Sozialwirtschaft (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist eine kurze Darstellung des Berichts (A6-0015/2009) von Frau Toia im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über Sozialwirtschaft (2008/2250(INI)).

Patrizia Toia, Berichterstatterin. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich und bin stolz darauf, dass das Europäische Parlament sich der sozialen Marktwirtschaft annimmt und praktische Vorschläge unterbreitet, um diesen Sektor wirklich zu unterstützen.

Mein Bericht verfolgt drei Ziele. Das erste ist, die Aufmerksamkeit auf diesen Sektor zu lenken und ihn zu beleuchten, da er sich auf viele Bereiche auswirkt, einschließlich der Wirtschaft. 10 % der europäischen Unternehmen und 9 % bis 10 % der Arbeitsplätze gehören diesem Sektor an. Es handelt sich um einen Sektor mit verschiedenen Akteuren – Genossenschaften, Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, Stiftungen, Unternehmen der Sozialwirtschaft und Verbände – die spezifische Werte gemeinsam haben und einen wesentlichen Beitrag zum BIP leisten. Deshalb hoffen wir, ihn institutionell sichtbarer zu machen.

Das zweite Ziel ist die Bestätigung, dass es sich nicht um einen marginalen Sektor oder eine Ausnahme handelt. Er ist vielmehr gut in der Marktwirtschaft etabliert, mit seinen eigenen Regeln, die der Binnenmarkt anerkennen und achten muss. Er stellt einem alternativen Weg des Geschäftswesens, der Erzeugung, des Verbrauchs und der Beschäftigung dar, der sich aber trotz allem das Recht gewonnen hat, Bestandteil des Marktes zu sein. Es handelt sich um eine Methode, die durch eine Reihe von Differenzierungsmerkmale

gekennzeichnet ist, welche nicht ausgebügelt werden dürfen, und die im Wesentlichen in dem Wunsch bestehen, Produktion und Beschäftigung zu verbinden und mit den Werten der Solidarität, Verantwortung und Menschenwürde in allen Bereichen, auch der Welt der Arbeit, in Einklang zu bringen.

Wie jemand, meiner Meinung nach sehr richtig, gesagt hat, diese Unternehmen arbeiten mit Kapital aber nicht für das Kapital. Es handelt sich um Konzepte, die Bestandteil des ideologischen Erbes der Europäischen Union sind – man muss nur an Delors denken –, da wir oft anerkannt haben, dass die Sozialwirtschaft ein Grundpfeiler des europäischen sozialen Modells darstellt, aber dann wenig dafür getan wurde.

Jetzt ist der optimale Zeitpunkt, um die Bedeutung dieser Geschäfte neu zu entdecken, da die gegenwärtige Produktionskrise gezeigt hat, dass viele herkömmliche Wirtschaftstätigkeiten sehr empfindlich, sehr schwach und manchmal sehr skrupellos sind. Die Welt der Sozialwirtschaft hingegen ist mehr lokal verwurzelt, liegt näher an der Realwirtschaft und an den Menschen und ist deshalb vor Spekulationen geschützt, wie der Fall gezeigt hat. Es handelt sich auch um einen Sektor mit einem breiteren Spektrum an Akteuren, die sehr viel Wohltätigkeitsarbeit leisten und einen anerkannten Angelpunkt der Gemeinnützigkeit darstellen. Er kann, meiner Meinung nach, helfen, unser soziales System aufrecht zu erhalten, wenn die Zeiten hart sind.

Das dritte Ziel ist zu entscheiden, was wir in der Praxis tun können, um diesen Sektor zu unterstützen. Ich werde ganz kurz auf einen oder zwei Vorschläge eingehen. An erster Stelle brauchen wir eine klare Definition, um genau das Profil und die Definitionen dieser sehr unterschiedlichen Körperschaften zu verstehen. Ebenso von wesentlicher Bedeutung ist es, den Beitrag dieses Sektors genau in den nationalen Statistiken der verschiedenen Länder aufzuführen. Er gehört weder zur kapitalistischen noch zur öffentlichen Wirtschaft und braucht deshalb seine eigene Definition. Die Kommission ist mit ihrem Handbuch schon ein Stück des Weges vorangekommen, aber es muss auch angewendet werden. Ich bin der Ansicht, die Welt der Akademiker, Forscher und Universitäten kann dabei auch behilflich sein.

Zum Schluss werden einige gesetzgeberische Initiativen gefordert. Eine Reihe Dinge wurden getan, wie das Genossenschafts- und das Stiftungsstatut, und ich stelle fest, dass die Kommission die Konsultationen erneut aufgenommen hat. Wir müssen also verstehen, was von Nutzen ist und ob es sich lohnt, diesen Weg weiter zu verfolgen. Wir wollen nicht, dass ein Sektor, der Ideen, Motivation und Freiheit anstößt, unter der Papierlast zusammenbricht, aber wo Gemeinschaftsgesetze notwendig sind oder künftig notwendig werden, sollte man diese tunlichst schaffen.

Eine letzte Bitte ist, diesen Sektor in den sozialen Dialog zu involvieren. Wo und auf welchem Niveau sollen Konsultationen und Dialoge mit der Europäischen Kommission stattfinden? Und zuletzt, welche direkte Unterstützung sollen die europäischen Programme bieten – sollen wir Ad-hoc-Programme für die Sozialwirtschaft auflegen oder innerhalb der bestehenden Programme einen Raum für diese Akteure schaffen? Die Kommission hat die Aufgabe, das zu beurteilen.

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich den nationalen Verbänden und europäischen Netzen für die mir bei dieser Arbeit entgegengebrachte Unterstützung, der interfraktionellen Arbeitsgruppe des Parlaments über Sozialwirtschaft, die gut arbeitet, den Schattenberichterstatern und auch Herrn Verheugen und Herrn Špidla danken, mit denen ich einen offenen und eingehenden Meinungsaustausch führen konnte.

Wir geben diesen Bericht, zu dem die sozialen Akteure und Verbände einen Großteil beigetragen haben, an die Kommission weiter, in der Hoffnung, dass sie trotz der kurzen bis zum Ende dieser Wahlperiode verbleibenden Zeit die Gelegenheit hat, Herr Kommissar – Sie vertreten die hier und heute die gesamte Kommission –, um einige Initiativen zu erarbeiten und ein klares Signal zu geben, damit das nächste Parlament und die nächste Kommission nicht wieder von vorne anfangen müssen, sondern bereits eine solide Grundlage haben.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Die Kommission begrüßt die Initiative des Parlaments, einen Initiativbericht über die Sozialwirtschaft vorzulegen. Besonders im Kontext der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise verdient dieser wichtige Sektor eine bessere Förderung.

Unternehmen der Sozialwirtschaft verfolgen ihre Geschäfte auf eine einmalige Art und Weise, da sie die wirtschaftliche Leistung der Mitglieder untereinander verbinden und oft auch das Erreichen von sozialen und gesellschaftlichen Zielen zu ihrem Unternehmenszweck gehört. Somit sind sie gut aufgestellt, um einen Beitrag zu der Gemeinschaftspolitik und -zielen zu leisten, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, soziale Kohäsion, regionale und ländliche Entwicklung, Umweltschutz, Verbraucherschutz und soziale Sicherheit. Die Unternehmen der Sozialwirtschaft sind fester Bestandteil der Unternehmenspolitik der

Kommission. Da es sich zum Großteil um mikro-, kleine oder mittelgroße Unternehmen handelt, kommen sie bereits in den Nutzen des Small Business Act und aller Aktionen für kleine Unternehmen.

Unsere Absicht bezüglich der Sozialwirtschaft ist, einen rechtlichen und Verwaltungsrahmen auf europäischer Ebene und in jedem Mitgliedstaat zu schaffen, in dem die Unternehmen der Sozialwirtschaft, gleich welcher Größe, wachsen und gedeihen können, und der den Herausforderungen der Globalisierung und des Wirtschaftsabschwungs gerecht wird. Konkret zielt die Politik der Kommission darauf ab, zu gewährleisten, dass die Unternehmen der Sozialwirtschaft neben anderen Unternehmensformen wachsen und gedeihen können. In diesem Sinne beachtet die Kommission besonders die Gewährleistung, dass alle anderen Zweige der Gemeinschaftspolitik in Bereichen wie Wettbewerb, Buchhaltung, Unternehmensrecht, öffentliches Beschaffungswesen, soziale Angelegenheiten, Landwirtschaft, Fischerei, Bankwesen, Versicherungen, öffentlich-private Partnerschaften und Regionalentwicklung, die besonderen Bedürfnisse, eigenen Ziele, Bemühungen und Arbeitsweisen dieser Art von Unternehmen berücksichtigen.

Um zum Schluss zu kommen, die Dienste der Kommission arbeiten gegenwärtig an einem Dokument zur Bestandsaufnahme der seit 2004 bei der Förderung von Genossenschaften erreichten Fortschritte. Es wird auch die Lage anderer Unternehmen der Sozialwirtschaft beurteilen und, falls erforderlich, neue Aktionen vorschlagen.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 19. Februar 2009.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Iles Braghetto (PPE-DE), schriftlich. – (IT) Gemeinnützige Tätigkeiten und Organisationen nehmen in Europa kontinuierlich zu.

In diesen Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise, die schwerwiegende Auswirkungen auf sozialer Ebene mit sich bringt, ist die Stärkung einer Wirtschaft, die auf dem sozialem Nutzen und nicht auf Profit beruht, eine strategische Wahl, die es uns ermöglicht, die Auswirkungen der Krise zu mildern und die Entwicklung der Lissabon-Strategie zu verfolgen, indem eines der Hauptziele verwirklicht wird, namentlich, der Aufruf zu sozialer Verantwortung.

Zweitens ist die Sozialwirtschaft in der Lage, Aktionen auf lokaler Ebene zu initiieren und zu einem zuverlässigen Partner für die Behörden zu werden, die Maßnahmen zur Unterstützung der Verletzlichsten der Gesellschaft planen müssen.

Deshalb sollten wir die Initiative des Europäischen Parlaments begrüßen, in der Gesetzgebung und in der Statistik diese Organisationen anzuerkennen, die dank ihrer Fähigkeit, soziale Ziele zu erreichen, im europäischen Gewebe operieren und fest verwurzelt sind.

Das ist eine Vision der Basis, die einen wesentlichen Beitrag zum europäischen sozialen Modell leistet.

Gabriela Crețu (PSE), schriftlich. – (RO) Die Sozialwirtschaft kann in der europäischen Wirtschaft eine lebenswichtige Rolle spielen, indem sie eine neue Art der Wirtschaft etabliert, die auf demokratischen Werten beruht, eine Wirtschaft, in der die Menschen an erster Stelle stehen, und die eine nachhaltige Entwicklung unterstützt.

Aber die Sozialwirtschaft sieht sich vor einem großen Hindernis: fehlende institutionelle Sichtbarkeit auf Grund der Tatsache, dass sie nicht als Wirtschaftssektor anerkannt ist, der sich von den zwei Hauptsektoren, private und öffentliche Wirtschaft, unterscheidet.

Wir fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen gesetzlichen Rahmen zu entwickeln, in dem die Sozialwirtschaft als dritter Sektor anerkannt wird, und Verordnungen anzuwenden, die eindeutig besagen, welche Körperschaften in diesem Sektor agieren dürfen, damit keine andersartigen Organisation in den Nutzen der Finanzmittel oder öffentlichen Politik kommen, die für die Förderung der Unternehmen der Sozialwirtschaft bestimmt sind.

Wir appellieren auch an die Kommission und die Mitgliedstaaten, finanzielle Unterstützung, Ausbildung und Beratung anzubieten und die Verfahren zur Gründung von Unternehmen im sozialen Sektor zu vereinfachen.

Dadurch kann die Sozialwirtschaft ihre effektive Rolle vor dem allgemeinen Hintergrund der europäischen Wirtschaft erfüllen, nicht nur indem sie gegen die Armut kämpft, sondern indem sie den Zugang zu Mitteln, Rechten und Diensten erleichtert, welche die Bürger benötigen, um sich an der Gesellschaft zu beteiligen.

Gábor Harangozó (PSE), *schriftlich*. – An erster Stelle möchte ich unserer Berichterstatteerin Frau Patrizia Toia zur Qualität des von ihr heute vorgelegten Berichts gratulieren. Es ist wirklich wichtig, die Definition des Konzepts der Sozialwirtschaft zu klären und ihren rechtlichen Status über eine zahlreiche unterschiedliche nationale Erfahrungen sicher zu stellen. Die Sozialwirtschaft muss tatsächlich sichtbar werden – über eine bessere Kenntnis der EU-weiten Daten –, um besser die Ziele von Solidarität, Beschäftigung, Unternehmerschaft, Wachstum, Konkurrenzfähigkeit, sozialer Kohäsion und sozialem Dialog in der Union als Ganzes zu erreichen. Die Sozialwirtschaft wird zu einem immer wichtigeren Akteur auf lokaler und regionaler Ebene und muss jetzt mehr denn je – auf Grund der schweren Auswirkungen der Finanzkrise – bei der europäischen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung eine große Rolle spielen. Die Union muss ihre Bemühungen auf die Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Dynamik konzentrieren, um die reine Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu überwinden und innovative Lösungen zu finden, die für unsere Bürger nachhaltig Arbeitsplätze und eine bessere Lebensumgebung schaffen, mit hochwertigen Diensten des allgemeinen Interesses in einer einschließenden Gesellschaft.

Magda Kósáné Kovács (PSE), *schriftlich*. – (HU) Mehrere Monate lang haben wir versucht, alle EU-Institutionen und -ressourcen zu mobilisieren, um die Auswirkungen der wachsenden Krise abzuschwächen. Der Silberstreifen hinter dieser dunklen Wolke ist, dass der Bericht von Frau Patrizia Toia jetzt auf der Tagesordnung der Plenarsitzung steht, denn Initiativen, die sich auf die Solidarität und die soziale und regionale Kohäsion konzentrieren, sind in diesen Tagen besonders wichtig. Das ist der Schwerpunkt der Sozialwirtschaft, als Konglomerat von Organisationsformen, deren Ziel die Solidarität und das gemeinsame finanzielle Interesse sind, und nicht der Profit. Solche Institutionen dürfen nicht durch irgendwelche marktorientierte Organisationen ersetzt werden. Sie bieten die Gelegenheit, die Wirkungen der wirtschaftlichen Schichtung auf die marginalisierten Mitglieder der Gesellschaft zu verringern, eine würdige Arbeit zu bieten, und mit ihren unterschiedlichen Formen, von der Selbstbeschäftigung bis zu sozialen Genossenschaften, sind sie in der Lage, die Früchte ihrer Arbeit wieder zum Wohle der Gemeinschaft einzusetzen.

Wir haben viel über die Sozialwirtschaft gesprochen und geschrieben, aber ohne eine europäische statistische Grundlage wird sie nicht in unserem alltäglichen Leben sichtbar werden. Ist das Konzept in der Gesellschaft unbekannt, kann ihre Solidarität nicht helfen. Die daran beteiligten Organisationen sind auf der anderen Seite zu klein, um auf volkswirtschaftlicher Ebene bekannt zu werden.

Der Bericht von Frau Patrizia Toia kann helfen, den Verdacht der Gesetzgeber und Interessenten an den Märkten auszuräumen, dass das von der Sozialwirtschaft erwirtschaftete Geld und deren Produkte einfach Organisationen sind, um den Wettbewerbsregeln zu entgehen.

Hier und jetzt kann der Bericht der Sozialwirtschaft eine Gelegenheit bieten, die Krise effizient zu managen, und mit relativ geringem Aufwand den Verlust von Arbeitsplätzen zu vermeiden und vor dem Verlust von Erwerbsquellen zu schützen.

Silvia-Adriana Țicău (PSE), *schriftlich*. – (RO) Die Sozialwirtschaft sichert die Stabilität der Arbeitsplätze, da hier keine Standortverlagerungen stattfinden. Ich bin der Ansicht, die Europäische Union und die Mitgliedstaaten sollten in ihren gesetzlichen Bestimmungen und politischen Entscheidungen die Arten der Verwirklichung der Sozialwirtschaft, z. B. als Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, Verbände und Stiftungen, fördern und unterstützen.

Es ist wichtig, eine Reihe von Maßnahmen zu entwerfen, deren Ziel die Entwicklung von Mikrokrediten und maßgeschneiderten EU-Finanzmitteln ist, da die Werte der Sozialwirtschaft mit den europäischen Zielen der sozialen Integration übereinstimmen und einen Beitrag dazu leisten, das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Familie zu erreichen, die Gleichstellung der Geschlechter zu verbessern und die Lebensqualität der älteren oder behinderten Menschen zu steigern. Ich bin der Ansicht, dass angesichts des Engagements in Verbänden und ehrenamtlichen Organisationen die Rolle der Frauen in der Sozialwirtschaft gestärkt werden muss.

Ich rufe die Kommission auf, die Sozialwirtschaft in die anderen Bereiche der Politik und Strategien für soziale und wirtschaftliche Entwicklung aufzunehmen, insbesondere angesichts des Small Business Act, da die Strukturen in der Sozialwirtschaft hauptsächlich kleine und mittelgroße Unternehmen und Dienste von allgemeinem Interesse sind. Diese Bemühungen können auch unterstützt werden, indem ein statistisches Verzeichnis der sozialwirtschaftlichen Unternehmen in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union erstellt und die Daten in das europäische Statistiksystem EUROSTAT aufgenommen werden.

28. Psychische Gesundheit (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist eine kurze Darstellung des Berichts (A6-0034/2009) von Frau Tzampazi im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit über psychische Gesundheit (2008/2209(INI)).

Evangelia Tzampazi, Berichterstatterin. – (EL) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wir werden uns immer mehr darüber bewusst, dass es keine Gesundheit ohne psychische Gesundheit geben kann. Wir stellen fest, dass sich die Probleme der psychischen Gesundheit häufig auf die menschlichen und finanziellen Aspekte des persönlichen, familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Lebens und die Familien und Gesellschaft als Ganzes auswirken.

Die Zahlen sprechen für sich: Jeder Vierte wird unter einer psychischen Störung leiden. Die Depression ist eine der häufigsten Störungen und bis zum Jahr 2020 wird sie eine der häufigsten Krankheiten in der entwickelten Welt sein. In der Europäischen Union begehen jedes Jahr ungefähr 59 000 Menschen Selbstmord, von denen 90 % auf geistige Störungen zurückzuführen sind. Sensible und marginalisierte Gruppen, wie Behinderte, weisen die höchste Wahrscheinlichkeit auf, an psychischen Gesundheitsproblemen zu leiden.

Daneben werden im alternden Europa neurodegenerative Störungen immer häufiger. Deshalb stimmen sicher alle zu, dass ein konzertierter Ansatz bei den Herausforderungen der psychischen Gesundheit erforderlich ist, und dass diese uns alle betrifft. Wir alle haben die Pflicht, die psychische Gesundheit zu verteidigen, und der Schutz der Rechte der psychisch Kranken und derer Familien ist eine ideologische und politische Haltung, bei der der Staat den Bedürftigen soziale Unterstützung und Schutz bietet. Der erste Schritt war das Grünbuch der Kommission; der nächste Schritt war die europäische Konferenz „Gemeinsam für psychische Gesundheit und Wohlbefinden“ bei der der Europäische Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden geschlossen wurde.

Auf der gleichen Linie enthält der einstimmig vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit verabschiedete Bericht über psychische Gesundheit eine Reihe Empfehlungen zur Förderung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens der Bevölkerung, um gegen das Stigma der Diskriminierung und des sozialen Ausschlusses zu kämpfen, prophylaktische Maßnahmen und die Selbsthilfe zu stärken und Unterstützung und eine angemessene Behandlung von Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen und deren Familien und Pfleger bereit zu stellen.

Im Bericht unterstreichen wir die Notwendigkeit, hochwertige, erschwingliche, effektive und universelle psychische Gesundheitsdienste und eine aktualisierte Gesetzgebung zu erreichen. Wir fordern, dass ein Schwerpunkt auf die Ausbildung aller Personen in Schlüsselpositionen gesetzt wird. Wir fordern den Zugang zu angemessenen Weiterbildungs- und Schulungs- sowie Beschäftigungsmaßnahmen und die Schaffung eines unterstützenden Umfeldes mit besonderem Augenmerk auf den verletzlichen Gruppen. Wir fordern, einen Schwerpunkt auf die Prophylaxe der psychischen Störungen über soziale Eingriffe zu setzen. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, Organisationen zu befähigen, welche die Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen vertreten. Wir schlagen die Einrichtung einer Plattform zur Überwachung der Verwirklichung des Paktes vor. Wir appellieren an die Kommission, Schlussfolgerungen der Fachkonferenzen vorzulegen. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, geeignete Indikatoren zu erarbeiten, um die Beurteilung der Bedürfnisse auf nationaler und europäischer Ebene zu verbessern.

Gleichzeitig unterbreiten wir Vorschläge im Rahmen der fünf prioritären Bereiche des Paktes. In diesem Rahmen heben wir hervor, dass wir zur Vermeidung von Depressionen und Selbstmorden multisektorielle Programme verwirklichen und Netzwerke aufbauen müssen, um ein gesundes Klima in den Schulen zu schaffen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität zu treffen; letztendlich unterstreichen wir im Zuge des Kampfes gegen die Stigmatisierung und den sozialen Ausschluss, dass öffentliche Informations- und Bewusstseinskampagnen notwendig sind. Dafür möchte ich den Mitgliedern danken, die ihre Vorschläge eingebracht haben, und hoffe, dass wir eine Botschaft aussenden, dass die psychische Gesundheit ein wertvolles gesellschaftliches Gut ist und wir alle an ihrer Förderung arbeiten müssen.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich beglückwünsche das Europäische Parlament und seine Berichterstatterin Frau Tzampazi für diesen Initiativbericht über psychische Gesundheit. Der Bericht unterstreicht vollkommen zu Recht die großen Auswirkungen der psychischen Gesundheit auf das allgemeine Wohlbefinden, Bildung, Lernen und soziale Kohäsion in der Europäischen Union.

Die Tatsache, dass das Parlament diesen Bericht nur zwei Jahr nach einer Entschließung bezüglich des Grünbuchs der Kommission über psychische Gesundheit verabschiedet, ist kennzeichnend für die dringende Notwendigkeit, in diesem Bereich mehr zu tun.

Meiner Ansicht nach gibt es einen gewissen Anlass für Optimismus. Das Bewusstsein der Wichtigkeit der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens hat sich in allen Sektoren im Vergleich mit vor zwei Jahren gebessert. Das zeigt sich ganz offensichtlich mit der großen Unterstützung der hochrangigen Konferenz der Kommission „Zusammen für psychische Gesundheit und Wohlbefinden“ sowie den europäischen Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden, die beide von der Berichterstatterin genannt wurden.

Weitere positive Entwicklungen sind, unter anderem, die Tatsache, dass viele Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel Finnland und Ungarn, ihre Strategien für psychische Gesundheit überarbeitet oder Aktionspläne erstellt haben. Das sozioökonomische Lernen wurde in die Schullehrpläne aufgenommen. Im Vereinigten Königreich sind Lebensfragen jetzt in vielen Schulen ein selbstberechtigtes Schulfach.

Die Arbeitgeber sind sich immer mehr der Verknüpfungen von Wohlbefinden und Produktivität bewusst. CSR Europe hat sogar ein Toolkit für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz geschaffen. Aber seien wir doch klar. Es gibt sicher keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, und es ist noch viel mehr zu tun. Infolge der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise entstehen neue Gefahren für die psychische Gesundheit. Die Mitgliedstaaten könnten in Versuchung gebracht werden, die Etats für psychische Gesundheit zu kürzen oder ihre Bemühungen bei dem Aufbau eines modernen Systems der psychischen Gesundheit mit Gemeinschaftsdiensten anstelle von veralteten Anstalten einzuschränken.

Der wirtschaftliche Abschwung verschlechtert die Perspektiven der jungen Menschen, insbesondere der Schulabgänger. Die Ungewissheit der Arbeitsplätze und die daraus resultierenden Sorgen hinsichtlich eines stabilen Einkommens und die steigende Arbeitslosigkeit stellen neue große Bedrohungen für die psychische Gesundheit dar.

In den nächsten beiden Jahren wird die Kommission eine Reihe Konferenzen zu den fünf Prioritäten des Pakts für psychische Gesundheit veranstalten. Dabei handelt es sich um gemeinsame Veranstaltungen der Ratspräsidentschaft und der Mitgliedstaaten. Die erste internationale Konferenz, über Stigmatisierung und psychiatrische Pflege, wird von der tschechischen Präsidentschaft am 29. Mai dieses Jahres abgehalten. Die erste Fachkonferenz, über psychische Gesundheit bei Jugendlichen und in der Bildung, wird am 29. und 30. September in Zusammenarbeit mit der schwedischen Präsidentschaft in Stockholm stattfinden. Die zweite Fachkonferenz, über Prophylaxe von Depression und Suizid, wird im Dezember mit Ungarn organisiert. Im ersten Halbjahr 2010 wird die spanische Präsidentschaft eine Fachkonferenz über psychische Gesundheit von älteren Menschen abhalten. Daneben stehen wir für zwei weitere Konferenzen über psychische Gesundheit in Arbeitsstätten und den Kampf gegen die Stigmatisierung und den gesellschaftlichen Ausschluss mit Mitgliedstaaten in Gesprächen.

Der Bericht des Parlaments enthält zahlreiche konkrete Anregungen, die einen wertvollen Beitrag zu den künftigen Debatten in diesen Konferenzen darstellen. Der Bericht unterstreicht nicht nur die Bedeutung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union, sondern zeigt auch auf, dass es viele Gelegenheiten gibt, im Bereich der psychischen Gesundheit auf Ebene der Europäischen Union tätig zu werden.

Eine der Anregungen aus dem Bericht ist der Aufbau einer Struktur, um die Verwirklichung des europäischen Paktes für psychische Gesundheit und Wohlbefinden zu überwachen. Ich stimme darin überein, dass eine regelmäßige Überprüfung der Fortschritte bei den Zielen des Paktes einen signifikanten Mehrwert bedeuten würde.

Wir werden eingehend überlegen, wie es uns am besten gelingen kann, eine solche Idee in die Praxis umzusetzen. Ich möchte noch einmal dem Parlament und seiner Berichterstatterin für diesen sehr hilfreichen Bericht und extrem wichtigen Empfehlungen danken.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 19. Februar 2009.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Louis Grech (PSE), schriftlich. – Die psychische Gesundheit ist ein Schlüsselfaktor für das Leben der Menschen, und es gibt immer mehr Belege für ihre Auswirkungen auf unsere Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtssysteme. Ich unterstütze diesen Bericht, da er einen umfassenden Ansatz für die Herausforderungen

verfolgt, denen wir uns im Bereich der psychischen Gesundheit zu stellen haben, wie der Kampf gegen die Stigmatisierung, Diskriminierung und den gesellschaftlichen Ausschluss, aber mit gleichzeitiger Anerkennung der Notwendigkeit von Prophylaxeprogrammen, öffentlicher Unterstützung und geeigneter Behandlung der Personen.

Als relativ neue Wissenschaft wird die psychische Gesundheit nicht allgemein als eine Priorität eingeschätzt, aber die jüngsten technologischen Entwicklungen haben es uns ermöglicht, das menschliche Gehirn besser zu erforschen und den Weg zu neuen, das Leben verändernden Behandlungen von Personen aufzuzeigen. Ich bin der Ansicht, wir sollten weiterführende Forschungsarbeiten in diesem Bereich klar unterstützen, mit besonderem Schwerpunkt auf der zunehmend wachsenden älteren Bevölkerung in Europa, die auf ein gesundes, würdiges und aktives Altern hofft.

Wir brauchen erreichbare Strukturen und Behandlungsmöglichkeiten für psychische Krankheiten, aber es ist auch sehr wichtig, ein hilfreiches Umfeld zu haben, wie Programme zur Arbeitsmarktintegration. Die psychische Gesundheit ist auch im Bereich der Arbeitsstätten sehr wichtig, wo sie die Leistung schwerwiegend behindern kann, weshalb wir bewährte Methoden unter den Arbeitgebern fördern müssen, um unnötigen Stress zu verringern und das psychische Wohlbefinden der Arbeitnehmer zu schützen.

Eija-Riitta Korhola (PPE-DE), schriftlich. – (FI) Ich möchte Frau Tzampazi für ihren Bericht über psychische Gesundheit, für den ich gestimmt habe, danken.

Jeder Vierte leidet mindestens einmal im Leben unter psychischen Gesundheitsproblemen. Schätzungen besagen, dass im Jahr 2020 die Depression in der entwickelten Welt zur häufigsten Krankheit und zur zweithäufigsten Ursache für Erwerbsunfähigkeit geworden sein wird. Externe Faktoren, wie die Folgen der gegenwärtigen Finanzkrise, tendieren dazu, die Menschen für diese Probleme verletzlich zu machen. Die psychischen Krankheiten bringen nicht nur Kosten mit sich, die eine Last für das Gesundheitswesen und das gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem darstellen, sondern sie mindern auch unnötig stark die Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Familien.

Es wurden zwar sehr große Schritte nach vorne bei den Versorgungsstandards und der allgemeinen Haltung gemacht, aber die von psychischen Gesundheitsproblemen Betroffenen und ihre Familien werden immer häufiger marginalisiert. Die Unterschiede bei den Standards zur Prophylaxe und Gewährleistung einer erstklassigen Versorgung sind zu groß, sowohl unter den EU-Ländern als auch regional innerhalb der Länder.

Ich freue mich, dass die Angelegenheit der psychischen Gesundheit von jungen Menschen im Bericht von Frau Tzampazi besonders genannt und darin der Vorschlag gemacht wird, sektorübergreifende Programme aufzulegen, um dieses Problem zu behandeln. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die wichtigste Vorsorgearbeit für die psychische Gesundheit immer Verantwortung der Erzieher und Agenturen außerhalb der Familie und des Elternhauses ist. Das bedeutet die Förderung eines gesunden Lebensstils und den Kindern und Jugendlichen zuzuhören und ihnen Beachtung zu schenken.

Ich halte die hohe Qualität, den einfachen Zugang und die Effektivität der allgemeinen Dienste für die psychische Gesundheit, die im Bericht von Frau Tzampazi gefordert werden, für besonders wichtig, ebenso wie höhere Investitionen in hochrangige Forschungsarbeiten. Mehr finanzielle Mittel sollten besonders für die medizinische Erforschung der Verbindung zwischen Prophylaxe und Problemen der psychischen und physischen Gesundheit aufgewendet werden.

Siiri Oviir (ALDE), schriftlich. – (ET) Störungen der psychischen Gesundheit sind in zahlreichen Ländern nationale Gesundheitsprobleme, da sie einen signifikanten Einfluss auf die betroffenen Menschen, ihre Familien und die Gesellschaft allgemein besitzen. Störungen der psychischen Gesundheit führen auch oft zu Erwerbsunfähigkeit und können somit bedeutende wirtschaftliche Lasten für die Gesellschaft verursachen.

Laut Entwicklungsbericht der Weltbank des Jahres 1993 waren vier der zehn häufigsten Ursachen für Erwerbsunfähigkeit psychische und/oder neurologische Gesundheitsstörungen. Während im Jahr 1993 die Depression an vierter Stelle der Krankheiten stand, die zu Erwerbsunfähigkeit führen, kann sie, wenn sich die gegenwärtigen Trends bestätigen, bis 2020 die zweithäufigste Ursache für Erwerbsunfähigkeit unter der Gesamtbevölkerung und sogar die bedeutendste bei Frauen werden.

Trotz des Ausmaßes und der Schwere der Folgen der psychischen Gesundheitsstörungen gibt es in der Welt und in Europa heute immer noch Länder, in denen dem Problem unzureichend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Solche Situationen sind oft auf eine teilweise negative öffentliche und politische Haltung in der Gesellschaft und auf die Stigmatisierung der psychischen Krankheiten zurückzuführen. Das führt wiederum

zu einer unzureichenden Beachtung der psychischen Gesundheit, zu begrenzt verfügbaren Diensten, Mangel an alternativen Behandlungsmethoden und unzureichenden Informationen über Behandlungsmöglichkeiten.

Auch wenn die Lösung der psychischen Gesundheitsprobleme in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fällt, ist es wichtig, das Volumen der finanziellen Unterstützung und der auf Kenntnissen beruhende Beistand, der den Mitgliedstaaten seitens der EU gewährt wird, weiter zu erhöhen, um ihnen dabei zu helfen, die notwendigen Gesundheits-, Sozial-, Pflege- und Bildungsdienste und Vorsorgemaßnahmen zu entwickeln und zu verbessern.

Ich bin der Meinung, die Förderung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens der Einzelpersonen muss in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einem hochprioritären Ziel werden, denn die psychische Gesundheit der Einzelpersonen wirkt sich direkt auf die wirtschaftliche Produktivität und die Beschäftigung in den Mitgliedstaaten aus.

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), *schriftlich.* – (PL) Wie wir wissen, ist die psychische Gesundheit ein Grundwert einer jeden Person, und wir, die Vertreter der Nationen Europas dürfen diesen Umstand nicht vergessen. Ich halte es für gut, dass wir dieses Thema erneut im Forum des Europäischen Parlaments behandeln. Die psychischen Krankheiten, die Flut von Selbstmorden und Depressionen sind zu einer Bedrohung für die zeitgenössische Gesellschaft geworden. Diese Probleme betreffen aber nicht nur Menschen, die unter kontinuierlichem Stress leben, sondern auch Kinder, junge Menschen und Ältere. Ich bin auch der Ansicht, wir sollten weitreichende Schritte unternehmen, um diese Zivilisationskrankheiten zu besiegen. Deshalb unterstütze ich die Forschung und den freien Zugang zu den Ergebnissen dieser Forschungsarbeiten und zu den Spezialisten.

Zusammen mit meinem Dank für den Bericht über psychische Gesundheit möchte ich aber auch meiner Besorgnis Ausdruck verleihen, ob es möglich ist, neben der Bereitstellung von Hilfe für ältere Menschen und Maßnahmen zum Kampf gegen die Stigmatisierung und den sozialen Ausschluss, auch Projekte aufzunehmen, um Menschen zu erreichen, die sozial marginalisiert sind. Solche Menschen zeigen oft Abneigung anderen gegenüber, fühlen sich entfremdet und haben Angst von Tadel der Gesellschaft. Meiner Meinung nach ist das erste Problem, auf das wir uns konzentrieren sollten, ein ausgedehntes Bildungsprogramm, damit alle Menschen, die es brauchen, wissen, wohin sie sich wenden können, welche Hilfe sie erwarten können und, das ist das Wichtigste, dass es möglich ist, wieder zu einem normalen Leben zurückzukehren.

Daciana Octavia Sârbu (PSE), *schriftlich.* – (RO) Die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden sind große Herausforderungen des Jahrhunderts, in dem wir leben. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass die psychischen Störungen im Jahr 2020 15 % aller Krankheiten ausmachen werden.

Ich mache mir besonders große Sorgen um die Zukunft der Heranwachsenden und Kinder, und deshalb habe ich vorgeschlagen, die Bürger auf die Verschlechterung des psychischen Gesundheitszustandes von Kindern, deren Eltern ausgewandert sind, aufmerksam zu machen, zusammen mit der Einführung von Programmen in den Schulen, um diesen jungen Menschen zu helfen, sich den psychologischen Problemen im Zusammenhang mit der Abwesenheit ihrer Eltern zu stellen.

Ich habe auf dieser Angelegenheit bestanden wegen der hohen Anzahl von Kindern, die von ihren Eltern verlassen wurden, weil sie zum Arbeiten in das Ausland gegangen sind. Dabei handelt es sich um eine Situation, die immer öfter in Mittel- und Osteuropa anzutreffen ist. Immer noch an diese jungen Menschen denkend habe ich Maßnahmen vorgeschlagen, um die Einrichtung von Beratungsfunktionen in allen weiterführenden Schulen zu fördern und alternative Optionen anzubieten, die vertraulich sind und diese Kinder nicht stigmatisieren, um ihren sozialen und emotionalen Bedürfnisse gerecht zu werden.

Bedenkt man, dass die psychische Gesundheit die Lebensqualität der europäischen Bürger bestimmt, muss dieses Thema gleich ernsthaft behandelt werden wie die Aspekte der körperlichen Gesundheit. Es ist wirklich ein europäischer Aktionsplan dafür notwendig, um auf die Herausforderungen der psychischen Störungen zu reagieren.

Richard Seeber (PPE-DE), *schriftlich.* – (DE) Wenn wir über Gesundheit sprechen, bezieht sich dies meist auf das körperliche Wohlbefinden. Psychische Krankheiten können jedoch den Alltag der Betroffenen ebenso erschweren und haben gesellschaftlich betrachtet weitreichende negative Auswirkungen. Die Initiative des Parlaments zur besseren Aufklärung über psychische Gesundheit ist daher ein sehr positiver Schritt. Der Umgang mit psychischen Störungen sollte in der Bevölkerung stärker diskutiert werden, aber auch Methoden, psychischen Krankheiten vorzubeugen, sollten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Umfeld Arbeitsplatz. Da berufstätige Menschen sehr viel Zeit an ihrem Arbeitsplatz verbringen und im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit Stress ausgesetzt sind, gilt es, die seelische Gesundheit gerade dort zu fördern. Nur motivierte und ausgeglichene Arbeitnehmer sind in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Unternehmen und öffentliche Einrichtungen sollten daher für dieses Thema sensibilisiert werden. Insgesamt setzt das Parlament mit der Anerkennung seelischer Störungen ein Zeichen für ein modernes Gesundheitsverständnis und bietet auf lange Sicht vielen Betroffenen eine positive Perspektive.

29. Folgemaßnahmen zu den nationalen Energieeffizienz-Aktionsplänen: eine erste Bewertung (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Sie haben darauf hingewiesen, dass wir die Beleuchtung in der Kammer leicht dunkler gedreht haben. Ich denke, das ist in Ordnung, um Energie zu sparen.

Das ist passend, da der nächste Punkt eine kurze Darstellung des Berichts (A6-0030/2009) von Herrn Gyürk im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über Folgemaßnahmen zu den nationalen Energieeffizienz-Aktionsplänen: eine erste Bewertung (2008/2214(INI)) ist.

András Gyürk, Berichterstatter. – (HU) Danke für das Wort, Herr Präsident! Herr Kommissar, die Gaskrise im Januar hat letztendlich etwas Gutes gehabt. Sie hat den Dialog über die Energiepolitik in allen Mitgliedstaaten belebt.

Ähnlich wie hier im Europäischen Parlament hat es dort viele Diskussionen über verschiedene alternative Transportrouten, die Erweiterung der Lagerkapazitäten und die künftige Rolle der Kernkraft gegeben. Wir haben aber der Energieeffizienz ungebührlich wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Es freut mich ganz besonders, dass der Bericht über die nationalen Aktionspläne für Energieeffizienz die Gelegenheit bot, über dieses Thema in den letzten Wochen zu diskutieren.

Die Bedeutung der Energieeffizienz liegt in ihrer Fähigkeit, schneller als mit allen anderen Mitteln spürbare Ergebnisse zu erzielen. Wie der Energiekommissar Andris Piebalgs kürzlich hervorgehoben hat, könnten EU-Maßnahmen für Geräte außer Betrieb die Standby-Verluste um das Äquivalent des Jahresenergieverbrauchs von Ungarn verringern.

Wir können nicht oft genug darauf hinweisen, dass die Energieeffizienz alle Probleme im Zusammenhang mit der Energiepolitik beheben kann. An erster und wichtigster Stelle kann sie helfen, die Energieabhängigkeit Europas von Drittländern zu mäßigen. Daneben kann sich die Energieeffizienz auch vorteilhaft auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auswirken und die Belastung für unsere Umwelt verringern. Wir sollten auch bedenken, dass eine verbesserte Energieeffizienz auch die Lasten für die verletzlichsten Verbraucher senken kann.

Natürlich gibt es in den Mitgliedstaaten große Unterschiede, je nach Umständen und Potenzial oder Gesetzesinitiativen. Deshalb stimmen wir darin überein, dass die EU-Richtlinie 2006 Maßnahmen vorgibt, damit die Mitgliedstaaten in nationalen Aktionsplänen die von ihnen geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zusammenfassen.

Im aktuellen Bericht haben wir versucht, allgemeine Schlussfolgerungen für die oben genannten Aktionspläne zu ziehen. Gleichzeitig war unser Ziel, die künftig erforderlichen Schritte für die EU-Gesetzgebung zu definieren. Ich würde gerne auf ein paar wesentliche Punkte des Berichts hinweisen.

An erster Stelle fordert der Bericht die Kommission auf, aktiver gegen die Verzögerungen bei der Erstellung der nationalen Aktionspläne für Energieeffizienz vorzugehen. Dieses Mal muss eingehend untersucht werden, ob die Pläne von praktischen Schritten begleitet werden, welche die Mitgliedstaaten unternehmen. Ein großes Defizit mehrerer nationaler Aktionspläne liegt darin, dass sie weit von der Politik ihrer Regierungen entfernt sind.

Zweitens, müssen die zur Verbesserung der Energieeffizienz aufgewendeten Mittel, sowohl auf nationaler als auch auf Gemeinschaftsebene, erhöht werden. Infolge der Finanzkrise können es sich nur wenige europäische Bürger leisten, in ihre Energieeffizienz zu investieren. Deshalb müssen die bestehenden Impulsprojekte für Energieeffizienz unverzüglich ausgedehnt werden. Das führt uns zum Gemeinschaftshaushalt für die kommenden sieben Jahre, in dem die Energieeffizienz größere Beachtung finden muss. Steuervergünstigungen können auch helfen, echte Verbesserungen zu erreichen.

Drittens, besteht weiterhin in der Europäischen Union die Notwendigkeit von gesetzlichen Bestimmungen zur Energieeffizienz. Ich bin der Ansicht, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission in diesem Bereich die richtige Richtung vorgeben. Eine striktere Gesetzgebung für den Energieverbrauch der Gebäude, beispielsweise, könnte zu beachtlichen Einsparungen führen.

Viertens, müssen die nationalen Regierungen bei der Entwicklung von energieeffizienten Lösungen einer Vorreiterrolle übernehmen. Diese Bemühungen müssen sich in ausgedehnten Erziehungskampagnen widerspiegeln. Die Verbraucher werden nur dann bereit sein, in ihre Energieeffizienz zu investieren, wenn sie umfassend die Vorteile für sie daraus kennen.

Zuletzt, möchte ich einen weiteren Gedanken mit Ihnen teilen. Meiner Ansicht nach darf die Energieeffizienz nicht als zweitrangig behandelt werden, selbst in Zeiten einer Rezession nicht. Mehr noch, Energieeffizienzprogramme können Zigtausende Arbeitsplätze in Europa schaffen. In einem Jahr mit massiven Entlassungen ist dieser Aspekt wahrlich nicht unerheblich.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich begrüße die Gelegenheit, mich in diesem Teil der Sitzung des Europäischen Parlaments an Sie wenden zu dürfen, in dem, unter Anderem, die Angelegenheit der Beurteilung der nationalen Aktionspläne für Energieeffizienz (NEEAP) durch die Kommission behandelt wird, die im Paket der zweiten Überprüfung der Energiestrategie im November 2008 und der früheren Mitteilung der Kommission von Januar 2008 vorgestellt wurde.

Eine detailliertere technische Zusammenfassung der Beurteilung der NEEAP durch die Kommission wird im NEEAP-Dokument der Kommission dieses Frühjahr vorgelegt.

Deshalb möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um dem Berichterstatter Herrn Gyürk für seine Arbeit, und dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) für seine wertvollen Diskussionen und Bemerkungen zu danken.

In den letzten Jahren hat die Kommission sehr deutlich gemacht, dass die Energieeffizienz die erste Priorität der Energiepolitik der Europäischen Union und ein wichtiger Pfeiler zum Erreichen der Ziele von „2020 bis 2020“ ist, und die nationalen Aktionspläne für Energieeffizienz dabei eine zentrale Rolle spielen. Die Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen enthält, wie Sie wissen, die Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, diese Pläne vorzulegen, und zu belegen, wie sie in der Praxis ihre nationalen Energieeffizienzziele erreichen wollen.

Der ursprünglich letzte Termin für die Einrichtung seitens der Mitgliedstaaten war der 30. Juni 2007, aber, wie Sie wissen, kamen viele Mitgliedstaaten leider zu spät. Die letzten NEEAP wurden bei der Kommission im Juni 2008 eingereicht.

Zum jetzigen Zeitpunkt hat die Kommission die Einzelbewertungen abgeschlossen und die Ergebnisse dieser Beurteilungen allen Mitgliedstaaten mitgeteilt. Zur Weiterverfolgung hat eine Reihe bilateraler Treffen stattgefunden, und einige Mitgliedstaaten erklärten selber, sie wollten ihre NEEAP in den kommenden Monaten verbessern. Wie die Mitglieder des ITRE-Ausschusses feststellten, haben sich die ersten nationalen Aktionspläne für Energieeffizienz als eine wirklich nützliche Übung erwiesen. So haben viele Mitgliedstaaten zum ersten Mal umfassende Aktionspläne für Energieeinsparungen ausgearbeitet. Viele davon bestätigten, dass sie sektorübergreifende Bemühungen benötigten, um diese wirklich nützlich zu erstellen.

Unter der Energiedienstleistungsrichtlinie spielen die NEEAP nur eingeschränkt eine Rolle. Aber die Kommission hat in ihrer Mitteilung vom November 2008 und in den anderen jüngeren Erklärungen die Mitgliedstaaten immer aufgefordert, ihre Rolle auszudehnen.

Die Kommission wird einen neuen Aktionsplan der Europäischen Union für Energieeinsparungen ausarbeiten, der die Aktionen der Europäischen Union verstärken und besser fokussieren wird, um den EU-Mitgliedstaaten und Unternehmen in der EU sowie den EU-Bürgern zu helfen, kostengünstig Energie zu sparen.

In Ihrem Bericht fordern Sie die Kommission auf, bindende Ziele für die Energieeinsparung vorzuschlagen. Das gegenwärtige Energieeinsparungsziel von 20 % der Primärenergie bis 2020 stellt heute ein nicht bindendes Ziel dar, wie Sie wissen. Die Kommission ist aber der Ansicht, dass mit dem Klima- und Energiepaket sowie den Vorschlägen der zweiten Überprüfung der Energiestrategie die 20 % erreicht werden können.

Der Bericht von Herrn Gyürk weist auch zu Recht darauf hin, dass die finanzielle Unterstützung erhöht werden muss. Die Finanzierungsprobleme im Zusammenhang mit den Energieeinsparungen wurden von der Kommission im Europäischen Konjunkturplan vom 26. November 2008 und bei anderen abgestimmten

Bemühungen, deren Ziel die Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen ist, die oft in den kleinen und mittelgroßen Unternehmen erfolgt, eingeräumt, da die Investitionen in Energieeffizienz und ganz besonders in Gebäude oft mit kleinen Renovierungsprojekten einhergehen.

Als Schlussfolgerung möchte ich daran erinnern, dass während des Mandats dieser Kommission Spitzenpolitiker der EU eine echte Verpflichtung zur Förderung der Energieeffizienz eingegangen sind. Die Erhöhung der Investitionen in Energieeffizienz und damit verbundenen neuen Technologien bietet oft einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und auch zur Versorgungssicherheit. Die Energieeffizienz hat breitere Auswirkungen, die weit über die Energiepolitik hinausgehen. Sie wirkt sich positiv auf die Wirtschaft der Europäischen Union allgemein aus: Eine größere Effizienz hilft, neue Arbeitsplätze zu schaffen, stimuliert das Wirtschaftswachstum und verbessert die Wettbewerbsfähigkeit. Wie Sie vollkommen richtig angemerkt haben, das ist genau das, was wir in diesen schwierigen und anspruchsvollen Zeiten tun sollten.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 19. Februar 2009.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich. – (LT) Es ist offensichtlich, dass die Ölpreise fallen, aber sobald die gegenwärtige Wirtschaftskrise überwunden ist, werden die Preise erneut steigen. Erlauben Sie mir, Sie deshalb daran zu erinnern, dass es wichtig ist, die Energiequellen und Versorgungswege der EU stärker zu diversifizieren, mit dem Ziel, die negativen Auswirkungen zu verringern, die infolge einer künftigen Ölkrise auftreten können.

Die Abhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten, insbesondere der „Energieinseln“ der EU, vom Import von Energielieferungen und den bestehenden Infrastrukturen ist unterschiedlich. Können wir von einem gemeinsamen Energiemarkt sprechen, wenn, zum Beispiel, die Baltischen Länder, darunter Litauen, Energieinseln sind? Die Unfähigkeit Europas, zu den wichtigsten Energieversorgern mit einer Stimme zu sprechen ist auch ein akutes Problem. Auf dem Papier schaffen wir eine ehrgeizige europäische Energiepolitik, aber in der Praxis ist immer noch die bilaterale Energiepolitik vorherrschend. Sehr geehrte Kollegen, die Politisierung des Energiesektors leistet keinen Beitrag zur Stabilität. Wir könnten und sollten versuchen, die Lage über die Diversifizierung und Solidarität zu verändern. Wir müssen die fehlenden Energieverbindungen fertigstellen und einen EU-weiten Koordinierungsmechanismus einführen, um auf ähnliche Krisen zu reagieren. Es ist wesentlich, dass die am stärksten von den Energielieferungen abhängigen Mitgliedstaaten über ausreichende Reserven dieser Lieferungen verfügen. Wir dürfen aber nicht nur kurzfristige Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung in Betracht ziehen, sondern auch die langfristigen Perspektiven. Europa seinerseits muss die Energiequellen diversifizieren und die Versorgungssicherheit verbessern.

Cristian Silviu Buşoi (ALDE), schriftlich. – (RO) Energieeffizienz ist gegenwärtig umso wichtiger, da wir vor echten Herausforderungen bezüglich der Versorgung mit Energielieferungen an die EU stehen und konsistentere Bemühungen unternehmen müssen, um die Kohlendioxidemissionen zu verringern. Ich unterstütze eine Annäherung an das Problem der Energieeffizienz, die mit den anderen Politiken der EU konsistent ist, insbesondere mit dem Pakt zum Kampf gegen den Klimawandel und der Notwendigkeit der Diversifizierung der Energiequellen.

Ich bin überzeugt, dass der F&E-Sektor unterstützt werden muss, da er einen wesentlichen Beitrag zu Verbesserung der Energieeffizienz leisten kann. Die Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten sollten Projekte, deren Ziel es ist, die Energieeffizienz zu verbessern, stärker unterstützen, gleich ob wir über Investitionen sprechen, um öffentliche Verkehrsmittel so effizient wie möglich zu machen, die Isolierung von Gebäuden usw. Ich glaube, die Regierungsmittel sollten mehr in diese Richtung kanalisiert werden, und nicht als Subventionen für die Energiepreise, da diese Projekte gleichzeitig die verletzlichen Verbraucher unterstützen, die immer höhere Energiepreise zu tragen haben.

Deshalb rufe ich die Mitgliedstaaten auf, effektive und realistische Aktionspläne zu erstellen, um den Bürgern möglichst viele Informationen über Energieeffizienz zukommen zu lassen, und über den Austausch von vorbildlichen Praktiken zusammenzuarbeiten. Ich fordere auch die Kommission dringend auf, die nationalen Behörden zu unterstützen, insbesondere in Form von technischer Beratung.

Daniel Petru Funeriu (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Die Energieeffizienz der Gebäude ist eine besondere Besorgnis mit Bedeutung in Ländern, die zahlreiche Gebäude geerbt haben, welche nach den mangelhaften Qualitätsstandards der kommunistischen Ära errichtet wurden.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die Kommission aufzufordern, Finanzierungsinstrumente und effektive Verfahren für die Renovierung der Heizungsanlagen in diesen Gebäuden aufzulegen, um das Ziel von 20 % mehr Energieeffizienz in der EU bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Iosif Matula (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Energieeffizienz ist eines der größten Ziele der Europäischen Union, das, wenn es erreicht wird, einen wichtigen Schritt in Richtung der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung darstellt. Deshalb muss, neben den Bemühungen der Mitgliedstaaten im Sinne eines aktiven Engagements bei der Förderung von politischen Maßnahmen, deren Ziel es ist, den Energieverbrauch effizienter zu machen, auch eine Koordinierung auf Gemeinschaftsebene stattfinden, um viel bessere Ergebnisse zu erreichen.

Ein Weg, die Energieeffizienz zu erreichen, besteht darin, Gebäude mit thermischer Isolierung zu bauen. Laut einer Studie ist es möglich, die Energieverluste auf Gemeinschaftsebene um ungefähr 27 % zu verringern, was selbstverständlich eine Verringerung der Kosten bedeutet, die die Bürger zahlen müssen.

Ein Problem für die lokalen Gemeinschaften, die beabsichtigen, Projekte zur Erneuerung der Heizungsanlagen für Wohnungen durchzuführen, ist das komplexe Verfahren, das sie zu befolgen haben. Deshalb müssen die künftig zu treffenden Maßnahmen eine Vereinfachung dieser Verfahren in Betracht ziehen. Das Ziel von einer höheren Energieeffizienz über die Isolierung von Gebäuden muss sich auch an die benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen richten, indem das Prinzip der Solidarität in Europa gestärkt wird.

Anni Podimata (PSE), schriftlich. – (EL) Die Erfahrungen aus der ersten Beurteilung der nationalen Aktionspläne zeigt in der Praxis, dass die Bedingungen in der EU noch nicht bis zu dem Punkt gereift sind, an dem Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz unterstützt werden können. Eine wichtige Schwachstelle der ersten nationalen Aktionspläne für Energieeffizienz ist, abgesehen von der enormen Verspätung der Einreichung seitens bestimmter Mitgliedstaaten, darunter auch Griechenland, die Tatsache, dass die ehrgeizigen Pläne nicht von eindeutig definierten praktischen Vorschlägen mit Wertschöpfung begleitet wurden, und das trotz des Umstandes, dass, laut von der Europäischen Kommission kürzlich veröffentlichten Zahlen, wenn das Ziel der Energieeinsparungen von 20 % erreicht würde, die EU ungefähr 400 Mill. t RÖE einsparen und die CO₂-Emissionen um 860 Mill. t senken würde.

Folglich wurde das Ausmaß des von der Förderung der Energieeffizienz gebotenen Potenzials, insbesondere in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession, wie die gegenwärtig vorherrschende, nicht umfassend verstanden. Deshalb sollte die EU unverzüglich die Energieeffizienz in alle sektoriellen Politiken mit klaren Vorschlägen und unterstützenden Maßnahmen aufnehmen und die Beihilfen der Gemeinschaft in diesem Zusammenhang erhöhen. Die Energieeffizienz ist ein wesentlicher Punkt nach der Verabschiedung des Pakets gegen den Klimawandel und kann die Energiesicherheit, eine Verringerung der Treibhausgasemissionen und eine gestärkte europäische Wirtschaft gewährleisten.

30. Angewandte Forschung auf dem Gebiet der Gemeinsamen Fischereipolitik (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist eine kurze Darstellung des Berichts (A6-0016/2009) von Frau Miguélez Ramos im Namen des Ausschusses für Fischerei über angewandte Forschung auf dem Gebiet der Gemeinsamen Fischereipolitik (2008/2222(INI)).

Rosa Miguélez Ramos, Berichterstatterin. – (ES) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Den korrekten Schutz der Ökosysteme mit der nachhaltigen Nutzung der Meeresressourcen in Einklang zu bringen, die Auswirkungen der menschlichen Tätigkeiten auf die Umwelt zu verhindern und zu kontrollieren, die Kenntnisse und technologische Entwicklung und Innovation zu verbessern, sind Aufgaben, die nicht bewältigt werden können, wenn wir nicht die Unterstützung der europäischen wissenschaftlichen Gemeinschaft erhalten.

Die Fischereiforschung ist auch lebenswichtig, wenn es darum geht, Empfehlungen zu erstellen und den Gesetzgeber wissenschaftlich zu beraten. Höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Erfassung und Verarbeitung von zuverlässigen Daten würde zu einer solideren und nachhaltigen Gemeinsamen Fischereipolitik führen.

Aber obwohl der Satz, den ich von einem Wissenschaftler gehört habe („Das Problem ist nicht Geld, sondern Personal“) die Lage gut darstellt, werde ich nicht diejenige sein, die sagt, dass die Fischereiforschung gut mit finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Ich werde vielmehr sagen, dass wir ein doppeltes Problem haben.

An erster Stelle, Herr Kommissar, die im Siebten Rahmenprogramm für Meeresforschung festgelegten Beträge, die ein horizontales Thema hätten sein sollen, scheinen für den integrierten Ansatz, der bei dieser Angelegenheit gegenwärtig gewünscht wird, unzureichend zu sein.

Außerdem, Herr Kommissar, haben Wissenschaftler – und ich kann Ihnen versichern, dass ich vor und während der Ausarbeitung dieses Berichts mit vielen gesprochen habe – Probleme bei der Einreichung von Projekten unter dem Siebten Forschungsrahmenprogramm. Diese Probleme sind teilweise auf der einen Seite auf den unterschiedlichen Schwerpunkt, der für Aquakultur gefordert wird und vom Charakter her im Wesentlichen industriell ist, und auf der anderen Seite auf die Forschung in der Fischerei und Meereswissenschaft, bei der es sich vom Charakter her um fachübergreifende, längerfristige Projekte handelt, zurückgeführt werden.

Bis zum Siebten Forschungsrahmenprogramm wurden beide Felder von den gleichen Fonds abgedeckt und an die Generaldirektion Fischerei gerichtet, die es ermöglichte, dass sie sich gegenseitig ergänzten. Gegenwärtig ist die Generaldirektion Forschung verantwortlich, und die Folge ist, dass es für die wissenschaftliche Gemeinschaft schwierig wird, die Besorgnisse und Bedürfnisse des Sektors den Personen mitzuteilen, die die Leitlinien für die Ausschreibungen erstellen.

Außerdem besteht innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft der Eindruck, dass die Generaldirektion offensichtlich beschlossen hat, der Grundlagenforschung Vorrang zu gewähren, ohne Raum für die Forschung mit Schwerpunkt auf den öffentlichen Politiken zu lassen. Ich werde Ihnen ein Beispiel nennen: die Bereicherung, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus, der Meeresstrategie der Gemeinschaft, oder die Erforschung der Beziehungen zwischen Fischerei und Klimawandel.

Zusammenfassend, die Ziele der Meerespolitik der Europäischen Union, in einem sauberen Meeresumfeld eine produktive Fischerei zu betreiben, machen es erforderlich, dass die in diesem Bereich arbeitenden Wissenschaftler Zugang zu horizontalen Finanzierungsmechanismen unter dem Siebten Forschungsrahmenprogramm erhalten.

Zum Schluss möchte ich noch das zweite Problem ansprechen: den besorgniserregenden Mangel an jungen Wissenschaftlern für die Fischereiforschung, die das Ergebnis von beruflichen Studiengängen zu sein scheint, die nicht sehr attraktiv sind, im Vergleich zu anderen Grundlagenwissenschaften.

Es ist von grundlegender Bedeutung, interessante und einträgliche Studiengänge an den Universitäten einzurichten, die gute berufliche Gelegenheiten bieten. Es hat auch den Anschein, dass wir die verschiedenen in den einzelnen Mitgliedstaaten angewandten Forschungsmodelle standardisieren sollten, um in der Lage zu sein, die Ergebnisse besser zu vergleichen und die Zusammenführung der Daten zu erleichtern, und um die Zusammenarbeit der nationalen Forschungseinrichtungen untereinander zu verstärken. Natürlich halte auch ich die bessere Einbindung der Erfahrungen und Kenntnisse der Fischer in den Erstellungsprozess von wissenschaftlichen Stellungnahmen, auf deren Grundlage Entscheidungen im Rahmen der GFP getroffen werden, für absolut notwendig.

Janez Potočnik, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich freue mich, über meinen eigenen Verantwortungsbereich sprechen zu dürfen. Die Kommission begrüßt den Bericht des Parlaments über angewandte Forschung auf dem Gebiet der Gemeinsamen Fischereipolitik und möchte auch der Berichterstatterin Frau Rosa Miguélez Ramos, und dem Fischereiausschuss für ihre ausgezeichnete Arbeit danken.

Der Bericht kommt genau zum richtigen Zeitpunkt der Vorbereitung der gemeinsamen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Meeresforschung und maritime Forschung. Ich stimme auch mit dem Arbeitsprogramm 2010 für das Siebte Forschungsrahmenprogramm und der Herausgabe des Grünbuchs über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik, das ein Kapitel über Forschung enthält, überein. Die Kommission stimmt im Prinzip in den wichtigsten Elementen des Berichts überein.

Wir begrüßen die genannte Unterstützung der europäischen Strategie für Meeresforschung und maritime Forschung, in der einem verstärkten Aufbau von Kapazitäten, neuer Infrastruktur, neuen Fähigkeiten und Bildungsinitiativen, der Entwicklung der Integration der etablierten Fachbereiche der Meeres- und maritimen Forschung, der Förderung von Synergien der Mitgliedstaaten mit der Kommission und der neuen Forschungspolitik Vorrang gewährt wird.

Die Kommission anerkennt die Wichtigkeit, im Siebten Forschungsrahmenprogramm ausreichende Finanzmittel für Fischerei und Aquakultur bereit zu stellen, während ein angemessenes Gleichgewicht zu den anderen Forschungsbereichen, insbesondere der Land- und Forstwirtschaft und der Biotechnologie –

Thema 2: Wissensbasierte Bio-Ökonomie und Thema 6: Umwelt – beibehalten wird. Das Jahresbudget des Siebten Forschungsrahmenprogramms wird in den letzten drei Jahren seiner Laufzeit schrittweise erhöht, und sowohl die Fischerei als auch die Aquakultur werden mit Gewissheit von dieser Erhöhung profitieren.

Die Kommission wird diese Bemühungen zur Unterstützung der Forschung auf der Linie des Berichts verfolgen, indem sie die Forschung im Bereich der Fischerei und Aquakultur im Siebten Forschungsrahmenprogramm sichtbar macht, ein gutes Gleichgewicht zwischen der Forschung zur Unterstützung der Politik und der Grundlagenforschung sicherstellt, die Sozialwissenschaft in den Arbeitsprogrammen verstärkt, die Verbreitung der Ergebnisse fördert und eine bessere Koordinierung der nationalen Forschungsprogramme untereinander ermöglicht.

Zuletzt wird die Kommission die Integration der Forschung im Bereich Fischerei und Aquakultur in den breiteren Kontext ihrer strategischen Forschungsagenda, den europäischen Forschungsraum und die neue Strategie der Europäischen Union für Meeresforschung und maritime Forschung aufnehmen.

Betrachtet man die soeben von mir genannten Initiativen, bin ich der Ansicht, dass es nun eine solide Grundlage gibt, auf der wir unsere Fischerei- und Aquakultursektoren über innovative Forschungsarbeiten innerhalb des Rahmenprogramms verbessern können. Diese werden wiederum von einer verbesserten Kooperation und Koordinierung der nationalen Forschungsaktivitäten über die verschiedenen Initiativen des europäischen Forschungsraums und innerhalb der Direktion für Gemeinsame Fischereipolitik profitieren.

Wenn ich noch ein paar eigene Worte hinzufügen darf, kann ich Ihnen versichern, dass es nicht komplizierter ist als vorher, einfach deshalb, weil die gleichen Personen daran arbeiten und die Kooperation mit meinem Kollegen Herrn Borg wirklich ausgezeichnet ist. Ich denke, so soll Forschung künftig aussehen. Wir arbeiten fachübergreifend zusammen, und das führt wirklich zu besseren Ergebnissen, die wir kaum erreichen könnten, wenn die Arbeiten sektorieller ausgeführt würden. Ich danke Ihnen wirklich für Ihre ausgezeichnete Arbeit.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt am Donnerstag, den 19. Februar 2009.

31. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

32. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.30 Uhr geschlossen.)